



PRESSESPIEGEL

RZ ZÜNDELN FÜR INTERNATIONALISMUS

Mitglieder von "Revolutionären Zellen" (RZ) haben die Verantwortung für einen Brandanschlag auf die Hamburger Transportfirma Olff & Sohn übernommen.

(TAZ, 27.4.88)

SOLIDARITÄT MIT DEM VOLKSAUFSTAND IM BESETZTEN PALÄSTINA SOLIDARITÄT MIT DEM FREIHEITSKAMPF IN AZANIA

Was in diesen Tagen in der Weltöffentlichkeit als brutaler Umgang der Israelis mit dem sogenannten "palästinensischen Flüchtlingsproblem" gezeigt wird ist in Wirklichkeit die direkte Konfrontation zwischen dem unterdrückten und ausgebeuteten palästinensischen Volk und der zionistischen Bevölkerungspolitik, zwischen dem kämpferischen antikolonialen und antiimperialistischen palästinensischen Proletariat und den arabischen Bourgeoisien in Kooperation mit dem Zionismus. Es geht heute um mehr im Nahen Osten als nur um regional begrenzte Kriege (Palästina, Libanon, Kurdistan, Golfkrieg): Langanhaltender bewaffneter Volks- und Klassenkrieg gegen Durchsetzung einer neuen imperialistischen Ordnung.

Als Reservoirs für billige Arbeitskräfte erfüllen die sogenannten "besetzten Gebiete" in Palästina dieselbe Aufgabe wie die sogenannten "Homelands" in Südafrika. Es ist kein Zufall, daß die beiden Apartheid-Regimes in Israel und Südafrika eng miteinander zusammenarbeiten: Entwicklung und Herstellung gemeinsamer Waffen; Destabilisierung von fortschrittlichen Ländern in Afrika, Terrorisierung und Liquidierung von afrikanischen Freiheitskämpfer/innen. Neben dem Schutz des Regimes in Pretoria vor Umsturz und der Hilfe zur Umgehung von Sanktionen sind die zionistischen subversiven Aktivitäten in Afrika Teil der imperialistischen Strategie zur Unterwerfung afrikanischer Länder unter kapitalistische Interessen und zur Niederschlagung revolutionärer Befreiungsbewegungen.

Inzwischen hat der Freiheitskampf unserer Schwestern und Brüder in Südafrika und Palästina gegen Rassismus, Kolonialismus und Imperialismus einen neuen Aufschwung erfahren. Seit Anfang Dezember 1987 hat sich der Widerstand des palästinensischen Volkes - hunderttausende Jugendliche und Frauen voran - zu einem breiten Volksaufstand entwickelt. Revolutionärer Internationalismus in den Metropolen muß da praktisch werden, wo neben den Streiks der umfassende ökonomische und politische Boykott gegen Israel und Südafrika zur Waffe werden kann - und hier bei uns vor Ort die Konzerne ihre Geschäfte weiterführen.

Hamburg ist der zentrale Imphorhafen für Früchte aus Südafrika und Israel. In der Oberhafenstraße beim Frucht-

hof liegt die Verwaltungszentrale der wichtigsten Firmen des internationalen Fruchtegeschäfts. Exemplarisch zu nennen ist die SCIPIO-Tochtergesellschaft OLFF & SOHN als Generalagent für südafrikanisches und israelisches Obst, die zugleich den Umschlag und Transport der Ware mitorganisiert und damit zu führenden Partnern der beiden Regimes wird. Wir haben uns bemüht, daß Feuer und Flamme Zugang in die Verwaltungszentrale finden.

DEN ANTIIMPERIALISTISCHEN KAMPF IN DEN DREI KONTINENTEN AUFGREIFEN UND IN DAS "HERZ DER BESTIE" TRAGEN !

DIE WIDERSPRÜCHE HIER ZUR EXPLOSION BRINGEN !

THAURA HAT AL NASSR - REVOLUTION BIS ZUM SIEG !

ASIJKI ! - WIR WERDEN NICHT ZURÜCKWEICHEN !

revolutionäre zellen

VERFASSUNGSSCHUTZ

Verteidiger-Telephonate im längsten deutschen Strafverfahren wurden abgehört. In einer Anwaltskanzlei saß ein Spitzel des Geheimdienstes.

- Die Telefongespräche von Rechtsanwalt Heinisch sind 1975 und 1976 tatsächlich abgehört worden - ohne gesetzliche Grundlage, von Alliierten auf Antrag des Verfassungsschutzes;
- In der Kanzlei des Strafverteidigers der Angeklagten Ilse Schwipper, Magdeburger Platz 2, saß, während der entscheidenden Vorbereitungen für die Verhandlung in erster Instanz und auch während sie ablief, wirklich ein V-Mann des Berliner Verfassungsschutzes - der damalige Jurastudent und heutige Berliner Taxi-Unternehmer Christian Hain, 38, Deckname: Flach. Hain war längst V-Mann, als Schmücker noch lebte. Für den Dienst blieb er bis in die jüngste Zeit eine ergiebige Quelle. Geführt wurde er von dem umtriebigsten Berliner Verfassungsschutzbeamten Grünhagen, der auch Ulrich Schmücker betreut hatte. Hain hatte früher mit Ilse Schwipper "gemeinsam in Wolfsburg gelebt und politische Arbeit gemacht".

Der Spitzel sah und hörte praktisch alles, was Anwalt Heinisch zugunsten seiner Mandantin Ilse Schwipper erwog, ausarbeitete oder mit Kollegen besprach, die Mitangeklagte verteidigten. Der Jura-Student konnte beliebig Papiere abgreifen, die gesamte Verteidigerstrategie erfassen, registrieren und dem Nachrichtendienst melden. Blieb etwas offen, konnten Geheimdienstler die Lücken leicht schließen. Von Alliierten erhielt das Amt ergänzend Mitschriften

abgehörter Anwaltstelephonate.

(DER SPIEGEL, 25.4.88)

BUCHLADENKOLLEKTIV VOR DEM KADI

Wegen des Verdachts der Werbung für eine terroristische Vereinigung ist gegen vier Mitglieder des ehemaligen Detmolder Buchladenkollektivs "Distel" am Donnerstag vor dem Staatsschutzsenat des Oberlandesgerichts (OLG) Düsseldorf ein Strafprozeß eröffnet worden.

Hans-Christoph von Hören (25) wird vorgeworfen, die Veranstaltung (Motto: "Einen Revolutionär können sie töten, aber nicht eine Revolution") vorbereitet und als Diskussionsleiter durchgeführt zu haben. Bernd Uhs (30) wird beschuldigt, die Broschüre mit den Reden dieser Veranstaltung in dem Buchladenkollektiv "Distel" vertrieben zu haben. Nachdem die beiden anderen Angeklagten Ute Hladki (31) und Holger Deilke (20), gegen die das Gericht bereits in der vergangenen Woche Haftbefehl erlassen hatte, am Donnerstag erneut nicht vorgeführt werden konnten, wurde das Verfahren gegen sie abgetrennt.

(TAZ, 29.4.88)

BOMBEN GEGEN US-MILITÄRZUG

Bei dem zweiten Anschlag auf einen US-Militärzug in der Nähe von Göttingen innerhalb von acht Monaten haben in der Nacht zum Mittwoch Glassplitter den Lokführer leicht verletzt.

Der Sachschaden dürfte nach Schätzungen der Polizei mindestens 125.000 Mark betragen. Die Täter hatten fünf Sprengsätze auf den Gleisen deponiert.

(TAZ, 28.4.88)

ZWEI ANSCHLÄGE - BEKENNERSCHREIBEN DEMNÄCHST

Nach dem gescheiterten Anschlag auf die Geschäftsräume des Vereins Technologie-Vermittlungsagentur in Schöneberg ist am Dienstag ein weiterer Brandanschlag auf das High-Tech-Unternehmen "Brainware" im Innovations- und Gründerzentrum in der Gustav-Meyer-Allee in Wedding bekannt geworden.

Ein Firmensprecher bezifferte den Sachschaden auf mehrere hunderttausend Mark. Zu den Brandanschlägen bekannte sich eine Gruppe "Thomas Münzer".

Zwei der sieben Firmenräume mit Vertriebs- und Softwarelagern brannten Firmenangaben zufolge aus. Die Software-Firma "Brainware" gilt in der Computerbranche als Marktführer im Bereich sogenannter Expertensysteme. Ihre Kundenliste verzeichnet, so der Geschäftsführer, auch Unter-

nehmen aus der Atom- und Rüstungsindustrie.

(TAZ, 27.4.88)

TERRORISTEN KÜNDIGEN EIN "SCHLACHTFEST IN BERLIN" AN

Werner Kahl. Die terroristische Szene in der Bundesrepublik verbinde gegenwärtig mit autonomen und undogmatischen Gruppierungen "eine alle Gegensätze überbrückende Dritte-Welt-Problematik".

Rund 120 Vertreter von Organisationen und kleineren Gruppen der Anti-IWF-Kampagne stellten einen "Fahrplan" für Demonstrationen auf. Auf einem Gegenkongreß sollen Ursachen der Verschuldung von Entwicklungsländern und alternative Strategien diskutiert werden. Für eine Demonstration zum Abschluß des Währungsfonds- und Weltbank-Kongresses will man etwa 10 000 Anhänger von Autonomen, undogmatischen Gruppen und des terroristischen Randfeldes nach Berlin holen. Mit erheblichem finanziellen Aufwand, dessen Quellen nicht bekannt sind, wollen die Betreiber der Kampagne auch Einwohner aus Asien, Afrika sowie Süd- und Mittelamerika für Tribunale und Hearings einladen.

(DIE WELT, 4.5.88)

BOGE: RAF NEUERDINGS AUCH MIT ETA IN KONTAKT

Werner Kahl.

Deutsche Terroristen streckten ihre Fühler nicht nur nach Belgien, Holland oder Frankreich aus, sagte Boge weiter. "Plötzlich sind sie in Spanien, wo Personen aus dem terroristischen Umfeld der Bundesrepublik bei Veranstaltungen auftauchen und umgekehrt, wenn wir an den Frankfurter Anti-Imperialismuskongreß im Januar 1987 denken, zu dem Personen aus fast allen west- und süd-europäischen Ländern erschienen waren."

In Spanien hatten deutsche Terroristen zunächst Verbindungen zur Untergrundorganisation GRAPO aufgenommen. Die ETA nahm eine Sonderstellung ein, bedingt durch unterschiedliche ideologische Vorstellungen. Aber in jüngster Zeit haben die ETA ihre distanzierte Haltung aufgegeben. "Neuerdings stellen wir auch Verbindungen zur ETA fest, so daß in deren Reihen ebenfalls das Bemühen erkennbar wird, mehr internationalen Einfluß zu gewinnen", sagte der BKA-Chef. Dagegen sei ein logistische Unterstützung vom Bundeskriminalamt bisher nicht festgestellt worden. Steckbrieflich gesuchte Mitglieder des Untergrundkommandos der deutschen "Rote Armee Fraktion" (RAF) haben sich vor der Fahndung in der Bundesrepublik möglicherweise nach Frankreich oder in die Niederlande "abgesetzt", meinte Boge. Darüber hinaus richte das Bundeskriminalamt seine Aufmerksamkeit aber auch auf Mittelamerika als mögliche Aufenthaltsregion von Mitgliedern der RAF. Dagegen werde der Nahe Osten derzeit weniger in Betracht gezogen. Aus dem nahöstlichen Terrorismus würden allerdings Einzelpersonen oder Gruppen nach Deutschland eingeschleust. Bei Angehörigen dieser Organisation könne sicherlich nicht ausgeschlossen werden, daß sie für Anschläge auf dem Boden der Bundesrepublik Deutschland bereitstehen. Zu akuten Herden des Terrorismus in der Bundesrepublik erklärte der Präsident des Bundeskriminalamtes, die Polizei habe "sowohl in der Hafenstraße in Hamburg als auch in der Kiefernstraße in Düsseldorf" Personen des RAF-Umfeldes angetroffen. Daraus solle aber nicht pauschal der Schluß gezogen werden, daß "die Bewohner der Hafenstraße oder die Bewohner der Kiefernstraße" generell terroristische Gewalttaten planten oder unterstützten. "Es scheint aber ein ganz erhebliches Potential dabei zu sein, das gilt auch für die Autonomen und Undogmatischen, die dort sind, so daß wir von einer 'Gemengelage' sprechen müssen", betonte Boge. "Sie alle verbindet im Augenblick eine alle Gegensätze überbrückende Dritte-Welt-Problematik."

(DIE WELT, 4.5.88)

ISABEL JACOB VERURTEILT

Vierereinhalb Jahre Freiheitsstrafe für Messe-Anschlag/Strafkammer aufgrund von Indizien von Schuld überzeugt.

Nach Auffassung der Richter war Frau Jacob an dem Anschlag auf ein Verwaltungsgebäude der Hannover-Messe am 1. Juni 1985 beteiligt, bei dem der Haupttäter, der 37jährige Kfz-Schlosser Jürgen Pemöller, ums Leben kam. Mit einem Freispruch endete dagegen der Prozeß gegen die beiden 27 und 25 Jahre alten Mitangeklagten. Sechs Monate auf Bewährung wegen fahrlässiger Weitergabe von Sprengstoff und Übungsgranaten erhielt ein 33jähriger ehemaliger Zeitsoldat, der als einziger Angeklagter zur Sache ausgesagt und Pemöller belastet hatte.

Der Anschlag, bei dem mit einem zur Fünf-Kilo-Bombe umgebauten Feuerlöscher vermutlich das Rechenzentrum der Messe A G getroffen werden sollte, wie Richter Hauke Bielung meinte, verursachte einen Sachschaden von 25.000 Mark. Im Anschluß daran waren Bekennerschreiben mit den Unterschriften "Wirtschaftswunderkinder" und "Die Unaussteihlichen" aufgetaucht. Eine Anklage der Bundesanwaltschaft wegen Bildung einer terroristischen Vereinigung (Par. 129a) wies das Oberlandesgericht Celle im Mai 1986 ab. Zuvor hatte das OLG den Haftbefehl gegen Isabel Jacobs nach neun Monaten aufgehoben.

Während die Verteidigung kein schlüssigen Beweise für die Schuld der Angeklagten erbracht sah, stützte sich das Gericht auf eine Reihe von Indizien und die Tatsache, daß der Getötete und Frau Jacob eng miteinander befreundet waren. In einem von ihr angemieteten Keller seien später Sprengstoff-, Übungsmunition und Bekennerschreiben gefunden worden. Außerdem habe sich Frau Jacobs verdächtig gemacht, als sie am Tag nach dem Anschlag für kurze Zeit untertauchte.

(TAZ, 4.5.88)

BRITISH BASE FOR US HIJACK RESCUE TEAM

An elite US helicopter squadron trained in hijack rescues is to be based in Britain. The squadron will be equipped with six state-of-the-art Sikorsky helicopters designed for anti-terrorist missions.

It will be the first time such technically advanced equipment has been based in Europe, allowing Delta Force, America's equivalent of the SAS, to react faster to terrorism in Europe or the Middle East.

A new squadron of 125 men, to be known as the 21st Special Operations Squadron, will be formed at RAF Woodbridge in Suffolk this summer.

The helicopters have special equipment that allows them to fly at very low level in all conditions. They have a range of 300 miles but can be refuelled in mid air so could reach the Middle East in a single flight. On board, they have terrain-following radar and a computer-projected map display that appears in front of the pilot; forward-looking infra-red radar that can see in the dark; and, instead of weapons, a complicated electronic jamming system designed to fool enemy aircraft and ground forces.

The new helicopters are expected to train both with British special forces and US Navy Special Warfare Unit 2, which is permanently based at RAF Machrihanish on the Mull of Kintyre.

(Sunday Times, 17.4.88)

DREI TOTE: DIE IRA SCHLÄGT ZURÜCK

"Wir haben eine einfache Botschaft für Frau Thatcher: Zieht euch aus Irland zurück, und es wird Frieden geben. Falls nicht, so wird es keinen sicheren Hafen für euer Militär-Personal geben, und ihr werdet regelmäßig auf den Flughäfen stehen und auf eure Toten warten." Mit dieser Erklärung übernahm die Irisch Republikanische Befreiungsarmee (IRA) am Sonntag die Verantwortung für zwei Attentate, denen in der Nacht von Samstag auf Sonntag drei Soldaten der britischen Rheinarmee zum Opfer fielen. Die Attentate werden in Belfast als Reaktion auf die Exekution des IRA-Kommandos in Gibraltar gewertet, wo Anfang März drei IRA-Mitglieder von der britischen Spezialeinheit SAS ermordet worden waren. Bei der Stadt Roermond wurde ein Auto, in dem drei Soldaten saßen, unter Beschuß genommen. Ein 20jähriger wurde tödlich getroffen, seine beiden Begleiter schwer verletzt. Ein halbe Stunde später kamen knapp 50 Kilometer weiter südlich in Nieuwbergen zwei Soldaten bei der Explosion einer Bombe um, die in dem Augenblick hochging, als die Soldaten ihr Fahrzeug bestiegen.

(TAZ, 2.5.88)

IRA SCHLUG IN AUSFLUGSGEBIET FÜR BRITISCHE SOLDATEN ZU

In den Niederlanden war zuletzt 1979 ein Repräsentant Großbritanniens das Opfer eines Anschlags. Damals war Botschafter Richard Sykes vor seinem Amtssitz in Den Haag erschossen worden. Zu dem Attentat hatte sich auch damals die IRA bekannt.

(WR, 2.5.88)

THE 'KILLING FIELD' OF HOLLAND

Holland may become the killing field of the IRA.

And the Provos have many sympathisers there - especially among the anarchist, drug-taking squatters of the cities, called Krakers.

Krakers' leader Piet Velling is half Irish and admits to being the local contact for the IRA.

Two other organisations who actively support the Provos are the Ireland Komitee Nederland, and the Ireland Information Centre run by Michael Quilligan.

Quilligan, who admits working for Sinn Fein but denies any connection with the IRA, led the campaign against the extradition from Holland to Northern Ireland of Gerard Kelly and Brendan McFarlane who were both doing life for terrorist offences when they broke out of the Maze Prison five years ago.

When they were arrested by the Dutch police they had a cache of arms which included 14 semi-automatic rifles, ammunition, grenades and chemicals for making explosives. After a bitter propaganda struggle mounted by the IRA's Dutch supporters, they were eventually sent back to Northern Ireland to finish their sentences.

The Provos have preferred to keep Holland as a place for "rest and recreation" for killers on the run.

Now, it seems that Holland is going to play an important part in their new campaign of striking at British forces all over the world.

(The Star, 2.5.88)

SAFE HAVEN FOR IRA TERRORISTS IN THE 'KRAKER' UNDERWORLD

Once a Provo killer submerged himself in the Kraker's underworld it would be difficult for the Dutch police to fish him out.

The IRA also gets much support from front organisations like the Ireland Komitee Nederland and the Ireland Information Centre.

Several of the IKN's members have been arrested on explosives charges and the IIC is run by Michael Quilligan

who denies any connection with the IRA but admits to working for Sinn Fein. He is also a member of the Provo-dominated United Campaign Against Plastic Bullets.

Both organisations specialise in whipping up support for the Provos.

The IIC mounted a campaign against their extradition on the grounds that their offences were political.

Michael Quilligan organised a seminar on the premises of the University of Amsterdam at which the speakers included Gerry Adams, the Sinn Fein leader, Bernadette (Devlin) McAliskey, the former MP and member of the Irish Republican Socialist Party and Liz Curtis of British Troops Out.

It would be wrong to suggest that either the IKN or the IIC were involved in Saturday night's shootings, but they do help to create a climate in Holland in which IRA's terrorist activities become acceptable among the radicals and the notorious, free-living, Lefty trendies of modern Dutch society.

Another problem for the Dutch police is their lack of experience in dealing with terrorism.

(The Daily Telegraph, 3.5.88)

The IRA has used remote control devices on some 200 planted bombs. A transmitter sends a radio signal to a receiver which is attached to the bomb and is detonated. Similar bombs killed Lord Mountbatten in August, 1979, 18 soldiers at Warrenpoint, four members of the Household Cavalry in Hyde Park in 1982, and last year Lord Justice Gibson and his wife on the Irish border.

The devices used by the IRA were generally similar to those used to control model aircraft: the operator lies some distance away but in sight of the bomb, waits for the intended victims to draw alongside and presses the button.

These devices are limited in range and British army electronics engineers have had considerable success in detonating such bombs by jamming remote control signals or triggering bombs themselves by scanning the frequencies. This success has forced the IRA to seek new devices, particularly one that would operate over greater distances. They chose a home-made device operating on the VHF two-metre band.

(The Sunday Times, 8.5.88)

GERMAN TERRORIST LINK IN DEATHS OF RAF SERVICEMEN

The role played by a West German terrorist group in providing "safe houses" after recent IRA bomb and machine gun attacks against RAF servicemen in Holland was being investigated by police and military intelligence officers.

The German Revolutionary Cells (RZ), an established terror group on the Dutch-German border, has strengthened links with the Provisional IRA in the past year.

But an unpublished research manuscript from the Institute for the Study of Terrorism, a copy of which has been obtained by The Daily Telegraph, details the way in which the alliances between the IRA, RZ and groups in West Germany have developed.

Mr Ian Geldard, head of research at the Institute and co-author of the document, said the development owed much to the recent split in the Irish National Liberation Army and the drift to the Left of the IRA and Sinn Fein under Gerry Adams and Danny Morrison.

Links between INLA and Continental revolutionaries were established in the late 1970s, leading to the forming of the West European Anti-Imperialist Front.

The Front is a loose affiliation of terrorists pledging mutual support between the INLA, Action Directe in France, Red Brigades in Italy, Fighting Communist Cells in Holland and Belgium and the Red Army Faction and Revolutionary Cells in Germany.

During the 1981 Maze hunger strikes, the RZ is known to have carried out bomb attacks in Germany on behalf of the INLA.

An example by Mr Geldard in his manuscript, Irish Terrorism - Foreign Support and International Connections, gives evidence of IRA-RZ connections.

In 1978 an RZ member, Hermann Feiling, was seriously wounded when a bomb he was assembling in Heidelberg exploded prematurely.

After his recovery, he cooperated with German police and a fellow RZ member, Rudolph Raabe, was arrested in Dublin where he had been visiting INLA activists.

Raabe escaped prosecution and went to ground in France with Cornelia Spohn Müller, a member of the murderous Red Army Factions.

In 1984, Raabe and Müller met in Paris with INLA "liaison officer" Michael Plunkett and, according to Mr Geldard, "left with a considerable amount of money".

At about the same time Feiling was traced to Heidelberg, where he was sharing a house with IRA man Dermot O'Connor, a former Maze internee who claimed to be a close associate of Gerry Adams.

O'Connor is believed still to be living in Germany promoting liaison between the IRA and German sympathisers, Mr Geldard said.

(Daily Telegraph, 10.5.88)

KEINE REVISION IM 'RADIKAL'-PROZESS

Erstes Urteil wegen "Werbens für eine terroristische Vereinigung" gegen Buchhändler ist rechtskräftig

Die Revision des Bonner Buchhändlers Harald K. gegen das Urteil des Oberlandesgerichtes Düsseldorf vom 2.12.1987 (taz 16.12.1987) als "unbegründet" verworfen.

Insgesamt wurden 78 Ermittlungsverfahren gegen 192 Personen eingeleitet. 164 linke BuchhändlerInnen aus 58 Läden waren von den zwischen dem 2. August 1986 und dem 3. Februar 1987 durchgeführten Durchsuchungen und Ermittlungen betroffen, die übrigen 28 Personen waren HandverkäuferInnen. Wie bei 129a-Verfahren! üblich, kam es nur in relativ wenigen Fällen zu Anklagen.

Von den 38 Personen gegen die Anklage erhoben wurde mußten zwölf ein Hauptverfahren über sich ergehen lassen, dabei wurden sieben Personen freigesprochen. Von den fünf ergangenen Urteilen sind jetzt drei rechtskräftig.

Mit den 'radikal'-Urteilen gegen BuchhändlerInnen ist der Paragraph 129a erneut ausgeweitet worden: für eine "terroristische Vereinigung" kann jetzt sogar werben, wer das "Werbematerial" weder kennt noch vertreibt, sondern nur erhalten hat.

Das politische Spektrum der öffentlich zugänglichen und erhältlichen Bücher und Zeitschriften soll verengt werden.

(TAZ, 13.5.88)

"AUF LEUTE WIE EUCH SCHIESSEN WIR"

Vor über 200 Zuhörern äußerten sich gestern die verurteilten ehemaligen Mitglieder der RAF Christian Klar, Manuela Happe und Helmut Pohl zur Frage einer Fortsetzung der RAF-Mitgliedschaft im Knast, zu Haftbedingungen politischer Gefangener und zur Organisationsstruktur der RAF, wie auch zu deren Verhältnis zu anderen militanten Widerstandsgruppen. Die Angeklagten Kluth, Haule und Hornstein werden beschuldigt, sie seien Mitglieder der RAF und an Anschlägen auf die NATO-Schule in Oberammergau und die Firma Dornier beteiligt gewesen.

Die Verteidigung hatte die Zeugenvernehmung beantragt, weil seit Anfang 1987 die Höchststrafe für Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung von fünf auf zehn Jahre heraufgesetzt worden war. Anerkennt der fünfte Strafsenat am Oberlandesgericht in Stammheim die Fortdauer einer solchen Mitgliedschaft im Gefängnis, könnte die Maximalstrafe verhängt werden. Weil die drei Angeklagten aber bereits im Sommer 1986 verhaftet wurden, müßte sonst die alte Höchststrafe von fünf Jahren gelten.

Christian Klar betonte in seiner Vernehmung, die politischen RAF-Gefangenen seien nicht wie die RAF selbst politisch-militärisch organisiert. Sie hätten auf Aktionen der RAF keinen Einfluß, versuchten vielmehr mit eigenen Aktionen, die Mauern der Isolation untereinander und nach draußen aufzubrechen, um öffentliches Bewußtsein über die Lage in den Knästen zu schaffen. Die Hochsicherheitsstrakte, so Klar, seien ein entwürdigendes Schlachtfeld, man sei dort auf konkrete Veränderungen aus, wie z.B. die Zusammenlegung der Gefangenen.

Zur Frage der organisatorischen Verbindung zwischen Gefangenen der RAF und der RAF selbst äußerte sich auch Manuela Happe. Sie war vor mehr als vier Jahren nach einer Schießerei mit der Polizei verhaftet worden. Seither, so ihre gestrige Aussage, hechte die Bundesanwaltschaft hinter ihnen her, um eine weitere Verbindung zwischen Gefangenen und RAF nachzuweisen. Es gebe aber keine RAF im Knast, und die Guerilla würde sich in ihrem Kampf nicht nach den Gefangenen richten. Fragen der Bundesanwaltschaft wollte Frau Happe nicht beantworten: "Bundesanwälte antworten wir nicht, auf die schießen wir."

(TAZ, 6.5.88)

S AFRICA TRIAL DRAMA EXPOSES BONDS OF LOYALTY BETWEEN TWO GUERRILLAS

Gordon Webster was one of two key figures in the unit which created some havoc in Natal two years ago with a series of bombing attacks. They included the Magoo's Bar blast in 1986, in which three young women were killed and 89 people injured by a car bomb planted outside a hotel in South Africa's premier holiday resort, Durban's "golden mile".

The man who planted the Magoo's bomb, Robert McBride, was sentenced to death three times last year for the murders. Webster was not involved, but was convicted of murdering a police colonel - believed the most senior officer killed in South Africa's guerrilla war.

But the story of the two young men is exceptional not for the killings, but because of their backgrounds and their efforts to save each other.

The two men were recruited into the African National Congress while studying to be teachers in Wentworth.

Leaving South Africa with Webster, McBride underwent explosives training in Angola and the two men returned to Natal on a mission to attack electricity sub-stations.

It was in one of these attacks that the colonel was killed by a booby-trap - two limpet mines which detonated 25 minutes apart, the first drawing police to the scene and the second then exploding with fatal effect.

In April, 1986, Webster and a childhood friend he had recruited, Bheki Ngubane, ran into a routine police patrol while ferrying arms in a car and were arrested near Pietermaritzburg. Attempting to escape, Ngubane was shot dead and Webster badly wounded in the stomach. Webster was admitted to Edendale hospital, where he was put into an intensive-care ward under armed police guard.

There then followed one of the most dramatic escapades in the guerrilla conflict, when McBride came to Webster's rescue. McBride put together a five-strong team, including his girlfriend, a Wentworth social worker, and his 54-

year old father, a "radical" teacher.

The two McBrides cut their way through a perimeter fence of the hospital and - leaving the woman and two other men covering their retreat - walked to the intensive care ward on the second floor, Robert hiding an AK47 rifle under a doctor's coat and his father, in a suit, concealing a Makarov pistol.

Opening fire on the two-man police guard, the McBrides bundled Webster onto a hospital trolley and - to cheers and singing by other black patients and staff - pushed him out of the hospital. One bystander was killed by a stray shot. The two guards were wounded, along with two other bystanders. The rescue team got away with Webster in a waiting truck and smuggled him across the border into Botswana.

McBride returned to Natal again to plant the Magoo's Bar car bomb on June 16, the anniversary of the 1976 Soweto uprising. The bomb was intended as a gesture of defiance towards the state of emergency declared two days before.

He was arrested a month later and sentenced to hang. Webster, meanwhile, had recovered from his injuries abroad and in an act of extraordinary, if foolhardy, loyalty, returned to South Africa in September 1986 in an attempt to rescue McBride. The plan was to kidnap a judge and senior police officers - the prime target being the trial judge who had sentenced McBride to death - and hold them hostage for the condemned man's life. But the three-men rescue team was intercepted soon after crossing the border and arrested.

McBride's father and girlfriend are now serving lengthy jail sentences for their part in the Edendale escape. McBride is awaiting execution, which is expected to take place soon.

(The Guardian, 3.5.88)



CCC UND FRAP: BESCHLUßKAMMER TAGT IM GEFÄNGNIS

Die Beschluskammer des korrektonellen Gerichts in Brüssel begann gestern, zuerst im üblichen Gerichtssaal und danach im Gefängnis, das Verfahren der Akten gegen die mutmaßlichen Mitgliedern der Cellules Communistes Combattantes und der Revolutionären Front für Proletarische Aktion. Die Staatsanwaltschaft will die Mitglieder der beiden Terrororganisationen für den Assisenhof bringen. Aber die Anwälte der FRAP wollen das nicht. Auffallend ist daß die Staatsanwaltschaft neben den sieben "gekannten" Angeklagten auch ein Unbekannter "X" verfolgt. Woraus geschlossen werden kann, daß das Gericht unterstellt, daß neben den mit Namen genannten Angeklagten noch mehr Personen Mitglied waren der Terrorgruppierungen, die 1984 und 1985 die Belgische Bevölkerung in Angst versetzten.

Zwischen den 2. Oktober 1984 und den 6. Dezember 1985 verübten die leninistisch-marxistisch orientierten CCC siebenundzwanzig Bombenanschläge in Belgien und einen in Frankreich. Bei der Explosion eines Bombenautos der CCC am 1. Mai 1985 vor dem VBO-Gebäude in Brüssel kamen die Feuerwehrleute Marcel Bergen und Jacques Von Marcke ums Leben. Am 16. Dezember 1985 wurden Pierre Carotte, Bertrand Sassoie, Didier Chevolet und Pascale Vandeguerde - die vier mutmaßlichen Spitzenmitglieder der CCC - in einem Quick-Restaurant in Namen verhaftet. Die drei Männer sind momentan im Gefängnis in Mechelen inhaftiert. Vandeguerde verbleibt im Frauengefängnis von Vorst. Neben den vier Spitzenmitgliedern wird auch der - nicht mehr inhaftierte - CCC-Sympathisant Christophe Vercauteren der Teilnahme an Anschläge beschuldigt.

Das Anarchie-predikende FRAP verübte am 20. und 21. April 1985 Bombenanschläge auf ein Gebäude des Nordatlantischen Assamblées in Brüssel und auf eine Niederlassung der AEG-Telefunken in Ukkel. Am 26. Juni 1985 legte das FRAP eine Bombe bei der Acec-Niederlassung in Drogenbos, aber die Bombe wurde unschädlich gemacht.

Im August 1985 verhaftete die BOB Chantal Paternostre aus Lindebeek. Sie sollte Mitglied gewesen sein im FRAP. Ein wenig später wurde auch Luc Van Acker aus Moeskroen verhaftet. Er war, dem Gericht nach, der Mann der die Bomben bastelte.

Mitläufer

Die Untersuchungsakten gegen die mutmaßlichen Mitglieder der beiden Terrororganisationen wurden vor einigen Wochen durch den Untersuchungsrichter Francine Lyna geschlossen.

Die Beschluskammer wird Donnerstag einen Entschluß fassen über die Frage der Staatsanwaltschaft um sowohl die CCC-er als die FRAP-Angeklagten während ein und

dasselbe Prozeß für den Assisenhof erscheinen zu lassen. In diesem Zusammenhang muß bemerkt werden daß erster Unterstaatsanwalt Angerhausen gestern die Beschluskammer ersuchte, die Akten gegen Vercauteren und "X" abzutrennen von dem Rest und zurückzuschicken zur Staatsanwaltschaft.

Durch diese Frage läßt die Staatsanwaltschaft sich in die Karten gücken. Man kann jetzt mit Sicherheit sagen, daß das Gericht unterstellt daß die CCC bestand aus vier Spitzenmitglieder und daß Vercauteren ein Mitläufer war. Außerdem darf man jetzt annehmen daß das Gericht weiter sucht nach anderen Mitläufern, die während der Terrorwelle logistische Unterstützung gaben an Carotte & Co. Die Mitläufer und zufällige Helfer sollen später in einem getrennten - korrektonellen? - Prozeß erscheinen können.

Durch "X" momentan aller verübten Vergehen zu beschuldigen, sowohl des CCC als des FRAPs, behält die Staatsanwaltschaft die Möglichkeit um weiter die - wahrscheinlich nicht unwichtige - Beteiligung der Mitglieder der französischen links-extremen Action Directe zu untersuchen bei Anschlägen in Belgien.

Die Staatsanwaltschaft beantragte gestern wohl die Trennung der Angeklagten gegen Vercauteren und "X", blieb aber beharren, daß Paternostre und Van Acker zusammen vor den Assisenhof erscheinen müssen. Die Anwälte der beiden FRAP-Angeklagten waren damit nicht einverstanden und beantragten für ihre Mandanten einen getrennten Prozeß. Die Staatsanwaltschaft widersetzte sich mit dem Argument daß während der Untersuchung sowohl Fingerabdrücke, Dokumente sowie Waffen entdeckt wurden, die einem engen Zusammenhang zwischen der CCC und das FRAP erwiesen.

Die Beschluskammertagung von gestern fing an im üblichen Gerichtssaal im Brüsseler Gerichtsgebäude. Nach einer Debatte über das Los der FRAP-Angeklagten, gingen alle Beteiligten zum Gefängnis von Vorst. Carotte, Sassoie und Chevolet waren eigens nach Vorst gebracht um zusammen mit Vandeguerde ihren Teil der Beschluskammersitzung belohnen zu können. Morgen wird die Beschluskammer ihren Entschluß mitteilen.

(NB, 4.5.88)

SUSPECTS HELD

Madrid (Reuter) - Police arrested six suspected guerrillas believed to have blown up the holiday home of Spain's rightwing leader, Manuel Fraga. A Portuguese woman and five suspected members of the Free Galician People's Army, a marginal group, were held and explosives and weapons seized.

(Independent, 30.5.88)

DIE "ROUND TABLE OF EUROPEAN INDUSTRIALIST"

Die Ritter des europäischen Großkapitals.

An der Basis der Initiative für die Tafelrunde der europäischen Industriellen stand Burggraf Etienne Davignon, damals EG-Kommissar für Industrie. Davignon regte ein Anzahl europäische Spitzenindustriellen dazu an, sich zu vereinen in einem Klub, um gemeinsam die Interessen der europäischen Monopole zu wahren. Auf der ersten Tagung in Paris, im April 1983, war auch noch ein anderes EG-Kommissionsmitglied anwesend, Francois-Xavier Ortoli, damals Kommissar für Energie. Später stieg Ortoli um zum Posten des Präsidenten-Generaldirektors des französischen Öligiganten Total. Der Mann, der von Seiten der Industrie offiziell die Initiative ergriff für die erste Tagung, war Peyr Gyllenhammar, Vorsitzender der schwedischen Volvokonzerne. Auf der Gründungstagung waren 17 Vorsitzende oder Direktoren anwesend der größten europäischen Monopole. Die meisten im eigenen Namen, aber Bedingung ist dann wohl, daß man einer der höchsten Posten bekleidet in einer von Europas größten Monopole, wodurch die Tafelrunde eine große Macht ausstrahlt. Die gesamte jährliche Umsatzziffer der Klubmitglieder kommt in der Tat gleich an das Nationaleinkommen von Belgien und der Niederlande zusammen.

Die Absicht der Round Table war zweideutig. Einerseits eine Art Beratungsorgan um Ideen auszutauschen und die Kraftlinien auszuarbeiten für eine gemeinschaftliche Politik in Europa. Anfang der achtziger Jahre hatte ja die Überzeugung eine feste Gestalt angenommen, bei einigen der europäischen Spitzenmanager, daß im Riesenkampf, der im Anzug war, die europäische Integration eine unentbehrliche Waffe war im Kampf gegen die japanischen und amerikanischen Multinationalen. Um die Integration anzufachen wurde beschlossen die Kräfte zu vereinen. Dank der Round Table wollte man eine Art Konsens erreichen über das wohlverstandene Interesse des europäischen Großkapitals.

Enge Verbindungen mit der Europäischen Kommission

Andererseits bildete es ein ideales Instrument um Druck auszuüben auf die nationalen Regierungen um die Beschlüsse in Brüssel zu unterstützen. "Die Männer sind sehr mächtig und sehr dynamisch. Sie überfluten uns mit Ideen. Und wenn nötig können sie ihre eigenen Premierministern anrufen um ihr Standpunkt zu verdeutlichen", sagt Bruno Liebhaber, Berater für industrielle und technologische Fragen im Kabinett von Delors (International Management, Juli 1986). EG-Kommissionsvorsitzender (und Sozialist) Jacques Delors unterhält übrigens hervorragende Verbindungen mit der Gyllenhammargruppe. Mitte Juni 1985 ist es in Gesellschaft von Delors, als Gyllenhammar in Brüssel eine Anzahl Projekte seiner Gruppe der Presse vorführt. Es ist übrigens für niemanden ein Geheimnis, daß viele der größten europäischen Unternehmen in allerhand Beratungsorgane der EG residieren und da gleichsam in einer institutionalisierten Weise ihre Ansichten über wie es

geht und steht in der Gemeinschaft durchsetzen können. Die Wirkung der Round Table selbst ist einfach. Zweimal im Jahr tagen die Mitglieder. Daraus bilden sich die Kern-Ideen wovon die Wichtigsten in einem Bericht verarbeitet werden, durch ein Spezialistenteam. Die Arbeiten finden danach ihren Weg zur EG-Kommission und den Opinionsbildern und Politikmachern in den respektiven EG-Ländern. Zwischendurch haben die Tafelrundenmitglieder übrigens noch regelmäßige Kontakte mit der Kommission. Wenn eine Tafelrundenkonferenz in Brüssel stattfindet ist es nicht unüblich, daß die Kommissionsmitglieder an dem intimen Beisammensein teilnehmen. Die europäische Tafelrunde hat sein Sekretariat in Paris wo eine Ecke der Volvobüros eingeräumt wurde. Für den permanenten Erfolg ernannt jedes Tafelrundenmitglied ein Sozios (In der Praxis ein Kaderfunktionär desselben Multis) um ihn beizustehen im Unterhalten von regelmäßigen Kontakten. Es sind diese Sozios die auch die halbjährlichen plenären Tagungen vorbereiten. Weiter ist ein finanzieller Ausschuss zusammengesetzt worden, aus den finanziellen Direktoren der mit der Round Table verbundenen Unternehmen. Dieser Ausschuss berät über die finanzielle Aspekte der politischen Pläne und Empfehlungen der Gruppe oder von Projekten woran Gesellschaften der Gruppe teilnehmen. So eine gemeinschaftliche Initiative hat sich bis jetzt beschränkt auf die Gründung einer Gesellschaft für die Finanzierung von Joint Ventures in Europa, die Euroventures BV mit Residenz in Amsterdam.

Crème de la crème der Top 100. Seit ihrer Gründung in 1983 hat die Round Table schon ein paar Änderungen erfahren. Die ursprüngliche Mitgliederzahl von 17 wuchs bis 29. In derselben Periode haben wohl 11 Unternehmen aus verschiedenen Gründen ihre Mitgliedschaft gekündigt. Von der 100 größten europäischen industriellen Betrieben sind 23 Mitglieder gewesen im Round Table und 16 sind es bis auf heute geblieben. Die übrigen 13 Mitglieder schließen übrigens eng an dieser Spitze an. Ein Teil gehört faktisch zu den Top 100, obwohl sie nicht in der Liste von Fortune aufgenommen wurden (Telefonica, Ruhrgas, Ferruzzi), andere folgen die ersten Hundert auf dem Fuß (Pilkington, Plessey, Lafarge Coppée oder Nokia). Schließlich gibt es eine Gruppe Betriebe, die, obwohl sie kein Mitglied sind der größten Europäer, im eigenen Land an der Spitze stehen und offenbar aufgenommen wurden um ihr Land zu repräsentieren. (Spanien, Dänemark, Irland, Österreich). Es ist übrigens merkwürdig festzustellen wie sich verschiedene europäische Monopole aus Nicht-EG-Mitgliedstaaten in der Gruppe befinden. Auch als Eureka angekurbelt wurde als Antwort auf das amerikanische SDI (Star Wars), waren von vorne an Länder wie Schweden, Norwegen oder die Schweiz daran beteiligt. Trotz der Tatsache daß diese Länder offiziell kein Teil der EG bilden werden sie de facto immer mehr verbunden mit europäischen Initiativen und dies hauptsächlich unter Impuls ihrer Multis.

Round Table of European Industrialists

Naam	Bedrijf	Land
Torvild Aakvaag	Norsk Hydro	NW
Umberto Agnelli (vice-voorzitter)	Fiat	IT
Jean-Louis Baffa	Saint-Gobain	Fr
Werner Breitschwerdt	Daimler-Benz	BRD
John Clark	Plessey Company	GB
Etienne Davignon	Société Générale	B
Carlo De Benedetti	Olivetti	IT
Wisse Dekker (vice-voorzitter)	Philips	NL
Raul Gardini	Feruzzi	IT
Alain Gomez	Thomson	FR
Pher Gyllenhammar (voorzitter)	Volvo	SWE
Patrick Hayes	Waterford Glas	IR
Kari Kairamo	Nokia	FIN
Karlheinz Kasko	Siemens	BRD
Olivier Lecerf	Lafarge Coppée	FR
Klaus Liesen	Ruhrgas	BRD
Luis Magana	Furnas Electricas	ESP
Helmut Maucher	Nestlé	SWI
Hans Merkle	Robert Bosch	BRD
Jérôme Monod	Lyonnaise des Eaux	FR
Curt Nicolin	ASEA	SWE
Antony Pilkington	Pilkington Brothers	GB
Patrick Sheehy	BAT Industries	GB
Luis Solana	Telefonica	ESP
Dieter Spethmann	Thyssen	BRD
Paul J. Svanholm	United Breweries	DK
Josef Taus	Constantia	AUS
Pierre de Tillesse	Petrofina	B
Jacopo Vittorelli	Pirelli	IT

PRESSESPIEGEL

VERSCHÄRFTE HAFT FÜR POLITISCHE GEFANGENE
Erneute Protestaktion von Angehörigen der politischen Gefangenen der RAF und des Widerstands gegen Isolationshaft, Zensurmaßnahmen, reduzierte Besuchszeiten oder Besuchsverbote und Schikanen/ "Jeder Knast hat seine speziellen Perversitäten"

Nur zwei Monate nach ihrer Aktion anlässlich des Hamburger San-José-EG-Gipfels meldeten sich am Pfingstfreitag in der Hansestadt abermals die Angehörigen der politischen Gefangenen der Roten Armee Fraktion (RAF) und des Widerstands zu Wort.

Mit Transparenten und Sprechchören forderten sie vor der Petri-Kirche - mitten auf der Einkaufsmeile Mönckebergstraße - die Zusammenlegung ihrer Kinder und Geschwister in große Gruppen: "24 Stunden auf der Zelle allein, das ist kein Leben, Zusammenlegung muß sein" - "Isolation ist Mord, Zusammenlegung sofort."

Und an Beispielen mangelt es den Angehörigen nicht. Nur einen Kilometer von der Petri-Kirche entfernt sitzt derzeit Barbara Ernst im Untersuchungsknast wegen Mitgliedschaft der RAF. Der Vorwurf: "Sobald eine andere politische Gefangene in demselben Gefängnis ist, wie vor einiger Zeit Elisabeth Meermann und jetzt Ulla Penselin, wird jede Möglichkeit, nur ein Wort miteinander zureden, verhindert."

Selbiges erfahren in äußerster Brutalität auch Heidi Schulz und Ingrid Jacobsmeier, als sie zur Zeugenvernehmung im Prozeß gegen Eva Hauke, Luitgard Hornstein und Christian Kluth mit dem Hubschrauber von Bielefeld nach Stammheim gebracht wurden. Eine Mutter: "Innen wurden die Augen verbunden und ein Kopfhörer aufgesetzt, damit sie nicht miteinander reden konnten. Und als Heidi dennoch einmal ein falsche Bewegung machte, wurde ihr schmerzhaft der Arm umgedreht."

Heidi Schulz war vor ihrem Stammheimflug über ein Jahr lang in Köln-Ossendorf nicht mehr an der frischen Luft gewesen, weil sie sich weigerte, allein einen Hofgang durchzuführen. "Jetzt hat man ihr lediglich gestattet, zusammen mit einer Frau, die zweimal in der Psychiatrie saß, den Hofgang zu machen. Dabei könnte sie durchaus mit Christa Eckes Hofgang machen. Aber, man kann sich draußen gar nicht vorstellen welchen Aufwand die machen, um zu verhindern, daß sich die beiden sehen."

Viel Aufwand wird auch getrieben, um jeglichen Kontakt zur Außenwelt zu verhindern, beklagen sich die Angehörigen: "Barbara Ernst hat zum Beispiel nur eine Stunde Besuchszeit im Monat. Für jeden Brief, den sie bekommt, muß sie einen anderen Brief aus der Zelle herausgeben, so daß jeder Diskussionsprozeß von ihr mit anderen draußen zerstört wird, weil sie sich nicht mehr auf das vor Wochen Geschriebene beziehen kann."

Inzwischen wurden ihre meisten Unterlagen - Broschüren, Zeitschriften, Ordner mit Arbeitspapieren und Briefe -, die alle ohnehin schon durch die Zensur gelaufen waren, aus der Zelle geholt. Die Angehörigengruppe: "Das geht soweit, daß sie noch nicht einmal die Presseerklärung ihrer Anwälte zu ihrer Haftsituation erhalten hat."

Den taz-Bericht (7.3.88) über die März-Aktion der Angehörigen bekamen die wenigsten Inhaftierten aus RAF und Widerstand zu Gesicht. "Aus der Zeitung wurde einfach die Seite mit dem Bericht herausgerissen. Und auch bei unseren Besuchen, die ja mitgehört werden, durften wir darüber nicht sprechen." Würden sich die Mütter und Geschwister nicht daran halten, wird der Besuch durch die Staatsschützer abgebrochen und für die nächste Zeit gegen die entsprechende Person unter dem Vorwand der Unterstützung einer terroristischen Vereinigung ein Besuchsverbot verhängt.

"In Stammheim gibt es jetzt eine Verfügung des Knastes, daß die politischen Gefangenen und die, die ihnen schreiben, bei Korrekturen kein Tipp-Ex mehr benutzen oder Fehler auch nicht mehr durchstreichen dürfen. Wenn sich die Inhaftierten oder die Schreibenden daran nicht halten, wird die Post vom LKA nicht weitergeleitet oder geht zurück."

(Taz, 30.5.88)

SYMPATHISANTEN UND ANGEKLAGTE BEGRÜßEN EINANDER MIT GEJOLLE UND GEBALLTEN FÄUSTEN. Ein neuer RAF-Prozeß in Düsseldorf

Die vier Angeklagten, von ihren Handschellen befreit, und die Sympathisanten-Szene im Zuhörerraum begrüßen sich mit lautem Gejohle und geballten Fäusten. Die Angeklagten umarmen sich innig nach 21 Monaten getrennter Untersuchungshaft.

Die Angeklagten verweigern bei richterlicher Aufforderung jede Angabe zu ihrer Person, müssen von Justizbeamten identifiziert werden. Die vier Wahlverteidiger erklären, daß sie eine "Blockverteidigung" führen werden. Dann, noch vor der Verlesung der Anklageschrift, beginnt die erste Welle der Anträge: auf Entfernung der Sicherheitsbeamten, auf Änderung der Sitzordnung, auf Befangenhaltung der Gerichts...

Es fällt schwer, diese Angeklagten angesichts ihrer Verhaltens im Gerichtssaal und ihrer ungebrochenen Bekenntnisbereitschaft zu militanten Aktionen noch als nur mutmaßlichen Terroristen zu bezeichnen. In ihren Wohnungen in Duisburg stellte die Polizei umfangreiches Schriftmaterial der RAF sicher.

Man fand auch Bonner Stadtpläne mit Kennzeichnungen bestimmter Gebäude, möglicherweise Hinweise auf weitere geplante Straftaten.

Die Angeklagten Hofmeier, Thoenes, Richter und Frau Perau waren, als sie kurz nach den Anschlägen auf den Bundesgrenzschutz festgenommen wurden, noch nicht in den Untergrund abgetaucht.

Zwei von ihnen hatten eine Schlosserausbildung. Die Anklage will nachweisen, daß sie solche Fertigkeiten beim Bau von Sprensätzen später nutzten. Hofmeier, mit 41 Jahren der älteste in der Gruppe, kommt vom Kommunistischen Bund Westdeutschlands (KBW) und könnte so etwas wie der ideologische Kopf der Gruppe sein, von der die Anklage vermutete, daß sie noch mehr Mittäter gehabt habe. Dieser Fall "Kämpfende Einheit Gallende" ist für die Bundesanwaltschaft ein neues Verfahren in der sich wandelnden Terrorismusszene. Sie will in diesem Prozeß nachweisen, daß die "Kämpfenden Einheiten", die man aus zahlreichen Sprengstoffanschlägen der letzten Jahre (amerikanische Kasernen, Dornier-Werke, Forschungsinstitute, Grenzschutzstandorte) kennt, direkte Untergruppierungen der RAF sind.

Wenn es der Bundesanwaltschaft gelingen würde, in diesem Düsseldorfer Prozeß ein Urteil herbeizuführen, in dem diese "Illegalen Militanten" als Gruppen innerhalb der RAF, also als Teile ihres Terrorismusgeflechts definiert würden, dann wären Terroristen in Tatbereichen künftig auch von vornherein als "terroristische Vereinigung" zu erfassen und anzuklagen. Dieses Organisationsdelikt ist im Strafgesetzbuch mit bis zu zehn Jahren Haft bedroht, wiegt also schwerer als ein Beliebiges Sprengstoffvergehen.

(FAZ, 18.5.88)

"GESINNUNGSPROZESS IN DÜSSELDORF" Vier Angeklagten aus der antilperialistischen Szene wird Anschlag auf eine BGS-Kaserne vorgeworfen

Mit mehreren Befangenhelbsanträgen der Verteidigung gegen das Gericht hat am Mittwoch vor dem Staatsschutzsenat des Oberlandesgerichts (OLG) Düsseldorf der Prozeß gegen vier Angeklagte aus der antilperialistischen Szene begonnen, denen vorgeworfen wird, als terroristische Vereinigung einen Sprengstoffanschlag auf eine Bundesgrenzschutz-Kaserne bei Bonn verübt zu haben.

Nach der Anklage der Bundesanwaltschaft sollen die bereits vor knapp zwei Jahren in Duisburg verhafteten Norbert Hofmeier (41), Barbara Perau (30), Thomas Thoenes (23) und Thomas Richter (25) am 11. August 1986 als "Kämpfende Einheit Crespo Cepa Gallende" auf dem Gelände des Bundesgrenzschutzes in Swistal-Helmerzhelm zwei Sprengsätze gezündet haben. Mit diesem Anschlag sollen sie einen Sachschaden von über 100.000 Mark verursacht haben. Darüber hinaus werfen die Bundesanwälte den vier Angeklagten vor, einen Wissenschaftler des Fraunhofer-Instituts für Lasertechnik an der Technischen Hochschule Aachen monatelang ausgespäht zu haben.

Aufgrund der Beweislage - Zeugen wollen einige der Angeklagten Monate vor den Anschlägen in der Nähe des Tatortes gesehen haben; darüber hinaus wurde in der Wohnung der Angeklagten eine Fotokopie des Bekennerbriefes zum Anschlag auf die Bundesgrenzschutzkaserne gefunden - geht die Verteidigung davon aus, daß ihren Mandanten die vorgeworfenen Straftaten nicht nachzuweisen sind.

(Taz, 19.5.88)

HAFTBEFEHL GEGEN STEINBRÜCK AUFGEHOBEN

Als der Mann am 17.2.88 - aus Nicaragua kommend - auf dem Züricher Flughafen landete, wurde er verhaftet. Den Vorwurf der "Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung" (Par. 129a) mußte die BAW entsprechend dem Deutsch-Schweizer Auslieferungsabkommen allerdings fallenlassen. In der BRD wurde dem Mann die Beteiligung an einem Brandanschlag auf die Dresdner Bank in Frankfurt sowie der Raub einer Polizeidienstwaffe im Oktober 1986 in Hanau angelastet.

(Taz, 19.5.88)

STARTBAHN-WEST: ZWEITE FREILASSUNG

Erneut mußte die Staatsanwaltschaft einen Mann, Andreas Semisch, freilassen, der im Zusammenhang mit den tödlichen Schüssen auf zwei Polizisten an der Frankfurter Startbahn-West seit November 1987 inhaftiert war. Semisch steht aber weiterhin im Verdacht, zeitweilig im Besitz zweier Polizeipistolen gewesen zu sein. Schon am 17.5.88 mußte die Staatsanwaltschaft einen in Februar 1988 auf dem Flughafen Zürich festgenommenen Mann wieder freilassen.

(Taz, 21.5.88)

HAFTBEFEHL AUFGEHOBEN

Auf Antrag des Generalbundesanwaltes wurde, am 3. Mai 1988 der Haftbefehl gegen Christine Dümlein aufgehoben. Seit 1978 war sie wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung per Haftbefehl gesucht worden. Bereits 1986 verschwand das Konterfei von Frau Dümlein von den RAF-Fahndungsplakaten des Bundeskriminalamtes.

(Taz, 31.5.88)

BOMBENANSCHLAG IN ATHEN

Die Untergrundorganisation "Revolutionäre Organisation 17. November" hat sich am Montag in einem Brief an eine Athener Abendzeitung zu den Bombenanschlägen auf Fahrzeuge türkischer Diplomaten in Athen bekannt. In der Nacht zum Montag waren Sprengkörper unter den

PKW zweier türkischer Diplomaten explodiert und hatten Sachschaden verursacht.

Zwei andere selbstgebastelte Bomben konnte die Polizei rechtzeitig von den Autos türkischer Diplomaten entfernen. Die Anschläge sind ein Protest gegen den Besuch des türkischen Außenministers Mesut Yilmaz. Dabei geht es um eine Wiederannäherung beider Länder.

(TAZ, 25.5.88)

TERROR-ANSCHLÄGE IN GALICIEN

In Galicien wurde ein Unternehmer von Terroristen ermordet und das Haus des ehemaligen Oppositionsführers Manuel Fraga durch einen Bombenanschlag schwer beschädigt. Drei Attentäter - darunter zwei Frauen -, die vorgaben, einen Rosenstrauch aus einer Blumenhandlung zu überbringen, drangen in der Hafenstadt La Coruna in das Haus des Kaufmannes und ehemaligen Präsidenten der Galicischen Sparkasse, Claudio San Martin ein und töteten ihn mit Pistolenschüssen aus nächster Nähe. Die Sicherheitsbehörden gehen davon aus, daß die linksextremen "Gruppen des Antifaschistischen Widerstands 1. Oktober" (GRAPO) hinter dem Anschlag stehen. Es gilt aber auch ein Vorgehen der "Guerilla-Streitmacht des freien galicischen Volkes" (EGPGC) für möglich, auf die in jedem Fall der Anschlag auf das Sommerhaus des rechts-konservativen Politikers und ehemaligen Franco-Ministers Fraga zurückgehen dürfte.

(SDZ, 30.5.88)

V-MANN BOT ENTFÜHRUNG AN

Vor dem Ausschuß zum Celler Anschlag schilderte MPAIAC-Führer Cubillo die "Operation Neuland"

Der jugoslawische V-Mann des niedersächsischen Verfassungsschutzes Jelco Susak, der 1978 im Rahmen der sogenannten "Operation Neuland" angeblich deutsche Terroristen in Algerien aufspüren sollte, hat damals selbst angeboten, Entführungen wohlhabender Bundesbürger auf den Kanarischen Inseln zu organisieren.

Nach Darstellung Cubillos begann die ganze Verfassungsschutzoperation, bei der der V-Mann Susak mit Hilfe des spanischen Inlandsnachrichtendienstes an Cubillo herangeschleust wurde, nicht erst Anfang 1978 sondern bereits Mitte 1977. Ab Juli dieses Jahres habe der unter dem Decknamen "Hugo" arbeitende Susak im Gefängnis von Gran Canaria Kontakt zu zahlreichen inhaftierten MPAIAC-Mitgliedern gesucht.

Cubillo selbst hat sich, wie er anhand seines damaligen Terminkalenders belegte, nur am 25. und 26. Dezember 77 zweimal mit Susak, alias "Hugo" getroffen. In diesen Gesprächen habe ihm der V-Mann vorgeschlagen, so erklärte der Zeuge, mit Hilfe anderer junger Deutscher die Entführung von reichen Bundesbürgern zu organisieren, die im Süden Teneriffas eine Wohnung hatten. Mit der Entführung, so schlug Susak vor, solle man Geld für die MPAIAC erpressen. Diese Vorschläge habe er allerdings abgelehnt und darüber auch die algerischen Behörden informiert, die dann bereits am 6. Januar 1978 Susak ausgewiesen hätten.

(TAZ, 25.5.88)

DOHNANYI WUßTE VOM SYMBOLWERT DER HAFENSTRAßE FÜR AUTONOME UND RAF

Immer mehr Autonome und RAF-Anhänger seien in der Hafenstraße erschienen und hätten nach Beobachtungen des Verfassungsschutzes mit der "Anpolitisierung der Aussteiger" begonnen. Der Hamburger Verfassungsschutz habe die Gefahr durch politisch motivierte Gewalt früh erkannt. Deshalb habe er, Lichte, im Oktober 1985 den Versuch gemacht, über ein Interview mit der linken "tageszeitung" (taz) eine Entsolidarisierung in den Häusern zu erreichen. Gegenüber der taz hatte er damals darauf aufmerksam gemacht, daß die RAF die jugendlichen, "richtungslosen" ehemaligen Allein-Bewohner der besetzten Häuser für ihre Zwecke zu gebrauchen versuche und "daß RAF-Frauen seit dem Sommer ihren Wohnsitz dorthin verlegt haben". Sein Versuch sei aber mißlungen, nachdem als Folge dieses Interviews die Hamburger Redaktionsräume der taz, ausdrücklich "wg. Lichte" verwüstet worden waren.

Die Stärke der aus dem Untergrund heraus operierenden Kommando-Ebene der RAF bezifferte Lichte vor dem Hamburger Untersuchungsausschuß mit insgesamt fünfzehn Personen. Ferner gebe es ein "engeres Umfeld" von nicht untergetauchten RAF-Anhängern, das auch als "legaler Arm" der RAF bezeichnet wird und das aus rund 250 Personen bestehe. Mit einem Anteil von 35 Personen stellt Hamburg die, wie Lichte sagte, "stärkste Ortsgruppe". Der engere Kern der Gewaltbereiten in Hamburg wird von den Sicherheitskräften auf rund 150 Personen geschätzt. In der Hafenstraße seien die tonangebenden, überwiegend längst erwachsenen "Profis" mit fünf Personen aus dem RAF-Umfeld sowie mit etwa ebensoviel wortführenden militanten Autonomen vertreten.

(FAZ, 27.5.88)

RAF KÜNDIGT NEUE PHASE DES TERRORISMUS AN In Papler Anschläge angekündigt

Werner Kahl. Die RAF hat sich wieder in der Öffentlichkeit gemeldet. Nach über einjähriger Pause wurde eine neue Ausgabe des RAF-Untergrundorgans "Zusammenkämpfen", Nummer zehn, herausgegeben. Das politisch-ideologische Papier, das vermutlich in den Niederlanden hergestellt wurde und nun im RAF-Umfeld verteilt wird, kündigt eine

neue Phase des bewaffneten Kampfes der Terroristen an.

"DEFENSIVE DURCHBRECHEN"

Der Artikel auf der Frontseite trägt die Parolen-Überschrift: "Die Defensive durchbrechen." Damit markiert das 20seitige Papier zugleich den Abschluß des langen Diskussionsprozesses über Taktik und Strategie des Terrorismus in der Bundesrepublik Deutschland und anderen westeuropäischen Staaten. Trotz kontroverser Positionen innerhalb der Unterstützer und möglicherweise auch im Untergrundkommando selbst ist es jedoch nicht zu einem Bruch gekommen. Eine Fraktionierung, wie sie bei den neu gebildeten italienischen "Roten Brigaden" festgestellt wurde, hat ebenfalls offensichtlich nicht stattgefunden. Aus dem Inhalt kann entnommen werden, daß neue Angriffe gegen die "Militärmaschine", ferner gegen Projekte der Industrie und Wirtschaft mit dem Schwerpunkt Banken, sowie gegen den "staatlichen Machtapparat" gerichtet werden. Angesichts der aufgerufenen französischen "Action Directe" und der zerschlagenen "Kämpfenden kommunistischen Zellen" (CCC) in Belgien wird die RAF nach einer "Führungsrolle" für die weiterhin anvisierte "westeuropäische antilimperialistische Front" streben.

(Welt, 3.6.88)

MIT MEHR ZUSAMMENARBEIT BIETET EG INTERNATIONALEM TERRORISMUS DIE STIRN Minister-Konferenz in München

Werner Kahl. Bei den Beratungen über künftige grenzüberschreitende Verfolgungen von Terroristen konnte ein von deutscher Seite angeregter Informationspool, bei dem jeder Mitgliedsstaat Erkenntnisse der Sicherheitsbehörden der EG abrufen kann, nicht realisiert werden. Zu den Schwerpunkten gehörte das Problem der Abwehr des nahöstlichen Terrorismus, insbesondere von Anschlägen durch die Abu-Nidal-Organisation. Unter den terroristischen Gruppierungen in westeuropäischen Ländern wird die "Rote Armee Fraktion" nach der Ankündigung einer neuen Phase des bewaffneten Untergrundkampfes zu den gefährlichsten Organisationen gerechnet. Der "harte Kern" der RAF hält sich nach neuen Erkenntnissen im Wechsel zwischen deutschsprachigen Ländern, Frankreich und den Beneluxstaaten auf.

Das Interesse von Drittstaaten, die nicht zur Europäischen Gemeinschaft gehören, mit dem EG-Sicherheitsinstrument TREVI Kontakt aufzunehmen, ist ständig gewachsen. Zu Beobachtern aus USA, Kanada, Norwegen, Schweden, der Schweiz, Österreich und Marokko kamen in München zur Ministerkonferenz erstmals Vertreter von Jugoslawien, der Türkei und dem Inselstaat Malta.

(Welt, 4.6.88)

GRENZÜBERSCHREITENDE FAHNDUNG

Auf eine verstärkte Zusammenarbeit im Bereich "Anti-Terrorismus", Organisierte Kriminalität und Rauschgifthandel einigten sich in München eine Runde von Sicherheitsexperten aus der EG. Die Sitzung, die im Anschluß an ein Treffen der Innenminister der EG stattfand, gehörte zu den halbjährlichen Treffen der sogenannten TREVI-Gruppe. Konkret vereinbarten die TREVI-Minister, die Öffentlichkeitsfahndung zukünftig europaweit einzusetzen und bei größeren Anschlägen sofort alle EG-Mitgliedstaaten umfassend über die Ermittlungen zu informieren.

(TAZ, 6.6.88)

DIE ANGST DER TERRORISTEN VOR DER "KRONZEUGEN"-REGLUNG

Neue Aufrufe zum Terrorismus, aber Fortschritte bei der Polizei-Zusammenarbeit in der EG
Werner Kahl.

Vor der TREVI-Konferenz in München gaben auch Malta und Jugoslawien den Wunsch nach Konsultationen durch die sogenannte Trevi-Kooperation der EG bekannt. Der Wandel dort ist ein gutes Zeichen: dafür mehrten sich hier die Anzeichen für eine neue Terror-Offensive. Der Aufruf zu neuen Taten, den die RAF nach mehr als einjähriger Pause in diesem Frühjahr über ihre Untergrundzeitschrift "Zusammenkämpfen" an die Genossen richtete, trägt die Überschrift: "Die Defensive durchbrechen." An der Vorbereitung neuer terroristischer Aktionen beteiligt sich auch ein Blättchen namens "Mescalero". Jetzt will das Blatt "Mescalero" zum Terror vor allem gegen ausstiegswillige Terroristen beitragen. Zum erstenmal wird einem Autonomen, auch wenn er nicht einer terroristischen Gruppierung angehört, wegen seiner Aussagen zum Mord an zwei Frankfurter Polizisten an der Startbahn West des Rhein-Main-Flughafens vorgeworfen, er sei "de facto den Weg zum 'Kronzeugen' weitergegangen". So jedenfalls heißt es in der letzten Ausgabe des "Mescalero". Die Aussagebereitschaft Eichlers, auch wenn er einiges wieder zurückgezogen habe, was "bestenfalls die Wirkung einer politischen Geste" besitze, bedeute für die Szene "einen Wagen voller Zeitbomben". "Falls die Startbahnbewegung von Andreas Eichler sich noch was erhoffen sollte, mußte dies mit einem öffentlichen Ultimatum an ihn sofort formuliert werden." Das ist die unverhüllte Morddrohung.

(Welt, 6.6.88)

"RADIKAL" TAUCHT WIEDER IN DEUTSCHLAND AUF

Werner Kahl. Nach knapp einjähriger Pause schürt das wiedererschienene Untergrundblatt "Radikal" neue Aktionen durch die verschiedenen Gruppierungen in der gewalttätigen und terroristischen Szene. Der Termin der neuen Ausgabe

Nr. 134 wirkt abgestimmt mit dem kürzlichen Erscheinen des Organs der links-extremistischen Untergrundgruppe "Rote Armee Fraktion" (RAF), "Zusammenkämpfen". Damit macht die Szene zumindest bei den radikalen Medien vor Beginn des Sommers mobil.

Die neue Ausgabe von "Radikal" ist nach bisherigen Ermittlungen der Sicherheitsbehörden konspirativ aus der Schweiz in die Bundesrepublik transportiert worden. Als Vertriebsorganisation dient in der Schweiz eine linksextreme Züricher Wochenzeitung.

Die niederländischen Sicherheitsbehörden kamen dahinter, daß im Raum Amsterdam sowohl das in den 70er Jahren ursprünglich in Berlin herausgegebene "Radikal" als auch das RAF-Blatt "Zusammenkämpfen" hergestellt wurden. Unterstützung erhielten die deutschen Untergrundorganisationen durch das niederländische Blatt "Knispelkrant".

(Welt, 10.6.88)

MITGLIED JAPANISCHE ROTE ARMEE VERHAFTET

Ein mutmaßliches Mitglied der Japanischen Roten Armee wurde gestern von den Philippinischen Behörden an Japan ausgeliefert. Der 51-jährige Hiroshi Sensui wurde am Dienstag verhaftet. Dies ist die vierte in einer Reihe Verhaftungen von mutmaßlichen japanischen Terroristen in der Philippinischen Hauptstadt seit November vorigen Jahres. Die Polizei kam Sensui auf der Spur nach der Verhaftung eines anderen Mitglieds der Japanischen Roten Armee, Osamu Maruoka, der Auskünfte gab über anderen "Agenten" in den Philippinen. Sensui wurde verhaftet als er eine Klinik in Manila verließ, wo er sich Physioplastik unterzogen hatte um Erkennung durch die Polizei zu verhindern. Er konnte aber identifiziert werden anhand seiner Fingerabdrücke.

Sensui verbüßte in Japan eine lebenslängliche Strafe wegen Raub und Mord, bis er in 1977 freikam bei einer Auswechslung von Gefangenen gegen die 156 Geiseln einer gekaperten Boeing der Japan Air Lines in Bangladesh. Seit 1984 verblieb er unter falschem Namen in Manila, wo er sich als Geschäftsmann ausgab. Nach der Verhaftung von Maruoka tauchte Sensui unter.

Nach einem Sprecher der Philippinischen Immigrationskommission hat Untersuch des Sicherheitsdienstes erwiesen, daß die verhafteten Mitglieder der Japanischen Roten Armee planten Manila als Ausfallsbasis für terroristische Aktivitäten in Seoul während den Olympischen Spielen, die den 17. September anfangen, zu benutzen.

(NRC, 9.6.88)

'HIJACKER' DENIES NORTH KOREA LINK

Yasuhiro Shibata, 34, alleged to be one of the nine Japanese Red Army hijackers who in 1970 hijacked to North Korea a Japan Air Lines plane carrying 138 passengers, yesterday denied in court in Kobe, western Japan, that he had been working for North Korea.

Shibata, who described himself as a "revolutionary", was arrested on suspicion of breaking passport laws after returning from Pyongyang. He has not been charged in connection with the hijacking, but will be questioned about it later the month. -Reuter
CIA agents allegedly identified him as the mastermind of a plot to bomb Western airlines and airports next month to force the cancellation of the Olympics.

(Daily Telegraph, 24.6.88)



ES IST UND BLEIBT DIE REVOLUTIONÄRSTE TAT IMMER DAS LAUT ZU SAGEN WAS IST ! (Rosa Luxemburg)

zur situation der 5 genossInnen aus kaiserslautern in den westdeutschen knästen - spitzelanwerbungen in homburg/saar und kaiserslautern - hausdurchsuchungen in saarbrücken

wie bereits berichtet, am 17. februar dieses jahres, wurden 5 genossInnen aus dem antilperialistischen widerstand in kaiserslautern, in ihren wohnungen verhaftet und in verschiedene westdeutsche knäste unter isolationshaftbedingungen, wie sie auf die gefangenen aus der raf seit gut 15 jahren angewendet werden, untergebracht. die 5 leute, wurden knapp ein jahr zuvor vom staatsschutzsenat des oberlandesgerichts koblenz wegen 'bildung bzw. mitgliedschaft in einer kriminellen vereinigung und unterstützung einer terroristischen vereinigung', zu haftstrafen zwischen 8 und 18 monaten ohne bewährung verurteilt. da die rechtsanwälte der genossInnen, gegen das rein auf gesinnung beruhende urteil, revision eingelegt hatten, blieben die 5 leute vorerst auf 'freien fuß'. ende januar hat der bundesgerichtshof die revision, im rahmen seiner funktion die er in der hießigen klassenjustiz besitzt, selbstverständlich abgelehnt, so daß das urteil rechtskräftig wurde. der dann folgenden vorladung zum haftantritt, wurde von den genossInnen konsequenterweise nicht befolgt, so daß die bullen sie etwa eine woche später abholten.

noch mal die anlagepunkte:

- eine veranstaltung zu dem hungerstreik der gefangenen aus guerilla und widerstand im winter 84/85, sowie das verbreiten von flugblättern, die zu dieser veranstaltung aufrufen.
 - das verbreiten eines aufrufs zur bundesweiten demo in karlsruhe zur bundesanwaltschaft im januar 85 in der die zusammenlegung der politischen gefangenen gefordert wurde.
 - die verbreitung der zeitung 'zusammen kämpfen' nr. 1
 - eine veranstaltung zu den staatsschutzmethoden in kaiserslautern (spitzelanwerbung usw.).
- d.h., es ging dem staatsschutzsenat um die gesinnung-den politischen kopf !

noch vor dem ablehnungsbescheid der revision durch den BGH, fand anfang januar bei den 5 genossInnen erneut eine hausdurchsuchung statt. anlaß dafür, wieder ein 129a (unterstützung einer terroristischen vereinigung) verfahren. es geht hier um eine, zu eben diesem 'koblenzer prozeß' erschienene dokumentation, die der staatsschutz diesmal als 'kriminelles delikt' ansieht. aus dem gleichen grund fand vor 2-3 wochen eine hausdurchsuchung bei 2 leuten in saarbrücken statt, sowie gleichzeitig in einem copyshop, wo einer der beiden bis vor kurzem jobbte und aus faden-scheinigen gründen kurz vorher entlassen wurde. anwesend bei der durchsuchung waren natürlich auch staatsschutz-bullen aus kaiserslautern, die natürlich sich auch nach kaiserlauterer zusammenhänge und kontakte informieren wollten. keine hinweise an die bullen - jedes wort mit ihnen ist ein wort zuviel !!

ebenso wurden auch 2 genossen aus homburg und kaiserslautern angequatscht: "was er auf dem koblenzer prozeß gemacht hätte etc." bei einem wurde druck auf die eltern ausgeübt, weil er einen besuchsantrag für karin in lübeck gestellt hatte. er solle doch einmal bei ihnen vorbeikommen - es wäre ja noch nicht zu spät u.ä.; was einem klaren anwerbungsversuch gleichkommt. das sind eben die althe-kannten methoden der bullen, gegen die wir uns nur ge-meinsam schützen können. ohne solidarität ist jede poli-tische arbeit der repression schutzlos ausgeliefert.

zur konkreten lage in den knästen:

bei karin maurer in lübeck und dieter renk in frankenthal hat das neue ermittlungsverfahren wegen der doku zum koblenzer prozeß zur folge, daß beide mit 129a haftbedingungen konfrontiert sind. beide waren in koblenz ledig-lich wegen 129 (mitgliedschaft in einer kriminellen vereinigung) angeklagt. bei karin heißt das z.b. besuch nur mit trennscheibe, schreibverbot mit christine kuby, die ebenfalls in lübeck sitzt. begründung: "würden gegenseitig ihre resozialisierung gefährden." bei dieter werden briefe angehalten (würden anstaltsfrieden gefährden) oder kommen erst wochen später an. nach besuchen wurde er versucht von den überwachungsbullen in gespräche verwickelt zu werden, was er strikt abgelehnt hat. danach wurde einer handgreiflich und dieter wurde zu boden geschleudert. dafür bekam er noch eine "diszi". was zur folge hatte, daß er 3 monate keinen besuch mehr empfangen darf. er hat keinen einkauf, weil die kohle als "überbrückungs-geld" für nach seine entlassung angehalten wird. unter ähnlichen haftbedingungen befinden sich teile der baski-schen gefangenen in frankreich, z.b. philip bidart, gefange-ner der in nord-euskadi kämpfenden iparretarrak, der im knast la sante in paris gefangen gehalten wird. auch er bekommt kein geld für den einkauf. wobei man an diesem beispiel auch sehen kann, wie die "vereinheitlichung des europäischen rechtsraums" zügig vorangetrieben wird. bei isolde, suse und dieter in zweibrücken siehts mit der situation nicht anders aus (anhalten von briefen, zurück-halten von nichtigkeiten z.b. eines einfachen, stinknormalen jahreskalenders - wäre eine nicht zulässige briefeinfahrt usw. usf.) dann werden briefe, wegen nicht gängigen ab-kürzungen zur kriminaltechnischen untersuchung von der knastleitung an die kripo weitergeleitet. das schärfste, wie sie aber dort die kriminalisierungsschiene weiter anzie-hen, auch auf leute draußen, ist ihre behauptung, es gäbe "ein gutfunktionierendes infosystem, zwischen ihnen und polizeibekannten leuten", die ihnen schreiben, die leute besuchen, um die isolation zu durchbrechen. gleichzeitig wird ihnen "gefährlichkeit" unterstellt, was als vorwand dienen soll die isolationshaft zu verschärfen. alle 5 haben gleich am anfang, einen antrag gestellt, auf zusammenle-gung mit gefangenen aus guerilla und widerstand. wurde insgesamt mit der gleichen begründung abgelehnt: ...siehe der strafvollzug nicht vor und es gäbe keine politischen gefangenen...

SOLIDARITÄT MIT ALLEN KÄMPFENDEN GEFANGENEN

die adressen der 5:

Karin Maurer, Marliring 41, 2400 Lübeck
Dieter Renk, Ludwigshafenstraße 20, 6710 Frankenthal
Isolde Bohler, Susanne Paschen und Dieter Faber:
Johann-Schwebel-Straße 33, 6660 Zweibrücken

EINER INITIATIVE IHREN NAMEN GEBEN

Es ist ein selbstverständlicher und klarer Bestandteil revolutionärer Politik Freiheit für die Gefangenen zu fordern als Ausdruck für den Anspruch die politischen Verhältnisse zu schaffen, in der die revolutionäre Bewegung als Machtfaktor die Freilassung fordert.

Das hat nichts mit dieser Form von Amnestie zu tun! Diese Amnestie-Forderung ist der Ausdruck für ein Vergessen-wollen einer - erst durch die Amnestie dazu gemachten- abgeschlossenen geschichtlichen Phase. Amnestie ist in der BRD die reformistisch-euphemistische Bezeichnung für die Absicht Antagonismen zu negieren, und steht damit im Widerspruch zu jeder revolutionären Freiheitsforderung. Dies zeigt sich deutlich am Charakter der jetzigen Kam-pagne, die keine Forderung sondern eine Vergebens- und Vergessensbitte an den Staat ist, bzw. den staatlichen Gnadenakt als Möglichkeit zu gesellschaftlicher Befriedung sieht.

Damit stellt sich die Kampagne, und die Amnestie, wenn sie erlassen würde, in ihren Auswirkungen ebenfalls, in die Tradition der Amnestiegeschichte in D/BRD!

Es gibt in der (bundes-)deutschen Geschichte zwei hierfür interessante Beispiele von Amnestie. So unterschiedlich die konkreten Zeitumstände waren, sie haben eine Kon-stante:

Als Amnestie- oder Straffreiheitsgesetzgebung konnte sie sich beidemale gegen die revolutionären Kräfte richten. Lernen wir aus der Geschichte!

Die Amnestie für KämpferInnen, die zur Abwehr des reaktionären Kapp Putsches 1920 straffällig geworden waren, forderte als Vorbedingung die Entwaffnung der Roten Ruhrarmee.

Damit war dem kämpfenden Proletariat das Mittel genom-men, die Freiheit aus einem kurz vorher (Sieg gegen Kapps und Lüttwitzs Truppen an Rhein und Ruhr) noch beste-henden politischen Machtverhältnis heraus wirklich durch-zusetzen. Die sozialdemokratische Regierung verhaftete tausende. Die bürgerliche Justiz erklärte das politische "Verbrechen" in der Regel zum "gemeinen Verbrechen" und umging so die Straffreiheit für die KämpferInnen. Im Gegenzug wurde der Begriff des Mitläufers und Befehls-empfängers bei den Putschisten bis in die Generalsränge hinein ausgedehnt. Die Putschisten gingen so in der Regel straffrei aus.

Noch genauer in Erinnerung ist die Amnestie von 1970 für die straffällig gewordenen StudentInnen.

Bis zum Delikt des einfachen Landfriedensbruchswurds Straffreiheit erlassen. Die Absicht war offensichtlich:

a) Die sozialliberale Koalition begann ihr Konzept der Befriedung umzusetzen.

b) Um die StudentInnen ihrer produktiven Funktion, ihren Nutzbarmachung für das Kapital zuzuführen, mußte der Fakt massenhaften Vorstrafen gelöscht werden.

c) Die außerparlamentarische Bewegung wurde in einem desolaten politischen Zustand getroffen: die Integration der "Rückkehrwilligen", das Angebot des "alles ist verges-sen" verschärfte die Spaltung. Der Boden war bereitet, gegen die, die sich perspektivisch mit den Möglichkeiten revolutionärer Politik befaßten, schärfer vorzugehen.

Beiden Amnestien - von 1920 wie von 1970 - ist also sowohl das Erlassungsmoment, die revolutionären Kräfte befanden sich in einer Krise, wie auch die Auswirkungen gemein.

Sowohl der Zeitpunkt wie auch die Argumente/Hauptträger der jetzigen Kampagne belegen die Einschätzung, daß auch diese Amnestie, sollte sie erlassen werden, eine Am-nestie gegen die revolutionären Kräfte wäre!

Die Alt-68er feiern ihr eigenes Revival - Medien und Presse steigen dankbar darauf ein, die "Schrecken" des deutschen Herbst sind zehn Jahre her und damit emotions-freier thematisierbar.

Hauptträger der Amnestiekampagne sind die Grünen, na-mentlich Antje Vollmer. Amnestie als "Humanisierung der Politik", ja - der ganzen "bundesrepublikanischen Gesell-schaft"! Sie redet von dem "historischen Irrtum einer ganzen Studentenbewegungs-Generation", für die die RAF Gefangenen "zehn oder vierzehn Jahre in Haft verbracht" haben, "jahrelang isoliert, monatelang hungerstreikend" und das alles nur "als Zeichen der unerschütterlichen Unbeugsamkeit". Amnestie als Möglichkeit für "eine Gesell-schaft Frieden mit ihren Rebellen" zu schließen. Antje-wenn da deiner "bundesrepublikanischen Gesellschaft" nicht warm ums Herz wird!

Wo Springer und die bürgerliche Presse den Klassenanta-gonismus über Begriffe wie "Durchgeknallte" und "Gemein-gefährliche" versuchte zu entpolitisieren, findet jetzt der selbe Entpolitisierungsversuch über den Begriff der "Opfer einer historischen Irrtums" in den liberalen Kreisen und Köpfen statt.

Die Amnestiedebatte der Grünen ist der Versuch eine späte, aber gerechte Bestätigung des langen Marsches durch die Institutionen zu bekommen, denn der eigene Widerspruch vom, immer noch als richtig bewerteten, Protest gegen die Vietnamaggression nicht zur fundamentalen Ablehnung des imperialistischen BRD Staates gekommen zu sein, nagt am "linken" Selbstverständnis.

Die Kampagne als Initiative zu grüner Geschichtsbewälti-gung?

Wohl kaum.

Die Grünen beginnen ihre Kampagne in einer Krisensitua-tion der Linken.

Von Staatseite aus wird erneut offensiver auf allen Ebenen

gegen revolutionäre Kräfte vorgegangen (2.11/Gen.-Rep.-Technik - Rote Zora/ RZ / Hafenstraße / Soli Exilbewe-gungen - Kurden/ Verschärfung 129 a / etc). Gleichzeitig suchen bürgerlich-kapitalistische Kreise (Schleyer Sohn/ Braunnühl Brüder) den Dialog mit der RAF.

Und genau zu diesem Zeitpunkt reden die Träger der Amnestiekampagne von Befriedung, von Aussöhnen und Frieden schließen.

Die Kampagne als Friedeninitiative?

Die Grünen als Mittler zwischen den Fronten?

So sehen sie sich vielleicht selber -

Aber die Tatsache eine Amnestiedebatte in einer inneren wie äußeren Krisensituation der Linken zu beginnen, heißt diese auszunutzen, die Entpolitisierung eines Kampfes heißt seine Negierung, heißt damit die Neutralisierung revolutionärer Inhalte und Strömungen. Das bedeutet die Erweiterung des Spielraums für reformistische Politik und bedeutete den Versuch der Spaltung! Das bedeutet die Akzeptanz dieses imperialistischen Staates und kommt damit der Aufgabe jeder Hoffnung auf eine befreite Ge-sellschaft gleich!

Diese Tatsachen lassen sich auch nicht über ein vorge-schobenes humanitäres Anliegen verleugnen. Denn diese Kampagne ist ein direkter Angriff auf die Gefangenen, wie auch schon die grüne Forderung vom januar '85 den HS bedingungslos abubrechen.

Über die Entpolitisierung werden die Gefangenen zu Opfern eines historischen Irrtums und zum Märtyrermithos einer Bewegung erklärt.

Über die Negierung des politischen Konfliktes, muß die Tatsache der Isolationsfolter verharmlost werden.

Folter hat den Sinn politische Identität zu brechen und die Gefangenen langfristig physisch zu vernichten. Der psychisch und physische Angriff auf die Gefangenen ist nur aus dem Willen und der Notwendigkeit für den Staat zu erklären, seinen revolutionären Antagonismus zu ver-nichten.

Die Verharmlosung der Isolationshaft zeigt nur deutlicher das Benutzen des humanitären Ansatzes um die eigentlichen politischen Ziele zu kaschieren. Denn so wenig politisch erklärt der Ansatz von Menschenrechtsgruppen wie AI, UNO menschenrechtskommission, ...auch ist: in ihren Anti-folterkampagnen benennen sie zumindest das Mittel der Folter als (psy. wie phy.) Vernichtungsinstrument gegen politische GegnerInnen - verweisen also sowohl auf die Existenz eines politischen Konflikts, wie auch auf das Vernichtungsinteresse des Staates.

Eine Amnestiekampagne die politisch suggeriert, es hänge nur vom beidesseitigen gutem Willen ab, sich die Hände zu reichen, die Gefangenen rauszulassen, stempelt die Gefangenen zu verbohrten, im Grunde aber unpolitischen Psychopathen ab, die nur um alte Träume nicht aufgeben zu müssen, die Isolationszellen nicht verlassen wollen, und kaschiert das konkrete Vernichtungsinteresse des Staates.

Das Kaschieren von Vernichtungsinteresse heißt aber nichts anderes als diesem in die Hände zu spielen. Dies ist der fundamentale Unterschied zwischen humanitärer Antifol-terpolitik und grüner Amnestiedebatte, dies ist ihr Kern:

massiver Angriff auf RevolutionärInnen!

Deswegen genügt die Amnestiekampagne nicht einmal so-genannt humanitären Ansprüchen.

Sie macht sich zum Deckmantel des Vernichtungskalküls. Sie forciert eine Pazifizierung und Entpolitisierung! Das denunziert sie als das was sie ist:

Die Kampagne als COUNTERINITIATIVE !

Darüber erklärt sich, warum die revolutionären Kräfte alleine schon die Beteiligung an dieser Debatte ablehnen müssen, bzw. sie nur mit dem Ziel, diese zu beenden, führen können.

Da alles andere einen größeren Spielraum für diese refor-mistisch, konterrevolutionäre Politik schaffen würde.

Die Beendigung der Debatte muß zum Ziel haben, die durch die Amnestiedebatte auch bewußt abgedrängte öf-fentliche Thematisierung der Zusammenlegungsforderung wieder als einen Kernpunkt in der Diskussion über die Situation der Gefangenen zu begreifen - und sie durchzu-setzen.

ZUSAMMENLEGUNG DER GEFANGENEN AUS RAF UND WIDERSTAND !

Autonome und Antilperialist/Inn/en.

DRINNEN & DRAUßEN

Rot-Schwarzes Prozess Info nr. 2

DIE ZUSAMMENLEGUNG IST DIE ELEMENTARSTE FOR-DERUNG DER POLITISCHEN GEFANGENEN AUS RAF UND WIDERSTAND

Sie ist seit den 70 er Jahren ein fester Bestandteil in der Auseinandersetzung mit dem imperialistischen Staat BRD. Im januar/febr. 73 war der 1. Hungerstreik (HS) der poli-tischen Gefangenen in der BRD. Dieser richtete sich gegen die Isolationshaft. Danach folgte Ende 1973 ein HS für die Gleichstellung der Haftbedingungen der politischen Gefangenen mit allen anderen Strafgefangenen und freie politische Information. Im HS '74 erreichte die Ausein-dersetzung der politischen Gefangenen eine neue Dimension. Durch die Zwangsernährung, welche auch schon im vor-herigen HS angewandt wurde, wird Holger Meins am 9.11.74 vom BRD-Staat ermordet. Danach folgten noch weitere HS's, wobei sich immer mehr die Zusammenlegung (ZL) in große Gruppen mit mindestens 15 Menschen als wich-tigste Forderung herausstellte, um die "weiße Folter" (Isolationshaft) als Situation zu durchbrechen.

ISOLATIONSHAFT IST FOLTER

Isolationshaft bedeutet, immer überwacht und allein in der Zelle zu verbringen, abgeschirmt von jedem Außengeräuschen, ca. 3 Std. Einzelhofgang in der Woche und zweimal im Monat je 1 Std. überwachter Einzelbesuch.

ES GIBT KEINEN NORMALVOLLZUG!

Der Staat spricht zwar von der Möglichkeit des "Normalvollzugs" für politische Gefangene, aber wie sieht er in der Praxis aus? Bei Heidi Schulz bedeutet es, daß sie mit einer Faschistin Hofgang machen sollte, bei Helga Ross, daß Mitgefangene, nachdem sie sie eben kennengelernt hatte, sofort wieder verlegt wurden oder bei Rolf Clemens Wagner, der Kontakte zu anderen Gefangenen geknüpft hatte, sofort in einen anderen Trakt verlegt wurde, nachdem kein äußerer Druck auf die anderen Gefangenen zur Beendigung der Beziehungen gewirkt hatte. Diese Beispiele sollen genügen um zu verdeutlichen, daß es für kämpfende Gefangene keinen "Normalvollzug" gibt! Das ganze System der Integration der Gefangenen läuft auf Gehirnwäsche und Entpolitisierungsprogramme aus. Dieses System der ständigen Kontrolle und Selektion, z.B. wenn ein Gefangener nicht alles weitergibt, was er/sie im Umgang mit politischen Gefangenen erfahren hat, wird er/sie ausgesondert, verlegt oder persönliche Vergünstigungen gestrichen. Diese Maßnahmen, die draußen als "Normalvollzug" verkauft werden, heißen immer nur Reproduktion der draußen wie drinnen herrschenden Situation von Konkurrenz, Unterdrückung, Isolation und Vereinzelung. Konkurrenz, indem die Gefangenen nur durch ihre persönlichen Vorteile eine Perspektive haben sollen, z.B. Verbesserung der Haftbedingungen bei strikter Befolgung der Befehle des Anstaltspersonals und ständiger Ausforschung der Mitgefangenen.

Ansonsten Verschlechterung der Haftbedingungen wie keinen Freigang, Umschluß, Küchenbenützung, oder Drohung mit Kollektivstrafen. Unterdrückung, indem sie Sieglinde Hofmann beim Hofgang nicht mehr vor die Zelle von Bärbel lassen, sie schreibt: "du, ich mach auch keinen Hofgang mehr. Das hatte sich völlig zugespißt. Dreifach Überwachung des Einzelhofs (2 Schließelrinnen, 1 Grüner), seit ich die Ecke vor Bärbels Zelle nicht mehr betreten dürfte, d.h. ich bin immer nur ne halbe Runde gelaufen, dann haben sie sich in den Weg gestellt und aus dem Bau kamen dann zig Leute raus und es lief Abbruch. Beim letzten Mal, anfang Dez., im Bullengriff bis hoch in die Zelle." Isolation, wo ein "Gemeinschaftshof" vorgespiegelt wird, wo aber klar ist, daß die Gefangenen teilweise von der Knastleitung oder direkt vom Staatsschutz ausgesucht worden sind. So wurden Gefangene, die mal mit Christa Eckes und Helga Ross Kontakt hatten, von diesen "Ausgesuchten" ausgefragt.

Die Vereinzelung, wobei die Schweine davon ausgehen, wenn mann/frau sich gegen ihre Programme wehrt, es in ihren Augen eine Gefährdung der anderen Gefangenen ist. Isolationshaft bedeutet Knast im Knast.

KAMPF UM KOLLEKTIVITÄT UND SELBSTBESTIMMUNG DRINNEN UND DRAUSSEN

Ohne Kampf, ohne den Versuch die politische Identität zu erhalten, zerbricht mann/frau, liefert sich ihrem Programm aus.

"...klar, man kann sich nur von da weiterentwickeln, wo man ist, aber das Wichtige ist nicht wo man ist, sondern der Wille sich von da aus weiterbringen-Kampf." (Thomas Richter-DU-Gefangener).

Genau diesen Kampf, von da aus, wo jede/r steht, gilt es aufzugreifen, drinnen wie draußen, wenn mensch was anderes fordert, wie z.B. Freilassung für Ulla und Ingrid, kommt es darauf an, was man/frau dafür tut, die Forderung als Machtforderung zu stellen, nicht militärisch, sondern politisch.

FREIHEIT WIRD NICHT ERBETTET, SONDERN ERKÄMPFT

Wir sehen die Zusammenlegung als Forderung der Gefangenen, aber auch für uns draußen beinhaltet sie Kollektivität und Selbstbestimmung weiter zu entwickeln. In unseren Diskussionen haben wir herausgefunden, daß das Streben danach einen elementaren Bestandteil unserer Perspektive ausmacht. Daran können wir unsere eigene Identität überprüfen, d.h. für uns, unser Verhalten zu hinterfragen, z.B. Konkurrenz, Eifersucht, patriarchales Verhalten, Umgehen mit Kritik und Selbstkritik, den Zustand des vom System gelebt zu werden zu durchbrechen. Diesen Beginn des Prozesses um Befreiung als unsere Identität, bedeutet für uns die Gefangenen eine Perspektive drinnen und draussen zu entwickeln, indem sie im Knast in großen Gruppen gemeinsam überlegen können und auch dort versuchen eine revolutionäre Perspektive zu entwickeln. ZL ist somit für die Gefangenen, wie auch für uns, eine immer dazugehörende Forderung, um nicht dem Staat und seinen faschistischen Mechanismen ausgeliefert zu sein und den kollektiven Prozeß zu wollen und zu entwickeln. Der Aufbau von Gegenmacht, kollektiven Strukturen, ist ein fortlaufender Prozeß, der, in der Hafenstraße als Machtforderung gestellt wird. Die Hafenstraße konnte nur durchgesetzt werden, weil der Zusammenhalt und die breite Solidarität innerhalb der Bevölkerung vorhanden waren. In diesem Sinne sehen wir die ZL nicht als isolierte Forderung einiger Gefangener, sondern als notwendigen Schritt, auch für uns, um den Aufbau von Kollektiven zu verstärken und zu unterstützen. Dies sehen wir auch als einen wichtigen Schritt an, um hier draussen zu einem politischen Faktor zu werden. Zwar verlieren wir oft den Boden unter den Füßen, doch um so klarer das Ziel und die Perspektive ist, den Kampf als Gefühl von Befreiung kennenzulernen, sehen wir, daß wir es schaffen können.

Hierzu noch ein Zitat von Thomas Thöne: "hier drinnen ist es wie draussen - die Isolation zieht dir hier 99mal den Boden unter den Füßen weg und du fällst auf die Schnauze. - dann stehen wir halt 100 mal wieder auf!!" ZL ist somit der erste Schritt Isolation und Vereinzelung zu durchbrechen, wo die Schergen es nicht mehr so leicht

haben, den Widerstand drinnen wie draussen zu spalten und voneinanderzutrennen.

ZUSAMMENKOMMEN DER KÄMPFE IN WESTEUROPA

In Spanien und im Baskenland hat der lange und harte Kampf der Gefangenen, unterstützt von einem großen Teil der Bevölkerung, das Ziel der Zusammenlegung größtenteils erreicht. Gefangene aus ETA, GRAPO, PCE(R) haben teilweise große Gruppen im Knast gebildet. Dort haben sie Handarbeiten hergestellt, zusammen gekocht und politische Diskussionen miteinander geführt. Dadurch waren auch wichtige zwischenmenschliche Kontakte wieder möglich.

Im Juli 87 wurden die gefangenen Genossen/innen einfach aus ihren Zellen geholt und in andere Knäste entführt. Daraufhin gab es eine breite Solidaritätswelle. Die Gefangenen bekamen noch mehr Besuche und es kamen noch mehr Busse wie vorher zum Knast. Die Haftbedingungen, wie verstärkte Postzensur, erniedrigende Körperkontrollen, unbewohnbare Zellen und Besuchsprobleme (Behandlung vergleichbar denen in der BRD), die dazu dienen die Gefangenen zu brechen, wurden offengemacht. Die breite Solidaritätsbewegung und der Hungerstreik (HS) im Dez. 87 hatte den Erfolg, daß mittelfristig alle Gefangenen, welche vorher verlegt wurden, wieder rückverlegt werden und die Haftbedingungen teilweise verbessert wurden. Die Kampagne der spanischen/baskischen Genossen/innen fand auch weltweit Beachtung. Genossen/innen aus der Schweiz, Belgien, Frankreich, BRD, chilenische und puertorikanische Genossen/innen in den USA schickten Solidaritätstelegramme und organisierten Veranstaltungen, um die Nachrichtensperre zu durchbrechen. In machen Veranstaltungen wurde auch über die Hungerstreikenden in Portugal von der FUP/FP-25, sowie von den HS in Frankreich von Genossen/innen aus der Action Directe (AD) berichtet. Beide HS waren für die Isolationstrakte, dem Knast im Knast. Die Genossen/innen von AD haben den HS nach 117 Tagen am 26.3.88 abgebrochen. Zitat aus der Abrucherklärung einer Gefangenen von AD:

"Im Laufe des Kampfes wurde unsere Entschlossenheit nicht gebrochen, aber Entwicklung und Ausweitung diese Kampfes...sind heute in eine neue Phase getreten, die sich auf die "Bewußtmachung" ebenso stützt, wie auf den Elan, die sich in unserem Kampf entwickelte...". Auch der Kampf von den Gefangenen aus der AD wurde mit vielfältigen Aktionen europaweit unterstützt.

In der BRD wurden mehrere Anschläge auf den staatlichen Automobilkonzern "Renault" verübt und es wurde zweimal ein französisches Kulturinstitut angegriffen. In Belgien haben kommunistische Militante und Sympathisanten der Gefangenen Kommunisten Büros vom AFP im internationalen Presse Center in Brüssel besetzt. Aufgrund der zahlreichen Solidaritätsaktionen wurden im Rhein/Main-Gebiet Bernhard Rosenkötter, Ali Jansen und Michel Dietiker eingeknastet. Sie werden jetzt wegen einem Brandanschlag auf eine Renault-Filliale angeklagt. Diese Solidaritätsbekundungen sind auch deshalb immer stärker und vermehrter, weil die Widersprüche, die der Imperialismus aufwirft, immer offensichtlicher werden und die Aufstandsbekämpfungsprogramme innerhalb Westeuropas immer mehr vereinheitlicht werden. Klassenwidersprüche vertiefen sich stärker, sei es nun in Spanien, wo die Umstrukturierung z.B. im Stahlbereich immer mehr Menschen in der Verelendung treibt und dadurch jegliches Vertrauen in die Regierung verloren geht. Die Leute merken, wie menschenverachtend das System auf Menschen reagiert, die sich wehren. Wo Arbeiter/innen dann beginnen Solidaritätsaktionen für die Gefangenen in den Hochsicherheitstrakten zu machen. Oder noch offensichtlicher im Trikont/ sog. Dritte Welt, wo es nicht mehr wirkt und es schwieriger wird die blutigen und offen identifizierbaren Mittel des Krieges zu legitimieren und gegen die Bevölkerung durchzusetzen. Das heißt die faschistischen Regime müssen immer mehr versuchen ihre Programme umzugestalten. Erstmal werden sog. "Demokratien" ausgerufen und damit wird dann auch gleichzeitig der Unterdrückungsapparat aus der Metropole importiert. Diese subtilere Vorgehen hat sich in den Metropolen bisher bewährt.

Der Export der Isolationstechnik macht sich immer mehr bezahlt. Z.B. nach der Ermordung von 450 Revolutionär/innen unter den Augen der "Sozialistischen Internationalen" in den Knästen in Peru, im Februar 87, traf eine Delegation des peruanischen Staates ein, um im HST in Köln-Ossendorf die neuesten Erkenntnisse der "modernen" Gefangenenbehandlung und ihre Umsetzung zu begutachten. Klar ist, daß die Erkenntnisse aus Köln-Ossendorf von der peruanischen Regierung verwertet und gegen den Widerstand dort angewandt werden. Diese Isolationstechnik und -technologie wurde in den USA entwickelt und hier in der BRD seit 1973 gegen politische Gefangene eingesetzt. Stammheim, Aichach oder Moabit stehen für den Einsatz der absoluten Isolation und somit "langsamen Tötung".

SOLIDARITÄT HEIßT WIDERSTAND

Diese Isolationsprogramme im Knast und hier draussen, die Entfremdung sind für jede/n greifbar, doch werden wir häufig abgelenkt durch die Mechanismen des Konsums und durch unsere Resignation vor diesem Gesamtkomplex des imperialistischen Systems. Das heißt aber nicht, daß wir keine Möglichkeit haben diesem System die demokratische Maske herunterzureißen und die menschenverachtende Umgehensweise aufzuzeigen und zu bekämpfen. Denn an jedem Punkt, wo Kämpfe stattfinden, wo die Willkür des Staates auf kollektive, solidarische Strukturen stößt, zeigt sich die Unmenschlichkeit dieses Systems, muß das System alles heransetzen die Kollektive zu zersetzen, sei es politisch durch Verzerrung oder militärisch durch Brechung oder Tötung. Es ist wichtig diese Angriffe gegen uns nicht als Horror gegen uns aufzubauen, uns gegenseitig zu lähmen, das ist das Ziel der Schweine, sondern es als das zu begreifen was es ist. Es ist eine Re-aktion auf die militanten Angriffe, vielen Diskussionen um revolutionäre Politik und die Angst der Schweine, daß diese Politik von vielen Leuten, zu ihrer Sache gemacht wird. Durch die vermehrte Kriminalisierung von Forderung wie ZL oder der Begriff von "anschlagsrelevanten Themen"

oder die Umstrukturierung, reißt das System immer neue Gräben auf. Diese Gräben gilt es zu vertiefen und sich nicht hinter dem Ofen zu verstecken, sondern unsere Kraft, die wir immer wieder heranholen müssen, auch zu nehmen und die ZL zu erkämpfen.

Als einen Schritt dahin sehen wir die MOBILISIERUNG gegen den EG-Gipfel im Juni in Hannover und die IWF-Tagung in Berlin, um sie als Entscheidungsgremien und Counterinsurgency-Zentralen zu entlarven und zu bekämpfen.

De Knipselkrant erscheint seit August 1978.

Themen: Antimperialistischer Kampf in Westeuropa, Antimilitarismus, Bullenapparat, Kampf der politischen Gefangenen, Counterinsurgency. Wir benutzen Erklärungen, Texte und werben weit über 150 Zeitungen aus ganz Europa aus. Unser Ziel ist die Verbreitung der gemeinsamen Diskussion. Informationen über Zusammenhänge, über die Vielzahl der einzelnen Kämpfe und Aktionen vermitteln die Stärke, die in der ganzen Bewegung steckt.

Als Kriterien sollten nicht die Formen des Kampfes oder der Radikalismus der Parolen dienen, sondern die politische Verwurzelung, die Position der Klasse, die reale militante Erfahrung bei den Massen, die Ernsthaftigkeit ihrer Überlegungen und der theoretischen Positionen. Kommunist zu sein ist kein Etikett, keine Proklamation und auch kein Seelenzustand. Natürlich will das auch sagen, daß es sich um eine bestimmte Form des Daseins, eine bestimmte Moral usw. handelt..., aber nicht nur das. Kommunist zu sein bedeutet ebenfalls zuallererst und im traditionellsten Sinne, will heißen, den Kommunismus zu wollen und dafür zu kämpfen. Und bis auf weiteres bedeutet, den Kommunismus zu wollen, etwas anderes als "Revolutionär sein", aber eine Revolution zu realisieren, im geläufigsten und eigentlichen Sinne des Ausdrucks, heißt, die Staatsmacht zu übernehmen (nicht ausschließlich natürlich, sondern auch und notwendigerweise). Marxist und Kommunist zu sein bedeutet also, unter anderen alltäglichen und subjektiven Dingen, die Staatsmacht zu übernehmen, für den Übergang die Diktatur des Proletariats einzuführen, den Kapitalismus zu vernichten.

Marxist zu sein bedeutet auch, sich auf die Klassenanalyse und auf Klassenpositionen zu stützen, das bestätigt sich theoretisch und in seiner Praxis, daß die Revolution nur durch eine revolutionäre Klasse ausgelöst werden kann, die die zuvor dominierende Klasse stürzt, um an ihrer Stelle ihre eigene Diktatur einzuführen, daß die Klasse, die die Revolution auslösen soll, das Proletariat mit seiner sozialen Avantgarde, welche die Arbeiterklasse und ihre politische Avantgarde die kommunistische Partei ist. Und selbstverständlich, außer man ist selbst ein petit-bourgeois oder Teil des Lumpenproletariats, wissen wir, daß das Proletariat kein ideologisches, politisches, subjektives und kulturelles Konzept ist, sondern eine präzise wirtschaftliche und soziologische Realität, die durch die Produktionsverhältnisse sehr genau und nicht anders bestimmt wird. Diese Verwurzelung ist nötig und sei es auch nur zur Sicherstellung der Erneuerung der Teile der Guerilla, der quantitativen Entwicklung ihrer Anhängerschaft, der Bildung kommunistischer Kader. Die Guerilla wäre ebenfalls zu einem riskanten Überlebenskampf sowie zu einer politischen und ideologischen Sklerose verdammt, einem Überleben, daß außerdem dann einzig und allein von den Unwägbarkeiten der Repression abhängig würde.

International trachten die Bullen wütend danach, Zeitschriften und Zeitungen, die die Politik der Guerilla und des antimperialistischen Widerstands in Westeuropa transportieren, kaputt zu machen.

Diese Zeitungen haben eine wichtige Funktion, weil die Kommunikation über revolutionäre Politik in Westeuropa wichtig ist. Für die Entwicklung kommunistischer Perspektiven in den Metropolen ist eine revolutionäre antagonistische Praxis Mittel und Ziel, davor hat die Bourgeoisie Angst; über diese Praxis, über diese Analysen berichtet De Knipselkrant. Internationale Information und Diskussion ist notwendig, eine Voraussetzung, Theorie als Orientierung und Ansatz zum Handeln in einem dialektischen Prozeß mit der Praxis.

Schickt alles Material, das ihr für wichtig haltet - Erklärungen, Texte und anderes. Heutzutage ist es besser, wir bekommen Sachen doppelt als gar nicht.

Abonnement: 180 Gulden im Jahr inkl. Porto

Zahlungsmöglichkeiten: Ihr könnt eine beliebige Summe auf unser Postscheckkonto überweisen und wir schicken euch die Knipselkrant, bis diese Summe verbraucht ist. Mit einer der letzten Nummern kriegt ihr dann eine Zahlungserinnerung.

Zahlungswise: Bar oder mit internationaler Postanweisung auf unser Postscheckkonto (Postscheckamt Arnheim).

Buchläden: erhalten 30% Rabatt bei Vorauszahlung auf unser Konto. Dieser Rabatt gilt für Bestellungen von mind. 5 Exemplaren.

De Knipselkrant, Postfach 7001, 9701 JA Groningen, Nederland, Postscheckkonto 4246655 (Postscheckamt Arnheim).

ANTI-TERRORIST SQUADS SWAP TACTICS

..In a three-day combat competition, which began on Tuesday, along with elite anti-terrorist police units from Europe, the Eastern Bloc, United States and the Middle East, at Schoenau, near Vienna.

Brig Gen Gazl Al Tayl, commander of Jordan's anti-terrorist unit, said the meeting offered a unique opportunity to compare training methods and the latest information with some of the leading specialists. - Reuter.

(Daily Telegraph, 13.6.88)

Haftstrafe für Veranstaltung zu pol. Gefangenen

Düsseldorf: Am 22., 28., 29.4. und 4.5. fand vor der Staatsschutzkammer des Düsseldorfer Oberlandesgerichts ein Prozeß wg. mutmaßlicher Unterstützung der „terroristischen Vereinigung“ RAF statt.

Anlaß für die Kriminalisierung war eine Veranstaltung am 18.10.85 in Detmold zur Situation der politischen Gefangenen in der BRD, auf der auch für den antiimperialistischen und antikapitalistischen Kongreß Anfang 1986 in Frankfurt mobilisiert werden sollte. Die Veranstaltung wurde im Nachhinein kriminalisiert, und zwar insbesondere über den Briefkontakt von dreien der vier jetzt Angeklagten zu Gefangenen aus der RAF. So mußten dann auch die Briefe, in denen über bzw. zu der Veranstaltung was geschrieben wurde, bei der sogenannten Beweisführung herhalten.

Klar wurde hier noch mal, daß jegliche Diskussion über und mit den politischen Gefangenen, auch bezüglich ihrer Forderung nach Zusammenlegung, unterbunden und kriminalisiert wird. Auch kriminalisiert werden sollen alle Versuche, sich zu organisieren bzw. zu diskutieren, auch draußen. Diskussionen, die ihnen nicht passen, sollen über die Schiene „Unterstützung“ und somit Knast gänzlich unmöglich gemacht werden. Daß das Alltag werden soll, zeigen auch weitere Versuche, Veranstaltungen zu politischen Gefangenen zu verbieten (Bamberg), bzw. zu zerschlagen, wie in München, wo ebenfalls ein 129a-Verfahren wg. Verdachts der Unterstützung eingeleitet wurde.

Dennoch läßt sich auch da etwas gegensetzen. No pasaran. Pasaremos!

Kurz zum Prozeßverlauf: Am ersten Prozeßtag waren nur zwei der vier Angeklagten erschienen. Daraufhin wurde ein „vorläufiger“ Haftbefehl (§ 230 StPO) zur „Herbeischaffung“ der beiden erlassen und der Prozeß vertagt. Da die beiden auch beim nächsten Termin nicht anwesend waren, wurde der Prozeß gegen sie abgetrennt (sie wurden zur Verhaftung ausgeschrieben), ein Haftbefehl gegen sie erlassen. Während der sogenannten Beweisführung wurden insbesondere Briefe von dreien der vier Angeklagten mit Gefangenen aus der RAF verlesen sowie die Redebeiträge zu der Veranstaltung. Damit wurde deutlich, daß keine sogenannte juristische Straftat bestand, sondern die politische Gesinnung verurteilt werden soll.

Der Prozeß wurde von Arendt, Vorsitzender Staatsschutzrichter, schnell durchgezogen. Am letzten Tag wurde zum Schluß von einem der zwei verbliebenen Angeklagten eine politische Erklärung verlesen. Daraufhin riefen die Zuhörer Parolen, was Arendt veranlaßte, gegen zwei Prozeßbesucherinnen drei Tage Ordnungshaft zu verhängen, den Saal räumen zu lassen und gegen alle Prozeßbesucher ein Hausverbot zu verhängen.

Bei dem Urteil blieb er in einem Fall bei dem Antrag der Staatsanwaltschaft, und zwar 18 Monate und zwei Wochen ohne Bewährung für den, der auch die Erklärung verlesen hatte. Der andere erhielt Freispruch. - (z)

Strafgesetze

Spaltung und verschärfte „Terroristen“hatz geplant

Am 18. Mai beschloß die Bundesregierung den Gesetzentwurf zur Inneren Sicherheit, auf den sich die Regierungsfaktion in Grundzügen bereits im Oktober letzten Jahres geeinigt hatte. Der Entwurf ist nun an den Bundesrat und den Bundestag zur Beratung zugegangen. Er sieht im ein-

Der wegen Mordvorwurfs nach den Schüssen an der Startbahn West inhaftierte Andreas Eichler gibt eine Erklärung an den Bundesgerichtshof ab und richtet eine weitere Erklärung an die Frankfurter Linke

Am 2. Mai 1988 hat Andreas Eichler bei seinem Haftprüfungstermin gegenüber dem Haftrichter am Bundesgerichtshof die folgende Erklärung abgegeben:

Die Bundesanwaltschaft (BAW) beschuldigt mich nach wie vor, am 2.11.1987 an der Startbahn West zwei Polizeibeamte ermordet zu haben und dies bei zwei weiteren versucht zu haben. Die BAW begründet ihren Tatverdacht mit dem Pistolenfund in meinem Rucksack sowie angeblichen Schmauchspuren. Sonst schweigt die BAW oder sie dementiert.

Während dessen dreht sich das Vernehmungskarussell. Dabei werden die Leute mit angeblich richtigen Aussagen konfrontiert. Das sorgt zusätzlich für Gerüchte und Verunsicherung bei den Betroffenen und in der Öffentlichkeit.

Fehler sind dazu da, daß sie korrigiert werden. Dies ist ein Schritt von mir in diese Richtung. Nachfolgend äußere ich mich zu meiner Vernehmung vom 26.1.1988. Eine Vernehmung, in der schwerwiegende Fehler enthalten sind. Fehler, die durch die Vernehmungssituation gefördert wurden, Fehler aber auch, die durch meine eigene psychische Verfassung zustandekamen. So hatte sich durch drei Monate strenger Einzelhaft bei mir ein blindes Mitteilungsbedürfnis gebildet. Das ging so weit, daß ich Dinge ausgesagt habe, die ganz und gar falsch waren. Außerdem waren die Vernehmungsbedingungen nicht regulär. Obwohl ich mehrmals betonte, keine Aussagen machen zu wollen, bzw. daß ich nichts zu sagen hätte, wurden mir trotzdem von verschiedenen Personen immer weiter Fragen gestellt.

Mein Anwalt war zu diesem Zeitpunkt nicht anwesend. In den sogenannten Pausen wurde mir zugeredet. Sinngemäß wurde gesagt: „Sie sehen doch, die Solidarität bröckelt ab — wenn Sie was sagen, so kann das zu Ihrem eigenen Vorteil sein.“ Drei Monate strenge Einzelhaft, Angst, angebliche Aussagen anderer, Verunsicherung und mangelndes Solidaritätsgefüge, aber auch der Hinweis, dies sei die letzte Gelegenheit, vor Anklageerhe-

bung Entlastendes zu sagen, haben mich in Aussagen hineingetrieben, die ich weder verantworten kann noch machen wollte.

In einem Gefühl der Verlassenheit wurden von mir unrichtige Angaben gemacht. Ich will und kann Derartiges nicht stehenlassen, was schlichtweg falsch ist, oder wovon ich nicht hundertprozentig überzeugt bin.

Auch wenn einzelne Passagen richtig sein mögen, ziehe ich meine Aussage vom 26.1.1988 insgesamt zurück und werde jenes Protokoll auch in Zukunft nicht unterschreiben.

Ich bleibe bei meiner Einlassung, welche am 22.11.1987 protokolliert wurde. Darüberhinaus bin ich im Augenblick nicht bereit, weitere Aussagen zu machen.

Erklärung an die Frankfurter Linke

Ich fordere die BAW auf, endlich klar zu präzisieren, warum sie mich des Mordes und der „Rädelsführerschaft in einer terroristischen Vereinigung“ beschuldigt.

Die gefundene Pistole zu Hause in meinem Rucksack ist ebensowenig ein Beweis dafür, daß ich am 2.11. damit geschossen habe, wie ein Seitenschneider im Kofferraum meines Autos, womit angeblich der Zaun zu einem abgebrannten Umspannwerk zerschnitten worden sein soll. Ich bestreite noch einmal entschieden den Vorwurf der BAW, daß ich am 2.11. die tödlichen Schüsse abgefeuert hätte, daran beteiligt gewesen sei oder dies gar geplant habe. Scharfe Schüsse auf Menschen widersprechen meinem Verständnis von Auseinandersetzung und politischem Widerstand.

Weiterhin ist festzustellen: Die letzten Wochen und Monate haben immer neue Fragen zum 2.11. und danach ausgelöst. Die BAW schweigt, und die Szene spekuliert. Gezielt gestreute Verdächtigungen und Vorladungen verunsichern Betroffene und Öffentlichkeit. Die Androhung des 129a soll zur Entsolidarisierung bei den Leuten in U-Haft und draußen beitragen. Mit Erfolg: Widerrufene und angebliche Aussagen werden mit Ausdauer gehandelt und mit öffentlichen Anschuldigungen

gen beantwortet.

Diese Art des Miteinandergehens sollte ein Ende haben!

Solidarisches und offenes Verhalten tut not, auch wenn die persönliche Angst vieler Leute gerade für mich verständlich und nachempfindbar ist. Ich tue das Meinige, einiges richtigzustellen. Doch bin ich nicht bereit, Märtyrer zu sein für etwas, was ich nicht getan habe, und für jemanden, der ich nicht bin.

Es gibt viel zu überdenken. Gerade für Leute, die sich selbst und andere belasten, nur um selbst (vorläufig) in Freiheit zu bleiben. Jemandem vorsätzlich etwas anzuhängen, nur weil dieser sowieso schon im Knast sitzt, das halte ich für schlimm. Doch noch schlimmer ist es, wie Aussagen von Leuten zustande gebracht werden. Drei Beispiele: Ein Mann, der mit Frau und Tochter kurz vor dem Umzug in die neue Wohnung steht (...), wird dazu genötigt, sich und andere zu beschuldigen — nur so darf er (vorläufig) in Freiheit bleiben. Eine alleinstehende Frau, die sich um ihre Töchter kümmern muß, wird genötigt, sich und andere zu belasten. Damit erhält sie Haftverschonung. Eine hochschwangere Frau wird unter Androhung der Untersuchungshaft zu Aussagen genötigt, obwohl ein ärztliches Attest über ihre Vernehmungsunfähigkeit vorliegt.

Unter solchen Umständen kam eine Anzahl falscher Aussagen zustande, welche die Anwendung des 129a erst ermöglichten. Vor lauter Angst davor, sich rechtfertigen zu müssen, hat man der BAW Material zu ihrem Organisationskonstrukt geliefert. Wenn von mir Solidarität erwartet wird, so darf ich das auch von Leuten erwarten, die mit Aussagen sich, mich und andere belasten. Noch ist es für jeden möglich, sich so zu verhalten, wie es die Solidarität gebietet. Ich nehme mich davon nicht aus.

Ich mache niemandem einen Vorwurf, wenn aus persönlichen Zwängen irgendwelche Aussagen gemacht wurden. Ich hoffe allerdings, daß jeder seinen „Beitrag“ ebenfalls kritisch überprüft, mit dem das Konstrukt des 129a ermöglicht wurde! Andreas Eichler

zelen folgende Verschärfungen vor:

- Mit dem § 130 b Strafgesetzbuch soll künftig die öffentliche Befürwortung von Straftaten verfolgt werden.

- Die Mindeststrafe für erpresserischen Menschenraub wird von drei auf fünf Jahre Gefängnis erhöht; „Geiselnahme“, mit einer Mindeststrafe von sieben Jahren Gefängnis bedroht, soll künftig schon stattgefunden haben, wenn „der Entführte selbst zu Handlungen genötigt oder die Drohung mit Freiheitsentziehung von über einer Woche Dauer als Mittel der Nötigung eingesetzt wird“.

- Mit Gefängnis soll künftig die „Störung öffentlicher Betriebe in den Fällen, in denen durch die Tat die Versorgung mit lebenswichtigen Gütern beeinträchtigt wird“, verfolgt werden.

- Sogenannte Wiederholungstäter, die die Polizei als schwere Landfriedensbrecher kennt, soll sie künftig im Vorfeld von Demonstrationen verhaften können. Für diese Vorbeugehaft ist nicht einmal eine rechtskräftige Verurteilung wegen schwerem Landfriedensbruch nötig, die Polizei muß sich nur erinnern können.

- Mitglieder aus RAF u.a. sollen bis Ende 1991 als Kronzeugen aussagen und erhalten dafür Straffreiheit bzw. bei bestehender Mordanklage Strafmilderung auf mindestens drei Jahre.

- Mit Änderungen im Versammlungsgesetz sollen künftig Anmelder von Versammlungen und Demonstrationen und diejenigen, die zur Teilnahme aufgerufen haben, zur Zusammenarbeit und zur Auskunft gegenüber der Polizei gezwungen werden. Bei Nichtbefolgen droht Bußgeld.

- Mit Gefängnis bzw. Geldstrafe soll künftig „Vermummung“ und „passive Bewaffnung“ bei öffentlichen Versammlungen, Demonstrationen oder öffentlichen Veranstaltungen unter

freiem Himmel bestraft werden.

- Mit Gefängnis bzw. Geldstrafe wird die „Zusammenrottung aktiv oder passiv bewaffneter oder verummter Personen am Rande von oder im Anschluß an Demonstrationen und Kundgebungen“ bedroht.

- Mit Bußgeld soll bestraft werden, wer auf dem Weg zu Demonstrationen oder Kundgebungen „Vermummungsgegenstände“ mit sich trägt.

- Die Aufforderung zur Teilnahme an einer verbotenen oder aufgelösten Versammlung soll ebenfalls mit Geldstrafe oder Gefängnis bestraft werden können.

Der Polizeiwille ist durch dieses Gesetzespaket Tür und Tor geöffnet. Es zielt zum einen darauf, das Umfeld „terroristischer Vereinigungen“ noch weiter zu definieren und für alle, die der Mitgliedschaft oder Propaganda in der „Roten Armee Fraktion“ verdächtigt werden, das Strafmaß zu erhöhen. Die Kronzeugenregelung wird kaum zu Überläufern führen, bietet aber im Prozeß natürlich die Möglichkeit für die Reaktion, auf die besondere Verwerflichkeit des Verhafteten hinzuweisen, der sich nicht einmal als Kronzeuge zur Verfügung stellte.

Zum anderen sollen die Gewaltfrage als Mittel der Spaltung öffentlichen Protestes eingesetzt werden. Die Anmelder von Demonstrationen und Kundgebungen sollen praktisch zur Spitzeltätigkeit oder zum Aufstellen eigener Wachtruppen gezwungen werden, wollen sie nicht mit Bußgeldern — und die können durchaus in die Tausende gehen — bestraft werden. Wenn die Polizei in Vorbeugehaft nehmen kann, wen sie für einen Wiederholungstäter hält, wird die Teilnahme an so von der Polizei verfolgten Demonstrationen für viele Lohn-

abhängige zum unkalkulierbaren Risiko. Bei der „passiven Bewaffnung“ bzw. „Vermummung“ haben die Richter bereits jetzt Schwierigkeiten, erfolgreich Bußgeld zu verhängen. Sollen die neuen Bestimmungen den von der Reaktion gewünschten Erfolg haben, muß jedes Halstuch und jeder Schal, jede Mütze, jeder Hut, jede Kapuze oder Motorradhelm zum kriminellen Kleidungsstück werden.

Quellenhinweis: Presseerklärungen des Bundesinnenministeriums und des Justizministeriums v. 18. Mai 1988 - (uld)

or overseas and here they think they can rest from the dirty work they've been doing, and the 'hard time' they've had in Ireland Being stationed on the Rhine is a plum job for them. 'Well, we intend to harass them the way they've been harassing and killing nationalist people. They think they can forget about Ireland until their next tour but we intend to keep Ireland on their minds — so that it haunts them and they do something about not wanting to go back.

"Overseas attacks also have a prestige value and internationalise the war in Ireland. The British government has been successful in suppressing news about the struggle in the North. With its huge propa-

'We have a simple message for Mrs Thatcher: disengage from Ireland and there will be peace. If not, there will be no haven for your military personnel and you will regularly be at airports meeting your dead.'
— THE IRA

THAT WAS THE COMMENT of one British soldier at Nieuw Bergen in Holland, after he ran out of a disco upon hearing a loud explosion and then ran back in again when he realised it was a bomb.

Relying on the classic element of surprise, with detailed planning and considerable daring, IRA Volunteers in two overseas operations — first, a gun attack in Roermond followed half-an-hour later by a booby-trap bomb under a car in Nieuw Bergen — wiped the smirk off Mrs Thatcher's face and left her government tongue-tied in its self-righteous hypocrisy. "These three servicemen were unarmed! Unarmed!", the British Minister for Defence, George Younger, bemoaned to a subdued but angry House of Commons which only weeks previously had largely cheered and gloated over the execution of unarmed IRA Volunteers Mairead Farrell, Sean Savage and Danny McCann in Gibraltar.

In its statement claiming responsibility for the attacks the IRA said:

"We have a simple message for Mrs Thatcher: disengage from Ireland and there will be peace. If not, there will be no safe haven for your military personnel and you will regularly be at airports meeting your dead."

The reference is to Thatcher's propaganda appearance at RAF Northolt last month, when the bodies of the two British army corporals killed at the funeral of Volunteer Caoimhin Mac Bradaigh in West Belfast arrived back in England. Attempts by British politicians and the English media to exploit the deaths of the two corporals backfired. Instead of rallying more support for their policy in Ireland it had the opposite effect and increased the feeling, held by a majority of the British people, that Britain should get out of Ireland.

Now Thatcher has to meet the arrival home of her dead and thus expose the failure and futility of her government's attempts to subjugate nationalist resistance. Or, she can contrive a reason for not appearing at their home-coming and be accused of having double-standards.

The Irish Republican Army clearly appreciates the serious political repercussions — in terms of opposition to involvement in Ireland — stemming from the arrival back in Britain of dead military personnel. Through the 'Ulsterisation' policy, adopted in the mid-70s, Britain placed the locally-recruited RUC and UDR in the front-line in many parts of the Six Counties, thus reducing the number of British army casualties and consequently defusing the build-up in 'troops out' sentiment.

'Ulsterisation' has been reversed in some areas and last year the Police Federation, because of IRA successes, called for British troops to take over responsibility from the RUC in places like Newry and parts of South Armagh.

Attacks on British forces overseas are even more prestigious for the IRA. They cannot be ignored by the British government or by the British media. In international terms, the success of the IRA keeps the British occupation of Ireland in the headlines and results in questions being asked about that occupation.

These, or any other IRA operations, are part of the war against the British. They were not, as claimed by the hysterical media reports, "revenge" for Gibraltar, Loughall or any of the other deaths of Volunteers. They were obviously long-planned as part of the IRA's strategy, which is not about revenge but about forcing British withdrawal from our country.

Such attacks also mean that 70,000 British soldiers in West Germany cannot relax. As one soldier admitted: "As soon as I started to think about a bomb, I thought about the IRA — they're everywhere."

Fahndung im „Schnellzugtempo“

„Datenfunknetz Grenze“: Drahtlose Abfragen im elektronischen Informationssystem der Polizei (INPOL) erleichtern und beschleunigen Kontrollen

— P11/BKA — Am 9. März 1988 vermittelte der Leiter der Abteilung „Datenverarbeitung“ des Bundeskriminalamtes Dieter Küster dem Direktor der Grenzschutzdirektion Hilmar Dinglreiter in der Grenzschutzstelle Bebra (Bahnhof) offiziell das Datenfunksystem „Nordhessen“. Mit der Inbetriebnahme dieses letzten Teilstückes des „Datenfunknetzes Grenze“ schlossen Bundeskriminalamt und Grenzschutzdirektion dieses von ihnen gemeinsam durchgeführte Projekt erfolgreich ab, das als Bestandteil des 1980 beschlossenen Aktionsprogramms zur Bekämpfung des Drogen- und Rauschmittelmissbrauchs entwickelt worden ist.

Seinerzeit galt die fahndungstechnische Infrastruktur der grenzpolizeilichen Kontrolle des grenzüberschreitenden Eisenbahnverkehrs als eine der Schwachstellen bei der Sicherung des Bundesgebietes gegen illegale Rauschgifteinfuhren. Denn: Obgleich 35 Prozent des gesamten Personals des Grenzschutzeinzeldienstes an Eisenbahnübergängen im Dienst waren, bestanden aufgrund der mangelhaften Kommunikation mit Sprechfunkgeräten nur sehr begrenzte Möglichkeiten der direkten Abfrage im polizeilichen Informationssystem INPOL. Als Mittel zur effizienten Abhilfe bot sich der Datenfunk

an. Mit Hilfe dieser Technik können kontrollierende Beamte mittels der zu einem Datenfunksystem gehörenden mobilen und tragbaren Datenfunkgeräte über große Entfernungen hinweg drahtlos Auskünfte aus den Fahndungsbeständen des INPOL-Systems erlangen. Die Datenfunksysteme kommen vorrangig bei den grenzpolizeilichen Kontrollen im grenzüberschreitenden Bahnverkehr, aber auch auf Wasserstraßen sowie bei den Streifenfahrten des Bundesgrenzschutzes und des Zolls im Grenzbereich zum Einsatz.

Erste Konzepte zum Datenfunk, bei dem sich der Dialog mit der Datenverarbeitungsanlage direkt und auf der Funkstrecke in nicht sprachgebundener Form vollzieht, wurden im Bundeskriminalamt schon Mitte der siebziger Jahre erstellt. Bereits 1977 konnte in Saarbrücken das erste Datenfunksystem in der Bundesrepublik Deutschland in Betrieb genommen werden. Anfang der achtziger Jahre wurde dann mit der Entwicklung des Gleichwellen-Datenfunks begonnen, da die üblicherweise eingesetzte (Daten-)Funkübertragungstechnik aufgrund der funktchnisch begrenzten Reichweite von etwa 15–20 km nur einen relativ kleinen Aktionsradius (jeweils in Abhängigkeit von den für den herkömmlichen Polizeifunk festgelegten Funkbereichen) abdeckt. Das Gleichwellen-Datenfunksystem hingegen, das auf dem Prinzip des gleichzeitigen Betriebs mehrerer einander überlappender Sender mit sehr konstanter Frequenz basiert, ermöglicht eine flächendeckende Funkversorgung und somit einen erheblich erweiterten Aktionsradius

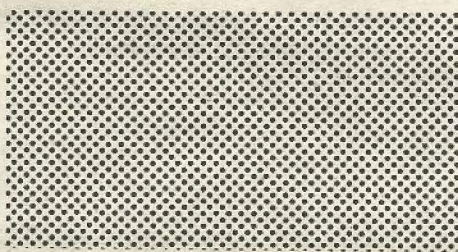
mobiler und tragbarer Datenfunkgeräte. Hierfür waren umfangreiche datenfunktechnische Neuentwicklungen erforderlich, die das Bundeskriminalamt in Zusammenarbeit mit einer Privatfirma verwirklichen konnte. 1982 wurde diese Technik erstmals im Grenzbereich installiert und eingesetzt. Der erweiterte Aktionsradius erweist sich als ideal für den Einsatz von Datenfunkgeräten bei Kontrollen im grenzüberschreitenden Bahnverkehr: Die Kontrollen beginnen hier oft bereits 100 km vor der Grenze im fahrenden Zug. Die Elektronik trägt durch das schnellere Anfrage- und Auskunftsverfahren bedeutend dazu bei, daß der eingesetzte Beamte den Kontrollvorgang, das heißt, die Identitätsprüfung der kontrollierten Person, anhand der ihm vorgezeigten Ausweispapiere und die Prüfung der Dokumente auf Gültigkeit und Echtheit wesentlich verkürzen kann, wodurch die hinzunehmende Beschränkung der Bewegungsfreiheit für den Kontrollierten deutlich verringert wird.

Nach Abschluß der Ausbauphase sind heute insgesamt 17 grenzüberschreitende Bahnstrecken mit Gleichwellen-Datenfunksystemen versorgt:

- ★ Rottweil-Schaffhausen,
- ★ Freiburg-Basel,
- ★ Baden-Baden-Straßburg,
- ★ Saarbrücken-Forbach,
- ★ Wasserbillig-Trier-Igel,
- ★ Aachen-Liege,
- ★ Lübeck-Puttgarden,
- ★ Mönchengladbach-Venlo,
- ★ Weser-Arnheim,
- ★ Rheine-Hengelo,
- ★ Flensburg-Padborg,
- ★ Hamburg-Lübeck,
- ★ Hamburg-Büchen,
- ★ Hannover-Wolfsburg,
- ★ Braunschweig-Helmstedt,
- ★ Kassel-Bebra und
- ★ Fulda-Bebra.

Mit einem Investitionsvolumen von insgesamt rund 10 Mio. DM konnte damit ein weiterer Ausbauschritt des elektronischen Informationssystems der Polizei (INPOL) abgeschlossen werden. Das „Datenfunknetz Grenze“, das neben der Nutzung in Zügen auch bei Kontrollen des Bundesgrenzschutzes und des Zolls im Grenzbereich — z. B. an der „grünen Grenze“ oder auf Wasserstraßen — genutzt wird, umfaßt 13 Datenfunkkonzentratoren, 34 Funkfeststationen, 37 mobile (in Fahrzeugen installierte) Datenfunkterminals und 155 tragbare Handdatenfunkterminals.

Mit Hilfe der Handdatenfunkterminals werden von Grenzpolizeidienststellen im monatlichen Durchschnitt rund 190.000 Fahndungsabfragen zur Personen- und Sachfahndung gestellt. Viele der zahlrei-



chen Fahndungserfolge an der Grenze wären ohne das Hilfsmittel des Datenfunks nicht möglich gewesen.

Da die Datenfunk-Infrastruktur von den Polizeien des Bundes und der Länder gemeinsam aufgebaut, betrieben und genutzt wird, wurden auch landeseigene, ortsfeste Datenfunkeinrichtungen in die Realisierung dieses Projektes einbezogen. Auf diese Weise greifen Datenfunkterminals der Landespolizeien über ortsfeste Einrichtungen des „Datenfunknetzes Grenze“ auf das Informationssystem der Polizei (INPOL) zu. Ebenso wie bei den Beamten des Grenzschutzeinzeldienstes fanden bei den Polizeibeamten der Bundesländer insbesondere die tragbaren Handdatenfunkterminals wegen ihrer flexiblen Einsetzbarkeit, ihrer problemlosen Bedienung und ständigen Verfügbarkeit eine hohe Akzeptanz.

In letzter Zeit mehrten sich die Anzeichen zunehmender Sorge innerhalb der NATO über die Entwicklung im türkisch besetzten Teil Kurdistans. Offensichtlich fürchten die USA, aber auch die BRD, daß die Situation in Nord-West-Kurdistan für das türkische Regime trotz der Stationierung von fast 300.000 Mann türkischen Truppen in Nordwest-Kurdistan zunehmend unkontrollierbar wird. Mit der anhaltenden Verfolgung kurdischer Vereinigungen in der BRD wird die BRD wohl auch deshalb faktisch zu einer Kriegspartei gegen den kurdischen Befreiungskampf. Wir befragten das Kölner Kurdistan-Komitee über neue Entwicklungen im bewaffneten Befreiungskampf in Kurdistan. — (rül)

Frage: Der große Hungerstreik der politischen Gefangenen in Diyarbakir im Februar dieses Jahres hat auch in der BRD eine — wenngleich schwache — Solidarität hervorgerufen. In der bürgerlichen Presse wurde der Ausgang des Kampfes als Erfolg dargestellt, weil die Gefängnisverwaltung angeblich den meisten Forderungen der Gefangenen nachgegeben habe. U.a. soll der Gebrauch der kurdischen Sprache erlaubt worden sein: Was ist eure Information über den Ausgang des Kampfes und über die Entwicklung der Lage der Gefangenen?

Kurdistan-Komitee: Hierzu muß man betonen, daß Diyarbakir schon immer Schauplatz von Machtdemonstrationen des türkischen Kolonialismus war. Nach den Aufständen zu Beginn dieses Jahrhunderts wurden die Führer dieser Aufstände in Diyarbakir demonstrativ gehängt. Auch nach dem Militärputsch von 1980 wurde Diyarbakir als ein Zentrum für die Machtdemonstration des türkischen Kolonialismus und zur Niederschlagung des Befreiungskampfes benutzt. Doch durch den heldenhaften Widerstand der führenden Kader der PKK wurde diese Machtdemonstration bloßgestellt. Durch das Todesfasten der führenden ZK-Mitglieder der PKK 1982 — bei dem zahlreiche führende Genossen der PKK als Märtyrer zu Tode kamen — wurden die Bemühungen des türkischen Staates, die Gefangenen zur Kapitulation zu zwingen, bloßgestellt. Seitdem ist das Gefängnis von Diyarbakir mit seinen Widerstandsaktionen in die Geschichte des Befreiungskampfes eingegangen.

Wie bekannt ist, erlebte Diyarbakir zu Beginn dieses Jahres erneut eine Welle des Widerstandes. Mit der Verhängung von insgesamt 20 Todesurteilen gegen PKKler wurde eine Welle von Hungerstreiks ausgelöst. In Diyarbakir begannen 2000 politische Gefangene einen Hungerstreik und stellten 32 Forderungen auf, die insbesondere auf die Verbesserung der Lebenslage in den Gefängnissen gerichtet waren. Von diesen Forderungen wurden 29 — darunter auch die nach Erlaubnis zur Benutzung der kurdischen Sprache — zum ersten Mal in der Geschichte der Türkischen Republik anerkannt. Allerdings hatte die Türkische Republik diesen Forderungen nachgegeben, weil es auf internationaler Ebene zu großen Gegenreaktionen gekommen war. Gleich nachdem die Gefangenen ihren Widerstand abgebrochen hatten, begannen die türkischen Kolonialisten damit, die führenden Kader des Widerstandes in andere Gefängnisse in der Türkei und in Kurdistan zu deportieren. Auch wurden diejenigen, die sich vor Gericht in kurdischer Sprache verteidigten, durch die Soldaten geschlagen, aus den Gerichtssälen herausgebracht und gefoltert. Die politischen Gefangenen begannen daraufhin zur Warnung einen erneuten Hungerstreik und protestierten gegen die Deportation ihrer Freunde in an-

„Der Kampf hat eine Etappe erreicht, die man als die Vorphase von regionalen Volksaufständen bezeichnen kann“

dere Gefängnisse. Doch die Türkische Republik setzte ihre Politik fort. Zuletzt haben die Gefangenen in Diyarbakir einen erneuten Hungerstreik begonnen, mit dem sich auch die Angehörigen der Gefangenen solidarisierten, indem sie auch Hungerstreiks begannen. Zuletzt haben sich die Mütter der gefangenen PKKler Mehmet Sener und Mahmut Sahin, die Salihe Sener und Rahime Sahin, die beide über 50 Jahre alt sind, vor dem Rathaus von Diyarbakir mit Benzin übergossen und angezündet. Auch wenn die beiden Mütter gerettet werden konnten, ist eine von ihnen schwer verletzt, und die andere wurde verhaftet. Obwohl die Türkische Republik auf internationaler Ebene erklärt hat, daß sie die Forderungen der Gefangenen akzeptiert und die Verwaltung des Militärgefängnisses von Diyarbakir auf eine Zivilverwaltung übergegangen ist, wird davon berichtet, daß die neue Verwaltung noch faschistischer ist als die zuvor abgelöste.

Der Hungerstreik der politischen Gefangenen in Diyarbakir dauert noch an. Es ist zu vermuten, daß sich auch die anderen politischen Gefangenen daran beteiligen werden. Hier wollen wir auch an die Öffentlichkeit und einige die Menschenrechte verteidigende Institutionen appellieren, sich mit dem politischen Gefangenen zu solidarisieren.

Frage: Auf Seiten der Imperialisten mehrt sich die Sorge über die Entwicklung des Befreiungskampfes. Die USA haben Militärmanöver durchgeführt, die eine Aufstandsbekämpfung in Kurdistan proben. Die USA und die BRD steigern ihre Waffenlieferungen an das Regime. Rechnet ihr mit einer direkten militärischen Intervention der Imperialisten? Welche Informationen habt ihr über den Ausbau militärischer Einrichtungen der NATO in Kurdistan?

Kurdistan-Komitee: Welche Rolle die Türkei im Mittleren Osten aus der Sicht der NATO spielt, brauchen wir nicht erneut aufzuzeigen. Insbesondere angesichts des Krieges Iran-Irak hat die Türkei eine noch wichtigere Rolle eingenommen. Im Falle der Niederlage des Irak würde natürlich das Gleichgewicht in dieser Region erheblich gestört sein, andere Grenzen würden entstehen. Die Region würde in jedem Fall eine politische Erschütterung erleben. Ein sehr wichtiges Problem ist Kirkuk und Mosul, die reichen Ölfelder. Und wer könnte da anderes eingreifen als die türkische Armee? Insbesondere nach dem Massaker in Halebe wurden heiße Diskussionen darüber geführt, ob die türkische Armee Kirkuk und Mosul besetzen sollte oder nicht. Özal reiste kurzfristig in den Irak. In der türkischen Presse wurden Artikel veröffentlicht, die einen Einblick in die Planung der NATO gaben. So sagte z.B. der CIA-Türkeiexperte Paul Henze, der jahrelang in der Türkei als Lehrmeister der türkischen Regierung tätig war, folgendes:

„Das Kirkuk- und Mosul-Problem ist nicht nur das Problem der Türkei, sondern der gesamten NATO. Wenn es nötig wird, werden wir alle gemeinsam in Kirkuk und Mosul eingreifen.“

Auf der anderen Seite existiert der nationale Befreiungskampf im (türkisch besetzten) Nordwest-Kurdistan, der der türkischen Armee zu schaffen macht. Der Kampf hat eine Phase erreicht, die die ERNK als die Vorphase von regionalen Aufständen bezeichnet. In einige Gebiete kann die türkische Armee mit ihren Infanteriestreitkräften nicht mehr hinein, sondern lediglich mit ihren Luftstreitkräften, wie z.B. in die Baykal-Berge in der Gegend bei Cehennemdere. Die türkische Armee hätte allein nicht die

Kraft, Kirkuk und Mosul zu besetzen und gleichzeitig gegen den Guerillakampf in Nord-West-Kurdistan vorzugehen. Doch anhand zahlreicher Schritte der NATO-Kräfte in und außerhalb Kurdistans wird eigentlich klar, was mit dem gemeinsamen Vorgehen gemeint ist. Da ist das Manöver der NATO-Streitkräfte vom 10. bis 16. Januar 1988 in Newport/Virginia beispielhaft. Zu dieser Zeit wurde unter Bezug auf die gebirgige geographische Lage Kurdistans ein Manöver in dem gebirgigen Virginia durchgeführt. Dem von der NATO entworfenen Konzept zufolge soll ein Volksaufstand in Kurdistan niedergeschlagen werden. Die NATO-Streitkräfte beteiligen sich an den jedes Jahr in Kurdistan durchgeführten Manövern.

Wie bekannt ist, befinden sich in Kurdistan wichtige NATO-Stützpunkte wie in Mus und Batman; eine äußerst wichtige Rolle spielt der Stützpunkt Incirlik. Die Rolle dieses Stützpunktes, der durch NATO-Kräfte und insbesondere US-Soldaten besetzt ist, wird von einem wichtigen türkischen Korrespondenten und Schriftsteller, M. Ali Brand, folgendermaßen beschrieben:

„Incirlik hat zwei Aufgaben: Zuerst die offizielle Aufgabe: Angriffe der Sowjetunion und der Länder außerhalb der NATO, deren Interessen denen der westlichen Länder widersprechen, gegen die Länder der NATO zu verhindern. Seine zweite, inoffizielle Aufgabe: bereit zu stehen für die Benutzung bei militärischen Operationen im Mittleren Osten, um die Interessen des Westens zu wahren. In beiden Fällen würden die Flugzeuge der USA und der NATO Incirlik als Startpiste benutzen.“ (aus: Nokta, 24. Ocak 1988)

Auch die Zahl der NATO-Soldaten und insbesondere der US-Soldaten ist insbesondere auf dem Stützpunkt Mus in letzter Zeit sehr erhöht worden. All diese vorhin erwähnten Schritte sind Anzeichen dafür, daß die NATO-Kräfte Vorbereitungen treffen, um in Kurdistan zu intervenieren. Es ist eigentlich nur eine Frage der Zeit. Es wird natürlich dann aus der Sicht der NATO notwendig werden, direkt in Kurdistan zu intervenieren, wenn sich der Befreiungskampf in einem höheren Stadium befindet.

Wie bekannt ist, sind auch die NATO-Stützpunkte Ziele der ARGK (Volksbefreiungsarmee Kurdistans). Auch wenn dies indirekte Ziele sind, so hat doch der Angriff der Guerillas am 19. Oktober 1986 auf die Radarstation Mardin gezeigt, was für eine ernste Bedrohung die Befreiungsbewegung für die NATO ist.

Frage: Es gibt verschiedene Anzeichen für eine zunehmende Instabilität des Regimes in der Türkei. Die Teuerung nimmt wieder zu, die Lebenslage der Massen wird immer drückender. Evren hat darauf bereits mit einer Drohung reagiert: Wenn die Lage außer Kontrolle gerate, könne das Militär erneut putschen. Wie beurteilt ihr die innere Entwicklung in der Türkei?

Kurdistan-Komitee: Diese Feststellung ist richtig. Wie bekannt ist, wird in der Türkei eine Wirtschaftspolitik durch Özal betrieben, die sich auf den Export stützt und nur durch die kontinuierliche Kreditgebung der imperialistischen Länder aufrechterhalten werden kann. Diese Wirtschaftspolitik, die man auch die „Friedmansche Politik“ nennt, vertieft die Klassenwidersprüche, die dann in den Widerstand der Volksmassen münden. Diese Art von Wirtschaftspolitik widerspricht nicht nur den Interessen der Arbeiterklasse und der Bauern, sondern auch denen des Kleinbürgertums. Sie vertritt die Klasseninteressen einer elitären Schicht der Konzerne. Die Aus-

wirkungen dieser Wirtschaftspolitik sind heute in der Türkei krass spürbar: Inflation in unvorstellbarem Maße, Arbeitslosigkeit, die Reallöhne sinken auf ein Mindestmaß usw. Natürlich findet dies seine Widerspiegelung dementsprechend im politischen Leben. Die heutigen Streiks der Arbeiter in Bereichen wie Textil, Stahl u.a., das erneute Aufleben der Studentenbewegung mit Straßenschlachten, Demonstrationen, die scheinbar wegen Banalitäten stattfinden, in Wirklichkeit aber politischen Inhalts sind und sich gegen das Regime richten, der Widerstand der Tausenden von politischen Gefangenen – all das sind Anzeichen einer Eskalation der Klassenwidersprüche.

Auch wenn das faschistische Regime nach dem Militärputsch ab 1983 versucht hat, durch die Übergabe der Macht an eine „zivile“ Regierung eine sogenannte Liberalisierung einzuschlagen, eine sogenannte Opposition gebildet wurde, indem die Bildung mehrerer Parteien zugelassen wurde und die alten Politiker wieder auf der politischen Bühne zugelassen wurden, so ist doch klar, daß dadurch nur eine Fassade aufgebaut wurde, die bei jeder kleinen Erschütterung wieder zusammenbrach. Das, was heute in der Türkei geschieht, ist nichts anderes als dieser Zusammenbruch einer Fassade.

Evren hat die reale Unfähigkeit der türkischen Bourgeoisie, eine Alternative zur Militärdiktatur zu bilden, sehr gut dargelegt, als er in Trabzon kürzlich sagte: „Es gibt Leute in der Türkei, die zu den Zuständen vor dem 12. September 1980 (d.h. vor dem Militärputsch) zurück wollen. Wenn sich diese Kräfte durchsetzen, kann das Militär erneut intervenieren.“ Die Drohung, das Militär könnte erneut intervenieren, ist hier eigentlich nicht das Wichtigste. Es war schon abzusehen, daß es wieder einen Putsch geben würde; die PKK hatte der Özal-Regierung bis 1989 Zeit gegeben, und ihre Analyse auf dem III. Parteikongreß ging dahin, daß es 1989–1990 erneut einen Putsch geben würde. Wichtig ist vielmehr hieran, zu sehen, daß das türkische Regime nicht in der Lage ist, wirklich eine Alternative zu bilden, sondern daß es dazu gezwungen ist, bald erneut einen Putsch zu verwirklichen.

Es besteht allerdings eine andere Situation als vor dem Militärputsch 1980. Zu allererst existiert ein Nationaler Befreiungskampf, der im Gegensatz zum September 1980 heute bereit ist, den Kampf mit der türkischen Armee aufzunehmen und ihn auch seit vier Jahren bereits erfolgreich führt. Auf der anderen Seite existiert in der Türkei ein sehr starkes revolutionäres Potential, eine sehr starke, zumeist allerdings spontane revolutionäre Opposition.

Frage: Die ERNK (Nationale Befreiungsfront Kurdistans) hat in den letzten Monaten die Bildung von Arbeiter-, Frauen- und Jugendverbänden bekanntgegeben. Merkwürdigerweise sind keine Verbände der Bauern gebildet worden. Welche Aufgaben haben diese Verbände, und warum gibt es noch keinen Verband der Bauern? Wie arbeiten diese Verbände in Kurdistan?

Kurdistan-Komitee: Es stimmt, daß bis heute kein Verband der Bauern offiziell gebildet wurde. Das heißt allerdings nicht, daß keine Vorbereitungen und Aktivitäten in dieser Richtung stattfinden, den Verband der Bauern zu gründen. Wir können sogar sagen, daß diese Frontaktivitäten von allen anderen Verbänden, die offiziell gegründet wurden, in Kurdistan am fortgeschrittensten sind. Die Arbeiter-, Frauen- und Jugendverbände sind zwar offiziell gegründet, es gibt auch

Aktivitäten dieser Verbände insbesondere in den Städten Kurdistans, allerdings sind diese noch nicht so weit, wie die Aktivitäten des offiziell noch nicht proklamierten Verbandes der Bauern. Die bis heute offiziell gegründeten Verbände sind den Publikationen der ERNK zufolge außerdem nicht in Kurdistan gegründet worden, sondern im Ausland. Die Organisation dieser Verbände geht nicht von Kurdistan aus, sondern vom Ausland aus. Den Schriften der ERNK zufolge werden die Kernorganisationen dieser Verbände erst im Ausland gegründet und schließlich nach Kurdistan übertragen. So gibt es z.B. Vertretungen der Arbeiter-, Frauen- und Jugendverbände im Mittleren Osten und in Europa. Der Grund dafür, warum nicht auch der Bauernverband auf diese Weise gegründet wurde, liegt darin, daß es im Ausland keine kurdischen Bauern gibt, sondern hier insbesondere die Arbeiter die Mehrheit der kurdischen Bevölkerung im Ausland ausmachen.

Wie bekannt ist, die Hauptkampfform in Kurdistan der Guerillakampf. Demzufolge müssen die Verbände neben anderen Kampfformen wie Demonstrationen, Streiks usw. schwerpunktmäßig dem Guerillakampf dienen. Diese Festlegung bestimmt auch die Aktivitäten der Frontverbände. Die Hauptstütze der Revolution Kurdistans und der Guerilla ist die Bauernschaft. D.h. der Verband der Bauern oder ihre Organisation muß auf Grundlage der Unterstützung des Guerillakampfes vorangetrieben werden. Die Hauptaufgabe der Komitees in den Dörfern besteht darin, Milizkräfte aufzubauen, die Guerilla logistisch zu unterstützen, Informationen über die Aktivitäten des Feindes einzuholen usw. Die Milizkräfte sind auch die Hauptquelle für die Aufnahme von neuen Guerillas. D.h., wenn die Organisation der Bauernschaft und die Aktivitäten in den städtischen Gebieten nicht entwickelt sind, kann sich die Guerilla nicht entwickeln. Dazu muß man sagen, daß die Organisation in den Städten nicht allzu gut ist. Dies ist auf dem III. Parteikongreß der PKK kritisiert worden (Quelle: Serxwebun). Doch wie wir auch bei den nächsten Fragen darlegen werden, hat sich die Guerilla zahlenmäßig weiter entwickelt. Das ist eine Bestätigung für den Organisationsgrad der Bauernschaft.

Nun zu den Aktivitäten der anderen Verbände. Schwerpunkt der Organisationsaktivitäten insbesondere des Arbeiterverbandes sind die Städte. Diese Aktivitäten werden natürlich sehr konspirativ durchgeführt. Auch die Arbeiterkomitees, die Frauenkomitees und die Komitees der Jugend haben die Aufgabe, den Guerillakampf zu unterstützen. Allerdings haben diese schwerpunktmäßig die Aufgabe, die Guerilla durch Aktionen wie Demonstrationen, Kundgebungen, Schulboykotts und derartige Aktionen zu unterstützen. Da in den Städten auch junge Intelligenz vorhanden ist, werden hier auch Kader ausgebildet.

Die Früchte dieser Organisationsaktivitäten konnte man insbesondere an den 1. Mai-Kundgebungen in Dersim (wurde nach der Niederschlagung des Dersim-Aufstandes umbenannt in Tunceli – die eiserne Hand), Hakkari, Siirt und Mardin sehen, an denen sich Tausende beteiligten und die türkischen Armee-Einheiten es nicht wagten, einzugreifen. Die Organisations-Aktivitäten dieser Verbände gibt es auch in den Städten der Türkei. Denn auch hier lebt ein nicht zu unterschätzender Teil des kurdischen Volkes, der nach den Aufständen am Beginn dieses Jahrhunderts und nach

der Aufnahme des bewaffneten Kampfes 1984 in die westlichen Städte der Türkei deportiert wurde.

Frage: Welche Politik verfolgt die ERNK gegenüber den anderen kurdischen Organisationen im türkisch besetzten Teil Kurdistans, welche gegenüber den kurdischen Organisationen in den anderen Teilen Kurdistans?

Kurdistan-Komitee: Die ERNK versteht sich als die politische Organisation der gesamten Klassen und Schichten in Kurdistan, die für die Schaffung eines unabhängigen und demokratischen Kurdistans sind. Sie vertritt die Interessen all dieser Klassen und Schichten.

Das Ziel der ERNK besteht darin, einen Nationalkongress zu schaffen, in dem auch alle diese Klassen und Schichten vertreten sind. Hierfür führt sie intensive Aktivitäten. Es werden Gespräche mit anderen kurdischen Organisationen insbesondere aus den anderen Teilen Kurdistans geführt (siehe hierzu auch das Dokument auf Seite 11, Anmerkung d. Red.). Die Haltung der ERNK gegenüber den anderen kurdischen Organisationen aus den anderen Teilen Kurdistans kann man aus ihren Aufrufen an diese Kräfte ersehen, sich an diesen Aktivitäten zur Bildung eines Nationalkongresses zu beteiligen. Natürlich ist die Voraussetzung einer Einheit im Nationalkongress nur der Befreiungskampf um die Unabhängigkeit und die Schaffung eines demokratischen und vereinten Kurdistans. Jede Organisation, die bereit ist, diese Voraussetzung zu akzeptieren, kann sich an einer derartigen Vereinigung beteiligen. Natürlich gibt es Kritik der ERNK gegenüber der Politik von einigen Kräften in den anderen Teilen Kurdistans, doch das sind Widersprüche, die gegenüber der Bedrohung durch den Kolonialismus an sekundäre Stelle rücken.

Zu der Politik der ERNK gegenüber den kurdischen Organisationen im türkisch besetzten Teil Kurdistans ist folgendes festzustellen. Erstens, diese Organisationen führen in Kurdistan selbst keine Aktivitäten durch. Es ist auch eine Tatsache, daß diese Kräfte keine Klasse und Schicht – außer einer elitären bürokratischen Schicht des städtischen Kleinbürgertums – vertreten, die einen Nutzen von der Unabhängigkeit Kurdistans haben. Sie sind auch in Kurdistan nicht existent. Doch das heißt nicht, daß keine Bündnisse mit diesen Organisationen geschlossen werden könnten. Die ERNK hat sogar an diese Organisationen wie an andere kurdische Organisationen auch Aufrufe zur Einheit gemacht, die allerdings bis heute nicht positiv beantwortet wurden, sondern mit einer negativen Haltung gegenüber dem Befreiungskampf um die Unabhängigkeit beantwortet wurden. Doch die Aufrufe dauern immer noch an, und man kann hoffen, daß sie Gehör finden.

Frage: Die kurdische Volksbefreiungsarmee ARGK hat nach unserem Eindruck ihre militärischen Operationen in den letzten Monaten weiter ausgedehnt. Dabei operiert sie in größeren Einheiten als früher. Wie hat sich die Stärke der ARGK entwickelt, und welche Überlegungen über die Entwicklung des bewaffneten Befreiungskampfes liegen diesem Übergang zu größeren Einheiten zugrunde?

Kurdistan-Komitee: Die Feststellung, daß sich die militärischen Operationen in den letzten Monaten ausgeweitet haben, ist richtig. Das Ausmaß der Operationen hat sich im Vergleich zum Vorjahr geändert. Diese Entwicklung konnte man insbesondere an den Auseinandersetzungen bei Nusaybin und Silopi bei Mardin am 1. April sehen. Am Beginn des bewaffneten

Befreiungskampfes operierte die Guerilla in kleinen Einheiten. Diese Tatsache wurde durch die Nachrichten von Aktionen bestätigt. Doch heute kann man aus den Nachrichten, die aus der Heimat stammen und die man in den Publikationen der ERNK nachlesen kann, entnehmen, daß sich die Zahl der Guerillas in den jeweiligen Einheiten sehr stark erhöht hat. Es wird nun von Guerillaeinheiten mit 40 bis 70 Mann berichtet, wobei man natürlich unterscheiden muß zwischen den jeweiligen Regionen. Z.B. gibt es derart große Einheiten, die man schon als Kompanien bezeichnen kann, in Botan, Mardin, Siirt, zum Teil in Dersim, Bitlis und Van. D.h., hier ist auch der Guerillakampf am weitesten fortgeschritten. Die Frage, warum die Einheiten vergrößert wurden, kann man einfach damit begründen, daß sich die Ziele auch jeweils vergrößern. Aus den genannten Gebieten kamen z.B. Nachrichten, daß sich die Armee-Einheiten des türkischen Staates auf größere Einheiten zusammenziehen. Die Armee verfolgt nicht mehr die Taktik, in kleineren Gendarmerieeinheiten in den kleinen Dörfern Stellung zu beziehen, sondern zieht jeweils einige dieser Einheiten zu größeren Einheiten zusammen. Dementsprechend wird auch das Ziel der Guerilla größer.

Frage: Welche Aufgaben haben diese größeren Einheiten der ARGK außer den Aufgaben des militärischen Kampfes? Die ERNK spricht bezüglich der Gewinnung neuer Kämpfer für die ARGK von einem „Rekrutierungsgesetz“ und von einem Aufbau von Volksmilizen. Was ist mit dem Rekrutierungsgesetz gemeint, und welche Aufgaben haben die Volksmilizen im Unterschied zu den größeren Einheiten der ARGK?

Kurdistan-Komitee: Bei dem vom 25. bis 30. Oktober 1986 durchgeführten III. Parteikongress der PKK wurde das „Rekrutierungsgesetz“ beschlossen. Mit diesem Gesetz wurde auch die Gründung der Befreiungsarmee mit den Namen Artesa Rîzgariya Gelle Kurdistan – Volksbefreiungsarmee Kurdistans – beschlossen. Die HRK-Befreiungseinheiten, die eine militärische Organisation einer Phase darstellten, wo mit kleineren Einheiten operiert wurde, wurde umbenannt in die ARGK.

Bekanntlich besteht für jedes Volk, dessen Land okkupiert ist, unter Fremdherrschaft steht, die Notwendigkeit, eine militärische Kraft aufzubauen, d.h. in dieser Richtung eine Organisation zu schaffen. Es gibt sehr viele Beispiele dafür. Das bekannteste Beispiel hierfür stellt die Befreiungsarmee des vietnamesischen Volkes dar.

Bis 1984 besaß das kurdische Volk keine militärischen Befreiungsstreikräfte. Wie bekannt ist, wurde am 15. August 1984 die Gründung der HRK, der Befreiungseinheiten Kurdistans, proklamiert. Die HRK war eine militärische Organisation, die für die Erreichung der Ziele des Befreiungskampfes und für Kämpfe, die mit kleinen Einheiten geführt werden, gebildet wurde. Die HRK kann man als Vorgängerorganisation der ARGK bezeichnen. Die Einheiten der HRK waren nicht größer als zehn bis 20 Guerillas. Diese Zahl entspricht natürlich nicht den Bedürfnissen einer Befreiungsbewegung, die einer 800000 Mann zählenden Armee den Kampf ansagt. Wie man auch aus Erfahrungen der anderen langwierigen Volkskämpfe weiß, mußte eine Armee mit sehr viel größeren Einheiten gebildet werden. Das bedeutete in der Praxis, daß man von kleineren Einheiten übergehen muß auf Kompanien, da-

nach auf Bataillone, Regimenter und Brigaden, danach auf Divisionen, auf Armeekorps und schließlich auf Armeen. Erst wenn die ARGK schrittweise dieses Wachstum aufzeigt, können wir in militärischer Hinsicht in der Lage sein, den türkischen Kolonialismus in Kurdistan zu besiegen. Auf dem Wege dieses Wachstums werden natürlich befreite Gebiete entstehen, in denen die wirtschaftliche, politische und kulturelle Organisation stattfindet. Wir wollen darauf hinweisen, daß in Nord-West-Kurdistan ein Prozeß im Gange ist, den man als Bildung eines Staates bezeichnen kann. D.h. die ersten Schritte für die Bildung des Staatsapparates werden getan. Die ersten Grundsteine des künftigen Staates, nämlich die Grundgesetze, werden heute schon gelegt. Das gilt nicht nur für das „Rekrutierungsgesetz“, das gilt auch für die Bestimmung der Bürgerschaft und andere schon beschlossene Gesetze. Diese werden natürlich mit der Entwicklung des Befreiungskampfes mehr an Form gewinnen.

Das „Rekrutierungsgesetz“ beinhaltet, daß jeder Kurde zwischen dem 18. und 24. Lebensjahr verpflichtet ist, seinen Wehrdienst zu leisten. Dies gilt nur für Männer. Bei den Frauen ist es nicht Pflicht, sie können sich aber freiwillig an der Armee beteiligen. Allerdings sieht die Praxis der Umsetzung dieses Gesetzes so aus, daß diejenigen Jugendlichen, die schon Kontakt mit der Guerilla haben und freiwillig sich an der Armee beteiligen wollen, auch in die Armee aufgenommen werden. Im Regelfall sind es dann auch Milizen. Es ist selbstverständlich, daß man keinen Wehrdienst erzwingen kann, die Aufnahme stützt sich nur auf Überzeugung und Ausbildung. Natürlich kann man dieses Gesetz in Gebieten, wo die Guerilla die Kontrolle in der Hand hat, d.h. in befreiten oder halbbeeideten Gebieten, besser und kontrollierter umsetzen. Nur stützt sich diese Umsetzung bei der ARGK auf Freiwilligkeit und nicht, wie es bei Staaten der Fall ist, auf Zwang. Diese Entwicklung ist heute insbesondere bei Mardin sehr fortgeschritten. Mardin ist das Gebiet, in dem die meisten Jugendlichen in die Armee aufgenommen werden. Natürlich wird das in den türkischen Zeitungen dahingehend entstellt, die Jugendlichen würden „entführt“ und gezwungen zu kämpfen. Doch wenn man die Kriegssituation in Kurdistan anschaut, dann wird es klar, daß eine Guerillaeinheit, die ständig in Bewegung und in der Illegalität bleiben muß, nicht das Risiko eingehen kann – selbst wenn sie wollte –, jemanden zu zwingen zu kämpfen. Doch es ist selbstverständlich, daß die türkische Regierung alles versuchen wird, um den Anschein zu erwecken, daß das, was heute in Nord-West-Kurdistan passiert, nichts anderes als „Terrorismus“ und „Banditentum“ ist.

Frage: Der bewaffnete Befreiungskampf in Kurdistan wird von einigen linken Kräften in der BRD immer noch als „terroristisch“ kritisiert und verurteilt. Diese Kritik wird häufig daran festgemacht, daß Frauen und Kinder bei Kampfhandlungen gestorben sind. Nach unserer Auffassung verbirgt sich hinter dieser Kritik vielfach eine grundsätzliche Ablehnung des bewaffneten Befreiungskampfes in Kurdistan. Dennoch unsere Frage: Welche Kriegsregeln hat die ARGK? Welche Regeln gelten z.B. für den Umgang mit Grundherren im Unterschied zu einfachen Bauern, für den Umgang mit feindlichen Soldaten im Unterschied zu Offizieren, für den Umgang mit Kriegsgefangenen, mit Zivilisten usw.?

Kurdistan-Komitee: Die ARGK befindet sich in einem nationalen Befreiungskampf gegen den türkischen Kolonialismus. D.h. die Kriegsregeln der ARGK sind dieselben Regeln wie die der Befreiungsarmeen von anderen nationalen Befreiungsbewegungen.

Zu der angeblichen Kritik der Kreise, die Ihr vorhin erwähnt habt, kann man nicht viel sagen. Wir werden auf den Umgang der ARGK mit einigen Kreisen noch eingehen, allerdings möchten wir doch kurz auf die Kreise eingehen, die den nationalen Befreiungskampf „kritisieren“. Es ist doch sonderbar, daß es dieselben Kreise sind, die gegen den heldenhaften Widerstand des palästinensischen Volkes mit dem Antisemitismusvorwurf massive Propagandakampagnen zugunsten des Zionismus durchführen. Diese Haltung zeigt, welche Rolle diese Kräfte nicht nur gegenüber dem nationalen Befreiungskampf Kurdistans, sondern gegenüber allen bewaffneten revolutionären Befreiungskämpfen bei der Entsolidarisierung spielen.

Natürlich macht die ARGK eine Klassifizierung der einzelnen Schichten des kurdischen Volkes und bestimmt dementsprechende ihre Haltung. In dieser Phase des Kampfes unterscheidet die ARGK das kurdische Volk in zwei Teilen. Der erste Teil ist der Teil, der den Unabhängigkeitskampf unterstützt. Dazu gehören in erster Linie arme Bauern und Bauern der mittleren Schicht, aber auch einige patriotische Feudale (allerdings ist die Zahl dieser Feudalen sehr gering). Wir können uns vorstellen, daß insbesondere bei den letzteren Verständnislosigkeit auftritt; aber man muß bedenken, daß der Befreiungskampf in dieser Phase primär die nationale Frage lösen muß. Doch es gibt sehr viele Feudalherren, die aufgrund ihrer wirtschaftlichen Abhängigkeit mit dem Kolonialismus gegen den Befreiungskampf eine feindselige Haltung einnehmen. Diese werden zum Ziel von Aktionen der ARGK. Die restlichen versucht man unter dem Dach der Nationalen Befreiungsfront Kurdistans – ERNK – zu vereinen. Diejenigen Feudalherren, die eine feindliche Haltung einnehmen, sind auch der Teil, auf den sich das „Dorfschützer“-system stützt. Beim Vorgehen der ARGK gegen die „Dorfschützer“ werden natürlich Unterschiede gemacht. Regelfall ist, daß bei jedem „Dorfschützer“ vor der Bestrafung eine Überzeugungsarbeit vorgeht, man versucht, sie zu gewinnen oder zumindest zu neutralisieren. Erst wenn die Überzeugungsarbeit keine Ergebnisse hervorbringt und die „Dorfschützer“ ihre Tätigkeit immer noch fortsetzen, erst dann werden Bestrafungsaktionen verwirklicht, wobei auch hier versucht wird, nur die Dorfschützer zu vernichten. Doch sind die Häuser dieser „Dorfschützer“ derart in Waffendepots umgewandelt, daß die ARGK gezwungen ist, so vorzugehen, wie es die Kriegsregeln der Guerilla erfordern. Daß dabei Frauen und Kinder ums Leben kamen, ist nicht etwa, wie einige Kreise behaupten, darauf zurückzuführen, daß die ARGK auch die Tötung von Frauen und Kindern zu ihren Zielen erklärt, sondern weil es in diesen Situationen einfach nicht zu vermeiden ist, daß dabei auch Unschuldige ums Leben kommen.

Den Umgang der ARGK mit den feindlichen Soldaten im Unterschied zu Offizieren kann man mit folgenden Vorgehensweisen der ARGK erläutern. Die ARGK richtet zahlreiche Aufrufe an die feindlichen Soldaten, nicht auf die Guerilla zu schießen, die auch für ihre Interessen kämpft, son-

den ihre Waffen gegen die Offiziere zu richten, sich an der Guerilla zu beteiligen. Bei Gefangennahme von feindlichen Soldaten werden diese auch nicht bestraft, sondern als Kriegsgefangene behandelt. Hierzu ein Beispiel. Bei einer Auseinandersetzung in Sirnak haben die Guerillas zehn feindliche Soldaten als Kriegsgefangene festgenommen und mitgenommen. Die Soldaten wurden bis heute nicht freigelassen und auch nicht getötet. Bei Auseinandersetzungen versucht man nicht die Soldaten zu treffen, sondern die Offiziere. Es ist aber selbstverständlich, daß die Guerillas in dieser Situation nicht immer nur darauf achten, ob es auch Offiziere sind, auf die sie gerade schießen.

Zivilisten gehören nicht zu den Zielen der ARGK. Ausnahmen bilden nur diejenigen, die Agententätigkeiten ausüben, und Denunzianten. Es wird sehr oft die Behauptung aufgestellt, die „Dorfschützer“ seien Zivilisten. Das ist nicht richtig. Selbst die Vertreter der türkischen faschistischen Regierung betrachten die „Dorfschützer“ als ihre eigenen Milizkräfte.

Frage: In der Vergangenheit haben die türkischen Regierungen die Spaltung verschiedener kurdischer Stämme erfolgreich zur Niederschlagung von kurdischen Aufständen benutzen können, indem sie einen Stamm gegen den anderen gehetzt haben. Welche Anzeichen gibt es für eine Überwindung dieser Stammesgrenzen mit dem Fortschritt des Befreiungskampfes?

Kurdistan-Komitee: Bekanntlich ist die Stammesorganisation eine Struktur, die der Primitivgesellschaft eigen ist. Diese Struktur dauert in Kurdistan heute noch an. Der türkische Kolonialismus hält diese Struktur mit Gewalt aufrecht und versucht, durch Ausnutzung dieser Struktur den Befreiungskampf zu verhindern. Schließlich existieren in Kurdistan Stämme, unter denen seit Jahrzehnten Blutrache herrscht.

Mit dem Beginn des Befreiungskampfes wurde diese Waffe durch die Kolonialisten stärker ausgenutzt. Insbesondere in den Gegenden Hilvan, Siverek, Batman, Mardin, wo die Stammesstrukturen so aufrecht sind wie vor Jahrhunderten, werden diese Strukturen gegen den Befreiungskampf sehr stark genutzt. Der Kolonialismus hat die kollaborierenden und verräterischen Teile dieser Stämme von Anfang an die Befreiungskräfte angreifen lassen. Diese Angriffe auf die Befreiungskräfte wurden durch die Regierung und andere Kreise als Stammesauseinandersetzungen lanciert. Man muß dazu betonen, daß es nicht die Stämme selbst sind, die angreifen, sondern ein elitärer Teil der Stämme. Der größte Teil der Stämme hat sich nicht an diesen Angriffen gegen die Befreiungskräfte beteiligt und ist patriotisch. Da zwischen einigen Stämmen seit Jahrzehnten die Blutrache aufrechterhalten wird, konnte diese Taktik der Kolonialisten zum Teil erfolgreich sein.

Mit der Aufnahme des bewaffneten Kampfes wurden diese Strukturen stärker ausgenutzt als vorher. Z.B. stützte sich das „Dorfschützersystem“ auf diese rückständige Stammesstruktur. Um die Einheit des kurdischen Volkes zu verhindern, wurden die Stämme intensiver gegeneinander ausgespielt. Im Sommer 1987 hat der türkische Staat die beiden Stämme Gyi und Jirkan bei Beytüşebap bei Hakari gegeneinander gehetzt, es kam zu tagelangen Auseinandersetzungen, bei denen die kolonialistischen Armeekräfte in keiner Weise eingriffen. Wenn eingegriffen wurde, dann nur auf der Seite eines Stammes, nämlich des Jirkan-Stammes, der auch Waffen

vom Staat angenommen hatte.

Das Stammeswesen ist in den Händen der Kolonialisten eine Waffe. Die Nationale Befreiungsbewegung versucht, diese Waffe wirkungslos zu machen, indem sie mit allen Mitteln versucht, die Feindschaft zwischen den Stämmen beizulegen. Es ist natürlich nicht leicht, das seit Jahrtausenden bestehende Stammeswesen aus dem Bewußtsein der kurdischen Menschen zu löschen. In einigen Gebieten, in denen die Kapitalisierung vorangeschritten ist – das sind schwerpunktmäßig die Grenzgebiete Kurdistans zur Türkei –, hat sich diese Struktur fast ganz aufgelöst. In den inneren Gebieten dagegen existiert sie noch sehr stark. Vor allem wird es eine lange Zeit brauchen, da eine richtige Einheit zu schaffen. Denn das Stammeswesen hat sehr tiefgreifende Zerstörungen in der kurdischen Gesellschaft geschaffen. Es ist allerdings nur eine elitäre Schicht der Stämme, die mit der Waffe in der Hand gegen den Befreiungskampf vorgeht. Die breite Masse unterstützt den Befreiungskampf oder sympathisiert mit ihm. Hier gilt es auch anzusetzen. In den Erklärungen und Schriften der ERNK wird sehr oft dargelegt, welche Politik hierbei verfolgt wird. Sie versucht, das Potential unter dem Dach der ERNK zu vereinen und die elitäre Schicht, die gegen den Befreiungskampf vorgeht, zu bekämpfen. Diejenigen Vorsitzenden der Stämme, die den Befreiungskampf unterstützen, werden scharfer Unterdrückung ausgesetzt. So wurde z.B. der Vorsitzende des Stammes Ömeran bei Ömerli/Mardin durch Folterungen ermordet. Auch Ahmet Türk, der Vorsitzende eines türkischen Stammes, wurde zwei Jahre und später noch einmal sieben bis acht Monate aus demselben Grund ins Gefängnis gesteckt.

Frage: Die türkische Regierung bemüht sich intensiv um eine Verbesserung ihrer Beziehungen zu den umliegenden Staaten, d.h. zum Iran, zum Irak und zu Syrien. Ihr Motiv ist, Unterstützung und eventuell eine gemeinsame Linie gegen den kurdischen Befreiungskampf zu finden. Welche Erfolgsaussichten gibt ihr dieser Politik?

Kurdistan-Komitee: Um den Wandel in der türkischen Außenpolitik zu verdeutlichen, kann man einen Vergleich zwischen der Politik vor 1984 und nach 1984, als der bewaffnete Befreiungskampf begann, ziehen. Die Haltung der Türkischen Republik gegenüber den benachbarten Ländern Syrien, Griechenland, Iran u.a. war aggressiv. Als Beispiel kann man das Wasser des Euphrat nehmen. Das Wasser wurde gegen Syrien als Erpressungsmittel benutzt. Die Türkische Republik verfolgte eine Politik ohne Konzessionen. Doch nach 1984 veränderte sich diese Politik sehr stark. Dieser Wandel wurde insbesondere nach 1986 klarer und trat deutlicher ans Tageslicht. Ständig finden Staatsbesuche in den benachbarten Ländern statt, die Türkische Republik gibt sich als „friedensschaffender Engel“ in der Region. Sie versucht intensiv, gute Beziehungen mit diesen Ländern herzustellen. Hierzu kann man insbesondere das Beispiel Davos (hier fand kürzlich ein Treffen des türkischen Ministerpräsidenten Özal mit dem griechischen Premier Papandreu statt, d. Red.) nennen. Noch vor kurzem wurde ein Riesenwirbel gemacht um Zypern, doch heute nach Davos werden sogar in der Türkei Diskussionen über den Rückzug der türkischen Okkupationsarmee auf Zypern geführt. Die Politik der Türkischen Republik heute wird durch Konzessionen an die benachbarten

Länder bestimmt.

Warum dieser Wechsel, was wird damit bezweckt? Die Türkei ist im Unterschied zu Israel noch die stabilste Vertreterin der NATO-Interessen in der Region. Ihr fällt auch die Aufgabe zu, gegenüber dem nationalen Befreiungskampf Kurdistans und anderen fortschrittlichen Kräften in der Region eine reaktionäre Front zusammen mit Saudi-Arabien und anderen reaktionären Kräften im Mittleren Osten aufzubauen. Hierzu will man natürlich auch die umliegenden Länder wie Syrien, das im Mittleren Osten eine bestimmte Rolle inne hat, für diese Front gewinnen, manchmal mit Konzessionen, manchmal mit Drohungen.

Ob die Türkische Republik mit dieser Politik erfolgreich sein wird, bleibt abzuwarten.

NACHTRAG ZUM HUNGERSTREIK ACTION DIRECTE plattform des komitees zur abschaffung der gefängnisisolation.

die totale isolation ist folter!
folter die durch verschiedene internationale konventionen als eine ausgeklügelte technik der unterdrückung anerkannt wird, und die darauf abzielt die persönlichkeit der gefangenen, die sie erleiden, zu zerstören.
die totale isolation ist die vollständige entbehrung für den gefangenen, von jeder art von kommunikation, genau so mit der internen realität des gefängnisses wie mit der äußeren realität: allein in der zelle, die benachbarten zellen sind leer, allein zum hofgang, es ist die desozialisierung der einzelwesen und ein system der permanenten bedrohungen gegen ihre identität.
durch die sensorische notwendigkeit und/oder entziehung, erzeuger von nervlichen, physischen oder psychologischen beschwerden, behauptet man sich gegen die soziale gefährlichkeit eines einzelwesens abzusichern, indem man ihn zerstört.

DIE ISOLATIONSTRAKTE SIND EIN GEFÄNGNIS IM GEFÄNGNIS, in der eine zweite verurteilung stattfindet, die sich dem blick und der kontrolle der zivilen gesellschaft entzieht. der kampf der militanten von action directe gegen die isolation hat eine lage offenbart die schon so und so oft durch kämpfe im gefängnis während den letzten jahren angeprangert wurde. unanhängig von der realität die dieses oder jenes einzelwesen ins gefängnis gebracht hat (politischer oder sozialer grund), hat das komitee nur die aufgabe gegen die isolation zu arbeiten, die in ihrer verfeinertesten art eine folter ist, und auf dieser basis die größte sammlungsbewegung wie möglich zusammenbringen.

seine ziele:

- die gesamtheit der gefangenen, die die isolation erleiden, aus ihr herausholen.
- die isolationstrakte abzuschaffen.
- die abschaffung von jeder art von isolation und schikane gegen die gefangenen zu erreichen.
- eine klärung der gesetzgebung zu erreichen, die das ziel hätte die isolation zu verbieten.

welche mittel gibt sich das komitee?

durch die notwendige umgruppierung der gesamtheit der kräfte, die für diese frage empfindlich sind (intellektuelle, ärzte, anwälte, vereinigungen, einzelne, häftlinge, familien und freunde/innen...), schlägt das komitee vor:

- ein informationsregister herzustellen und zu verbreiten,
- eine ununterbrochene kampagne zu führen (delegationen, druck auf die medien, informationsdebatten, usw...),
- die häftlinge, die sich in der isolation befinden, zu besuchen,
- die bildung eines sicherheitskomitees (der aus ärzten, juristen, intellektuelle, familien... zusammengesetzt wäre), der das ziel hätte die isolation und die willkür zu zerbrechen, indem die gesamtheit der haftbedingungen kontrolliert würden und man darüber informiert würde,
- eine breite propagandaversammlung des kampfes gegen die isolation und die folter zu organisieren.

TOTALE ISOLATION IST FOLTER!

DIE ISOLATIONSTRAKTE = GEFÄNGNIS IM GEFÄNGNIS!

das komitee zur abschaffung der gefängnisisolation wird unterstützt durch:

die vereinigung der eltern und freunde/innen der gefangenen
(A.P.A.D.)
29, rue stéphenson
75018 paris

komitee gerechtigkeit - gefängnis (aus gennevilliers)
67, bd beaumarchais
92 gennevilliers

radiosendung 'freies sprechzimmer'
18, rue la vieuville
75018 paris

hören, lächeln, fühlen, sprechen, lieben, sind dinge die so gemeinsam sind, daß man ihre tiefe notwendigkeit, ihren unersetzbaren reichtum vergißt.

isolation bedeutet daß man am leben bleibt, aber daß man auf das verzichten muß was das wesentliche unsere menschlichkeit bildet.

die isolation bedeutet gedanken, wünsche die für niemanden mehr sind. sinne die keinen reiz mehr bekommen, ein nutzloser körper, gedanken die sich abschwächen weil sie nicht mehr in kontakt mit der realität der anderen sind.

ein verstand der mit der angst überhäuft wird, die durch das bewußtsein, schrittweise im wahnsinn zu versinken, entsteht.

die isolation wird rasch zu einem unbeschreiblichen leiden. diejenigen die gegen diese art von gewalt kämpfen, die weniger spektakulär ist als die blutgierige folter, die aber genau so beschädigend ist, sind bereit ihr leben aufs spiel zu setzen, da das leben zu solch einer hölle geworden ist.

die wahre überlegung für alle opfer der folter.

"die systematische und permanente isolation" bildet, nach der europäischen konvention der menschenrechte, eine art von folter.

die Q.H.S. wurden offiziell abgeschafft, die isolation soll es nur noch für eine periode von drei monaten geben, die verlängerbar ist. aber seit jahren erleiden die häftlinge die isolation unter bedingungen, die identisch sind mit denen der Q.H.S. von gestern, mit den deutschen trakten des langsamen todes. wie in einem faschistischen staat werden die entscheidungen, jemanden in isolation zu stecken, nur durch die willkür der kanzel oder der gefängnis-

verwaltung entschieden.

die Isolation existiert nicht, die weiße folter existiert nicht, und trotzdem ist die schließung der Isolationstrakte eine permanente forderung der gefangenen die sich im kampf befinden. ob politische oder soziale gefangene, wieviele sterben langsam in diesen sondertrakten? man hat mehrere monate in nice gebraucht, um mitzubekommen daß ein häftling auf einem bett festgehalten wurde; nur das einschreiten einer anwältin hat es erlaubt diese illegale aber wahre praxis zu beenden.

sellah chandrabose, er ist in der eiskalten gleichgültigkeit der demokratie in den krankenhäusern von fresnes gestorben.

man hat die revolte von chateauroux gebraucht um einen teil des schleiers aufzudecken, der die realität der isolation verdeckt.

jetzt sind es die politischen gefangenen von action directe die entscheiden eher ihr leben aufs spiel zu setzen, als die unmenschlichen haftbedingungen, denen sie ausgesetzt sind, weiterhin erleiden zu müssen.

der französische staat leugnet die existenz der weißen folter, und die demokraten, die sich ehemals gegen die Q.H.S empört haben, machen so wie wenn sie den extravaganten erklärungen des justizministers glauben würden, der behauptet daß die isolation in den überfüllten französischen gefängnissen ein luxus ist. er gibt somit goebbels recht der behauptete daß je größer die lüge sei, desto besser käme sie an.

gibt es eine besondere "rasse" von einzelwesen die so grausame schmerzen verdient hätten?

dies ist die frage zu der wir das recht haben, sie zu stellen!

wer wird es noch wagen sich zur menschlichkeit zu bekennen, wenn er heute nicht konkret, mit den mitteln die er besitzt, gegenüber der vernichtung der gefangenen gehandelt hat?

wir fordern alle demokraten auf mit uns zu kämpfen, damit sich eine breite bewegung gegen die isolation und die anderen arten von zerstörung, die durch das gefängnis geschaffen werden, entwickelt.

zu schweigen bedeutet daß man mit dem aufstieg der unterdrückung, mit dem rückgang der demokratie und den menschenrechten, einverstanden ist.

wir finden es notwendig euren standpunkt durch eine rückkehr der korrespondenz kennenzulernen - es ist dringend notwendig - denn sonst betrachten wir euer SCHWEIGEN als ein einverständnis mit dieser barbarischen methode.

vereinigung der eltern und freunde/innen der gefangenen
29, rue stéphenson
75018 paris

SECHS MILITANTE VON ACTION DIRECTE AM RANDE DES TODES

Wir, die politischen Gefangenen der PCER und GRAPO eingesperrt im Knast von Soria - wollen unsere internationalistische Solidarität und Unterstützung mit den 6 Militanten von AD ausdrücken, welche sich seit dem 1. Dezember in einem großen Hungerstreik in den französischen Knästen befinden, der schon länger als 78 Tage andauert. Wir wollen ebenfalls in der öffentlichen Meinung in Spanien die Vernichtungspolitik der französischen Regierung denunzieren, welche sie auf systematische Art gegen die französischen Gefangenen durchführt:

- das Regime der Isolierung durch spezielle Trakte, welches keine Form der Kommunikation mit anderen Gefangenen erlaubt
- 22 Stunden pro Tag in der Zelle und nur 2 Stunden Hof
- die absolute Unmöglichkeit auch nur die geringste politische Aktivität oder kollektives Leben zu realisieren
- demütigende und erniedrigende Leibesvisitationen
- Zensur der Korrespondenzen

Aufgrund dieser unhaltbaren Situation gibt es seit 78 Tagen den Hungerstreik dieser französischen Militanten... Die Denunziation dieser Situation hat die Mauern des Knastes durch den Hungerstreik durchbrochen und hat zahlreiche Solidaritätsaktionen in Frankreich und anderen europäischen Ländern hervorgerufen, wo vorher Stillschweigen in den Kommunikationsmedien war.

Trotzdem hat die französische Regierung vor dem politischen Schlag, bei dem einer der Streikenden den Tod erleiden konnte, die Zwangsernährung durch intravenöse Zugabe von Serum angewendet, welche die unmenschliche Folter der langen Agonie verlängert.

Die unterdrückerischen und vernichtenden Methoden, die die französischen politischen Gefangenen ertragen, können nicht losgelöst betrachtet werden von denen, die aktuell die politischen Gefangenen in anderen europäischen Ländern ertragen: Spanien, Bundesrepublik, Belgien, Italien...

Auf dieser Linie ist die Genehmigung der spanischen Regierung zu der Ausweisung des militanten Revolutionärs Umberto Passigatti an die italienische Regierung ein Beweis für die Vereinbarungen in der "antiterroristischen Zusammenarbeit", zu denen einige europäische Regierungen gekommen sind. Und das Vorhaben, die Schaffung eines europäischen Rechtsraumes, kann man auch nicht trennen von dem gemeinsamen Plan zur Vernichtung der politischen Gefangenen und des Beispiels des Widerstandes, welches sie für unsere verschiedenen Völker bedeuten. Die Alternative, die sie uns in ihrem gemeinsamen Plan anbieten ist: Das wir bereuen, oder die Isolierung, Unterdrückung und sogar Selbstmorde "a la alemana". Angesichts dessen haben wir revolutionären Gefangenen keine andere Waffe um uns zu verteidigen als den Hungerstreik und unser eigenes Leben. Die Verteidigung von würdigen Lebensbedingungen hat uns Revolutionären in ganz Europa schon einen hohen Preis gekostet: 1981 wurde unser Genosse Crespo Gallende im Hungerstreik ermordet und ebenfalls in Irland und in der Bundesrepublik sind militante Revolutionäre im Hungerstreik ermordet worden...und heute befinden sich 6 französische Revolutionäre ebenfalls an der Schwelle zum Tod, im Kampf für die Forderung der

Zusammenlegung und der Schließung der Isolationstrakte. Auf dieselbe Weise muß man die repressive Offensive, die in vielen europäischen Ländern gegen die politischen Gefangenen losgegangen ist, eingefaßt sehen im Rahmen der schweren ökonomischen Krise, in der sich das gesamte kapitalistische System gemeinsam befindet; der Anstieg der Arbeitslosigkeit, Zunahme der Not, den Plänen der Umstrukturierung...

Eine Situation, die die Klassenwidersprüche verschärft und einen Aufschwung und Radikalisierung der Volkskämpfe bewirkt, welche jedes Mal auf bessere Weise der Kontrolle der Parteien und "institutionellen" Gewerkschaften entweicht. Überall dort, wo es Kämpfe gibt, wenden sich viele europäische Länder wieder offen den Faschismus zu. Aufgrund dessen läßt sich nicht verborgen halten, daß die französische Regierung aktuell eine offen repressive Politik anwendet, wie sie es unter keinem Präsidenten seit dem 2. Weltkrieg gegeben hat: rassistische Verbrechen, Ermordung von politischen Militanten, ständige Kontrolle und Züchtigung durch die Polizei, womit die Offensive der Bourgeoisie gegen die Errungenschaften der Arbeiter begünstigt wird: Ausweisungen und Razzien gegen die baskischen Flüchtlinge, welche an die Razzien der Nazis während der Besetzung im Weltkrieg erinnern; die erneute Einknastung des militanten Kommunisten Frédéric Orlach wegen eines einzigen Delikts "kein Bedauern zu fühlen" zur Hinrichtung des französischen Generals Audran etc....

Es ist klar: die französische Regierung und genauso die spanische und andere Regierungen Europas sind entschlossen, mit allen Mitteln die sie haben, jede Form von Widerstand innerhalb und außerhalb der Knäste zu beenden.

Wie es die Militanten von AD selbst gesagt haben: "Heute basiert die Haft eines politischen Gefangenen nicht nur auf dem Entzug der Freiheit, sondern auf einem konterrevolutionärem Projekt der gesamten Umerziehung, welches danach strebt zu spalten, zu individualisieren und zu kriminalisieren, um die Kampfmentalität der Häftlinge zu reduzieren". Wir richten einen Appell an alle Demokraten und Revolutionäre, an alle antifaschistischen Organisationen, die Situation der 6, seit mehr als zwei Monate hungerstreikenden Militanten aus AD, zu denunzieren, und ihnen unsere Solidarität und Unterstützung zukommen zu lassen. Nur mit dem Widerstand in den Knästen und der aktiven Solidarität so breit wie möglich, wird man die kriminellen Pläne des französischen Staates stoppen und rückgängig machen können.

- Verhindern wir den Mord an den französischen Revolutionären
- Für die Zusammenlegung und die sofortige Schließung der Isolationstrakte
- Aktive Solidarität mit den 6 Militanten aus AD im Hungerstreik
- Es lebe der proletarische Internationalismus

Politische Gefangenen aus PCER und GRAPO
im Knast von Soria, 17.02.88

ERKLÄRUNG F. ORIACH

seit drei monaten wird der hungerstreik der vier kommunistischen kämpfer von action directe fortgesetzt. ich bekräftige hier meine vollständige solidarität mit diesen revolutionären partisanen und meine bedingungslose unterstützung für ihre forderung des politischen statuts. diese solidarität erhält seine legitimität in der einheit, die sich zwischen diesen militanten und mir durch unsere politischen identitäten bildet: die einen und die anderen sind kommunistische kämpfer, die die historische notwendigkeit des revolutionären bewaffneten kampfes anerkennen. ein anderer element der einheit ist mehr ein zeitumstand und er ist nebensächlich: wir sind politische gefangene.

alles soll also sehr klar sein und die versuche der ablenkung, die versuche aus der sehr schlimmen lage meiner genossen von action directe nutzen zu ziehen, um ihre politische identität zu leugnen und somit den staat im kampf gegen die revolutionäre zu helfen, müssen aufhören. es muß also entgültig feststehen daß die inhaftierten politischen militanten es nicht annehmen können, als kriminelle betrachtet zu werden.

die freiheitlichen dummheiten der linksradikalen und die masochistischen wehklagen der liebhaber des außenseitertums und des elends haben schöne tage gehabt, aber diese zeit ist zum glück vorbei, also: genug!

wir haben schon gegeben und wir werden keine baby-seehunde an die brigitte bardot's der guten weinerlichen gewissen mehr liefern. wir verlangen kritisiert und verurteilt zu werden oder unterstützt zu werden für das was wir sind: politische militanten und nichts anderes. ob es gefällt oder nicht.

wir haben niemals nach sonderrechte gegenüber den rechtsgefangenen gefragt. niemand kann leugnen daß die militanten von action directe so wie ich, ein unabhängiger kommunistischer militant, immer unsere größte solidarität mit den rechtsgefangenen zum ausdruck gebracht haben, wir haben ohne zögern an jedem ihre forderungskämpfe teilgenommen, sogar wenn wir nicht direkt durch ihre forderungen betroffen waren.

aber die objektive, konkrete wahrheit ist, daß es außerhalb dieser menschlichen solidarität nicht die kleinste verwechslung zwischen den politischen gefangenen und den rechtsgefangenen geben kann. es handelt sich da, ob wir wollen oder nicht, um zwei total verschiedene realitäten: verschiedene inhaftierungsgründe, absolut verschiedene inhaftierungsbedingungen, verschiedene materielle und ideologische interessen, sogar verschiedene justizverurteilungen. die objektiven umstände, interessen der politischen gefangenen und der rechtsgefangenen zu vermischen ist somit eine albernheit. die forderungen der einen wie der anderen sind genau so ehrwürdig, sie können aber einfach nicht die selben sein.

was uns betrifft, wir, politische gefangene, wir haben unsere materiellen inhaftierungsbedingungen nicht zu beweinen, unser einziges problem ist es die fortsetzung unserer politischen aktion abzusichern.

wir haben uns freiwillig entschieden den staat anzugreifen, ihn durch die revolution zu zerstören, um eine neue gesellschaft, den kommunismus aufzubauen. es handelt sich um einen krieg. in jedem krieg kann es gefangene geben, auf der einen seite wie auf der anderen. es ist dort wo wir uns befinden: kriegsgefangene.

auf der ebene der inhaftierungsbedingungen ist uns also wenig daran gelegen daß man die glitterstäbe mit rosa farbe bemalt und ein "soziales" oder seelisches leben" zu fordern, wie wenn wir das vorhaben hätten uns im gefängnis zu installieren und somit aus dieser einfachen vorübergehenden materiellen lage eine künstliche soziale identität zu machen. was uns sozial und politisch veranlaßt ist nicht im gefängnis zu sein, sondern einerseits unsere klassenangehörigkeit und andererseits unsere aktivität als politische militanten.

folgerichtig ist die hauptforderung die wir zu unseren haftbedingungen haben können, die aller politischen gefangenen auf der ganzen welt: die realität unserer identität durch die anwendung eines statuts der politischen gefangenen aufzuzwingen. dies ist der minimum. in allen ländern der welt, sogar in der größten diktaturen, sind die politischen gefangenen als solches anerkannt, und wenn dies ausnahmsweise nicht der fall ist, dann fordern die inhaftierten militanten diesen statut.

wenn wir eine systematische folter und bedingungen, die unsere physische und psychologische unversehrtheit stark beeinträchtigen würden, erleiden würden, dann könnte sich die frage im sinn der "menschenrechten" stellen, aber wir haben dies bis jetzt niemals behauptet und diese frage stellt sich also im sinn der politischen rechte, nur so.

wir fordern also überhaupt nicht eine "normale" inhaftierung (ich zweifle daß meine genossen von action directe einen so mühseligen streik führen um das recht auf eine klinovorstellung zu haben, um eine reihe glitterstäbe weniger zu haben und um hofgänge mit den rechtsgefangenen zu haben!)

das was wir fordern besteht darin dies abzusichern was den sinn selber unseres lebens ausmacht, das was der grund selber unserer existenz ist: unser einsatz als revolutionäre militanten, also die notwendigen bedingungen für die fortsetzung unseres politischen lebens.

die strafprozeßordnung des französischen staates sieht "ein sondersystem" für die politischen gefangenen vor, dieses system wird durch die artikel D. 490 bis D. 495 bestimmt. es soll nicht unendlich darüber gesprochen werden: dieses "sondersystem" muß an alle politischen gefangenen angewendet werden.

andererseits begrüße ich hier den politischen sieg den der hungerstreik von action directe jetzt schon davongetragen hat, daß das einzige verhältnis das für den französischen staat ins auge gefaßt werden kann, ein kriegsverhältnis ist.

dieser streik zeigt in der tat daß der französische imperialistische staat unfähig ist eine andere sprache zu verstehen als die der gewalt:

wenn bomben in den strassen von paris explodieren, wenn irgendwo auf der welt revolutionäre kämpfer französische splone liquidieren oder verhaften, dann werden rasch verhandlungen geführt! nur diese sprache scheint verstanden zu werden und die revolutionäre werden somit die konsequenzen herausziehen die sich aufrängen.

durch seine unmenschliche verbissenheit und seine sturheit den militanten von action directe ihre elementarsten politischen rechte nicht anzuerkennen, bekräftigt uns der französische staat nur in der sicherheit daß der weg der revolution, für eine gesellschaft der gerechtigkeit und der ehre, sich nicht mit reden und gutem willen zufrieden stellen kann, sondern auf eine unumgehbare weise die notwendigkeit des revolutionären bewaffneten kampfes trägt.

ich bin sicher. daß action directe sich an mich anschließen wird um den französischen staat für den großen dienst zu bedanken, den er uns leistet indem er die einfache stimme der vernunft und der friedlichen ersuchen nicht hören will, denn er macht es unvermeidlich, welches der politische ausgang dieses streiks auch immer sein mag, daß andere politische gefangene sich unermüdlich im kampf aufeinanderfolgen werden um den politischen statut zu erhalten, und vorallem weil das hartnäckige blockieren jedes friedlichen weges alldiejenigen nur ermutigen kann, die die unterdrückung und die ausbeutung nicht mehr akzeptieren, sich jedesmal zahlreicher in dem kampf für die revolution einzusetzen, die waffen in die hand zu nehmen, jedes mal wenn es notwendig sein wird.

ja, meine genossen nathalie mênigon, joelle aubron, georges cipriani, jean-marc rouillan, unser gemeinsamer gesang ist immer noch der der partisanen:

"freund wenn die fällt, kommt ein freund aus dem schatten..."

unser weg ist lang und schwer aber wir werden jeden tag ein bißchen zahlreicher und ein bißchen mehr entschlossener sein.

wir werden siegen!
für den kommunismus!

frédéric orlach,
gefängnis der santé, den 25 februar 1988

PARIS AND MADRID AT ODDS OVER 'ASSASSIN'

French authorities suspect that José Amedo, a deputy commissioner in charge of police intelligence in the Basque country, recruited mercenaries to cross the border and kill suspected Eta leaders hiding in France. What remains unclear is whether he organised this band of killers, known as Gal, on his own initiative, or whether he was instructed to do so by superiors.

Mr Amedo was able to provide his recruits with fake Spanish passports, police cars and an emergency telephone number at the Interior Ministry in Madrid. (Independent, 16.6.88)

VORWORT

djaber kalibi und azita monachipour sind iranische flüchtlinge. sie wurden am 19. september 1986 durch die DST verhaftet, die sie in einem bericht vom 16. beschuldigt, attentate in frankreich vorzubereiten da sie nach ihr mitglieder des OGFPI sind, eine organisation die das regime von khomeiny bekämpft.

kalibi und monachipour leugnen diese angehörigkeit und behaupten einer gruppe anzugehören, die iranische neue kommunistische bewegung genannt wird. die DST behauptete in ihrem bericht "daß sie wahrscheinlich die verantwortlichen der attentate vom september in paris seien", und daß "sie sicherlich die direktiven des libanesischen CSPPA ausführen würden".

während der 96-stündigen aufsicht wurden sie gezwungen während langen stunden auf den knie sitzen zu bleiben, man steckte ihre köpfe in schwarze säcke während so getan wurde als ob man sie erschliessen würde, und sie wurden geschlagen.

djaber kalibi wurde an einem augenbrauenbogen verletzt. der gerichtshof und der ICS haben ihre klagen gegen diese mißhandlungen ignoriert.

der richter riviere hat sie auf grundlage von erklärungen eines dritten iranischen flüchtlings, ali abdolazadeh, angekagt, der die DST nach sechser in einen wald geführt hat, wo sprengstoffe versteckt waren.

die angeklagten, die am 18. märz vor der strafkammer erschienen sind, haben zugegeben die sprengstoffe, die für den iran bestimmt waren und nicht für irgendwelches attentat in frankreich, versteckt zu haben. die staatsanwaltschaft hat ihre erklärungen angenommen. das urteil soll am 29. april gefällt werden. azita und djaber waren inhaber eines residenzanspruchs von drei jahren, und dies als flüchtlinge die durch die OFPRA anerkannt waren, der sich nach ihrer inhaftierung geweigert hat ihre karte zu erneuern. die staatsanwaltschaft will ihrerseits die anordnungen des gesetzes pasqua vom 9. september 1986 anwenden, um sie auszuweisen.

sie wurden während ihrer untersuchungshaft hart behandelt, und sie betrachten daß sie durch das khomeiny-regime auf dem französischen territorium verfolgt werden. sie sagen daß sie vor ihrer verhaftung nicht nur durch autos der DST verfolgt wurden, sondern auch von einem auto der...wahid gorji gehört.

die presse hat keinen ton über diesen prozeß gesagt, indem es jedoch sachen gab mit denen man hätte schlagzeilen machen können. der "reutige" abdolazadeh - es scheint daß er unter dem druck der DST nachgegeben hat, um mit ihr zu arbeiten - hat er nicht behauptet daß er, als er empfangs-chef im hotel windsor-frantel war, bei begehungen zwischen verantwortlichen des khomeiny-regimes und stellvertretern von thomson-argentinien, für den verkauf von französischen radars an den iran, zugegen war? diese offenbarungen wurden nicht in abrede gestellt und wurden vor dem gericht wiederholt.

werden diese beiden iranischen flüchtlinge die neuen opfer der "normalisierung" der verbindungen zwischen frankreich und khomeiny sein?

wiederholen wir eine der forderung des regimes "der ayatollahs für diese "normalisierung": frankreich sollte, nach den äußerungen des iranischen geschäftsträger in paris, reza haddadi, "die anwesenheit von verschiedenen iranischen terroristen, die in frankreich geflüchtet sind, beseitigen".

(aussage an libération, 24.2.86)

die ausweisungen am 7. dezember 1987 zum burundi gingen auch in diese richtung.

prozeßerklärung von zwei iranischen kommunistischen militanten.

heute werden iranische kommunisten durch ein gericht der französischen bourgeoisie verurteilt, der sie anklagt einen politischen kampf für den umsturz der islamischen republik und den aufbau einer kommunistischen gesellschaft zu führen. es ist nicht das erste und nicht das letzte mal daß die todesverurteilten der geschichte sich erlauben das leben und die revolution zu verurteilen. und welch ein glücklicher zufall daß dieser prozeß am tag des aufstands der pariser kommune, am 18. märz 1871, stattfindet! als kommunistische militanten sind wir also besonders froh darüber vor den erben von thiers, dem henker der kommune, die heldenhaften pariser proletarier zu ehren, die das erste mal in der geschichte der menschheit eine proletarische macht errichtet haben um eine menschliche, freie gesellschaft aufzubauen, und um den anfang des endes der ausbeutung des menschen durch den menschen, das ende der bürgerlichen klassengesellschaft anzukündigen. heute schwebt die gesamtheit des kapitalistischen systems in einer tiefen krise, ansagerin des baldigen endes dieses unmenschlichen systems. gegenüber dieser bevorstehenden gefahr kennen die kapitalisten, die ausbeuter, die banken und die waffenkonzerne, so wie ihre bürgerlichen vorgänger aus der epoche der pariser kommune, nur ein mittel um ihre sonderrechte zu bewahren: das ausmaß der unterdrückung zu erweitern, die unterdrückungsapparate, die polizei, die politische polizei, die milizen der bosse und den apparat der klassenjustiz zu verstärken, die streikenden arbeiter die gegen die schamlose ausbeutung, die durch die bosse organisiert wird, kämpfen, und die proletarier und die revolutionären kommunisten, die dieses sklavensystem nicht mehr wollen, werden verhaftet, gefoltert, inhaftiert und liquidiert. die bourgeoisie hofft so, mit hilfe dieser diener, diese lage eine weitere zeit zu verlängern, in der die ausbeuter die arbeiterklasse der metropolenländer und das proletariat und die unterdrückten völker der beherrschten ländern, weiterhin ausbeuten können. maskerade wie sie heute stattfinden sind somit nichts neues und sie erstaunen uns kaum.

im gegenteil, die heutige maskerade hat eine besonderheit: der französische imperialismus, die diener der kanonenhändler und die verantwortlichen des mörderischen krieges zwischen dem iran und dem irak, haben es gewagt iranische

kommunisten einen prozeß zu machen, indem sie angeklagt werden für den umsturz des unmenschlichen regimes der islamischen republik und für den aufbau des sozialismus im iran, zu kämpfen. diese handlung der französischen regierung hat einen sehr präzisen sinn: er erklärt sich offen als feind des volkes, der arbeiterklasse, der arbeitermassen und der iranischen revolutionäre. durch diese handlung unterstützt sie ein regime, dessen terroristische aktionen und massaker sich nicht mehr auf das iranische volk begrenzen, sondern die sich auf die arbeiter der europäischen ländern, unter ihnen frankreich, ausweiteten. durch diese politik versucht die französische regierung den rechtmaßigen kampf des iranischen volkes gegen das kapitalistische regime der islamischen republik zu kriminalisieren, und ihre solidarität mit den entwürfen dieses blutigen regimes gegen das volk und die arbeiter zu behaupten. unsere verhaftung, die durch folter und gefängnis gefolgt wurde, die verhaftung und die ausweisung von iranischen gegnern des khomeiny-regimes nach gabun, während der gleichen zeit, wahid gorji, boss der hisbollah-terroristen, respektvoll zum flughafen begleitet wurde, sind die logischen anwendungen dieser politik.

die französische regierung klagt uns an daß wir, ohne ihre erlaubnis, eine "kriminelle vereinigung" gebildet haben! der revolutionäre kampf gegen eine der blutigsten diktaturen der geschichte der menschheit, für den aufbau der proletarischen demokratie und des sozialismus, ist nach der französischen imperialistischen bourgeoisie etwas "kriminell"! oder es ist viel mehr kriminell weil wir sie nicht nach ihrer meinung gefragt haben! oder viel mehr ihre erlaubnis. an sich wird also unsere politik und unser kampf, wir, revolutionäre kommunisten und andere anti-imperialistische militanten, und alle iranischen arbeiter die gegen das regime von khomeiny kämpfen, in diesem gericht abgeurteilt.

ihr betrachtet das regime von khomeiny als rechtmäßig, also ist es normal daß ihr uns als "kriminelle" bezeichnet. unser kampf ist nur ein sehr kleiner teil des kampfes der völker und der iranischen kommunisten gegen das vom imperialismus abhängige regime der islamischen republik, des kampfes der völker und der proletarier der ganzen welt gegen den imperialismus und das kapitalistische system. wir sind geehrt hier die sprecher unser iranischen genossen und der anderen anti-imperialistischen militanten zu sein, die jetzt in den grauerregenden gefängnissen der islamischen republik gefoltert, liquidiert und lebendig begraben werden, in namen der kämpfe der arbeiter, der bauern, der frauen, der arbeitslosen, und der unterdrückten völker des irans zu sprechen, in namen der iranischen kindern und jugendlichen, die im reaktionären krieg zwischen dem iran und dem irak getötet, verletzt und verstümmelt werden, damit die anführer der islamischen republik ihre bankkonten in der schweiz füllen können, damit sich eure waffenindustrien und eure kanonenhändler bereichern können. es ist eine große ehre für uns die stimme der völker und der proletarier der ganzen welt hören zu lassen, derjenigen die sich gegen die materielle und moralische armut wehren, die krankheit, den hunger, die arbeitslosigkeit und die unaufhörlichen kriege, die alle produkte des kapitalistischen systems sind. wir sprechen heute im namen aller kommunisten und anti-imperialistischen kämpfer, die auf der ganzen welt zu einem langsamen tode in den bürgerlichen gefängnissen verurteilt sind, damit eine handvoll von schmarotzer-kapitalisten ihren diebstahl weiterhin ruhig begehen können.

ihr habt überhaupt kein recht die revolution und die revolutionären militanten zu verurteilen und wir haben keine rechenschaft über die legitimität unseres kampfes abzulegen. im gegenteil, es ist die französische regierung die heute antworten muß, die sagen muß mit welchen recht sie sich erlaubt, militanten die gegen den staatsterrorismus des kapitalistischen regimes der islamischen republik kämpfen, als "terroristen" und als "kriminelle" zu bezeichnen? die wahren kriminelle sind diejenigen die einem kriminellen regime politisch und militärisch helfen und unterstützen, die ihm waffen liefern und die kriminelle, wie wahid gorji, beschützen, um die profite der banken, der multinationalen und der waffenkonzerne, abzusichern.

lange vor unserer verhaftung gab es kontakte und besprechungen zwischen den iranischen und französischen regierungen, mit dem ziel die politischen aktivitäten der iranischen gegnern in frankreich unter druck zu setzen und zu verhindern. schon seit jahren wurden die politischen aktivitäten, die versammlungen und die demonstrationen der iranischen gegnern in frankreich, um die islamische republik und die rolle der französischen regierung in dem krieg zwischen dem iran und dem irak anzuprangern, systematisch verboten. als antwort auf die proteste antworten die verantwortlichen der französischen regierung: "wir haben die güte gehabt euch hier zu empfangen. ihr habt also nicht das recht unsere beziehungen mit der islamischen republik durch eure aktivitäten in gefahr zu setzen!" die französische regierung betrachtet also, daß es für leute die gezwungen waren ihr land zu verlassen, um dem sicheren tod und der folter zu entgehen, es keine natürlichen rechte sind, leben und arbeiten zu können, aber auch ihren kampf weiterführen zu können! sie betrachten daß die iranischen flüchtlinge im sinn der interessen der französischen regierung handeln müssen, und daß sie gegenüber den verbrechern der islamischen republik ruhig sein sollen, um so ihre aufenthaltskarte verdienen zu können. für den französischen staat ist die bewilligung des flüchtlingsstatus für die opfer der islamischen diktatur, gleichbedeutend mit einer investierung für die zukunft. damit, wenn das aktuelle regime im iran verschwinden würde, man im folgenden regime mit anerkennenden freunden rechnen kann. auf diese art wären die interessen der französischen kapitalisten im iran abgesichert. aber da die französische regierung seit einiger zeit feststellt daß diese gegner nicht dabei sind die macht im iran zu übernehmen, bevorzugt sie es ihre verbindungen mit dem aktuellen regime zu "normalisieren". sie weist also diese gegner in den irak oder in den gabun aus und sie foltert und inhaftiert die militanten die sich nicht für eine flüchtlingskarte verkaufen. die französische regierung hat so gut in dieser richtung

geplant, daß sie die gelobtesten anerkennungen vom iranischen parlament bekommen hat, die jemals an ein fremdes land gemacht wurden: hachémi rafsanzani, wichtigste persönlichkeit des regimes nach khomeiny, beglückwünscht die maßnahmen der französischen regierung gegen die iranischen gegner und revolutionäre in frankreich und er rät der brd daß sie das beispiel frankreichs folgen sollte. (interview mit kayhan air mail, 27.5.87).

die iranischen gegner sind eine austauschmünze für die französische regierung geworden, die so versucht die islamische regierung zufriedenzustellen. sie versucht sich zu rechtfertigen, indem sie behauptet daß sie damit die befreiung der französischen geiseln, die im libanon durch verwandte gruppen der islamischen republik festgehalten werden, anzuzielen. aber dies ist nur ein vorwand um das französische volk zu täuschen. ihr hauptziel ist es ihre politischen und wirtschaftlichen beziehungen mit dem iran zu erweitern und die erfolgssichten der französischen kapitalisten gegenüber den anderen schakalen, die die anderen imperialistischen mächte ausmachen, zu vergrößern, um einen größeren anteil des kuchens in der plünderung und der ausbeutung der iranischen arbeiter zu bekommen, und nebensächlich um stimmen in den wahlen zu gewinnen.

die französische regierung vergißt krokodilstränen für die geiseln, und sie vergißt zu einfach, daß 45 millionen iraner seit 7 jahren die geiseln des khomeiny-regimes sind. sie vergißt zu einfach daß millionen iranische, irakische und französische arbeiter die geiseln der banken und der waffenindustrien sind. nicht nur daß sie millionen iranische und irakische arbeiter für ihre politische, wirtschaftlichen und wahlinteressen opfert, sondern sie macht aus den französischen arbeitern die ständigen geiseln der hisbollah-terroristen.

aber welchen wert kann es in der moral der kapitalisten für das leben von millionen arbeitern geben, gegenüber dem profit von milliarden dollars die sie einstecken? ist es nicht die aufgabe der bürgerlichen staaten die "ordnung und die sicherheit" abzusichern, die notwendig sind damit die kapitalisten ihre schändliche ausbeutung weiterhin ausführen können?

aber schauen wir uns an unter welchen bedingungen die iranischen kommunisten und die anti-imperialistischen militanten ihren kampf führen:

seit dem anfang dieses jahrhunderts haben die iranischen revolutionäre und kommunisten nicht aufgehört gegen die armut und den kulturellen und sozialen rückstand zu kämpfen, die die ergebnisse der beherrschung, des terrors und der ausbeutung sind, die durch die imperialistischen und kolonialistischen mächte und die marionettenregimes betrieben wurden, die ihren interessen gedient haben. tausende von revolutionäre haben ihr leben auf diesem weg gegeben.

der iran, wie alle anderen beherrschten ländern, lebt in einer wirtschaftlichen, politischen und militärischen abhängigkeit gegenüber den imperialistischen mächten. die letztgenannten begnügen sich nicht damit auszurauben und auszubeuten, sie haben dem iranischen volk diktatoriale und blutige regimes aufgezwungen, die dieses volk von seinen elementarsten rechten beraubt hat, die es in der armut und im sozialen rückstand gehalten hat, sie haben jede bewegung, die nach freiheit und demokratie gestrebt hat, im blut erstickt.

die dynastie der pahlavi hat während 60 jahren den interessen der erdölkonzerne und konsortiumen, der banken und der multinationalen, aber auch der abhängigen iranischen bourgeoisie, gewissenhaft gedient. deshalb ist der schah und sein vater vor keiner unterdrückungsmaßnahme zurückgeschritten. jede politische aktivität, jede fortschrittliche bewegung, alle parteien und gewerkschaften und alle arbeiter-, und revolutionäre organisationen waren verboten, jeder protest oder streik wurde im blut erstickt. er wurde in seinem unternehmen reichlich durch die amerikanischen und israelischen militärratgeber, und durch die agenten der CIA und des MOSSAD geholfen. auf der kulturellen ebene war es die rolle des schah-regimes jeden ausdruck einer fortschrittlichen und revolutionären kultur mundtot zu machen, um anstelle ein gemisch von rassistischen und chauvinistischen gefühlen, eine dekadente kultur, die auf dem individualismus und dem profit begründet war, zu verbreiten. es darf nicht vergessen werden daß er während seiner ganzen herrschaft die islamischen religiösen benutzte um das iranische volk in der unwissenheit und der verfremdung zu behalten.

die ausbeutung des iranischen volkes hat am ende seiner herrschaft einen punkt erreicht der bisher niemals erreicht wurde, was eine verschlimmerung der sozialen widersprüche verursacht hat. es ist auch während seiner herrschaft daß das iranische proletariat ein höheres politisches bewußtsein erwarb und daß sich die iranische kommunistische bewegung entwickelte. es ist am ende der sechziger jahren daß die marxisten-leninisten die erfahrungen der vergangenheit benützten konnten um sich für neue kampf-, und organisationsmethoden zu entscheiden: die politisch-militärische organisation und die strategie des verlängerten volkskrieges. der anstieg der volkskämpfe und proteste während den jahren 1977-78 hat die imperialisten überzeugt daß die schah-herrschaft nicht mehr in der lage sei ihre interessen abzusichern, und daß man also eine alternative benötigte. diese alternative war khomeiny und seine clique. hier schreitet der faktor der religion ein, im vorliegenden fall der islam zur ablenkung der revolutionären bewegung von den iranischen massen in den jahren 1977-78. man muß wissen daß die kolonialistischen und imperialistischen mächte schon immer die religion, und besonders der islam, als eine waffe benützt haben um die völker der dritten welt in der unwissenheit zu halten und um alle revolutionären bewegungen ablenken zu können. der islam war und ist noch immer ihre wirksamste waffe gegen den anstieg des kommunismus. die beispiele sind zahlreich: die spaltung in der indischen nationalen befreiungsbewegung, auf antrieb der briten, die durch islamanhänger ausgeführt wurde und die den pakistan künstlich hergestellt haben, das treiben der islamischen brüder in ägypten, die verschiedenen reaktionären und fanatischen islamischen

gruppen im libanon, die eine aktive rolle in der schwächung der revolutionären bewegung der palästinensischen und libanesischen massen spielen, die militärische und finanzielle hilfe der imperialisten für die reaktionären fanatischen afghanen, direkt oder indirekt durch die vermittlung der islamischen regimes des irans und des pakistans. diese politik die islamische reaktion in den ländern nordafrikas und des nahen ostens zu verstärken, um als hindernis gegen den kommunismus zu dienen, wurde sogar durch brezjinski, der ratgeber von carter für die sicherheit, unter den namen "grüner gürtel" theoretisiert. khomeiny wurde also in frankreich empfangen, wo eine betäubende propaganda zu seinen gunsten durch die medien geführt wurde. die amerikanischen agenten wie ramsey clarke und der general huyzer, rechter arm des generals haig, befehlshaber der NATO in brüssel, bereiteten die umgebung von khomeiny und die iranische armee auf eine friedliche machübernahme vor. und dann bestätigten die industrialisierten ländern letztendlich, während ihrer konferenz auf guadeloupe, am anfang des jahres 1979, die ersetzung des schahs durch khomeiny.

vom beginn seiner machteinführung an, nach der niederlage des volksaufstands im februar 1979, organisiert khomeiny die repression gegen die revolutionäre bewegung: die islamische republik hat zuerst die massen entwaffnet, dann hat sie die unterdrückungsorgane neu organisiert, wie die polizei und die armee, und sie hat die pasdarans, die komitees, den bassidj und viele andere hinzugefügt. sie hat mit bajonettschlägen die arbeiterräte liquidiert die die fabriken kontrollierten, sie hat die bauernräte, die die beschlagnahmten landgüter kollektiv bearbeiteten, im blut erstickt. sie hat den iranischen frauen den schleier aufgezwungen und gesetze erlassen, die den frauen alle wichtigen berufe in den technischen, wissenschaftlichen und kulturellen bereichen verboten hat, sie hat revolutionäre und kommunistische frauen gefoltert und hingerichtet. sie hat die revolutionären studenten und schülern angegriffen und unterdrückt, sie hat die verwaltungen von den fortschrittlichen elementen gesäubert und sie hat öffentlich tausende von politischen und wissenschaftlichen büchern verbrannt. sie hat die kurdischen, türkischen, die aus der türkei stammenden, baloutischen und arabischen völker angegriffen, die unter der persischen ungerechtigkeit und dem chauvinismus leiden mußten, und sie hat die einwohner der dörfer mit napalm massakriert.

mehr als 50 tausend revolutionäre wurden seit der errichtung dieses regimes hingerichtet, und mehr als 150 tausend inhaftiert. das regime der islamischen republik ist nichts anderes als ein kapitalistisches regime das, in der internationalen wirtschaftlichen krise und vor dem anstieg des politischen bewußtseins der arbeiter und ihrem anti-kapitalistischen und anti-imperialistischen sehnisse, die ausmaße der repression ausgebreitet hat um die sonderrechte der herrschenden bürgerlichen klasse und den imperialistischen interessen schützen zu können. die imperialistischen mächte bevorzugen also ein solches regime über einer proletarischen macht.

heute ist das größte problem der iranischen völker der reaktionäre krieg zwischen dem iran und dem irak, der seit dem 22. september 1980 dauert. dieser krieg ist nicht, wie verschiedene bürgerliche ideologen behaupten, das produkt der feindschaft zwischen perser und araber, zwischen shiliten und sunniten, oder anderes gefasel dieser art. ihre gründe müssen im rahmen der erklärung der achtziger jahre gesucht werden, in der konkurrenz zwischen den imperialistischen mächten um die einflusszonen in der gegend der persischen golfes und endlich im versuch der verlegung der krisen der iranischen und irakischen gesellschaften zum krieg und der wille die anti-imperialistische bewegung des iranischen volkes zu unterdrücken. dieser krieg hat den iranischen und irakischen arbeitermassen nur tod, hunger und zerstörungen gebracht, während er für die imperialisten die quelle von phantastischen profiten war. mehr als 1,5 millionen leute wurden in diesem krieg getötet, verletzt und verstümmelt. tausende kriegsflüchtlinge leben noch nach mehr als 7 jahren in zelten unter unsicheren bedingungen. tausende kriegsgefangene warten darauf nach hause zu gehen und leiden unter den schlechten behandlungen die ihnen zugefügt werden. die jungen männer und die jugendlichen werden zu tausenden an die fronten geschickt, um als kanonenfutter der waffenindustrien der imperialistischen ländern zu dienen. ein großer teil der wirtschaftlichen infrastruktur der zwei länder wurde zerstört.

die iranischen und irakischen regimes haben bis jetzt mehr als 400 milliarden dollar für diesen reaktionären und ungerechten krieg ausgegeben. fast die gesamtheit der erlöserträge dieser beiden länder fließt wieder in die taschen der banken und der multinationalen. der iran gibt täglich 700 millionen dollar für den krieg aus. im gegensatz zu dem was sie behaupten, bevorzugen die imperialisten die fortsetzung dieses krieges um das "kräfteverhältnis" in dieser gegend zu behalten! henry kissinger hat kürzlich erklärt daß es schade wäre wenn eines der zwei länder den krieg gewinnen würde! dieser krieg dient auch vollständig den absichten des zionistischen regimes. nicht nur daß die wichtigsten vermittler der waffenkäufe für den iran israelisch sind, sondern dieser krieg schwächt beträchtlich die revolutionären bewegungen in der gegend und besonders die der palästinensischen und libanesischen völker. der beginn dieses krieges, nach der neutralisierung ägyptens durch die camp david abkommen, war entscheidend in der invasion des libanons 1982 durch israel.

seit 7 und einhalb jahren haben die waffenkonzerne und industrien aus mehr als 40 ländern, und hauptsächlich die vereinigten staaten, die sowjet-union und frankreich, milliarden dollars an gewinne durch diesen krieg gemacht. der französische imperialismus ist einer der größten verantwortlichen dieses krieges. als dritter waffenexporteur der welt, hat sie zwischen 1980 und 1987 für mehr als 11,5 milliarden dollars waffen an den irak und für milliarden an den iran verkauft. seit mehr als sieben und einhalb jahren bekämpfen sich iraner und iraker in diesem krieg, armut und hunger um die geier euer waffenindustrien zu befriedigen: thomson, dassault, aérospatiale, matra, S.N.P.E., luchaire und andere. die französische wirtschaft

wurde auf eine solche art organisiert daß, wenn die regionalen kriege und die waffenverkäufe aufhören würden, mehr als 300 tausend französischen arbeitslos würden. eure wirtschaft stützt sich auf dem tod und dem unglück von millionen menschlichen wesen auf der ganzen welt. das iranische volk lebt heute unter tragischen bedingungen: die preise hören nicht auf zu steigen, die nahrung und die produkte der ersten notwendigkeit sind teuer und rationiert. die durch die islamische republik erlassene gesetze, erlauben es den importeuren riesige profite zu machen. während die iranischen kinder, wegen einem mangel an ernährung, die opfer von verschiedenen arten von krankheiten sind. sie haben sogar nicht mehr genügend bleistifte und papiere um zur schule zu gehen. die hygiene ist beklagenswert und die gesundheitsdienste sind unwirksam. die medikamente sind selten und teuer. die wohnung ist ein äußerst wichtiges problem, und millionen iraner leben in elendsvierteln und in zelten unter unsicheren bedingungen. die fortschrittlichen und revolutionären professoren und lehrer wurden inhaftiert oder arbeitslos. das kulturelle niveau wird auf eine tragische art und weise tief gehalten und der besitz eines politischen buches kann jemanden zum tod verurteilen. die zensur verhindert die veröffentlichung von fortschrittlichen büchern.

die iranischen frauen werden tagtäglich im haus, auf der straße und auf den arbeitsstellen erniedrigt. sie werden wie menschen zweiten rangs behandelt. sie haben kein soziales recht und sie werden wie tiere ohne intelligenz betrachtet.

die kapitalisten beuten die iranischen arbeiter noch schlimmer aus als zur epoche des schahs. alle gesetze, die durch das regime erlassen wurden, gehen in diese richtung. die löhne sind extrem niedrig und das regime und die kapitalisten zwingen die arbeiter zusätzliche unbezahlte stunden zu machen, um die kriegsanstrengung zu unterstützen, wenn es nicht automatische und obligatorische einbehalten auf dem lohn sind. jeder protest wird brutal durch die agenten des hisbollahs, die pasdarans, unterdrückt. die iranischen arbeiter sind gezwungen wie sklaven unter den irakischen bombardierungen zu arbeiten, unter den schlimmsten hygiene- und sicherheitsbedingungen. die bauern versinken immer mehr in der armut und der verschuldung gegenüber den banken, die arbeitslosigkeit und die armut haben den anstieg des schmuggels, der diebstähle, der rauchgasförmigkeit und der prostitution verursacht. die nationalen minoritäten erleiden eine erdrückende ungerechtigkeit und unterdrückung und das massaker des heldenhaften kurdischen volkes geht weiter.

aber trotz der erweiterten repression gibt das iranische volk nicht auf. alle sammlungsbewegungen, die warteschlangen, die autobusse und die fußballspiele werden gelegentlich um die unzufriedenheit zum ausdruck zu bringen und um "nieder mit khomeiny" zu schreiben. die streiks der industriearbeiter und der landarbeiter breiten sich aus und das regime gibt seine ohnmacht zu, sie aufzuhalten. die arbeiter drücken ihren haß gegenüber diesem krieg aus und sie wollen ihre kinder nicht in ihm schicken. die völker führen den bewaffneten kampf gegen das regime in kurdistan, baloutchestan und im norden.

die iranischen völker und das proletariat haben während der letzten 10 jahren ein hohes politisches bewußtsein erworben. sie haben verstanden daß es das kapitalistische system und der imperialismus sind die die wahren verantwortlichen dieses krieges, der arbeitslosigkeit, der armut sind. sie betrachten das regime der islamischen republik als den beschützer der interessen der kapitalisten und der imperialisten.

das sind die bedingungen unter denen unser volk und unsere revolutionäre und kommunisten kämpfen um die blutigen krallen des khomeiny-regimes loszuwerden. ein regime das ihr unterstützt und das für das iranische volk gleichbedeutend ist mit tod, massaker, folter, krieg, hunger, armut. die iranischen arbeiter und revolutionäre wissen daß es nur eine möglichkeit gibt um mit dieser barbarei schluß zu mache: dieses regime durch die gewalt umzuwerfen. den bürgerkrieg gegen ein beschützer-regime der schmarotzenden kapitalisten zu organisieren. der barbarischen gewalt mit der revolutionären gewalt, dem imperialistischen krieg mit dem bürgerkrieg antworten.

wir wissen daß wir in diesem unternehmen, um die Grundlagen einer kommunistischen gesellschaft zu legen, nicht allein sind. wir haben unsere irakischen, arabischen, türkischen und auch unsere palästinensischen brüder an unserer seite, die wir für ihren heldenhaften kampf dieser letzten monaten in den besetzten gebieten gegen den zionistischen feind mit ehre und beize zeigen. wir haben die kommunisten und die proletarier der imperialistischen ländern, die völker der ganzen welt an unserer seite.

wir wissen daß wir gemeinsam dieser unmenschlichen gesellschaft, die sich in der vollständigen verwesung befindet, eine ende setzen können, und zum kommunismus gelangen können. die geschichte gibt uns recht und wir wissen daß wir siegreich sein werden.

wir wollen letztendlich alle kommunistischen revolutionäre und anti-imperialisten, alle inhaftierten proletarier in den imperialistischen gefängnissen und besonders unsere inhaftierten genossen im iran, ehren und unsere solidarität zum ausdruck bringen. aber auch den französischen, basischen, arabischen, guadeloupischen, libanesischen, palästinensischen, türkischen, italienischen, irischen politischen gefangenen, die sich in den französischen gefängnissen befinden. und wir bezeugen letztendlich unsere ehre für den hungerstreik der seit dem 1. dezember 1987 durch vier militanten von action directe geführt wird, und dessen forderungen auch die unseren sind:

das ende der isolationsmaßnahmen für alle sozialen oder politischen gefangenen und die zusammenlegung von allen politischen gefangenen.

SEYYED DJABER KALIBI
AZITA MONACHIPOUR

paris, den 18. märz 1988

anmerkung:

azita und seyyed wurden zu 4 jahre haft und 10 jahre verbot sich auf französischem boden aufzuhalten verurteilt.

ZUM PROZESS GEGEN MOHAMMED HAMADEI

der imperialismus in der arabisch-islamischen welt
die arabisch-islamische welt vom magreb bis zum persischen golf ist wegen ihres reichums an rohstoffen von strategischer bedeutung für den imperialismus. sie war schon immer das einflußgebiet und ein umstrittener zankapfel der verschiedenen imperialistischen mächte. zwar besteht ein langfristiges interesse aller imperialisten an der ungehinderten ausbeutung der region, welches sich im fall der herausforderung der imperialistischen herrschaft durch den gottesstaat iran über die bestehenden widersprüche zwischen beiden imperialistischen staatenketten durchgesetzt hat und zur gemeinsamen sicherung der schiffahrt im golf führte. kurzfristig setzt sich aber immer wieder die innerimperialistische konkurrenz als bestimmender faktor der politik der imperialistischen bourgeoisen durch. die herrschaft des imperialismus wird heute im wesentlichen durch zwei faktoren bedroht: der ungebrochene kampf des palästinensischen volkes um seine nationalen rechte, der zum kristallisationspunkt der arabischen nationalbewegung geworden ist und sich aufgrund der geschichtlichen entwicklung gegen die westliche kette und deren brückenkopf israel richtet; und der islamische fundamentalismus, der sich in seinen kristallisationspunkten libanon, golfkrieg, afghanistan gegen alle imperialisten und deren verbündete richtet. dennoch richtet sich auch der islamische fundamentalismus in erster linie gegen den westlichen imperialismus und insbesondere gegen die hegemonialmacht der großen satan usa. dies erklärt sich daraus, daß die usa die region beherrschen, wohingegen die udssr sich noch nicht mal in afghanistan festsetzen konnte. eine schwächung der westlichen kette muß dialektisch trotz der antiimperialistischen stoßrichtung des arabischen nationalismus und islamischen fundamentalismus zunächst zu einer relativen stärkung der östlichen kette im kampf der supermächte um die weltherrschaft führen, was konkret eine erweiterung des sowjetinflusses in der region bedeuten kann.

ökonomisch bedeutet imperialismus nicht nur die ausbeutung der peripherie (ungleicher tausch) sondern auch eine von der metropole abhängige entwicklung der produktivkräfte (komparatives kostentheorem von ricardo). der imperialismus will nicht nur ungehindert und möglichst billig das öl abtransportieren, sondern setzt auch ein ausschließlich im interesse der metropole liegende entwicklung/industrialisierung in gang. die arabisch/islamische welt wird nicht nur ihrer rohstoffe beraubt und in armut/unterentwicklung gehalten, sondern ihre traditionelle feudal/patriarchalische gesellschaftsstruktur wird durch eine imperialistische entwicklung der produktivkräfte zerstört. dies führt zu einem nebeneinander von halbfeudalen, national-kapitalistischen und imperialistischen strukturen. die einzig verlässliche stütze des imperialismus in der region ist die zionistische bourgeoisie. ansonsten bestimmen die unter dem gesichtspunkt der innerimperialistischen konkurrenz häufig wechselnden bündnisse bestimmter klassen mit einer der imperialistischen ketten und die vielfältigen widersprüche zwischen den verschiedenen regionalen klassen das politische geschehen.

die situation im libanon

nach dem schwarzen september hat sich der libanon zum strategischen rückzugsgebiet der palästinensischen revolution entwickelt, da die lager im libanon der einzige ort sind, wo sich der palästinensische kampf weitgehend unabhängig entwickeln kann. oberstes ziel der imperialistischen strategie ist es daher die (bewaffnete) palästinensische präsenz im libanon zu vernichten. daneben und um dieses ziel zu erreichen muß der imperialismus auch die libanesischen nationalbewegung unterdrücken/zerschlagen.

die situation im libanon und die politik der linken palästinensischen organisationen ist nur zu verstehen, wenn man die politik syriens berücksichtigt. es ist bekannt, daß syrien ein großsyrisches reich anstrebt. dies bringt die syrische bourgeoisie unter assad in widerspruch zum westlichen imperialismus und zionismus, sichert ihr aber die unterstützung des sozial-imperialismus. vorallem aber bringt dies die syrische bourgeoisie in widerspruch zur palästinensischen revolution!!! daß syrien bei aller anti-imperialistischen/-zionistischen rhetorik nicht im traum daran denkt einen unabhängigen, revolutionären staat palästina zu akzeptieren, beweist die syrische politik tagtäglich. wenn george habash in einem interview (al-karamah, nr. 7 jg 1988) von "differenzen" und "streitigkeiten" mit syrien spricht und zugleich die faktisch nicht vorhandene "unabhängigkeit" einfordert, und das vor dem hintergrund des syrischen massenmordes an palästinensischen zivilisten im 3. lagerkrieg, wird das dilemma der linken palästinensischen organisationen deutlich: sie haben nach der spaltung der plo ihre existenz nur durch die unterordnung unter syrische hegemonie retten können. und wenn abu nidal das ernst meinen würde, was er dem spiegel anvertraute (spiegel nr. 42, 1985) - "großsyrien besteht aus palästina, dem irak, jordanien, syrien..." - "...die sowjetunion ist ein wahrer freund der araber..." - dann verrät er die palästinensische revolution an die syrische bourgeoisie und damit an den sozialimperialismus gerade so wie arafat im ammanabkommen sie an jordanien und damit den zionismus/us-imperialismus verraten hat. natürlich sehen die linken palästinensischen organisationen dieses problem, aber eingeengt zwischen imperialistischer aggression, der bereitchaft der kleinbürgerlichen kräfte um arafat zur kapitulation und der hegemonie, die syrien aufgrund seiner militärischen stärke z.zt. ausübt, ist ihr politischer spielraum im libanon und darüber hinaus sehr eng.

wie läßt sich nun die hezbollah in diesem kräftefeld einordnen? ist sie der verlängerte terroristische arm von khomeini, wie die us-counterpropaganda behauptet und viele metropolenlinke der bequemlichkeit wegen gerne glauben? die kämpfe zwischen syrischer 'ordnungsmacht' und hezbollah in beirut zeigen, daß theran nicht mal halb so viel einfluß auf die hezbollah ausübt wie syrien derzeit auf die linken palästinensischen organisationen. iran würde doch nie seinen einzigen arabischen verbündeten im golf-

krieg wegen dem streit um die kontrolle einiger stadtviertel in ostbeirut herausfordern. ist der islamische fundamentalismus im libanon eine reaktionäre bewegung, die zum willfähigen handlanger der imperialistischen ausrottungspläne gegen die palästinensische revolution wird? dies trifft auf die amalmiliz zu, aber die basis der amal ist längst zur hezbollah übergelaufen und nach der gefangenahme des cia-agenten richard higgins im südlibanon durch die 'organisation der unterdrückten der erde' stürmt die amal stützpunkte der hezbollah. damit ist die spaltung der islamischen bewegung in einen proimperialistischen flügel (amal) und einen antimperialistischen flügel (hezbollah, organisation der unterdrückten der erde, heiliger krieg u.a.) besiegelt. die aktionen des antimperialistischen flügels richten sich nicht gegen die palästinensische revolution sondern gegen alle besitzer: zionisten, 'multinationale friedenstruppe', die zionistische söldnertruppe sla, die us-imperialistische staatenkette, aber auch gegen die syrische 'ordnungsmacht', und es wurden sogar schon einmal vier 'diplomaten' der sowjetischen botschaft entführt. gerade diese praxis, die sich gegen alle unterdrücker richtet, egal mit welcher begründung sie ihre besatzung rechtfertigen, und die daher eindeutig antimperialistisch ist, ist für uns anlaß, uns einmal näher mit den politischen grundlagen dieser kräfte auseinanderzusetzen.

islamischer fundamentalismus

"ausgehend von religiösen grundlagen richtet sich der islamische fundamentalismus nicht nur gegen die westlich orientierten 'modernisierungsprogramme' der regierungen in den islamischen ländern, sondern er prangert gleichzeitig den nationalismus, den zionismus und den kommunismus an, die gegen den islam zur besetzung islamischer gebiete von außen importiert seien und dazu dienen, den einfluß der supermächte zu stärken. khommeini hat aus seiner tiefen abneigung gegen fremdbestimmte einflüsse auf die islamischen gesellschaften nie einen hehl gemacht. der 'große satan' amerika ist für ihn der inbegriff des imperialismus und der ausbeutung der entrechteten und das symbol der unterdrückung der eigenständigkeit der völker der dritten welt; der 'american way of life' ist für ihn ausdruck kultureller dekadenz. selbstbewußt erinnert er an das schicksal des schah-regimes: "die supermächte werden sogar ihre ältesten und teuersten freunde opfern, wenn es ihnen sinnvoll erscheint. freundschaft, feindschaft, dienerschaft und ehrlichkeit sind für sie wertlose begriffe. sie machen keinen hehl daraus, daß nur ihre eigenen interessen zählen." (mohssen massarat, der gottesstaat auf dem kriegsschauplatz, in peripherie nr. 29).

wenn man die vorurteile über khommeini beiseite läßt, wird man nicht umhinkommen die richtigkeit dieser analyse zu bestätigen. das ist für uns der entscheidende punkt: der islamische fundamentalismus ist in seinem materialistischen kern eine scharfsinnige analyse der imperialistischen ausbeutung der islamischen völker in all ihren gesichtspunkten. die funktion des islamischen fundamentalismus als ideologie des khommeiniregimes - ausschaltung der inneriranischen opposition und festigung der eigenen herrschaft und außenpolitisch ausdehnung der macht im sinne der erstrebten hegemonialposition am golf - kann die richtigkeit dieser analyse nicht in frage stellen. hierin liegt u.e. auch die ursache für die 'unerklärliche' anziehungskraft des islamischen fundamentalismus.

"trotz des mörderischen golfkrieges, des wirtschaftlichen desasters, der sozialen widersprüche und kulturellen ungelimtheiten findet die politische heilslehre khommeinis fern der iranischen grenzen noch immer anklang und zuspruch. für viele unterprivilegierte der islamischen, also zumeist sunnitischen welt steht der name khommeini für auflehnung gegen fremdherrschaft, regionale ungerechtigkeit und kulturelle entwurzelung." (ahmad taheri, politik und religion im iran, in frankfurter hefte, heft 5, mai 84).

der kampf gegen den internationalen terrorismus als strategie des us/nato-imperialismus

nach der niederlage in vietnam hat der us-imperialismus eine neue strategie zur wiederherstellung seiner herrschaft über die peripherie entwickelt. diese langfristige strategie 'kampf dem internationalen terrorismus' enthält zwei elemente:

- auf militärischer ebene die 'low intensity conflicts' (lic)
 - auf ideologischer und völkerrechtlicher ebene die durchsetzung eines imperialistischen 'weltrechts'
- die 'kriegsführung niedriger intensität' stellt den versuch dar, durch optimale nutzung der militärischen potenz einen weltweiten krieg zur sicherung der imperialistischen interessen führen zu können. dabei stehen die us-planer vor dem strategischen dilemma, daß sie zwar die technischen militärischen mittel zum mehrfrontenkrieg und nebenbei zur zerstörung der ganzen welt haben, was ihnen aber auf dauer auch nicht hilft ihre absolute unterlegenheit bezüglich der masse an soldaten auszugleichen. umsomehr als der vietnamkrieg gezeigt hat, daß auch der ständig steigende einsatz militärischer mittel keine garantie für einen sieg ist und vorallem daß die mit dem wachsenden direkten engagement einhergehenden steigenden eigenen verluste zu unakzeptablen rückwirkungen auf die metropole führen (untergrabung der eigenen ökonomischen position im innerimperialistischen konkurrenzkampf, wachsende widersprüche zwischen metropolenklassen). neben begrenzten teilinteressen, z.b. sturz einer unliebsamen regierung wie in nicaragua oder sicherung des ölexporte durch den golf, besteht das langfristige interesse des us-imperialismus darin, die imperialistische herrschaft gegen den widerstand der völker aufrechtzuerhalten/wiederherzustellen ohne in einen direkten weltweiten krieg verwickelt zu werden. daher der versuch konflikte möglichst unterhalb der ebene des direkten krieges zu begrenzen. die lic umfassen 3 elemente:

- counterinsurgency-programme um mit den usa befreundete regierungen gegen den volkswiderstand an der macht zu halten.
- geheimdienstaktivitäten gegen 'terroristen', z.b. den cia-anschlag auf mohammed hussein fadallah, den geistlichen führer der hezbollah am 8.3.85 in ostbeirut, der

sein opfer verfehlt und über 80 zivilisten tötet.

- unterstützung bewaffneter gruppen, die gegen mißliebige regierungen kämpfen und der einsatz eigener truppen, aber nur soweit die eigenen verluste begrenzt bleiben (z.b. us-angriff auf libyen). dies war nach dem angriff der hezbollah auf das us-headquarter mit 241 toten marines nicht mehr der fall und führte zum rückzug der us-truppen.

diese maßnahmen sollen auf völkerrechtlicher und ideologischer ebene durch die einrichtung eines imperialistischen 'weltrechts' gerechtfertigt werden. zunächst wird behauptet, daß terroristen und terroristische staaten die menschenrechte verletzen, um daraus ein 'recht' der imperialisten zur intervention mit dem ziel der wiederherstellung der menschenrechte abzuleiten. wie das praktisch aussieht hat die invasion in grenada gezeigt. dieses erträumte 'weltrecht' ist das genaue gegenteil des geltenden völkerrechts, daß die selbstbestimmung der völker und die nationale souveränität anerkennt und z.b. in den zusatzprotokollen von 77 den antimperialistischen kämpfern den kombattantenstatus zuerkennt.

der versuch des us-imperialismus/zionismus durch den massiven und direkten einsatz militärischer mittel seine ziele im libanon zu erreichen ist am starken palästinensischen und nationalen widerstand, bei dem die hezbollah in forderster front steht, gescheitert. nach dem rückzug der zionistischen und 'multinationalen' besatzungsmächte versucht die imperialistische staatenkette ihre ziele mit anderen mitteln zu verwirklichen. dabei rückt die brd aus verschiedenen gründen in den vordergrund: sie war in der region keine kolonialmacht und war bisher nicht in direkte militärische konfrontation mit den arabischen völkern getreten und kann sich teilweise erfolgreich als friedliche alternative zum us-imperialismus ausgeben. die brd ist in den siebzigern zur ökonomischen weltmacht aufgestiegen und verfügt im gegensatz zur usa über beträchtliche mittel, die für 'entwicklungshilfe', 'kredite' etc eingesetzt werden können. der repressionsapparat in der brd wurde zu einem instrument aufgebaut, das in wichtigen bereichen der aufstandsbekämpfung (elektronische datenverarbeitung, isolationsfolter, gsg 9, bka) führend in der welt ist.

bevor wir nun auf die veränderte rolle der brd im libanon und damit auf die hamadel-affaire eingehen, müssen wir die allgemeine entwicklung des brd-imperialismus um die zentralen achsen 'verrechtlichung' und 'europäischer rechtsraum' kurz darstellen.

verrechtlichung und europäischer rechtsraum als zentrale achsen des brd-imperialismus

nach der kapitulation am 8. mai konnte sich der deutsche imperialismus nur durch die vollständige unterwerfung unter den us-imperialismus retten. dies ändert sich erst mit beginn der imperialistischen krise ende der sechziger und dem daraus folgenden zwang zur gesellschaftlichen umstrukturierung. die umstrukturierung ist nur bei einem gesellschaftlichen konsens durchführbar, der durch die präventive konterrevolution herbeigeführt werden soll. damit rückt die staatschutzmaschinerie ins zentrum des imperialistischen staates. dabei muß die brd-bourgeoisie einerseits mittels eines langfristigen counterinsurgency-programmes die zustimmung der bevölkerung erhalten und andererseits den normalzustand aufrechterhalten, d.h. das inkrafttreten des notstandes verhindern, da dies die übernahme der regierungsgewalt durch us-/natomilitär bedeuten würde. ausgehend von diesen beiden grundsätzlichen zielen entwickelt die brd-bourgeoisie die strategie der verrechtlichung, d.h. die überführung von politischen, polizeilichen, militärischen maßnahmen in formaljuristische kategorien. diese strategie trifft sich mit den bemühen des us-imperialismus um die durchsetzung eines imperialistischen 'weltrechts'.

das entscheidende mittelfristige ziel der brd-bourgeoisie ist die durchsetzung ihrer hegemonie über westeuropa. auch dabei ist die staatschutzmaschinerie das zentrale instrument. lief anfangs die zusammenarbeit zwischen bka/baw und den ausländischen stellen auf informeller ebene, so geht es inzwischen um die durchsetzung von brd-rechtsnormen im europäischen rechtsraum. ein beispiel: nachdem im abschiebeverfahren von knut folkerts das höchste niederländische gericht noch 1978 die schleierentführung als politische tat bewertete und eine auslieferung wegen dieser aktion untersagte, steht zu befürchten, daß der beantragten auslieferung des startbahn-militanten frank hoffmann nicht nur wegen mordes sondern auch wegen par. 129a stattgegeben wird, obwohl das bürgerliche strafrecht der niederlande noch keinen par. 129a kennt. wenn die 'kleineren' europäischen staaten aber erst einmal wesentliche bestandteile ihrer nationalen souveränität, z.b. die kompetenz zur asylgewährung, an den 'europäischen rechtsraum' sprich die eg als instrument des brd-imperialismus übertragen haben, dann werden sie später keine chance mehr haben ihre interessen durchzusetzen, da die entscheidungskompetenz dann auf eg-ebene liegt, wo der brd-imperialismus seine wünsche nach der abschaffung des einstimmigkeitsprinzips durchsetzen kann. dabei bleibt das verhältnis us-/natoimperialismus und brd-/eg-imperialismus widersprüchlich: einerseits ist es im interesse des us-imperialismus angesichts seiner wachsenden probleme in der peripherie in westeuropa entlastet zu werden und den brd-imperialismus als garant für ein ruhiges hinterland zu verpflichten. andererseits wären die vereinigten staaten von europa den usa zumindest politisch und wirtschaftlich ebenbürtig und damit eine langfristige gefahr für die weltherrschaft des us-imperialismus. die widersprüche zwischen us- und brd-imperialismus werden aber niemals antagonistisch, vielmehr wirken die verschiedenen konzepte aufeinander ein und ergänzen sich zu einer sich vereinhaltenden politischen linie.

die 'analyse' der repression durch die brd-linke

die brd-linke nimmt die repression im allgemeinen nur durch den subjektivistischen filter der eigenen betroffenenheit wahr. jede einzelne repressionsmaßnahme wird nur von den tellen der linken beachtet, die davon betroffen sind. die 'betroffene' grupplierung erklärt sodann diese maß-

nahme aus der richtigkeit/wichtigkeit/gefährlichkeit ihrer politik, um dann die eigene position ausführlich darzulegen, sich von der anderen fraktion abzugrenzen. krönender höhepunkt der 'analyse' der repression ist häufig der vorwurf, die eigentliche ursache der ständigen verschärfung der repression sei die politik der anderen grupplierungen; entweder weil sie als 'reformisten' erfüllungsgehilfen der counterinsurgency seien oder weil sie als 'revolutionäre' durch ihre militanten aktionen die verschärfung der repression provozieren würden. mit einer repressionsanalyse nach diesem muster kann man natürlich keine antwort auf folgende fragen geben: warum beobachtet und erfasst der vs von graswurzpazifisten bis zu bewaffneten kämpfern die gesamte linke? warum hält es rebmann für "wünschenswert, wenn die gründung terroristischer vereinigungen und die betätigung in ihr in allen staaten unter strafe gestellt würde"? (njw 85, s. 1738) warum wird hamadel in der brd vor gericht gestellt?

die notwendigkeit und schwierigkeit einer antimperialistischen einheitsfront

die notwendigkeit einer antimperialistischen einheitsfront, d.h. eines breiten bündnisses gegen die ausufernde staatschutzmaschinerie, ergibt sich aus der objektiven entwicklung. ob man nun die in letzter zeit sich rasant beschleunigende machterweiterung von bka/baw, die ständige verschärfung der repression als abbau demokratischer rechte oder als prozeß zur faschisierung westeuropas analysiert, verhindern wird man diese entwicklung nur gemeinsam. muß man 50 jahre nach der machtergreifung wirklich noch erklären, warum die frage des verhinderns dieser entwicklung keine frage des politischen wollens ist? was wäre, wenn hitler über die modernen techniken, z.b. ein instrument wie das bka mit seinen datensammlungen, verfügt hätte? wenn wir nicht schleunigst dafür sorgen, diese instrumente unbrauchbar zu machen, wird diese frage an uns beantwortet werden!

aber vorläufig ist die linke in der brd noch voll und ganz damit beschäftigt, sich gegenseitig die köpfe einzuschlagen. dabei sind die chancen für eine wende auf nationaler ebene angesichts der sich verallgemeinernden repression noch relativ günstig. so hat z.b. die inflationäre anwendung des par. 129a eine breite betroffenenheit erzeugt und zumindest eine diskussion über repression in gang gesetzt. nicht nur wegen des jahrestages sind in letzter zeit verstärkt gedanken an den deutschen herbst hochgekommen. aber den kommenden deutschen winter wird die brd-linke allein nicht verhindern können. auch auf die gefahr hin, daß wir damit den letzten leser vergraulen, man muß es doch einmal klar aussprechen: die gesellschaftliche relevanz der brd-linken hat seit 77 nie den rahmen eines zugebilligten ghettos verlassen und liegt damit nahe nul wir stellen dies weder resignativ fest noch wollen wir unsere eigene unfähigkeit auf andere projizieren, aber der strategische sieg der konterrevolution in der brd, d.h. dialektisch auch die strategische niederlage der linken, ist eine tatsache die wir zur kenntnis nehmen müssen, wenn wir sie ändern wollen. angesichts der stärke des brd-imperialismus und der außergewöhnlichen gesellschaftlichen stabilität in der brd halten wir ein herauskommen aus der defensive nur im internationalen rahmen für möglich.

und da sieht das kräfteverhältnis ganz anders aus: die hegemonie des brd-imperialismus über westeuropa stößt auf den widerstand der betroffenen völker, deren kampf zum teil schon eine beachtliche stufe erreicht hat (irland, euskadi, kurdistan) und verschärft die innerimperialistischen widersprüche. dies gilt umsomehr für ein aktives eingreifen des brd-imperialismus in die unterdrückung der arabischen völker.

damit kommen wir zu einem problem, daß das selbstverständnis der europäischen linken betrifft: das verhältnis von nationaler und sozialer frage. das dies nicht nur ein ungelöstes intellektuelles problem der arbeiterbewegung seit 150 jahren ist, sondern ein ganz konkretes, haben die bomben der csppa im herbst 86 in paris gezeigt. im september 86 zündete das 'solidaritätskomitee mit den politischen arabischen gefangenen' fünf bomben in den straßen von paris, die 13 menschen töteten und über 200 verletzten. die bomben zielten auf eine möglichst große zahl von opfern unter der bevölkerung. eine irgenwie geartete begrenzung auf 'militärische' ziele ließ sich nicht erkennen. das ziel der aktion war die freilassung von drei politischen gefangenen zu erreichen.

während die französische bourgeoisie die aktion realistisch analysierte - wir führen krieg im libanon, jetzt hat der feind bei uns zugeschlagen - und die situation politisch voll ausnutzte (hysterische medienkampagne um repressive maßnahmen durchzusetzen, z.b. die öffentliche ankündigung der schmutzigen folter, und gleichzeitige verhandlungen mit den attentätern, die zu einer waffenstillstandsvereinbarung führen) reagierte die metropolenlinke schockiert. sie verurteilte die aktion nicht nur aus politischen gründen (weil sie gegen das volk gerichtet waren), sondern sie weigerte sich den politischen zusammenhang (rolle frankreichs im libanon; wortbruch der französischen regierung im märz 85, als die zugesagte freilassung von drei gefangenen nicht erfolgte, obwohl der leiter des französischen kulturinstituts peyrolles von seinen entführern den abmachungen entsprechend freigelassen wurde) überhaupt zur kenntnis zu nehmen und über die aktion zu diskutieren. als 'de knipselkrant' die position, die wir im übrigen teilen, einnahm - unterstützung der forderung nach freilassung bei gleichzeitiger kritik an der aktion unter berücksichtigung ihres allgemeinen zusammenhanges - wurden die niederländischen genossen mit dem bannstrahl des 'faschismus' vorwurfes belegt und für eine 'halblegale' zeitung wie 'de knipselkrant' lebenswichtige handverkauf wurde von einigen linken projekten eingestellt (was genauso ein materieller und schwächlicher angriff innerhalb der linken ist, wie z.b. die zerstörung der taz-produktionsmittel in hamburg durch autonome).

da die europäische linke die diskussion mit den antimperialistischen kräften der arabisch-islamischen welt verweigert, sofern diese sich nicht vorher den europäischen vorstellungen über die weitere gesellschaftliche entwicklung und die formen des kampfes unterwerfen, ist es nicht

weiter verwunderlich, wenn teile der arabisch-islamischen revolutionäre die europäer, einschließlich des europäischen proletariats und der europäischen linken, als ihre feinde betrachten und ihre aktionen entsprechend ausrichten. aus dem blickwinkel der unterdrückten der erde steht eben manches anderes aus als durch die eurozentristische brille der 'internationalen solidarität' und des 'gemeinsamen kampfes um befreiung' betrachtet!

"...meine herren, unser land ist besetzt, unser volk entwurzelt, die besetzer und unterdrücker sind blonde westeuropäer mit blauen augen. jeden tag gibt es tote, jeden tag gibt es flugzeuge, die bombardieren und töten, kriegsschiffe die den tod und die zerstörung säen. jeden tag nehmen eure kolonnen neue potentielle geiseln und mögliche opfer.."

25.000 tote in drei monaten, beirut wurde als versuchsfeld für amerikanisch-israelische waffen benützt, und trotzdem ist die reaganadministration in euren augen opfer und nebenkläger. das ist das abc eurer justiz...

entweder wird es frieden für unser arabisches volk geben, das ganze arabische volk und auf dem ganzen arabischen boden, oder es wird nirgends frieden geben für keinen. natürlich die kriminellen yankees und ihre sozial-demokratischen partner werden schreien und gegen die 'fanatischen terroristen' loswettern. sie würden die elementaren regeln der westlichen toleranz verletzen, die im takt der bomben der 'new jersey' und der f-111 funktionieren, wenn es nicht der takt der super-étendard und der jaguar ist...

ich adressiere die parole eines afrikanischen kämpfers an das gericht: "WOTTA SITTA", was im französischen bedeutet: "die zeit ist richtig" oder viel mehr "es ist genau die zeit zum...". ich lasse euch das vergnügen dem stellvertreter des henkers zuzuhören, der seinen haß gegen die besitzlosen der erde herauskottzt." (prozeßerklärung von george ibrahim abdallah, militant der farl)

die 'affaire' hamadel

"...das zentrale politische projekt, durch das die imperialistische bourgeoise ihre herrschaft ausübt ist in der brd die 'transformation des staates' durch die herausbildung nicht-öffentlicher entscheidungsgremien unter formaler beibehaltung der parlamentarisch-demokratischen staatsapparate." (den angriff gegen das herz des staates führen, in 'de knipselkrant', nr. 18 jg 87)

die hamadelaire wird von der liberalen und linken öffentlichkeit in der brd nur als 'entführungsfälle cordes/schmidt/schray' wahrgenommen, womit auch die linke der staatschutzpropaganda auf den leim gegangen ist. wir werden im folgenden zeigen, daß es der staatschutzmaschinerie nicht in erster linie um die 'freilassung der geiseln', d.h. die direkte bekämpfung der ant imperialistischen islamischen bewegung im libanon, sondern um einen sprung in der transformation des staates geht. die hamadelaire steht da nicht allein, aber während bka/baw auf anderen ebenen, z.b. verschärfte repression gegen brd-linke, kriminalisierung der kurdischen und aktuell der tamilischen befreiungsbewegung, 2. anlauf für die sicherheitsgesetze im parlament, zum teil auf widerstand stößt, können sie in der hamadelaire ungehindert neue maßstäbe setzen.

die 1. phase: die geiselnahme

angeblich im interesse der verschleppten wird vom ersten tag an eine nachrichtensperre verhängt, die hinsichtlich der dauer und intensität eine neue stufe der gleichschaltung der medien im sinne der counter-insurgency erreicht. es kommt zu einer ersten gegenreaktion der liberalen medien. am 7.2.87 übergeben 100 journalisten ein protestschreiben. in zwei taz-artikeln wird analysiert, daß nachrichtensperren verfassungswidrig sind und ausschließlich der gezielten desinformation der öffentlichkeit durch die staatschutzmaschinerie dienen. weitergehende konsequenzen aus ihrer analyse ziehen die linksliberalen journalisten und medien aber nicht.

nachdem die öffentlichkeit ausgeschaltet ist, kann die staatschutzmaschinerie ungehindert im rechtsfreien raum agieren. sie verfolgt dabei eine doppelstrategie: die durchsetzung eines transformationsschubes bei gleichzeitiger völliger verschleiерung dieser tatsache. dazu wird über die gleichgeschalteten medien die linie verbreitet: alle unsere maßnahmen sind reaktionen auf die entführung der unschuldigen bundesbürger cordes/schmidt und dienen ausschließlich dem ziel, deren leben zu retten. deswegen müssen wir zeit gewinnen, um zu verhandeln. eine vor-schnelle auslieferung von mohammed hamadel an die usa kommt nicht in betracht.

selbst die wenigen bekanntgewordenen fakten reichen aus, dies zu widerlegen. mohammed wird am abend des 13. jan 87 bei der einreise auf dem frankfurter flughafen festgenommen, weil ein zöllner bei einer zufälligen rauschgiftkontrolle feststellt, daß in den von mohammed mitgeführten weinflaschen flüssigsprenstoff ist. erst zwei tage später sei den sicherheitsbehörden beim vergleich der im bka gespeicherten fingerabdrücke klar geworden, welch dicker fisch ihnen ins netz gegangen sei; so die offizielle version. tatsächlich waren beide hamadelbrüder, die aus familiären gründen mehrfach zwischen dem libanon und der brd pendelten, den staatschutzorganen bekannt. sonst hätte das bka mohammeds fingerabdrücke nicht gespeichert gehabt haben können! "anfang dieses jahres, eine woche vor seiner festnahme, tauchte mohammed wieder in saarlouis auf. er kam am 5. jan..." (faz, 28.1.87) "...mohammed hamadel kam mit neun litern flüssigsprenstoff fast ungehindert durch die zollkontrolle. erst bei einer nachkontrolle durch einen zufällig hinter der abfertigung stehenden zivildahnder des zolls wurde hamadel im jan 87 aufgehalten. dies berichtet der beamte horst wegner als zeuge.." (sz, 13.1.88)

das einzig zufällige an der festnahme mohammeds mag die auffallende ähnlichkeit des namens des 'zollfahnders' horst wegner mit dem langjährigen chef der gsg 9 ulrich wegner sein. ansonsten ist hier nichts zufällig; die sicherheitsbehörden wußten genau, wen sie festgenommen hatten und vorallem, warum sie dies in dem moment, wo mohammed sprenstoff bei sich hatte und nicht z.b. am 5. jan in saarlouis taten. am 15. jan wird die identität und fest-

nahme von mohammed über die fernsehnachrichten bekanntgegeben. am 17. jan wird der hochst-manager cordes in beirut 'entführt'. noch bevor die 'entführer' eine forderung stellen, vermuten die behörden einen zusammenhang mit der verhaftung des libanesischen. "bereits kurz nach der festnahme (also vor der cordes-entführung!!) des mutmaßlichen highjacker war die deutsche botschaft in beirut auf die dadurch entstandene gefahr für deutsche staatsbürger im libanon aufmerksam gemacht worden." (taz, 19.1.87) bereits am 20. jan hat die bundesregierung über mittelsmänner erste kontakte mit schlitischen gruppen im libanon aufgenommen. am 22. jan wird der siemens-techniker schmidt aus seinem beiruter hotelzimmer entführt, wo er sich seit dem 15. jan aufhielt; ihn hatte die deutsche botschaft offensichtlich nicht gewarnt. am 28.1.87 wird abbas hamadel, ein bruder von mohammed, auf dem frankfurter flughafen verhaftet. abbas arbeitet von anfang an mit den behörden zusammen, verrät ihnen ein sprengstoffdepot. bei der darauffolgenden razzia wird in der wohnung von abbas im saarland ein unbeteiligter libanese fast liquidiert.

wie kanzleramtminister schäuble im prozeß gegen abbas am 26.1.88 offenbart, gingen die 'entführer' von cordes/schmidt anfangs von der neutralität der brd aus. sie betonten, daß sie keine aktionen gegen die brd planten und daß der sichergestellte sprengstoff nicht funktionsfähig war. das ist einleuchtend. niemand würde hochexplosiven sprengstoff über tausende kilometer im funktionsfähigem zustand transportieren. die cordes-'entführung' war die erste aktion islamischer kräfte gegen die brd. die anti-imperialistische bewegung in der arabischen welt richtet sich gegen den hauptfeind zionismus und us-imperialismus. die bedeutung der westeuropäischen imperialisten wird dagegen vielfach völlig falsch eingeschätzt. so hat sich z.b. george ibrahim abdallah, ein militanter der libanesischen farl, als er sich von israelischen agenten beobachtet fühlte, freiwillig der französischen polizei gestellt, da er von der neutralität frankreichs ausging.

zusammenfassend läßt sich für die erste phase der hamadelaire festhalten: die 'hamadelaire' ist eine sorgfältig geplante und langfristig vorbereitete geheimdienstoperation. die festnahme von mohammed, dessen wichtige funktion innerhalb der hezbollah dem bka bekannt ist, war eine gezielte provokation. während man die eigenen leute, d.h. die als diplomaten getarnte bnd-agenten in der deutschen botschaft warnt, werden die ahnungslosen bundesbürger in beirut als köder benutzt. die mit einem angriff der aus ihrer sicht neutralen brd nicht rechnende hezbollah reagiert erwartungsgemäß mit dem einzigen in dieser situation erfolgversprechenden mittel: sie 'entführt' zwei bundesbürger. sofort fängt die staatschutzmaschinerie über ihre kanäle verhandlungen an. dabei setzt sie die hezbollah einerseits mit weiteren angriffen - festnahme abbas, entartung ihrer logistik, verhaftungswelle im märz in frankreich - weiter unter druck und erweckt andererseits den eindruck, daß man durchaus ins (geisel)tauschgeschäft kommen könnte. nur bräuchte man dafür zeit. solange mohammed nicht ausgeliefert ist, bleibt der hezbollah nichts anderes übrig als zu verhandeln und sich immer wieder vertrösten zu lassen.

die 2. phase: die verhandlungen

wie 77 in der kleinen lage spielt die staatschutzmaschinerie auch diesmal auf zeit, zeit die sie braucht um ihre imperialistische lösung durchzusetzen. aber während es 77 auch darum ging durch das aufspüren der kommandos und die liquidation der gefangenen der guerilla, d.h. den ant imperialistischen widerstand in der brd zu vernichten, ist dies angesichts der massenbasis der ant imperialistischen islamischen bewegung im libanon nicht möglich. die konkrete schwächung der ant imperialistischen kräfte im libanon ist nicht das hauptziel dieser geheimdienstoperation. das wahre ziel, das zugleich motiv der verzögerungstaktik ist, wird in die worte westlicher korrespondenten gekleidet: "...und das bonn offenbar bedacht sei einen eigenständigen weg aus dieser krise zu finden." (taz, 28.1.87) dieser weg der staatschutzmaschinerie aus der selbstgeschaffenen 'krise' zielt eindeutig auf die brd; auf die herausbildung nicht-öffentlicher entscheidungsgremien unter formaler beibehaltung der parlamentarisch-demokratischen staatsapparate, auf die transformation des staates.

sofort nach dem telefonischen anruf der cordes-entführer am samstagabend, bildet das auswärtige amt einen krisenstab. am sonntagmittag gibt das bka eine erste presseerklärung ab. welch ein glücklicher zufall, dem die staatschutzmaschinerie mit der bekanntgabe der identität mohammeds am donnerstag allerdings kräftig nachgeholfen hatte, daß es gerade wochenende ist und alle politiker bei ihren familien außerhalb bonn sind. bei ihrer rückkehr am montag steht der krisenstab, d.h. die kleine lage von 77, jenes in der verfassung nicht vorgesehene entscheidungsgremium, ist wieder errichtet und institutionalisiert. wenn man bedenkt, daß selbst bürgerliche juristen (vgl. ernst-wolfgang böckenförde, 'der verdrängte ausnahmestandard' in njw 78, s. 188ff) offen zugeben, daß die kleine lage ein eklatanter verfassungsbruch war, dann kann man die übernahme der entscheidungskompetenz über wesentliche bereiche der deutschen außenpolitik durch die staatschutzmaschinerie an diesem wochenende nur als 'kalten staatsstreich' fassen.

dieser krisenstab, der sofort in 'arbeitsstab libanon' umbenannt wird, ist im gegensatz zu 77 von vornehmern auf unbestimmte dauer angelegt. der krisenstab verfügt gegenüber den parlamentarischen apparaten über ein informationsmonopol. dank eigener erkenntnisse des bnd und unter nutzung von cia-informationen, weiß der krisenstab genug über die organisationsstruktur der islamischen gruppierungen, um sofort über mittelsmänner verhandlungen aufzunehmen. die verhandlungsergebnisse und die verhandlungsprotokolle wiederum kennt nur die staatschutzmaschinerie. verhandlungen sind auch nur auf geheimdienstebene möglich, da es im libanon keine regierungsgewalt gibt, mit der man unabhängig von den geheimdiensten verhandeln könnte. es ist nur folgerichtig, daß weder genscher noch strauß, deren parteibasis auch die kleinbourgeoise umfaßt, deren interessen im widerspruch zu denen der monopol-

bourgeoisie stehen, in diesem kapitel deutscher außenpolitik nicht mitreden dürfen. dafür rücken so ominöse figuren wie der kanzlerberater teltschik, kanzleramtminister schäuble und der vorsitzende des auswärtigen ausschusses hans stercken (laut taz-portrait vom 14.3.87 "in der bonner szene unbekannt, doch 'verdienstvolle' kontakte in alle welt") in den vordergrund.

nach innen gefestigt, beginnt die staatschutzmaschinerie nun die verhandlungen mit den usa. dabei geht es vordergründig um die auslieferung von mohammed und scheinbar ergeben sich differenzen zwischen beiden partnern. tatsächlich geht es um die aufgaben- und machverteilung innerhalb der imperialistischen kette. das ergebnis der auseinandersetzung ist die vereinbarung, daß mohammed nicht ausgeliefert und dafür in der brd unter berufung auf ein 'weltrechtsprinzip' (taz, 25.6.87) wegen der twa-entführung und der 'ermordung' des marinetauchers stetham vor gericht gestellt und zu lebenslanger haft verurteilt wird. dieses ergebnis hatten bka/baw von anfang an angestrebt. in anbetracht der abschiebemethoden gegen flüchtlinge an brd-grenzen und der tatsache, daß rhein-main-airbase als teil des frankfurter flughafens zentrum der cia in europa ist, ist es einleuchtend, daß eine auslieferung von mohammed an die usa nie geplant war. es wäre falsch, dies als eine niederlage der usa zu sehen. vielmehr fügt sich ein prozeß gegen mohammed sehr gut in die us-strategie 'kampf dem internationalen terrorismus' ein. zwar ist die verrechtlichungsstrategie ein mittel des brd-imperialismus, aber diese wird teil der anti-terrorismuspolitik der imperialistischen staatenkette. und die verrechtlichungsstrategie ist im vergleich zu den militärischen optionen der lhc im libanon im jahre 87 erfolgversprechender.

die haftbedingungen von mohammed

die haftbedingungen von mohammed hätten so nie gegen deutsche politische gefangene durchgesetzt werden können. sie stellen ein programm dar, daß 30 jahre folter/gehirnwäschevorsorge und 15 jahre vernichtungspraxis zusammenfaßt. "...kritisierte mohammed das essen in der haftanstalt. es gab nur zwei mahlzeiten täglich, die überdies von schlechter qualität seien. er werde von den anderen gefangenen isoliert gehalten. nachts werde er fast stündlich von aufsichtsbeamten geweckt, die ihm mit taschenlampen ins gesicht leuchteten und ihn zwängen, die augen zu öffnen..." (sz, 14.1.88). mohammed unterliegt also nicht nur dem 24 punkte programm, sondern auch noch zusätzlichen repressiven systematischer schlafentzug und essen, z.b. schweinefleisch, das er als moslem an sich nicht essen darf. die eigentliche eskalation der haftbedingungen ist jedoch die fast vollständige kontaktsperre: außer einem besuch seiner eltern hat mohammed in seiner nun schon 16 monate dauernden haft nur staatschützer und deren helfer um sich!!!

"...entschieden wies staatssekretär bouffier die angebliche beschwerde hamadels zurück, er werde in isolationshaft gehalten. seit mal (d.h. die totalisolation in den ersten 5 monaten wird erst gar nicht bestritten, sei der libanese nicht mehr allein in seiner zelle. sein derzeitiger zellen-genosse stamme ebenfalls aus einem arabischen land.." (sz, 14.1.88).

der zellengenosse, der 25 jährige nigerianer gabriel olufemi lapite, tritt am 3.2.88 im prozeß als staatschutzzeuge auf, um die angeblichen erfolge seiner spitzeltätigkeit zu präsentieren. demnach hätte er von mohammed den auftrag erhalten im libanon anzurufen, um die freilassung der geiseln zu verhindern. sollten hier wieder mal mit dem konstrukt der 'zellensteuerung' die verteidiger ausgeschaltet und die kontaktsperre durchgesetzt werden? der staatschutzmaschinerie geht es hier nicht nur um die ausschaltung einer unanhängigen verteidigung und beschränke sie sich darauf, im rahmen des bürgerlichen strafrechtes zu handeln. anwälte die wie eckart hild und ludwig hoeller einer geheimen vernehmung des in den fall verstrickten und völlig unglaubwürdigen hauptbelastungszeugen mahroum zustimmen, geben auch formal den anspruch auf, ihren mandanten zu verteidigen. aber die staatschutzmaschinerie muß noch einen schritt weitergehen. das bloße ausschalten der verteidigung würde den sondergerichtscharakter und die politische dimension offenlegen. also wird der 'verteidiger' faktisch abgeschafft, formal aber aufrechterhalten, um dann handlanger/agenten des staatschutzes als 'verteidiger' auftreten zu lassen.

schon frühzeitig meldet sich der bonner anwalt mahlberg als verteidiger von abbas. zwar ist mahlbergs kanziel auf versicherungssachen spezialisiert, aber des rätsels lösung wie er denn an abbas verteidigung kommt ist nicht schwer. immer wenn von versicherungen und strafverfolgung die rede ist, taucht mit einer gewissen zwangsläufigkeit ein phänomen auf: werner mauss. und siehe da mahlberg dem überraschten gericht auch gleich ein geständnis von abbas überreichte. doch abbas spielte nicht mit, die lebenserwartung von verrätern soll im libanon sehr gering sein. die sache wurde abgelesen, dem pseudoenthüllungsjournalisten aust wurde die verbindung mahlberg/mauss gesteckt, worauf mahlberg die verteidigung offiziell niederlegt. aber mit eckart hild und ludwig hoeller hat man den passenden ersatz gefunden.

nachdem zunächst mahlberg junior die verteidigung von mohammed übernehmen sollte, wurde dann auf ihn die frankfurter rechtsanwältin gabriele steckbromme angesetzt. die dame hat ganz besondere ansichten über den anwaltlichen berufsethos:

"...in der sz vom 28.1.88. schreiben sie: "vor gericht wurden auch mehrere kassiber verlesen, die mohammed hamadel aus dem gefängnis schmuggeln wollte. einen davon hat seine verteidigerin aus dem gefängnis gebracht." diese darstellung ist irreführend und unwahr. ich habe niemals einen kassiber aus dem gefängnis gebracht oder geschmuggelt. vielmehr habe ich verschiedene schreiben meines mandanten an dritte der zuständigen staatsanwaltschaft unmittelbar zugeleitet. dies ist rechtlich zulässig." (sz 3.2.88).

dieselbe methode des französischen geheimdienstes gegen george ibrahim abdallah, dessen erster verteidiger jean-paul mazurier ein agent des dst war (spiegel 9/87), hat noch einen internationalen skandal und breite öffentlichkeit

erzeugt. aber es war ein Irrtum, wenn rebmann gemeint hat, er könne mit der antilperialistischen islamischen bewegung so umspringen wie mit der metropolenlinken. auf irgendwelchen wegen erfahren die islamischen revolutionäre von der folter an mohammed und ihre reaktion ist eindeutig:

"...sie den islamischen kämpfer mohammed hamadel entgegen der genfer konvention und im widerspruch zu den menschenrechten behandelt. die rechte dieses gefangenen sind durch internationale verträge und das deutsche regime anerkannt. hat uns zugleich die verräterischen und betrügerischen tricks der deutschen regierung enthüllt und von der tatsache eures nazismus überzeugt.." (taz, 6.1.88)

der prozeß gegen abbas hamadel

der schauprozess gegen den kollaborateur abbas hamadel sollte ursprünglich dazu dienen, über eine verurteilung von abbas wegen der schmidt/cordes-entführung die kriminalisierung der hezbollah wegen 'nötigung von verfassungsorganen' zu verrechtlichen. die bedingungen waren günstig: ein kooperativer angeklagter, eine seit einem jahr erfolgreich manipulierte öffentlichkeit und eine durch verschärfte konterrevolutionäre angriffe (startbahn-/rz-razzia, stammheimprozeß) gelähmte radikale linke. davon ausgehend hoffte der staatschutzsenat unter richter klaus arend die sache im sechswöchigen schnellverfahren über die bühne zu bringen. aber sie hatten die rechnung ohne die islamischen revolutionäre gemacht. pünktlich zu prozeßbeginn denunzieren die 'entführer' von cordes die isolationsfolter an mohammed und verlangen die anwendung der genfer konvention für kriegsgefangene. am 27.1.88 wird der deutsch-libanese schray entführt und nach 5 wochen als zeichen des guten willens nr. 2 wieder freigelassen. als die nachricht von der entführung schrays in düsseldorf eintrifft, werden die grenzen der verrechtlichung deutlich. klaus arend verläßt den formaljuristischen rahmen, um als soldat in robe repressalien gegen mohammed anzukündigen. da mohammed nach den prinzipien bürgerlicher strafjustiz nicht für diese aktion verantwortlich ist, wird hier sein geiselsstatus offen. das jede innerstaatliche wie völkerrechtliche rechtsnormen negierende verhalten des richter arend zeigt, daß die verrechtlichungsstrategie die brd-bourgeoisie zu einer immer schwierigeren gratwanderung zwischen der notwendigen effektiven bekämpfung von politischem widerstand und der formalen aufrechterhaltung von rechtsnormen zwingt. im verlauf des sich in die länge ziehenden verfahrens bricht der formaljuristische rahmen vollständig zusammen. "der gerichtssaal wird zum basar ausschweifender erzählungen, gegengerklärungen und spektakulärer drohungen unter verwandten"(welt 20.4.88) und das 'harte' urteil im april wird nur noch unter dem aspekt kommentiert und diskutiert, ob damit ein 'zeichen gegen den terrorismus' gesetzt und ein deal mit den terroristen ausgeschlossen sei oder ob es sich um eine 'billige harte' handelt, da der deal mit den entführern längst abgeschlossen sei.

der prozeß gegen mohammed als zentrales projekt der transformation des staates

nach der pleite beim probelauf in düsseldorf mußte der für ende mai geplante prozeß gegen mohammed auf den spätsommer verschoben werden. bis dahin soll die angefangene politische diskussion abgewürgt sein, die über die frage des geiselaustausches begonnen hatte. in dem neuen gerichtstrakt in ffm-preussenheim soll dann die inszenierung eines counter-insurgency prozesses in der dimension des ersten stammheimer verfahrens ablaufen. vorgesehen ist, daß 100 amerikanische entführungsoffer der twa-maschine als zeugen/nebenkläger auftreten. die verurteilung von mohammed wegen der twa-entführung, also einer aktion die mit der brd nichts zu tun hatte, nach deutschem recht, dient der durchsetzung des imperialistischen brd-staatsschutzrechts über den europäischen rechtsraum hinaus in die europäische peripherie.

die tötung des us-marinetäuchers stetham, angehöriger einer anti-terrorismus eliteeinheit und kriegsführender us-truppen im kriegsgebiet, ist völkerrechtlich ein legitimer akt der selbstverteidigung des libanesischen volkes. eine beurteilung dieses handelns als 'mord' steht im gegensatz zum geltenden, auch brd-gerichte blindenden völkerrechts und dient der durchsetzung eines imperialistischen weltrechtes.

der staatschutzverteidiger eckart hild hat angekündigt, daß die von mohammed während seiner vernehmung durch polizeibeamte gemachten aussagen im prozeß verwendet werden, als dieser im prozeß gegen abbas jede aussage verweigerte. d.h. im klartext: durch folter erpreßte 'geständnisse' sollen zukünftig als nicht mehr widerrufbare fakten in politischen prozessen die grundlage für verurteilungen abgeben.

daß es objektiv nicht nur im interesse der arabischen völker sondern auch im interesse der linken in der brd/westeuropa liegt, dies zu verhindern ist offensichtlich. nur hat dies die linke noch überhaupt nicht wahrgenommen. dabei liegt gerade im zusammentreffen der eigenen interessen mit denen der arabischen völker, nämlich den staatschutzfaschismus von rebmann zu verhindern, die ungeheure chance in der metropole aus der defensive herauszukommen. das projekt der brd-bourgeoisie steht noch auf wackligen füßen. ein erster schritt es zu kippen wäre es, öffentlichkeit über die hamadelaire herzustellen.

VERHINDERN WIR DEN COUNTERINSURGENCY-PROZEß GEGEN MOHAMMED HAMADEI
SOFORTIGE FREILASSUNG VON MOHAMMED HAMADEI,
GEORGE IBRAHIM ABDALLAH, ANIS NAKKACHE,
VAROUJAN GARABEDIAN
DIE ANTIIMPERIALISTISCHE EINHEITSFRONT AUFBAUEN

This discussion paper was submitted to us by a reader. Although we don't all agree with the writer's position on what revolutionary activity is, we do feel the paper will begin a discussion on the role of armed struggle in Canada. It also points out lessons to be learned from the activities and trials of Direct Action.

The nature of the response to the article, "Julie Rats Out," in *Resistance* 10, and the discussion surrounding the letter to *Open Road* 21, indicate the degree to which we, as a movement, have not addressed the most basic issues raised by the actions of Direct Action and the Wimmin's Fire Brigade, or the subsequent arrest and trials of the Vancouver Five.

It has been our tendency to treat this example of armed resistance within the boundaries of the Canadian state as if it were an isolated, unprecedented, and wholly ahistorical event. After all, with the exception of the FLQ in Québec between 1963 and '70, Canada has no modern experience of homegrown clandestine armed resistance—in fact, very little history of militant resistance of any stripe. It is our weakness that we fail to recognize that in this way Canada is not representative of every other major West European societies, but is in fact, unique. Most West European societies have developed and sustained an armed movement since the early 70s. If we are to understand the Direct Action/Wimmin's Fire Brigade/Vancouver Five experience, if we are to critically assimilate and build upon it, we must look at it in this broader context of resistance.

If we are to look at armed struggle as a serious option within the Canadian State, we must establish its potential purposes. These are: armed propaganda, sabotage—causing real material damage to the State apparatus and capitalism, posing the revolutionary option; laying the base for a future popular armed resistance.

Armed Propaganda

The coordination of urban guerrilla actions, including armed action, is the principal way of making armed propaganda. These actions, carried out with specific and determined objectives, inevitably become propaganda material for the mass communications system.

—Carlos Marighella,

Minimanual of the Urban Guerrilla

All guerrilla actions are inevitably armed propaganda. The success of such actions as propaganda tools, however, depends on a variety of factors. The greater the degree to which the target of the action is associated in popular consciousness with some aspect of oppression, the greater the ease with which it can find broad-based support. If the target has been a clear focus for ongoing work on the part of the legal movement, the reason for the actions will be immediately clear, at least to those people aware of the issue. This will be especially true if the activities of the legal movement have failed to alter the behaviour of the target, despite an ongoing and consistent campaign. The timing in this case is important. Armed propaganda will be most effective if the legal movement has hit an apparent impasse.

It is equally important to the overall propaganda success of an armed action that workers not be endangered. Any reticence regarding armed struggle within the movement will be reinforced by the injury or death of an innocent party, and any potential popular appeal will be completely precluded.

However, we must equally recognize that such injuries and deaths, as tragic as they certainly are, will always be a possibility in the context of armed resistance, particularly as the State often has a secret interest in allowing such incidents to occur (if not creating them) to fuel its propaganda war against the guerrilla. It must equally be recognized that all States, including the Canadian State, are daily engaged in genocide and violent attacks against Third World peoples, against other species, and against the earth itself. No error on the part of the guerrilla could begin to touch this daily violence, which has become acceptable as a structural part of our society to such a degree as to go on virtually ignored.

Beyond the actual action itself, the success in terms of propaganda depends, to a great degree, on the capacity of supporters in the legal movement to effectively do propaganda work. The action must become widely known and contextually understood to receive the maximum popular support. The guerrilla cannot be expected to do this, and by and large will not be in a position to do this. This job is the responsibility of sympathetic people in the legal movement.

Sabotage

Every urban guerrilla action directed at property is an act of sabotage. Whereas the legal movement can raise consciousness regarding a particular issue, as long as it is public and legal, it can do little to actually disrupt the ability of the State apparatus to carry through its intentions. Only a flexible, clandestine, armed movement is in a position to carry out relentless attack and sabotage, albeit in a limited form. Such sabotage, while it may not ultimately stop a project, slows it down and greatly increases the cost.

Posing the Revolutionary Option

The principle (is) that revolutionary action in itself, the very act of arming oneself, preparing, equipping, and pursuing activities that violate bourgeois legality, generates revolutionary consciousness, and conditions.

—a Tupamaro

The mass armed capability which will destroy the State has its beginnings in very small armed actions, and through these guerrilla actions the armed mass capability develops.

—Red Army Fraction (RAF)

By engaging in armed struggle, even in its most formative stage, the guerrilla raises the issues of militant armed resistance to the capitalist State from a dim theoretical concept to an immediate practical possibility. In doing so, the nature of left discussion is qualitatively changed. The possibility for revolutionaries to engage in effective armed resistance is affirmed. While this preliminary armed resistance will, de facto, receive only limited support, even on the left, this limited support is the potential nucleus for the eventual armed struggle that will be necessary for revolutionary change to occur in any nation-State.

As well as indicating the possibility for militant resistance, armed activity demonstrates the possibility of pinpointing the system's weak points, and attacking offensively and effectively, even from a perspective of relative weakness. By so doing the myth of the invincible State is deflated and new possibilities for resistance are opened up.

Urban guerrilla warfare aims to destroy the domination of the State by striking at single weak points, and to destroy the myth of the omnipotence of the State and its invulnerability.

—RAF

When carried out in a consistent way, guerrilla politics can be empowering to even the legal left. The guerrilla, because of its clandestine organization, is in a position to add a concrete dimension to the propaganda and agitation of the legal left.

In short, the guerrilla is an offensive position adopted by a limited number of comrades. The guerrilla is the revolutionary expression of our rage in the face of a seemingly monolithic and untouchable enemy.

Almost every example of urban guerrilla resistance has been subject to a litany of attacks from the "traditional" left. The most common and recurrent criticisms are that: the time is not right, and therefore, armed resistance is elitist; and, armed resistance brings down repression on legitimate left organizations and individuals.

Waiting for the Right Time

If there is not a reasonably prepared group, the revolutionary conjunctures

are simply wasted or not taken advantage of.

—a Tupamaro

It would be wrong to engage in armed struggle only when the "the consent of the masses" is assured, for this would actually mean to renounce the struggle altogether, as this consent can be obtained only by struggle itself. True mass armed struggle can only take place when it is understood by the masses, however, the comprehension of the need for armed struggle can only be aroused through beginning armed struggle.

—RAF

The concept that when "the time is right" for armed struggle we will recognize it and by some amazing osmosis, absorb the information and ability we need to effectively wage guerrilla warfare is indeed a curious one. Clearly, if we don't begin now to prepare for the eventual armed conflict with the State, the State will take all necessary precautions to ensure its ultimate control before the point of crisis likely to motivate massive resistance in the First World actually occurs. In fact, it is clear that the modern techno-police State is fairly advanced in this area. While we carry on our low-level, largely educational, political work, the State is busily developing the means of surveillance that will allow it to identify and, if necessary, monitor the movement and activity of each and every individual in this society. If we do not act now to organize effective clandestine opposition, the total surveillance State will be quietly placed in motion, perhaps curtailing once and for all the possibility of effective revolutionary upsurge.

Armed Resistance Brings Down Repression

Repression is indeed part of revolution, a natural anti-thesis, the always-to-be-expected defense/attack reflex of the beleaguered, toothless tiger.

—George Jackson

The concept that armed activity brings down repression on uninvolved people of the left is one of the more revealing statements to come from those opposed to armed struggle.

Such a perception presumes that somehow the State is willing to stand by and allow left opposition to unfold unchallenged as long as it remains non-violent. Clearly, this is not the case. While non-violent, legal organizing may not illicit direct intervention from the State, the police apparatus engages in constant intervention, infiltration, surveillance, and destabilization. Andy Moxley's work as an infiltrator in the peace movement stands as witness to this.

This statement further presumes that there exists some form of valid left activity that will allow the left to play an objectively revolutionary role without threatening their security vis-a-vis the State.

The unrecognized reality is that armed activity does not create repression. Repression is a structural part of the "techno-fascist" State on every level. Armed resistance simply brings it out into the open where it can be seen and understood for what it is.

Finally, the legal left often fails to realize that the primary motivation for raids, arrests, and other repressive actions against the legal left in the wake of a guerrilla attack is not to capture those who are responsible (the police know they won't be found in legal left organizations), but to drive a wedge between the legal movement and the guerrilla. The tragedy is that the legal left, by and large, falls right into the trap, often going on to do the State's anti-guerrilla public relations work.

If we accept revolution, we must accept all that it implies: repression, counter-terrorism, days filled with work, nervous strain, prison, funerals.

—George Jackson

Having established a general framework for evaluating armed struggle in First World urban environments, we'd like to turn out attention to the particulars of the Direct Action and Wimmin's Fire Brigade experience.

Cheekye-Dunsmuir Power Substation

On May 31, 1982, Direct Action bombed the Cheekye-Dunsmuir power substation. From both an ideological and a strategic perspective, this action was armed activity of the highest order.

As an act of sabotage it was very successful. The power-substation, which was just about ready to go into action, was rendered useless. Direct Action's four bombs caused more than \$5 million damage, necessitating the reconstruction of the substation nearly from scratch.

In terms of posing the revolutionary option, the action was well timed. The legal movement had spent years petitioning, letter-writing, picketing, blockading, etc., without successfully putting a halt to Hydro's plan to develop Cheekye-Dunsmuir regardless of environmental or human costs. Direct Action showed that when the State closes all legal channels there still remain options for people who are opposed to the policies of the State, and these options can be exercised by small committed groups with few resources.

In propaganda terms, the communiqué was clear and concise, explaining simply why the bombing had been necessary. If there was a weakness in propaganda terms, it didn't lie either in the action or the accompanying communiqué; it is to be found in our inability as a movement to recognize the parameters of what had occurred and to widely circulate the communiqué and develop a discussion around it.

Litton Industries Bombing

As an act of sabotage, the Direct Action bombing of Litton Industries on October 14, 1982, was a massive success, causing an estimated \$7 million damage and eventually playing a role in creating the situation whereby Litton Systems of Canada was not invited to bid on the contract for the guidance device for the advanced version of the Cruise Missile. Litton President, Ronald Keating, made clear in April '84 that both public pressure and the Direct Action bombing played a role in knocking Litton out of the running. He said, "(Protesters) are an irritant, they get a lot of publicity, and the Americans read every damn bit of it. Pressure from these people is making the Americans look twice." He added, "No one else has been bombed." (He's got a valid complaint, someone ought to do something about that.)

Again, the communiqué was clear and concise. In fact, from a sabotage and propaganda perspective, it seems likely that the action would have been a success had it not led to seven injuries, some of them quite serious. The injuries were a result of the bomb exploding twelve minutes early (there has been speculation that police radios accidentally triggered it), and of security personnel and police failing to grasp the seriousness of the situation and evacuate the building immediately. As it was, the workers were leaving the building at the exact moment the 50-pound bomb exploded, leaving them open to maximum injury.

Direct Action released a communiqué taking responsibility for errors on their own part, as well as indicating actions on the part of Litton security personnel and the cops which contributed to the tragedy. The communiqué then went on to delineate all of the errors which led to the injuries. It is too long to reprint or summarize here, but it is well worth reading. It clearly outlines the errors Direct Action made and the degree to which the police and security incompetence contributed to the situation.

The police moved quickly to exploit any uncertainties in the movement regarding the actions. They mounted a series of raids against legal peace groups including the Cruise Missile Conversion Project, the Alliance for Non-Violent Action, and World Emergency, as well as against prominent individuals in the peace movement. These actions, clearly intended to drive a wedge between Direct Action and the peace movement were, in large part, successful, with some leading figures in the peace movement going so far as to cooperate with the police investigation and to publicly state their hope that Direct Action would be successfully apprehended. There were also laudable examples of individuals in the peace movement who clearly expressed their solidarity with Direct Action (and later, the Vancouver Five) in the face of State attacks.

Red Hot Video Firebombings

The November 22, 1982 firebombings of three Red Hot Video locations in the lower mainland of BC was far and away the most popular armed attack of this period. This action was extremely successful, reducing one outlet to ashes and seriously damaging a second. In the third case, the incendiary device failed to ignite. It was also an action immediately embraced by all sections of the women's movement as one which expressed their rage. Groups as diverse as the BC Federation of Women and the Montréal-based Feminist Coalition Against Pornography publicly embraced it. It was soon clear that women recognized in this action the final option when faced with the total intransigence of the State.

In spite of the unfortunate injuries at Litton Industries, the Direct Action and Wimmin's Fire Brigade campaigns of 1982 were, by and large, effective on all levels. As propaganda the actions and communiqués were extremely pointed and effective, interlocking well with large-scale public campaigns. We wish to reiterate that any shortcomings on the propaganda level were in large part based on the lack of recognition by sympathetic people active in the legal movement of the necessity for distributing the communiqués and encouraging discussion about them and the strategy they represented. It was not until the injuries at Litton that the movement began discussing Direct Action and their strategy, and those of us who wished to defend the strategy were forced into an intensely defensive position, a very poor position from which to begin such a complex discussion. Retrospectively, it was a major error to let the positive example of the Cheekye-Dunsmuir bombing pass with so little attention. The fact that the Litton bombing was destined to be Direct Action's last action further complicated matters because we were still in the middle of the very complex discussion surrounding that action and the injuries at the time of the arrests.

The Arrests

The arrest of the Vancouver Five, on January 20, 1983, was, when looked at retrospectively, almost inevitable. The quantity of organizing those five individuals had to do in isolation made it virtually certain that they would manage for long. Nonetheless, it appears as if they made certain errors that indicate an inadequate understanding of police tactics. These errors must be recognized, examined, and understood, so as to be avoided in the future.

The fact that they continued to live in the Vancouver area and continued to maintain contact, even at a very low level, with some friends was a complete misjudgement of circumstances. Clearly, if and when the police pinpointed them as suspects, friends and acquaintances would be put under surveillance. At that point it was only a matter of time until the police came in direct contact with one or more of the Five. If one is to believe the police version of the surveillance that led to the Five (although certain parts of the police story are totally implausible) then this is exactly what happened.

There are lessons to be learned from the information available regarding the nature and style of the police investigation. It is clear that they are more aware of where individuals are at ideologically than we sometimes give them credit for. They were able to draw up a pool of suspects reasonably quickly, and although this pool contained many individuals who were totally uninvolved, it appears to have eventually provided the key connection that led to the Five, after which it simply became a matter of collecting the necessary information. It is clear that they are capable of sophisticated surveillance. They claim to have had as many as eight to ten cops surveilling a single suspect at times, and they claim to have been able to place Brent in Calgary at a certain time due to a "paper trail" which he left. It is also clear that they are willing to overlook criminal activities if they are holding out for a bigger bust. They clearly let several possible stolen vehicle arrests pass, and quite probably watched the Red Hot Video firebombings, while holding out for a more major arrest.

Some of the lessons to be drawn from this are clear. Comrades engaging in illegal activity on this scale must be prepared to go completely underground, which implies severing all contacts with their previous milieu and friends. Such contacts, while emotionally and psychologically significant, are suicidal from a security perspective. Police surveillance is sophistica-

comrades involved in clandestine work are to avoid it, they must practice sophisticated counter-surveillance. Primary to this is a capacity to remove themselves from the areas where investigations are likely to start. And, of course, it is clear that any sense that the police are aware of one's activities, particularly any direct contact with the cops, however seemingly innocuous, requires that the guerrilla disappear and destroy everything that might allow the cops to trace them. All of this implies a highly developed network.

The urban guerrilla presupposes the organization of an illegal apparatus, in other words, apartments, weapons, ammunition, cars, and identification papers.

—RAF

It appears that by remaining in the Vancouver area, by maintaining contacts with friends, and by ignoring significant brushes with the law, the Five greatly facilitated their own ultimate arrest.

The Trial

If the military situation is difficult from the first moments, the political situation will be no less delicate; and if a single military error can wipe out the guerrillas, a political error can check their development for a long period.

—Che Guevara

While certain tactical errors may have contributed to the arrest of the Five, their ramifications for the strategy of armed resistance were minor. It was the errors committed by the arrested comrades and those of us who did defence/support work that served most to defuse the importance of the contributions of Direct Action and the Wimmin's Fire Brigade to resistance in Canada.

The approach of the Five to the legal system and the trials was a serious political misjudgement. By denying responsibility for the actions, rather than defending the actions and approaching the trials as a vehicle for a discussion of the issues and the role of armed struggle in a First World country, they completely abdicated any control over the trials.

By hedging their bets on minimizing their sentences, the Five put themselves in a situation where they could not actively use the trials for propaganda purposes without threatening their legal strategy. In so doing they promoted several erroneous perceptions. First of all, they de facto recognized the right of the courts, and by extension, the State, to judge their actions, rather than pinpointing the role of the legal system as a pillar of class injustice before which no equitable judgement can ever be expected, and least of all in a case of armed resistance. Secondly, the integrity which they lost by denying responsibility for their actions, lost them the support of certain sections of the public—including the jury. These errors were further compounded by the fact that they ultimately placed the case in the hands of lawyers and hung their hopes on legal challenges regarding the legitimacy of wiretaps, and similar details of legal protocol. Such a statement of faith in the legal system served only to contribute to further mystification surrounding the theoretical "neutrality" of the courts, and by extension, the State.

The response of supporters was to adopt the liberal demand of the "right to a fair trial." The more we worked with this demand, the more we boxed ourselves in politically. If the Five were maintaining their innocence and we were demanding a "fair trial," then we were de facto blocked from engaging in the primary discussion regarding the actions and role of armed struggle in Canada. If questioned regarding the actions, we were forced by our line to treat the issue of armed struggle as secondary or even inconsequential. Although the Five did resist this, they did so in a weak fashion.

We know that if there was such a thing as fair trials and justice—we would walk free. But there is no justice and we will not receive a fair trial. Yet because it is sometimes possible to exploit the contradictions inherent in the bourgeois democratic legal process (which result from the need for lawmakers to appear fair and legitimate), we will be participating in the courtroom facade to

try and minimize the legal attack against us.

—Julie, Ann, Gerry, Doug, Brent

"Free the Five Newsletter"

March 13, '83

It was not until issue 7 of the "Free the Five Newsletter," issued November 16, '83, that four of the Five first publicly opposed the "fair trial" strategy, which by that time had been going on for nearly ten months.

Much of the political work done around our case has been centred on the process of "right to a fair trial," and abuses of process by the media, police, and prosecution. We would like to see the political work done on our case centre around what we consider to be the real issues: environmentalism, feminism, anti-imperialism, and radical activism.

—Ann, Gerry, Doug, Brent

However, in spite of these statements the defence/support milieu failed to change gears. We continued to orient our work around State excesses and illegalities, dispensing information, but refused to engage in the central debate: What is the role of armed resistance in Canada? How can militant resistance be constructed here?

If we are to attempt to pinpoint the reasons why we failed to respond positively to the situation the arrests and trials presented us with, several weaknesses become apparent. Both the prisoners and their defence/support committees failed to see the judicial experience, both the courts and prison, as an integral part of the armed struggle. The Five failed to take the lead in using the courtroom as a platform for propaganda and the prison as a central element in the confrontation between oppression and resistance. For our part we fell into the trap of believing we could somehow save our friends if we dwelled on the contradictions within the State's legal system and downplayed the armed actions of Direct Action and the Wimmin's Fire Brigade. The liberal deviations that occurred in this scenario were never rectified in any important way because no shared conception of politics in general or of the trials in particular ever evolved between the Five and their supporters. Because there was no solid political analysis of the situation coming from the prisoners and the supporters failed to evolve one, the possibility of using the trials to build support for the armed struggle was lost.

The situation worsened when the guilty pleas were filed. On March 17, 1984, Julie and Gerry pleaded guilty. Julie pleaded guilty to conspiracy to rob a Brinks armoured car, attempted arson of the Port Coquitlam Red Hot Video, car theft, possession of explosives, possession of weapons dangerous to the public peace, and bombing Litton Industries. Gerry filed the same guilty plea, less possession of explosives and the Litton bombing. On June 4, '84, Ann pleaded guilty to the Cheekye-Dunsmuir bombing, the Litton bombing, possession of explosives, and possession of weapons. Ann had already been found guilty of conspiracy to rob a Brinks armoured car, possession of explosives, possession of weapons, possession of stolen property, vehicle theft, and breaking and entering. On June 8, Doug pleaded guilty to the Cheekye-Dunsmuir bombing and Brent pleaded guilty to possession of weapons and possession of explosives, having already been found guilty of the same charges as Ann in the first trial.

While the desire to put an end to dead time faced in endless trials is understandable, especially given the fact that the outcome of the first trial was hardly a victory from a legal perspective. The guilty pleas left little to be recouped politically following the almost exclusive focus of defence/support politics on the "right to a fair trial." Particularly damaging was Gerry's decision to accept a guilty plea on the Wimmin's Fire Brigade actions as part of a plea bargain. This was particularly disorienting as the Wimmin's Fire Brigade had been generally recognized as an all women's group and the action as an all women's action. Gerry's decision to plead guilty purely as a practicality, while understood by those supporters closer to the decision-making process, was not necessarily so clear for the broader political community watching the trials, some of whom were taken aback. (We had done such an effective job of our "right to a fair trial" campaign that some people in the political community actually believed the Five were persecuted innocents and in the face of the

guilty pleas, felt their trust had been betrayed! This is rather a large statement of how effectively we buried the key issues in our defence/support work.) And it was left unclear whether the Wimmin's Fire Brigade had actually been a statement of women's resistance, or simply Direct Action using another name for reasons of political efficacy. Given the massive popularity of the Wimmin's Fire Brigade, particularly in the women's community, to introduce such unclarity was a political error.

It was not until the sentencing that the first real political statements came from the Five, and this was one and a half years after the arrest and nearly two years after the last action. On June 5, '84, Ann read her statement. This long, eloquent, and powerful statement said, among other things:

In the beginning when I was first arrested, I was intimidated and surrounded by the courts and prison. This fear provided the basis for the belief that if I played the legal game, I would get acquitted or get less time. This belief obscured my vision and fooled me into believing that I could get a break from the legal system. But this past eight months in court has sharpened my perceptions and strengthened my political convictions to see that the legal game is rigged and political prisoners are dealt a marked deck.

Even though I knew that a few militant direct actions would not make the revolution or stop these projects, I believed it was necessary to begin the development of an underground resistance movements that was capable of sabotage and expropriations and could work free from police surveillance. The development of an effective resistance movement is not an overnight affair—it takes decades of evolution. It has to start somewhere in small numbers and whether or not it grows, becomes effective and successful, will depend on whether or not we make it happen.

Finally, on June 25, '84, Brent was sentenced and made his sentencing statement. A brief portion follows:

Illegal activities were one part of my activism in the struggle, against the injustices and threats to life manifest in modern industrial civilization and the political and economic system of imperialism. The overall purpose of any illegal activity I was involved in was to further develop the struggle and thereby contribute to the possibility of a better world—one in which all people can finally live in freedom and international unity. Even if this does not come about in my lifetime, it is my hope that one day our future relatives will live in such a world.

The sentencing statements were powerful political statements and were received as such. As good as the sentencing statements were, coming as they did, at the end of a long and intense process, they did not serve as a rallying point for a discussion. Had such statements come early in the legal process and had the defence/support committees chosen to stress the politics inherent in the actions and accompanying communiqués, the political potential of the trials might have been realized. As it was, the political issues, quite simply, came to the fore too late.

The Appeals

A further blow came with Julie's decision to break with her former comrades and recant.

In an emotionally charged performance Julie used her sentence appeal to focus the bulk of the responsibility for Direct Action and the Wimmin's Fire Brigade on Ann and Brent, particularly Brent, whom she identified variously as the leader and the planner. She claimed to have been harassed into the group, to have been young and impressionable, a state she described as an adolescent crisis, and to have been worn down and molded by constant pressure and abuse. She claims her seeming vigour for revolutionary activity, as it was recorded on the wiretaps and bugs, was not representative of her true feelings, but

part of an effort to appear tough in order to ward off the constant criticism she was a victim of. She even went as far as to suggest she would have left the group, claiming she feared to do so after reading Marighella's *Mini-Manual of the Urban Guerrilla*, where she claimed Marighella said anyone leaving the guerrilla must be liquidated.

It is important to note in passing that Marighella didn't say this. What he, in fact, said regarding the guerrilla was:

When he (a guerrilla) cannot face the difficulties, or knows he lacks the patience to wait, it is better to relinquish his role before he betrays his pledge, for he clearly lacks the basic qualities necessary to be a guerrilla.

While the purpose of Julie's patchwork story of lies, distortion, and paranoia was clearly to save her own skin, the quality of her story, the degree to which it fits into the standard State line on guerrilla politics, the degree to which it is tailored for counter-insurgency, indicate that she must have fallen victim to fairly intense police pressure, that she had been a pawn in the larger political strategy. The long sentence that Julie was given was doubtless part of a strategy to break her spirit so that she would be open to approaches from the State. In order to have this excessive sentence reduced, Julie was willing to engage in whatever grovelling was required and to portray her former comrades, particularly Ann and Brent, both of whom had sentence appeals forthcoming, as deranged and irresponsible, if not out-and-out remorselessly evil.

The outcome was predictable. Ann and Brent had their sentence appeals denied. Julie, for her part, received a five year reduction from twenty to fifteen for her propaganda role in the State's attack on Ann and Brent in particular, and the guerrilla in general.

Prison

With the end of the appeals came the end of the Vancouver Five as a public issue and the comrades withdrew from the public eye to serve their sentences. In Ann's case life, in Brent's 22 years, for Gerry ten, and Doug six.

As was the case with the trials, they have not used their prison time or the repression they face there as a springboard for a discussion of guerrilla resistance. Rather than asserting themselves as political prisoners in an ongoing way, they have assimilated themselves into the anonymity of the prison milieu. This has led to a situation where their courageous acts of resistance and their entire strategy as enunciated in the communiqués and the sentencing statements have been forgotten by all save a few tiny, isolated pockets of supporters.

To sum up, the Five and their supporters have thus far failed to play their potential role in advancing an understanding of armed struggle within the Canadian State. This lack is due to serious shortcomings in our political understanding of the elements at play. We failed to recognize and utilize the possibilities for advancing the strategy of armed struggle available in the trial process. In so doing, the opportunities opened up by the actions of Direct Action and the Wimmin's Fire Brigade were lost. The mystifying demand of the "right to a fair trial," led nowhere and served to liquidate the key issue of armed resistance in Canada. Although the history of Direct Action and the Wimmin's Fire Brigade has doubtless left its mark on the Canadian left, although the concept of armed resistance has been put on the agenda in a practical way so that it will never again be the non-issue it was prior to this experience, to date we have not really overcome the pacifying effects of the political errors we have made. It seems that both the Five and their supporters, having suffered this defeat, have turned away from the discussion of armed struggle to focus their energy elsewhere.

If we are to overcome the errors we have made, we must critically examine these errors, we must critically examine the events surrounding Direct Action, the Wimmin's Fire Brigade, and the Vancouver Five. As painful as it may be, we must pinpoint the errors and shortcomings of both the prisoners and their supporters and deal with them honestly. We can learn by studying the national liberation struggles of Third and Fourth

World peoples in the Third World, Western Europe, and the USA, as well as by examining the history and current practice of the urban guerrilla movements in the USA and Western Europe. And, of course, we must face the responsibility of developing our own practice in Canada.

We have written the above not as an attack on the prisoners or their support community. We extend our love and solidarity to the imprisoned comrades who have contributed so much of themselves towards the realization of armed struggle in Canada. We also extend our love and solidarity to all who have worked to support the imprisoned comrades, and to all those who struggle for revolutionary change.

We cannot see any way to avoid certain criticisms given the current situation on the Canadian left. However, we have offered the above criticisms not as a personal attack on anyone, nor to create further divisions in the movement, but in the hope of creating a genuine discussion around the experiences of armed resistance and in the hope of aiding in pushing the struggle forward.

It is better to err acting than to do nothing for fear of erring. Without initiative there is no guerrilla warfare.

—Carlos Marighella

Spring 1988

ERKLÄRUNG DER ANGEHÖRIGEN DER POLITISCHEN GEFANGENEN ZUR AKTION IN HAMBURG AM 20.5.1988

Die Haftbedingungen der politischen Gefangenen in der BRD haben sich verschärft. Dafür sind die Bedingungen von Barbara Ernst, Gefangene aus der RAF, hier in Hamburg in Isolationshaft, ein Beispiel. Diese Verschärfungen dienen dazu:

- die Trennung der politischen Gefangenen untereinander noch massiver zu betreiben. Bei Barbara Ernst ist es so: sobald eine andere politische Gefangene in demselben Gefängnis ist, wie vor einiger Zeit Elisabeth Meerman und jetzt Ursula Penselin, wird jede Möglichkeit, auch nur ein Wort miteinander zu reden verhindert. So ist das auch in anderen Gefängnissen, in denen mehrere politische Gefangene sind: in Bielefeld, in Stammheim, in Köln-Ossendorf, in Aichach usw. Bei den Zeugenvernehmungen von Heidi Schulz und Ingrid Jacobsmeier letzte Woche im Prozeß gegen Eva Hauke, Luitgard Hornstein, Christian Kluth, wurde ihnen auf dem Flug dorthin mit Gewalt Kopfhörer aufgesetzt, sodaß sie nicht miteinander reden konnten.
- die politischen Gefangenen von den politischen Diskussionen mit Angehörigen, Freunden, Leuten aus dem Widerstand noch mehr abzuschneiden. Barbara z.B.: hat nur 1 Stunde Besuchszeit im Monat. Für jeden Brief, den sie bekommt, muß sie einen Brief aus der Zelle herausgeben, sodaß jeder Diskussionsprozeß von ihr mit anderen draußen zerstört wird, weil sie sich auf vor Wochen/Monaten Geschriebenes nicht mehr beziehen kann. Den gleichen Zweck verfolgen abgesehen von der scharfen Postzensur, die zeitlichen Verzögerungen der Post, das ist bei vielen Gefangenen so. Briefe an die Gefangenen und von den Gefangenen sind bis zu 4/5 Wochen unterwegs.
- In Stammheim gibt es jetzt eine Verfügung des Knastes, daß die politischen Gefangenen und diejenigen die ihnen schreiben bei Korrekturen kein Tipp-Ex mehr benutzen und die Fehler auch nicht mehr durchstreichen dürfen.
- und die Verschärfungen dienen dazu, den Gefangenen Arbeitsmaterial zu entziehen. Barbara Ernst wurde nach und nach der größte Teil ihrer Unterlagen - Zeitschriften, Broschüren, Ordner mit Arbeitspapieren, Briefe, was alles schon über Zensur gelaufen war - aus der Zelle geholt und die Anzahl der Unterlagen die sie in der Zelle haben darf, extrem beschränkt. Barbara bekommt kaum noch politisches Material. Das geht soweit, daß sie noch nicht einmal die Presseerklärung ihrer Anwälte zu ihrer Haftsituation erhalten hat.

So sind die Bedingungen der politischen Gefangenen. Das ist kein Leben für sie. Wir können das nicht mehr länger aushalten und deswegen stehen wir heute hier und fordern:

- ZUSAMMENLEGUNG DER POLITISCHEN GEFANGENEN IN GROSSE GRUPPEN
- FREILASSUNG VON GÜNTHER SONNENBERG

Diese Aktion ist eine von vielen in der nächsten Zeit mit denen wir die Zusammenlegung durchsetzen wollen/werden.

Der Hamburger Justizsenator ist verantwortlich für die Haftbedingungen von Barbara Ernst und Volker Staub. Er wirkt mit an der Planung und Durchführung der Haftbedingungen der politischen Gefangenen, die auf Regierungsebene in Bonn koordiniert wird, und wo die allgemeine Linie gegen die politischen Gefangenen festgelegt wird.

WIR GRÜßEN VON HIER AUS BARBARA ERNST, VOLKER STAUB UND URSULA PENSELIN !

UND ALLE ANDEREN POLITISCHEN GEFANGENEN !!

BRIEF VON FRANK HOFFMANN

HALLO IHR UNKONTROLLIERBAREN !

Tut mir leid, daß ich nicht schon früher geschrieben habe, aber ich war einfach zu sehr mit mir selbst beschäftigt. Die erste Woche hier in Groningen war geprägt durch Qualen, weil ich eine Leberentzündung hatte. Ich konnte 4 Tage nichts essen und teilweise nur noch liegen und hatte immer Schmerzen an den Nieren und im Bauchbereich. Bei Leberentzündung kann der Arzt auch schlecht Medikamente geben, weil dies die Leber noch mehr belastet. Also heißt es Zähne zusammenbeißen. Die letzte Woche war ich ziemlich niedergeschlagen und verzweifelt. Die Knastsituation ist für mich erstmal eine Niederlage. Nach der Großfahndung in Deutschland mit soviel Pech einzufahren hat mich umgehauen. Die Festnahme in Amsterdam beruht auch auf Unsicherheit und einem Fehler von mir. Ich komm in so eine dumme Geschichte rein, wo mir meine Tarnbrille weggenommen wird und die Bullen auch noch dazukommen. Sie sagen, daß wir mitkommen sollen und dies nur eine Formalität wäre. Ich sage, warum soll ich mitkommen und der Bulle sagt, daß er es so wünscht. Ich verliere die Nerven und renne los. Ich renne um mein Leben und der Bulle wie wild hinterher. Ich komme vielleicht 50 Meter weit und die Scheiße ist perfect. Neben mir taucht ausrechnet ein Streife auf, da war die Falle dicht. Die Bullen fallen über mich her. Handschellen auf den Rücken und der Jungbulle, der mich verfolgt hat ist wütend und in dem Falle die übliche Scheiße. Während zwanzig Metern folgen Tritte, an die parkenden Autos werde ich gestoßen und die Handschellen werden gerissen, daß meine Handgelenke anschwellen. Auf dem Bullenrevier entschuldigt er sich zwar und meint, daß ich nicht annehmen sollte, daß er eine Bestie sei. Später, wo er wußte, daß ich Frank Hoffmann bin, hat er drecksch gelacht. Dann kam die grausamste Zeit in meinem Leben auf dem Bullenrevier in der Marxstraße. Isolationszelle ist da noch der harmloseste Ausdruck. Das waren drei Tage lang permanente Schmerzen erst am ganzen Kopf und später auch am Rücken. Das war die Hölle. Sie haben mir auch alle Kleider abgenommen und du merkst erst wieder wie gut es ist, wenn du eigene Kleider bekommst. Nach drei Tagen habe ich dann wieder Tageslicht gesehen und sie haben mich noch auf zwei andere Bullenreviere gefahren, bevor ein Platz im Amsterdamer Knast frei war. Eure Aktion vor dem Knast war super. Nach dem ganzen Wahnsinn endlich die eigenen Genossinnen und Genossen zu sehen, da war die Freude riesengroß. Ich konnte Euch gut sehen und zwar war meine Zelle dort gegenüber von dem kleinen Bildergeschäft. Ihr wart dort ganz am Schluß von Eurer Aktion. Ich habe zurückgerufen, aber Ihr habt mich nicht verstehen können und die Bullen waren ja auch ganz schön nervös. Vor zwei Tagen habe ich die Anklageschrift vom Bundesgerichtshof bekommen. Jetzt hier im Knast wirkt sich alles nochmal schlimmer aus. Es geht um zweifache Liquidierung und zweifache versuchte Liquidierung von Bullen und Vereinigung 129a. Mir geht es weniger um den 129a, sondern um die Erkämpfung eines Freispruches von den Liquidierungsvorwürfen. Es geht um lebenslang, d.h. nach 20 Jahren Betonsarg kannst du erst versuchen durch frühzeitige Entlassung rauszukommen. Das ist eine Dimension, mit der ich momentan relativ schlecht umgehe. Es ist ein Chaos in meinem Kopf vorhanden und ich muß einfach es nach einiger Zeit schaffen, daß ich mir ein Lebensrhythmus zulege, ein Programm an dem ich mich festhalten kann. Ich muß dieses Terrain Knast Stück für Stück erobern und mich zu einer Selbstdisziplin zwingen. Also dann machts mal gut, Ihr Unkontrollierbaren

Bis Bald, Frank

ZUG IN BILBAO ZERSTÖRT

(FAZ, 26.5.88)

Vermummte Arbeiter der staatlichen Werft Euskalduna in Bilbao haben einen Zug der staatlichen spanischen Eisenbahngesellschaft in Brand gesteckt. Es entstand ein Schaden von umgerechnet 1,3 Millionen Mark. Die Vermummten hatten den Zug, der in der Nähe der im Rahmen der industriellen Umstrukturierung weitgehend stillgelegten alten Euskalduna-Werft vorbeifuhr, angehalten, dann mit Gewalt die Reisenden, von denen einige verletzt wurden, aus den Abteilen geholt, große Mengen Benzin über die Wagen gegossen und diese dann angesteckt. Die Polizei erschien 20 Minuten später. Die Arbeiter protestierten seit längerer Zeit dagegen, daß ein Teil von ihnen jetzt ohne Arbeitsvertrag bleibt oder in Frührente geschickt wird.

Die Euskalduna-Arbeiter haben schon öfters größere Zerstörungen angerichtet mit einem Gesamtschaden von umgerechnet fünf Millionen Mark. Sie überfielen auch die andere staatliche Werft in Bilbao, wo noch gearbeitet wird, und zerstörten dort teure Maschinen.

SCHLAG GEGEN ROTE BRIGADEN

(FAZ, 20.6.88)

In der vergangenen Woche hat die italienische Polizei in Mailand, Rom und Neapel mindestens noch neun, nach anderen Berichten sogar zwölf mutmaßliche Angehörige der Rotbrigaden-Nachfolgeorganisation "Unione comunista combattenti" festgenommen.

Die Durchsuchung einer Wohnung in Mailand soll außerdem die Vorlagen für eine Reihe von Flugblättern zutage gefördert haben, die im Anschluß an die Ermordung des Professors Ruffilli aus dem Beraterstab des Ministerpräsidenten De Mita im April 1988 vor Fabriken in Oberitalien verteilt worden waren. Außerdem habe man eine der von den Mördern Ruffillis getragene Postuniform gefunden sowie eine "Skorpion"-Pistole sichergestellt. Die Waffe wurde höchstwahrscheinlich auch 1985 für die Morde am ehemaligen Bürgermeister von Florenz, Lando Conti, und dem kommunistischen Gewerkschafter Ezio Tarantini verwendet.

Wie ein zündender Sprengsatz wirbelte zu Beginn dieses Jahres die Studie des früheren stellvertretenden US-Verteidigungsministers Fred Iklé und des Professors Wohlstetter über eine „Unterschiedliche Abschreckung“ die Strategiediskussion in der NATO durcheinander. Obwohl die Studie weder von der US-Regierung akzeptiert wurde, noch etwa Bestandteil der US-Verteidigungspolitik ist, sind die Autoren und das Erscheinungsdatum der Studie Grund genug gewesen, einerseits die US-Verpflichtungen und Zusagen für die Verteidigung Westeuropas zu hinterfragen, und andererseits die Diskussion intensiver zu führen, ob die NATO über ein schlüssiges Gesamtkonzept für ihre Verteidigung und Abrüstungsverhandlungen verfügt. Iklé und Wohlstetter treten dafür ein, eine breitere Palette von Krisen militärischer Bedrohung und Kriegsszenarien zu entwickeln, als die bisher die Diskussion beherrschende Bedrohung Westeuropas durch den Warschauer Pakt oder

eines totalen Nuklearangriffs der UdSSR. Eine sich verändernde Welt mit neuen Militärmächten und Bedrohungen mache eine flexiblere Verteidigungspolitik und unterschiedliche Rüstung notwendig. Die NATO müsse von einem Verteidigungskonzept Abschied nehmen, das unglaublich wirkte, weil es den eigenen Untergang einbezieht. Sowohl die USA, als auch die Verbündeten müßten deshalb verstärkt mit technologisch hochstehenden konventionellen Waffen rüsten. Schließlich, so die Studie weiter, müßten die USA auf eine Mischung aus offensiven und defensiven Systemen bauen, um glaubwürdig abschrecken, im Kriegsfall aber auch bis tief in Feindesland angreifen zu können. Die FR veröffentlicht Auszüge aus der Studie nach einer DDR-Übersetzung. Weder vom Auswärtigen Amt noch vom Verteidigungsministerium oder vom Bundesspracheamt war eine deutsche Übersetzung zu erhalten.

I. Sicherheitssituation

Im Mittelpunkt der Verteidigungsplanung der Vereinigten Staaten steht seit vielen Jahren eine große Strategie außerordentlichen globalen Ausmaßes. Diese Strategie ist sehr einfach zu erklären: die vorgeschobene Stationierung amerikanischer Streitkräfte, die eindringenden Armeen Widerstand entgegensetzen sollen und die von starken Reservekräften sowie einem Potential unterstützt werden, das — falls erforderlich — Kernwaffen zum Einsatz bringt. Diese Strategie, die sich auf Bündnisse mit anderen demokratischen Staaten stützt, hat das Ziel, eine Linie zu ziehen, die kein Aggressor zu überschreiten wagt.

Es ist bemerkenswert, von welcher Langlebigkeit diese Strategie ist. Amerikanische Streitkräfte sind nunmehr seit 40 Jahren in Mitteleuropa stationiert. Sie befinden sich seit 35 Jahren in der Republik Korea. Das Atlantische Bündnis hat inzwischen alle in Friedenszeiten gegründeten multilateralen Bündnisse der jüngsten Geschichte überdauert...

Die Strategie war äußerst erfolgreich. Alle Mitglieder des Bündnisses sind noch immer freie Länder. Die sowjetischen Streitkräfte haben Westeuropa nicht angegriffen, und die nordkoreanischen Streitkräfte haben keinen weiteren Angriff gegen Südkorea durchgeführt.

Die Strategie hat jedoch auch einige Rückschläge erlitten. Die sowjetische Macht hat die von uns gezogenen Linien umgangen und ist nach Südasien, in den Nahen Osten, nach Afrika, in den karibischen Raum und nach Mittelamerika vorgegangen. In einer Welt, die weniger bipolar als einst ist, war die Strategie im Umgang mit feindlichen Ländern außerhalb des sowjetischen Blocks (wie zum Beispiel Iran) wenig hilfreich. In Europa selbst gibt es Anzeichen für ernste Spannungen. Dem Bündnis ist es nicht gelungen, mit der Sowjetunion in bezug auf konventionelle Waffen auf dem Kontinent Schritt zu halten, und in zahlreichen Fällen ist unsere Drohung, Kernwaffen gegen sie einzusetzen, angesichts des Anwachsens der sowjetischen Kernstreitkräfte immer weniger glaubwürdig geworden.

Die Kommission schlägt nicht vor, die Strategie durch eine andere zu ersetzen. Wir vertrauen auf die vorgeschobene Stationierung amerikanischer Streitkräfte, auf ihre Unterstützung durch starke Reserveeinheiten und auf die Beibehaltung der nuklearen Bedrohung, um so zur Verteidigung unserer Verbündeten beizutragen. Wir sind aber ferner der Überzeugung, daß die strategischen Erfordernisse mit den Realitäten der Gegenwart in Einklang gebracht werden müssen.

Die mit diesem Papier vorgelegte überarbeitete Strategie soll für viele Jahre — mindestens für 20 — als Leitfaden unserer Verteidigungsplanung dienen. Wir müssen weit vorausschauen, und zwar nicht nur, weil für Veränderungen in der Politik des Bündnisses Zeit erforderlich ist.

Unsere Planung muß deshalb langfristig sein, weil viele der Entscheidungen über die Verteidigungspolitik bis in die Zukunft reichen. Das Pentagon muß sich heute für Rüstungen entscheiden, die bis ins nächste Jahrhundert im Dienst stehen. Rüstungskontrollvereinbarungen hingegen sind vielleicht für Jahrzehnte gültig.

Wie der Name der Kommission schon andeutet, sind wir der Meinung, daß die Strategie „integrierter“ als jetzt sein muß. Dies bezieht sich teilweise auf die zahllosen „trade-offs“ bei der Verteidigungsplanung. Er bezieht sich ferner auf die weit-

reichenden Wirkungen unserer Schlüsselkonzepte, die glaubwürdige Reaktionen auf eine Aggression verlangen (und nicht eine Haltung, die auf der Androhung wahlloser Vernichtung basiert). Bei diesen Konzepten sollte es um die Beschaffung unserer Waffen, um die Priorität, die wir der wissenschaftlichen Forschung beimessen, um unsere Rüstungskontrollpolitik und unsere Streitkräftestrukturen gehen. Ein wesentliches Ziel dieses Berichts besteht darin, die Zusammenhänge zwischen diesen Entscheidungen darzulegen.

Wenn die Kommission die Dinge langfristig betrachtet, geht sie nicht von der Permanenz der derzeitigen internationalen Sicherheitssituation aus. Wir sind der Auffassung, daß sich diese Situation gravierend ändern kann. In 20 Jahren könnte Amerika mit einer wesentlich komplexeren Situation konfrontiert sein, wozu auch einige neue Großmächte und neue Waffenarten sowie Bündnisse gehören könnten. Einige mögliche Veränderungen zeichnen sich an verschiedenen Punkten der strategischen Landschaft bereits ab, und einige verdienen offenbar besondere Beachtung:

Der Aufstieg Japans und Chinas: Die militärische Macht ist in gewisser Weise Ausdruck der wirtschaftlichen Macht. Japan verfügt derzeit über das zweitstärkste Wirtschaftssystem in der Welt, und es ist mit einem weiteren Wachstum zu rechnen. Eine Schlüsselfrage im Zusammenhang mit dem strategischen Gleichgewicht wird in den kommenden Jahrzehnten darin bestehen, ob sich Japan dafür entscheidet, eine militärische Großmacht zu werden. Auch wenn das nicht der Fall ist, wird es möglicherweise allein schon mit seinen Investitionsentscheidungen die strategische Situation beeinflussen. Eine Entscheidung Japans, der Sowjetunion bei der Entwicklung ihrer Technik zu helfen, könnte zum Beispiel zur Stärkung des sowjetischen Militärpotentials beitragen. Andererseits wäre eine zusätzliche Wirtschaftshilfe Japans für Verbündete der USA (zum Beispiel die Philippinen, die Türkei und Ägypten) von Nutzen für unsere Sicherheit.

Die Wirtschaft Chinas wird in den nächsten 20 Jahren möglicherweise ein noch schnelleres Wachstum als die der Vereinigten Staaten, Europas oder der Sowjetunion aufweisen. Im Jahre 2010 wird China vielleicht die zweit- oder drittgrößte Wirtschaftsmacht sein (die Sowjetunion ist derzeit die drittgrößte). Es könnte in militärischer Hinsicht durchaus eine Supermacht werden, die allerdings hinter der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten rangiert. Vieles ist ungewiß, was Chinas Zukunft betrifft.

Eine Welt mit drei oder vier militärischen Großmächten würde die amerikanischen Planungsexperten für Strategie mit einer weit komplizierteren Situation konfrontieren als der vertraute bipolare Wettstreit mit der Sowjetunion. In einer solchen multipolaren Welt müßten die Vereinigten Staaten Beziehungen mit mehreren unterschiedlichen globalen Mächten gestalten und entsprechende Bündnisse mit ihnen schließen. Zwischen mächtigen Staaten, die nicht mit den Vereinigten Staaten im Bündnis stehen, könnten Kriege ausbrechen. Es könnte zu Verlagerungen in Bündnissen kommen. Die nächsten 20 Jahre werden eine Periode des Übergangs zu dieser neuen Welt mit mehreren Großmächten sein.

Wirtschaftliche Schwierigkeiten der Sowjetunion: Die anhaltenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Sowjetunion und die Anstrengungen des Regimes, durch „Umgestaltung“ damit fertig zu werden, stellen für die Verteidigungs-

planer der USA große Unwägbarkeiten dar.

Wie steht es um die Möglichkeit, daß anhaltende wirtschaftliche Schwäche möglicherweise eine geringere sowjetische Bedrohung bedeutet? Im Falle eines Scheiterns der Wirtschaftsreformen würde es den führenden Vertretern der Sowjetunion auf lange Sicht schwerfallen, die derzeitige militärische Position des Landes aufrechtzuerhalten.

Veränderungen in der Militärtechnologie: Im Verlaufe der nächsten zwanzig Jahre sind bedeutsame Entwicklungen der Militärtechnologie möglich. Sie werden in erster Linie durch die weitere Nutzung der Mikroelektronik — vor allem für Sensoren und Informationsverarbeitung — und die Weiterentwicklung der Richtenergie vorangetrieben werden. Diese Entwicklungen könnten größere Korrekturen in den Militärdoktrinen und den Streitkräftestrukturen erforderlich machen. Bei der Entwicklung vieler relevanter Technologien liegen die USA an der Spitze, und das könnte für die Sowjets ein Grund zur Beunruhigung sein. Aber das militärische Establishment der Sowjetunion ist bereits eifrig bemüht, sich über die militärischen Auswirkungen neuer Technologien Klarheit zu verschaffen, und es ist offenbar zu der Schlußfolgerung gelangt, daß sie zu umwälzenden Veränderungen im Wesen eines Krieges führen. Die weit größere Präzision, Reichweite und Vernichtungskraft der Waffen könnten bewirken, daß sich ein Krieg über einen weit größeren geographischen Raum erstreckt, daß sein Tempo und seine Intensität größer werden. Und er könnte völlig neue Operationsformen erforderlich machen. Die Anwendung neuer Technologien, sowohl bei Offensiv- als auch bei Defensivsystemen, wird komplizierte Fragen in bezug auf die Streitkräfteplanung und die Einschätzung des feindlichen Potentials aufwerfen.

Die mit den neuen Technologien verbundene Präzision wird uns in vielen Bereichen, für die früher Kernwaffen vorgesehen waren, den Einsatz konventioneller Waffen ermöglichen. Die neuen Technologien werden unsere Land- und Luftstreitkräfte verstärkt befähigen, eine Invasion niederzuschlagen. Besonders

wichtig im Zusammenhang damit ist der künftige Einsatz von Technologie „mit geringer Entdeckungswahrscheinlichkeit“ (Stealth), zusammen mit äußerst treffsicheren Waffen und verbesserten Methoden der Zielerfassung. Nach dem Jahr 2000 wird diese Kombination neuer Möglichkeiten bieten, eindringende Kräfte schon weit entfernt von der Front, zu stoppen.

Hochtechnologie ist jedoch kein amerikanisches Monopol. Seit Mitte der sechziger Jahre holt die Sowjetunion bei Kernwaffen auf und bringt uns allmählich um den strategischen Vorsprung, der uns als Kompensation für den sowjetischen Vorsprung bei den Westeuropa bedrohenden konventionellen Kräften diente. Angesichts dieses revolutionierenden Wandels wurde es für das Atlantische Bündnis immer wichtiger, der zahlenmäßigen Überlegenheit der Sowjetunion bei Panzern, Panzerspähwagen, Artillerie und anderen Ausrüstungen mit der großen qualitativen Überlegenheit der Systeme des Bündnisses entgegenzutreten. Aber das militärische Establishment der Sowjetunion ist bestrebt, mit unserer Waffentechnologie Schritt zu halten oder sie gar noch zu übertreffen, und wenn wir unsere Anstrengungen auf dem Gebiet der Forschung nicht intensivieren, wird das in noch stärkerem Maße der Fall sein.

Die Verbreitung moderner Waffen in der Welt: Das Verhältnis zwischen den großen und kleinen Mächten wird sich bis zum Beginn des 21. Jahrhunderts verändern. In unserer Zeit können die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion die militärische Position kleinerer Staaten oftmals dadurch maßgeblich beeinflussen, daß sie ihnen Waffen zur Verfügung stellen oder sie ihnen vorenthalten. In Zukunft wird sich die Waffenproduktion auf einen weit größeren Raum erstrecken, und die Supermächte (vor allem, wenn es drei oder vier davon gibt) werden den Transfer moderner Waffen immer weniger kontrollieren können. Zahlreiche kleinere Mächte werden über umfangreiche Arsenale verfügen. Dazu werden häufig chemische Waffen und Kurzstreckenraketen oder sogar Mittelstreckenraketen gehören. Mehrere große und mittelgroße Länder, die zu den wenig entwickelten Ländern gezählt werden — Indien, Brasilien, Süd- und Nordkorea, Ägypten — sind gegenwärtig im Begriff, große Rüstungsindustrien aufzubauen.

In den nächsten 20 Jahren könnte es auch geschehen, daß in vielen Ländern, die jetzt keine Kernwaffen besitzen, sol-

che Waffen hergestellt werden. Aufgrund der Verbreitung von Kernreaktoren und der mit der Kernenergie verbundenen Technologie verfügen zahlreiche Länder über spaltbares Material oder über die Mittel zu seiner Herstellung. Dadurch wird es einigen Ländern, von denen mehrere relativ arm und wenig industrialisiert sind, möglich, Arsenale mit einem Dutzend oder mehr Kernbomben zu errichten.

Die Arsenale der kleineren Mächte machen eine Einmischung der Supermächte in regionale Kriege gefährlicher und komplizierter. Das Vermögen der USA, ihre Verbündeten in der ganzen Welt zu unterstützen, wird damit in zunehmendem Maße in Frage gestellt. Da wo das Eingreifen der Vereinigten Staaten notwendig erscheint, wird generell eine weit umfassendere Zusammenarbeit mit den Ländern der Dritten Welt als bisher erforderlich sein. Außerdem werden die Anstrengungen der USA, den militärischen Ausgang regionaler Kriege zu beeinflussen, den Einsatz unserer modernsten Waffen notwendig machen, auch wenn dadurch ihre Wirksamkeit in einem amerikanischen-sowjetischen Krieg aufs Spiel gesetzt würde.

Der sich verschlechternde Zugang für die USA: Eine für die Vereinigten Staaten ungünstige langfristige Tendenz betrifft die sich für uns verschlechternde Möglichkeit, rechtzeitigen Zugang, das heißt zum Beispiel Stützpunkte und Überflugrechte — zu Gebieten zu erhalten, die von einer sowjetischen Aggression bedroht sind. Für uns wurde es immer schwieriger und politisch aufwendiger, Stützpunkte in der Dritten Welt zu unterhalten. Unser derzeitiges Stützpunktabkommen mit der Regierung der Philippinen läuft 1991 aus, und von diesem Zeitpunkt gilt dort für uns eine einjährige Kündigungsfrist. Im Panamakanal-Vertrag von 1979 und dessen Zusatzvereinbarungen ist festgelegt, daß alle amerikanischen Stützpunkte in dieser Region bis 1999 geräumt werden. Beide Verträge lassen Neuverhandlungen zu, doch ist es alles andere als sicher, daß wir in einem der beiden Länder Stützpunkteinrichtungen behalten dürfen.

Hinzu kommt, daß möglicherweise auch die Nutzung unserer Stützpunkte auf den Azoren stärker eingeschränkt wird.

Die Vereinigten Staaten werden auch künftig Stützpunkte benötigen, denn es wird nach wie vor notwendig sein, Aggressoren in entfernten Gebieten der Welt abzuschrecken oder zu schlagen — bezeichnenderweise in Gebieten, die in weit geringerer Entfernung von unseren Gegnern als von uns liegen.

Inzwischen hat die Sowjetunion, die von vornherein den Vorteil der größeren geografischen Nähe hat, ihr Luft- und Seelandungspotential enorm verstärkt; außerdem wird ihr wenig Widerstand entgegengesetzt, was das Überfliegen vieler Teile der Welt betrifft.

Das Entstehen neuer Bedrohungen in der westlichen Hemisphäre: Die Tatsache, daß es in der unmittelbaren Umgebung der Vereinigten Staaten keine wesentlichen Sicherheitsbedrohungen gab, trug dazu bei, daß sie in den Jahren seit 1945 eine globale militärische Rolle übernehmen konnten. Diese Situation könnte sich ändern, wenn in unserer Hemisphäre weitere prokommunistische Regimes an die Macht gelangen. Wenn das sandinistische Regime in Nicaragua seine Macht festigen kann und weiter sowjetische Unterstützung erhält, könnten auch anderwo in Mittelamerika — zum Beispiel in El Salvador, Honduras und Panama — allmählich feindliche Regimes entstehen. Es muß damit gerechnet werden, daß jeder Trend dieser Art die Kontrolle über den Panamakanal gefährdet und die politische Stabilität Mexikos bedroht. Aufgrund dieser Entwicklungen sahen sich die Vereinigten Staaten gezwungen, einen weit größeren Anteil ihrer außenpolitischen Ressourcen und Verteidigungsmittel für den karibischen Raum aufzuwenden, was eine verringerte Rolle der USA in der NATO zur Folge hätte.

Eine herausragende Botschaft bei all diesen Unwägbarkeiten ist die Forderung nach Flexibilität in der Verteidigungsposition der USA. Wir werden wahrscheinlich auch künftig mit sowjetischen Herausforderungen an verschiedenen Punkten der Peripherie der UdSSR konfrontiert werden, aber wir müssen auch mit einer breiteren Skala von Herausforderungen in der Dritten Welt rechnen. Die Anforderungen an die amerikanischen Streitkräfte könnten sehr wohl zunehmen in einer Zeit, da der Umfang dieser Streitkräfte durch Budgetkürzungen begrenzt wird. Wir werden herausgefordert sein, unsere Interessen in vielen ver-

schiedenen Gebieten zu verteidigen, auch wenn wir nicht über die Mittel verfügen, unseren Verbündeten und Freunden dort in Friedenszeiten größere Unterstützung zu gewähren. Es ist offensichtlich, daß das Pentagon mobilen und vielseitig einsetzbaren Streitkräften Priorität einräumen muß — Streitkräften, die mit ihrer Fähigkeit, schnell und differenzierend auf ein breites Spektrum von Angriffen zu reagieren, eine Aggression abschrecken können.

II.

Konflikte der Dritten Welt und die Interessen der USA

Annähernd alle bewaffneten Konflikte in den vergangenen vierzig Jahren haben sich in Gebieten zugetragen, die unpräzise als Dritte Welt bezeichnet werden: den verschiedenen Ländern Asiens, des Nahen Ostens, Afrikas, Lateinamerikas und der östlichen Karibik. Diese Konflikte in der Dritten Welt sind offensichtlich weniger bedrohlich als es jeder Krieg zwischen der Sowjetunion und den USA sein würde, obwohl sie bereits einen nachteiligen Einfluß auf den Zugang der USA zu kritischen Regionen, auf die amerikanische Glaubwürdigkeit unter Verbündeten und Freunden und auf das amerikanische Selbstvertrauen hatten und ihn in zunehmendem Maße haben werden. Wenn dieser sich verstärkende Effekt in Zukunft nicht unter Kontrolle gebracht oder umgekehrt werden kann, wird er die Fähigkeit der USA, ihre Interessen in den wichtigsten Regionen, wie dem Persischen Golf, dem Mittelmeer und dem Westpazifik, zu verteidigen, schrittweise untergraben.

In den kommenden Jahrzehnten werden die Vereinigten Staaten besser darauf vorbereitet sein müssen, mit Konflikten in der Dritten Welt umzugehen. Die Vorbereitungen werden nicht kostspielig sein. Sie erfordern jedoch eine neue Art der Planung, da häufig Einsatzaufträge, Kräftestrukturen und gegenwärtig im Bestand der USA nicht vorrätige Ausrüstungen notwendig sind.

Die Gewalt in der Dritten Welt bedroht unsere Interessen auf die vielfältigste Weise. Sie kann eine junge und unerfahrene Demokratie (wie in El Salvador) bedrohen, das Drängen auf eine umfangreiche Auswanderungsbewegung in die Vereinigten Staaten (wie bei den Kriegen in Mittelamerika) verstärken, wichtige Stützpunkte der USA (wie auf den Philippinen) gefährden, lebenswichtige Seewege (wie im Persischen Golf) bedrohen oder für die Sowjetunion und ihre Stellvertreter günstige strategische Möglichkeiten eröffnen.

Die Sowjetunion und ihre Verbündeten haben häufig Terrorismus und Erhebungen in der ganzen Welt gefördert.

Viele unserer Probleme mit der Dritten Welt bewegen sich in dem Bereich, der „Konflikt mit geringer Intensität“ genannt wird. Der Begriff bezieht sich auf Aufstände, organisierten Terrorismus, paramilitärische Verbrechen, Sabotage und andere Formen von Gewalt in einer Grauzone zwischen Frieden und offener Kriegerführung unter Beteiligung großer Einheiten. Um ihre Interessen in der Dritten Welt angemessen verteidigen zu können, werden die Vereinigten Staaten einen Konflikt mit geringer Intensität viel ernster nehmen müssen. Wenn man an Konflikte mit geringer Intensität denkt, sollte uns dies zu einer Reihe von Veränderungen führen. Wir werden abschätzen müssen, daß unser Sicherheitsbeistand auf Länder ausgerichtet ist, die vor langanhaltenden Bedrohungen stehen, und wir werden bei der Lieferung stabiler Hilfeleistungen über einen gewissen Zeitraum hinweg als verlässlich gelten müssen.

Wir müssen auch an die Konflikte mit geringer Intensität als eine Form der Kriegerführung denken, die nicht nur für das Verteidigungsministerium ein Problem darstellt. In vielen Situationen werden die Vereinigten Staaten Diplomaten und Informatikspezialisten benötigen, Landwirtschaftschemiker, Bankiers und Ökonomen, Hydrologen, Kriminologen, Meteorologen und eine ganze Reihe weiterer Fachleute.

Die hier angeführten strategischen Konzepte, die sich mit Konflikten geringer Intensität beschäftigen, könnten mit etwa vier Prozent des Verteidigungshaushaltes finanziert werden und sich damit auf jährliche Ausgaben von etwa zwölf Milliarden Dollar belaufen. Dieser Betrag könnte im Rahmen des gegenwärtigen Budgetumfangs des Verteidigungsministeriums zur Verfügung gestellt werden, ohne daß damit unsere Fähigkeit zur Führung von Kriegen höherer Intensität entscheidend beeinträchtigt werden würde. Langfristig würde jede solche Verla-

gerung der Prioritäten tatsächlich unsere Situation gegenüber der Sowjetunion stärken.

Konflikte in der Dritten Welt werden in Zukunft viele unterschiedliche Reaktionen der Vereinigten Staaten notwendig machen, es ist jedoch möglich, einige Richtlinien für die US-Strategie näher zu benennen.

1. US-Kräfte werden im allgemeinen nicht direkt an Kämpfen beteiligt sein. Eine kämpfende Rolle für die bewaffneten Streitkräfte der USA in der Dritten Welt muß als Ausnahmeerscheinung angesehen werden. Einige Ausnahmen, wie 1983 in Grenada und 1986 in Libyen, werden zweifellos eintreten, und es käme für die Vereinigten Staaten einer Selbstverpflichtung gleich, eine Doktrin des „Nichteinsatzes“ für ihre Kräfte in der Dritten Welt aufzustellen. Doch die Hauptaufgabe unserer Kräfte dort wird darin bestehen, die Programme des Sicherheitsbeistands der USA auszubauen. Dies bedeutet hauptsächlich die Vermittlung militärischer und technischer Kenntnisse und die Unterstützung bei der Aufklärung und Logistik.

2. Die Vereinigten Staaten sollten antikommunistische Erhebungen unterstützen. In sorgsam ausgewählten Situationen, bei denen wichtige Ziele der USA betroffen sind und in denen die Unterstützung der USA den Ausgang günstig beeinflussen könnte, sollten die Vereinigten Staaten antikommunistische Erhebungen unterstützen, besonders jene gegen Regimes, die ihre Nachbarn bedrohen.

3. Der Sicherheitsbeistand erfordert eine neue Gesetzgebung und mehr Mittel. Der Beistand der USA in ökonomischer und sicherheitstechnischer Hinsicht — die Auslandshilfeprogramme zur Unterstützung von Freunden und Verbündeten der USA mit dem Ziel, grundlegende Ursachen der Instabilität abzubauen — hat sich als ungenügend und inflexibel erwiesen. Der Kongreß hat wiederholt die Forderungen der Regierung gedrückt und 86 Prozent der Militärhilfe für nur fünf Länder bestimmt. Zum Beispiel hat der Kongreß von den fünf Milliarden Dollar aus dem Haushalt für 1987 für weltweiten Sicherheitsbeistand 62 Prozent für Ägypten und Israel, 17 Prozent für Griechenland und die Türkei und sechs Prozent für Pakistan bereitgestellt.

Da die offensichtliche Notwendigkeit bestand, Mittel für El Salvador, Honduras und die Philippinen bereitzustellen, hatte die Regierung nur weniger als zehn Prozent für den Rest der Welt zur Verfügung. Und auch hier schränkte der Kongreß die Flexibilität des Präsidenten bei der Behandlung von Konflikten ein, die die Interessen der USA bedrohen. Gewöhnlich besteht die wirksamste Militärhilfe, die wir bieten können, in der Ausbildung. Die Zahl der amerikanischen Militärangehörigen, die in befremdeten Ländern der Dritten Welt tätig sind, ist stark zurückgegangen. Die Sowjetunion hat heute wesentlich mehr Militärberater in der Dritten Welt als wir.

4. Die Vereinigten Staaten müssen mit ihren Verbündeten der Dritten Welt bei der Entwicklung „kooperativer Kräfte“ zusammenarbeiten. Bedauerlicherweise müssen wir in dieser Hinsicht viel von der Sowjetunion lernen.

Einige Verbündete haben triftige Gründe für eine Beteiligung am Programm der kooperativen Kräfte. Sie können auf unser gemeinsames Interesse an offenen Gesellschaftsordnungen und der Eindämmung oder Umkehrung sowjetischer Erfolge in der Dritten Welt verweisen. Sie erwarten im Verlauf dieser Zusammenarbeit die Verbesserung ihres eigenen militärischen Potentials und möglicherweise eine Verstärkung ihres regionalen politischen und wirtschaftlichen Einflusses. Wir wollen einige mobile Einheiten aufstellen, die in bestimmten Regionen — oder sogar außerhalb von ihnen — für Einsätze vorgesehen sind, etwa nach dem Modell der Truppen Südkoreas oder der philippinischen Eingreiftruppe, die den Vereinigten Staaten in Vietnam half.

5. In der Dritten Welt sollte die Strategie der USA — in ebenso starkem Maße wie in den entwickelten Ländern — darauf ausgerichtet sein, unsere technologischen Vorteile maximal zu nutzen. In einigen Fällen werden Technologien, die für die Bekämpfung der Sowjets entwickelt wurden, außerordentlich nützlich sein. Auch hier wollen wir programmierbare Raketen einsetzen, die in differenzierender Art und Weise wirken und mit denen zusätzliche Zerstörungen für die Zivilbevölkerung vermieden werden können. Moderne Ausbildungsmethoden werden uns weitere wirksame Möglichkeiten bieten, Freunden bei der Bekämpfung des Terrorismus und von Aufruhr zu helfen.

Bestimmte Technologien können bei

der Unterstützung der taktischen Aufklärung besonders nützlich sein, die in Konflikten in der Dritten Welt von entscheidender Bedeutung ist. Dazu gehören:

— moderne informationsverarbeitende Systeme, die uns und unseren Freunden bei der Speicherung, Ordnung, Suche und Zusammenstellung außerordentlich großer Mengen von Daten über aufrührerische oder terroristische Organisationen und einzelne Saboteure und Terroristen unterstützen;

— billige Weltraumsysteme, robuste Flugzeuge und automatische Systeme für die Aufklärung, mit denen man Tag und Nacht und bei jedem Wetter und in jedem Terrain große Gebiete beobachten kann und die den zusätzlichen Vorteil bieten, daß man sie in gewissem Umfang als Ersatz für Flugzeugbesatzungen verwenden kann, die umkommen oder als Geiseln genommen werden könnten;

— Netze von Sensoren und anderen mikroelektronischen Ausrüstungen, die bei der Überwachung der Bewegung von feindlichen Kräften eingesetzt werden;

— bio- und mikromechanische Sensoren mit stark erweiterten Möglichkeiten zur Auffindung von Sprengstoffen (und auch Narkotika);

— naturgetreue digitale graphische Darstellungen von gefährlichen Gebieten (oder für amerikanische Berater gesperrten Gebieten) zur Aufklärung, zur Erprobung von Plänen und für das Training bestimmter Operationen.

Hochtechnologie ist jedoch nicht immer die Lösung. Für viele Verbündete sind einige Transporter der Air Force und Hubschrauber der Landstreitkräfte viel zu groß, zu teuer und zu kompliziert.

6. Die Vereinigten Staaten müssen Alternativen zu Stützpunkten im Ausland entwickeln. In einigen Fällen werden Stützpunkte allerdings weiterhin von entscheidender Bedeutung sein, insbesondere dann, wenn wir uns gegen eine mögliche sowjetische Aggression verteidigen müssen. Wir sollten jedoch bei der Verteidigung unserer Interessen in der Dritten Welt nicht in erster Linie auf Stützpunkte zurückgreifen. Die Aufrechterhaltung von Stützpunkten in diesen Gebieten ist für uns zunehmend schwieriger geworden und fordert einen immer höheren politischen Preis.

Hier kann uns wieder unsere Taktik helfen. Billige Satelliten im Weltall können in bestimmtem Maße die Kommunikations- und Aufklärungsfunktionen von Stützpunkten im Ausland übernehmen. Wir können außerordentlich langlebige — bemannte oder unbemannte — Flugzeuge zur Beobachtung herstellen. Wir verfügen auch über eindrucksvolle Möglichkeiten auf See. Operative Operationen können, von internationalen Gewässern oder von Hoheitsgewässern unserer Verbündeten ausgeführt, weitaus sicherer sein als die von Land aus unternommenen. Zu den interessantesten untersuchten Möglichkeiten gehört die Nutzung von gewöhnlichen Containerschiffen der Handelsflotte zur Unterstützung besonderer Einheiten, wobei in den Containern alle benötigten militärischen Ausrüstungen mitgeführt werden.

III.

Kriege an der Peripherie der Sowjetunion

Ebenso wie die nuklearen Kräfte der Sowjetunion stellen ihre konventionellen Kräfte eine furchterregende Macht dar. Die UdSSR und ihre Satelliten könnten mit Recht davon ausgehen, konventionelle Kriege an verschiedenen Punkten entlang der gesamten Peripherie zu gewinnen und die Territorien anderer Länder zu okkupieren. Die Aussichten ihrer Nachbarn in solchen Kriegen würden sich entsprechend ihren vorherigen Verteidigungsanstrengungen, ihren Beziehungen zu Verbündeten (besonders zu den Vereinigten Staaten) und geographischen Besonderheiten unterscheiden.

Die Nachbarn der Sowjetunion im Fernen Osten sind in einiger Hinsicht im Vorteil. Japan ist durch seine geographische Lage begünstigt. Südkorea ist stark geschützt, und seine Fähigkeit, sich gegen konventionelle Angriffe von Nordkorea aus zu behaupten, sollte noch verstärkt werden; doch die Verteidigung Südkoreas wird unter der Drohung einer möglichen sowjetischen Intervention gesichert werden müssen. Der Beistand der USA wird weiterhin erforderlich sein, um eine solche Intervention von außen zur Unterstützung eines nordkoreanischen Angriffs abzuschrecken.

An anderen Punkten der Peripherie wird das konventionelle Kräfteverhältnis weiterhin zugunsten der Sowjets verla-

gert sein. Sie wären z. B. bei einem Angriff auf Nordchina oder bei einem auf die nördlichen Gebiete Europas begrenzten Angriff im Vorteil. Ein breiter Angriff auf Westeuropa wäre problematischer, doch auch hier fällt das konventionelle Kräfteverhältnis zugunsten der Sowjetunion aus. Der Vorteil der Sowjetunion wäre bei einem Angriff im Gebiet des Persischen Golfes sogar noch größer.

Es wird zuweilen angenommen, daß die Sowjetunion niemals allein nur in der Golfregion angreifen würde, daß ein solcher Angriff mit Sicherheit Teil eines größeren Angriffs auf Europa wäre, oder daß er unweigerlich auf Europa übergreifen würde. Diese Annahme ist unhaltbar. Die Unruhen in der Region, die auf absehbare Zukunft große Bedeutung ihres Öls für die westlichen Länder, die für eine Gegenreaktion in der Region stark eingeschränkten Kräfte — dieser gesamte Komplex von Faktoren legt die Wahrscheinlichkeit nahe, daß die führenden sowjetischen Repräsentanten eine Möglichkeit zur Intervention aufgreifen könnten. Die Fähigkeit des Westens, Bedrohungen in der Golf-Region abzuwehren, hat sich seit den 50er Jahren wesentlich verringert, obwohl die strategische Bedeutung des Gebietes gewachsen ist.

Die Sowjets haben in großem Umfang Investitionen für eine Infrastruktur getätigt, durch die es ihnen möglich ist, Kräfte innerhalb ihres Landes zu bewegen. Ihr Lufttransport ist viel besser ausgebaut als in der Vergangenheit; bei den meisten Ländern der Region ist es wenig wahrscheinlich, daß sie auf sowjetische Überflüge reagieren. Wenn die sowjetischen Kräfte in Afghanistan verbleiben, werden sie sich auf jeden Fall in viel größerer Nähe des Golfs befinden. Die einsatzfähigen Kräfte der Allianz sind dagegen viel weiter entfernt. Sie würden aus Nordamerika kommen und müßten auf ihrem Weg aufgetankt und einsatzbereit gemacht werden. Und einige der Stützpunkte, die für solche Operationen am geeignetsten wären (in Spanien und auf den Azoren), könnten wiederum durch Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich der Nutzung durch die USA gefährdet sein.

Nicht alle Trends sind ungünstig. In den vergangenen sieben Jahren ist die Kapazität für den Transport auf dem Luft- und Seeweg der USA um etwa 50 Prozent gestiegen. Es bestehen für uns Möglichkeiten, auf dieser Verbesserung aufzubauen und unsere Fähigkeit zur Verteidigung des Golfs zu erhöhen. Die Verteidigung wird jedoch in entscheidendem Maße davon abhängen, ob wir zuverlässige Luftstreitkräfte in der Region haben. Wenn wir über Stützpunkte in der Nähe des Golfs verfügen, wird unsere Fähigkeit steigen, taktische Luftstreitkräfte zusätzlich zu jenen zusammenzuziehen, die von unseren Flugzeugträgern bereitgestellt werden könnten.

Eine amerikanische Luftstreitmacht wäre tatsächlich eine wirksame Bedrohung für die in einen Golfstaat einfallenden sowjetischen Truppen, die notwendigerweise an verschiedenen Punkten in Iran, Afghanistan oder ihren Stützpunkten im Transkaukasus zusammengezogen werden würden.

Das wichtigste Problem für uns ist, daß wir — abgesehen von trägergestützten Flugzeugen und bodengestützten Langstreckenflugzeugen — keinen gesicherten rechtzeitigen Zugang für unser Luftwaffenpotential haben. Die Aufgabe lautet, uns dies zu verschaffen.

Die Türkei, die NATO-Mitglied ist, schließt geografisch an das große militärische Gebiet der Sowjetunion an, von dem aus die Region bedroht wird. Der Ausbau des türkischen Verteidigungspotentials, insbesondere der Luftstreitkräfte, würde jede sowjetische Planung von Operationen in der Golfregion wesentlich beeinträchtigen. Wenn die anderen NATO-Verbündeten deutlich ihr Vermögen und ihre Fähigkeit demonstrieren, einen sowjetischen Angriff gegen die Türkei zurückzuschlagen, könnten sie dieses sowjetische Dilemma noch verstärken.

Außerdem sollten wir andere Freunde in dieser Region — zum Beispiel Saudi-Arabien — weiterhin ermutigen, mit dafür zu sorgen, daß den USA besserer Zugang gewährt wird und daß der einzigen Macht, die sie in einem Katastrophenfall verteidigen kann, Stützpunkte zur Verfügung gestellt werden. In dieser Hinsicht sind in den zurückliegenden Jahren beträchtliche Fortschritte erzielt worden, aber es ist noch mehr erforderlich. Die uns in dieser Region drohende Gefahr besteht darin, daß die Sowjetunion in der Lage sein wird, sehr schnell, bevor wir die geringste Chance haben, sie daran zu hindern, enorme Streitkräfte dorthin zu bringen.

Bei der Entwicklung einer Strategie

für den Umgang mit der konventionellen Macht der Sowjetunion stellen wir eine Binsenwahrheit fest: Im nuklearen Zeitalter bliebe kein konventioneller Krieg, bei dem es zu Kämpfen zwischen amerikanischen und sowjetischen Streitkräften käme, von Kernwaffen unberührt. Der Krieg würde zwangsläufig im Schatten nuklearer Bedrohungen geplant und geführt.

Bei den Strategien für einen konventionellen Krieg in Europa kommt man wiederholt auf dieses Thema zurück. Die USA und ihre Verbündeten haben häufig erklärt, daß ihre Streitkräfte in Europa nicht so ausgerüstet seien, einem Kampf über eine bestimmte Anzahl von Tagen hinaus standzuhalten, und daß sie dann zu Kernwaffen greifen müßten.

Könnte man dem Bündnis noch Glaubwürdigkeit bescheinigen, wenn letzteres tatsächlich seine Botschaft ist? Kann sich die NATO auf Androhungen einer Eskalation stützen, mit der, wenn sie wahr gemacht würden, ihre eigene Vernichtung (zusammen mit der der Sowjetunion) garantiert wäre?

Wie steht es um die Möglichkeit, daß das Bündnis der sowjetischen Armee eine Niederlage zufügen oder sie zumindest zum Stillstand bringen könnte, ohne von Kernwaffen Gebrauch machen zu müssen? Zahlreiche Experten behaupten, daß dies tatsächlich möglich sein dürfte. Sie verweisen auf die qualitative Überlegenheit der NATO-Waffen und führen das Argument an, daß der Invasor wahrscheinlich über eine gewaltige Überlegenheit hinsichtlich der Truppenstärke verfügen müßte.

Diese Analysen sind jedoch möglicherweise fehlerhaft. Die Streitkräfte des Warschauer Paktes haben den qualitativen Vorsprung der NATO in den vergangenen Jahren wesentlich verringert.

Der Warschauer Pakt ist jetzt durchaus in der Lage, einen Überraschungsangriff durchzuführen, und er könnte diese Fähigkeit im nächsten Jahrzehnt noch ausbauen.

In den zurückliegenden Jahren ist das amerikanische konventionelle Verteidigungspotential in Europa wesentlich verbessert worden. Die wichtigsten Verbesserungen betrafen die höhere Einsatzbereitschaft und Moral der Soldaten. Außerdem haben wir die Befehls- und Kontrollsysteme verstärkt und moderne Munition eingeführt. Andere Ausrüstungen sind ebenfalls erheblich modernisiert worden — das betrifft zum Beispiel die Indienstellung von 4000 M-1-Panzern, 1000 neuen Hubschraubern (AH-64 und UH-60) sowie 1200 neuen F-16 Kampfflugzeugen. Künftig sollte man sich bei der Stärkung der nichtnuklearen Verteidigung Europas auf die intensivere Beschaffung moderner konventioneller Waffen sowie moderner Ausbildungstechnologie konzentrieren. Die NATO muß sich wieder die technologische Überlegenheit verschaffen, die von jeher ein bedeutsamer Vorteil der Westmächte war.

Die Position des Bündnisses könnte durch neue Militärtechnologien verändert werden. Zu den wichtigsten Technologien gehören: die bereits eingesetzten modernen Prozessoren, die eine erhöhte Effektivität für Befehls- und Aufklärungsfunktionen in Aussicht stellen, die für treffsichere Abstandswaffen und in neuen Zielerfassungssystemen für diese Waffen, die in Systemen mit „geringer Entdeckungswahrscheinlichkeit“ (Stealth) für Flugzeuge und andere Fahrzeuge sowie für modernisierte ballistische Raketen und Flugabwehrsysteme.

Die modernisierten Waffen würden dazu beitragen, daß die NATO ihre Pläne für den sogenannten Follow-on Forces Attack (FOFA — Angriff auf nachfolgende Kräfte) realisieren kann — eine Konzeption, die 1984 im Bündnis durchgesetzt wurde. Der zentrale Gedanke des FOFA-Konzepts besagt, daß eine rein statistische und nicht genügend in die Tiefe reichende Verteidigung keine Aussicht bietet, eine Invasion zurückzudrängen — daß das Bündnis unverzüglich Luftangriffe gegen die nachfolgenden Kräfte des Feindes im Hinterland starten muß. Aber Luftangriffe wären nicht ausreichend. Eine glaubwürdige konventionelle Verteidigung muß auch Pläne für Gegenoffensiven der NATO-Landstreitkräfte an der Trennlinie zwischen NATO und Warschauer Pakt einschließen (die natürlich durch eine Invasion des Warschauer Paktes verletzt werden wäre).

Selbst wenn die NATO bedeutsame Modernisierungen ihres konventionellen Verteidigungspotentials vornimmt, wird das Bündnis dennoch zumindest aus zweierlei Gründen Kernwaffen (einschließlich in Europa stationierte Waffen) besitzen wollen. Erstens, weil Kernwaffen verhindern helfen; daß bei einem Angriff Streitkräfte massiert werden. Zwei-

tens, weil die Fähigkeit der NATO, mit kontrollierten und wirksamen nuklearen Schlägen zu reagieren, die sowjetische Versuchung verringern würde, selbst solche Waffen bei differenzierenden Angriffen auf wesentliche Elemente des konventionellen Potentials der NATO einzusetzen.

Der Charakter dieser Abschreckung sollte jedoch weniger zweideutig sein. Das Bündnis sollte nicht damit drohen, Kernwaffen als Kettenglied zu einem umfassenderen und zerstörerischeren Krieg einzusetzen — obgleich die Gefahr einer Eskalation noch vorhanden wäre —, sondern hauptsächlich als ein Mittel, mit dem den eindringenden sowjetischen Streitkräften ein Erfolg versagt wird. Die Kernwaffen würden beispielsweise differenziert bei Angriffen auf sowjetische Befehlszentralen oder Truppenkonzentrationen eingesetzt. Das nukleare Potential des Bündnisses wird, genau wie sein Potential für einen konventionellen Krieg, durch neue Technologien, bei denen Präzision und Kontrolle im Vordergrund stehen, an Abschreckungskraft gewinnen.

Für die sowjetischen Planungsexperten bestünden starke Anreize zu gewährleisten, daß jeder nukleare Angriff auf Streitkräfte der NATO selektiv und differenzierend erfolgt. Bei einem solchen Angriff wäre man bestrebt, sich die Tatsache zunutze zu machen, daß die NATO-Streitkräfte — im Gegensatz zu denen des Warschauer Paktes — nicht auf einen kombinierten nuklearen-konventionellen Krieg vorbereitet sind. Das Bündnis ist in starkem Maße abhängig von einer kleinen Anzahl an Luftstützpunkten und verwundbaren Befehlssystemen.

Obgleich die militärische Macht der Sowjetunion in Ostasien weniger erschreckend als in der Golf-Region oder in Europa ist, hat sie doch zugenommen und stellt zusammen mit den Streitkräften Nordkoreas eine Gefahr für Südkorea dar. Diese Bedrohung löst auch in Japan und anderen Ländern große Beunruhigung aus. Die zunehmende militärische Präsenz der Sowjetunion in Südvietsnam, begleitet von der Ungewißheit um die Zukunft der amerikanischen Stützpunkte auf den Philippinen, wirft die Möglichkeit einer größeren Veränderung in der Südostasien-Strategie auf.

Die Präsenz amerikanischer Streitkräfte in dieser Region stellt eine wichtige Abschreckung vor einem Angriff dar. Sie trägt zur Abschreckung einer sowjetischen Aggression in anderen Regionen bei, und sie hat den Vorteil, nicht besonders kostenaufwendig zu sein. Unsere besondere Stärke besteht in den flexiblen, an jedem Schauplatz einsetzbaren See- und Luftstreitkräften. Genau wie die Streitkräfte für Europa werden auch sie durch intelligente Abstandswaffen, die auf neuen Technologien basieren, ergänzt werden.

IV.

Die extremen Bedrohungen

Die Verteidigungsplanung der Vereinigten Staaten ist lange von zwei extremen Möglichkeiten beherrscht worden. Die erste ist ein massiver konventioneller Angriff des Warschauer Paktes auf die NATO, der in erster Linie auf die Eroberung Westeuropas gerichtet ist. Die zweite, noch apokalyptischere Möglichkeit ist ein massiver sowjetischer Nukleargriff auf strategische Kräfte der USA und andere militärische Ziele im Westen, von denen sich viele innerhalb oder in der Nähe von Städten befinden. Die erste Möglichkeit bietet im Grunde keinem Verbündeten die Chance, sich herauszuhalten, die zweite bietet den Vereinigten Staaten keinen Anreiz, sich zurückzuhalten.

Für viele Vertreter der NATO gibt es eine entscheidende Verbindung zwischen diesen beiden extremen Möglichkeiten. Im Falle eines konventionellen Angriffs des Warschauer Paktes streben sie eine konventionelle Verteidigung der Verbündeten an, die durch die Androhung eines Einsatzes von Kernwaffen unterstützt wird. Das Ergebnis konventioneller Kampfhandlungen wird natürlich die Bedingungen für die Beendigung des Krieges beeinflussen, doch diese Vertreter sind nicht der Ansicht, daß diese Kampfhandlungen einen sowjetischen Angriff aufhalten können. Sie rechnen am Ende mit der Furcht der Sowjets vor einem sich ausweitenden Kernwaffenkrieg, durch die die Invasion aufgehalten und ein Frieden zu annehmbaren Bedingungen für das Bündnis möglich werden kann. Sie betrachten die Möglichkeiten eines „nuklearen Schlagabtausches“, der sowohl die Sowjetunion als auch die Vereinigten Staaten zerstören würde, als letztes Druckmittel bei der Verteidigung gegen einen konventionellen Angriff. So ist schließlich die Abschreckung vor

einem massiven konventionellen Angriff die gleiche wie vor einem nuklearen Großangriff.

Eine Strategie, die auf diesem „nuklearen Schlagabtausch“ beruht, hat ernste Nachteile. Sie ist bestenfalls für diese beiden extremen Möglichkeiten geeignet. Eine zu starke Konzentration auf diese Möglichkeiten lenkt die Verteidigungsplaner davon ab, sich mit vielen anderen wichtigen und weitaus wahrscheinlicheren Situationen zu befassen, in denen die Drohung mit einer nuklearen Vernichtung nicht glaubwürdig wäre.

Die Konzentration auf massive sowjetische Angriffe führt bei den Verteidigungsplanern zu einer eingegengten Sichtweise. Ausgehend davon, daß jeder Angriff schnell weltweite Dimensionen annehmen und zwangsläufig die meisten unserer Verbündeten einbeziehen würde, haben die Planer das Problem der Uneinigkeit der Allianz in der Frage eines selektiven Angriffs (das Problem des Rückzugs) außer acht gelassen. Sie haben unseren Aussichten, die Spannungen innerhalb des sowjetischen Imperiums auszunutzen (und den Osteuropäern Gründe zu liefern, einen Rückzug in Erwägung zu ziehen), nicht genügend Beachtung geschenkt. Sie haben dem Krieg an Europas zentraler Front, wo die Gefahr des Einsatzes von Kernwaffen glaubhafter sein mag, zuviel Gewicht beigemessen und versäumt, sich auf die Möglichkeit sowjetischer Angriffe an den Flanken, in Norwegen oder der Türkei, vorzubereiten.

Wir haben hier dargelegt, daß die extremsten Bedrohungen auch gleichzeitig die am wenigsten wahrscheinlichen sind. Es ist offenbar entscheidend, sie auf diese Art zu behandeln — das umgekehrte Verhältnis zwischen Intensität und Wahrscheinlichkeit der Bedrohung muß weiter beachtet werden. Dieses Verhältnis ist jedoch kein Naturgesetz. Es hängt davon ab, was wir tun, oder was wir nicht tun. Wenn wir uns auf einer höheren Stufe der Kriegführung als schwach erweisen, wird unser Gegner dies als Ermunterung zur Anhebung der Stufe der Gewalt oder zur Androhung, dies zu tun, auffassen. Androhungen von Massenvernichtungen uns gegenüber werden dann viel wahrscheinlicher sein.

Was sollen die Vereinigten Staaten tun, um das Risiko so gering wie möglich zu halten, daß der extremere Fall — der nukleare Großangriff — wahrscheinlicher wird? Die Antwort liegt auf der Hand. Die Abschreckung vor einem solchen Angriff erfordert das garantierte Überleben nicht nur starker Streitkräfte für den Vergeltungsschlag, sondern auch des Befehls- und Kommunikationssystems zu deren Führung. Wir müssen weiterhin dafür sorgen, daß die führenden sowjetischen Politiker niemals auf den Gedanken kommen, sie könnten einen nuklearen Überraschungsangriff mit einer solchen Wirksamkeit führen, daß sogar ein „Schlag mit letzter Kraft“ der tödlich verwundeten Vereinigten Staaten verhindert werden könnte. Für den amerikanischen Vergeltungsschlag auf einen solchen sowjetischen Angriff ist es nicht unbedingt notwendig, daß unsere überlebenden Truppen in der Lage sind, das gesamte Netz der militärischen Ziele in der Sowjetunion zu vernichten. Wenn unsere zivile Gesellschaft vernichtet würde, käme es nicht mehr so sehr darauf an, daß militärische Ziele in der Sowjetunion sofort oder vollständig vernichtet werden.

Zur Abschreckung von wahrscheinlicher erscheinenden sowjetischen Kernwaffenangriffen brauchen wir jedoch auch überlebensfähige Kräfte, die mit differenzierenden Angriffen gegen militärische Ziele reagieren könnten. Das sowjetische Militär hat unmißverständlich ein enormes Interesse an den neuen Fernlenkungs- und Präzisionstechnologien bekundet und wird über das Potential verfügen, militärische Ziele in den Vereinigten Staaten mit Kernwaffen von geringer Zerstörungskraft zu vernichten. Wir können auf ein ähnliches Potential einfach nicht verzichten.

Darüber hinaus sollten wir darin fortfahren, ein Potential anzustreben, das auch Abwehrsysteme gegen ballistische Raketen und Cruise Missiles einschließt. Sogar ein nur partielles Abwehrsystem gegen ballistische Raketen kann den Glauben eines Angreifers an einen Erfolg seines Raketenangriffs auf unsere Kommandozentralen und Militärkräfte verringern. Relativ weit auseinandergezogene Abwehrsysteme könnten gegenüber Raketenangriffen von kleineren Mächten nützlich sein, von denen möglicherweise viele in den kommenden Jahren über Kernwaffen verfügen werden. Derartige Abwehrsysteme könnten auch zur Verhinderung einer Katastrophe im Falle eines unbeabsichtigten Raketenstarts

beitragen. Wir sollten anerkennen, daß eine Stationierung von ersten Abwehrsystemen gegen ballistische Raketen in mehrfacher Hinsicht von Wert sein kann, und wir sollten Forschung und Entwicklung betreiben, die auf derartige erste Potentiale gerichtet sind.

Zur Abschreckung vorstellbarer sowjetischer Angriffe müssen wir in der Lage sein, nicht nur differenzierend zu reagieren, sondern wir müssen auch über einige Möglichkeiten verfügen, um einen solchen Krieg in Grenzen zu halten, zu gewährleisten, daß er sich nicht schnell zu einer Apokalypse entwickelt. Die Revolution in der Mikroelektronik und Photonik verbunden mit Fortschritten in bestimmten Weltraumtechnologien haben die Arten der Telekommunikation für die Kommandozentralen vervielfacht und im allgemeinen die Möglichkeit einer überlebensfähigen Führung und Leitung wesentlich erhöht.

Sie haben die Schaffung eines Kommandosystems auf der Grundlage mehrerer Zentralen ermöglicht, deren Schutz in ihrer Vielzahl liegt. Das Bild einer „entkapselten“ Kernwaffenstreitmacht sollte der Vergangenheit angehören. Die Annahme, daß in einem Kernwaffenkrieg die Führung und Leitung sofort zusammenbrechen werde, hat dazu geführt, daß einige Verfechter der Auffassung von „Stabilität“ durch gegenseitige Verwundbarkeit den Start unserer strategischen Raketen befürworten, sobald ein Warnsystem der USA einen sowjetischen Raketenstart signalisiert. Dieses Konzept ist ein leichtsinniges Spiel mit dem Schicksal. Es muß aus unserer Langzeitstrategie verbannt werden.

VI.

Bewältigung der Technologie

Obwohl sich die Strategie der USA seit dem Zweiten Weltkrieg stets weitgehend auf unsere technologische Überlegenheit gestützt hat, ist die Überlegenheit der amerikanischen Technologie heute viel geringer als früher. Sogar einige Länder der Dritten Welt entwickeln sich jetzt zu selbständigen Produzenten und Nutzern von Hochtechnologie. Die Sowjetunion ist in einer Reihe von Bereichen im Vormarsch.

Die Mittel, die im amerikanischen Budget für Forschungs- und Entwicklungsarbeiten bereitgestellt werden, sind begrenzt und ungleichmäßig verteilt, und zwischen Mitte der sechziger und Ende der siebziger Jahre hat die Technologiebasis eine wesentliche Schwächung erfahren. In der Zeit von 1965 bis 1980 gingen die Ausgaben für militärische Forschung und Entwicklung um etwa 20 Prozent zurück.

Gleichzeitig hat sich der Charakter der wesentlichen Forschungs- und Entwicklungsprojekte der amerikanischen Verteidigungsindustrie (deren Auslagen das Verteidigungsministerium zum Teil zurückerstattet) sehr verändert. Während diese Aktivitäten in den fünfziger und sechziger Jahren stark innovationsorientiert waren, sind sie in den siebziger und achtziger Jahren zunehmend konservativ geworden. Diese Trends sind beunruhigend. Es ist möglich, daß die USA bei einer wachsenden Zahl von Grundtechnologien mit wichtigen militärischen Anwendungsmöglichkeiten ihre Überlegenheit an die Sowjetunion verlieren. Überdies ist die Sowjetunion bei der Umsetzung wissenschaftlicher Erkenntnisse auf stationierte militärische Systeme in jüngster Zeit viel erfolgreicher gewesen als wir.

In den kommenden Jahren werden wir ein Beschaffungsverfahren brauchen, das Koordinierung und Tempo fördert und einen Ansporn für Innovationen bietet. Das Verteidigungsministerium hat durch die Anwendung der Empfehlungen der Packard-Kommission bei seinen Bemühungen um ein dynamischeres Beschaffungsverfahren recht gute Fortschritte erreicht. Aber die Reformen müssen noch weiter geführt werden — am besten in Partnerschaft mit dem Kongreß.

Der Prozeß der Bedarfsbewertung, was Forschung und Entwicklung betrifft, und die Rüstungsbeschaffung müssen von einer langfristigen Einschätzung der Strategie der USA und der technologischen Möglichkeiten geleitet sein. Bei diesem Prozeß sollten neue Konzepte für die Befriedigung unserer grundlegenden strategischen Bedürfnisse durch neue Systeme und neue Operationstaktiken nicht nur toleriert, sondern sogar aktiv gefördert werden. Wir können jetzt entscheiden, welche Programme im Rahmen der neuen Langzeitstrategie höchste Priorität haben sollten.

Im allgemeinen zählen dazu Programme, die unsere Fähigkeit stärken, durch kontrollierte, differenzierende Gewaltanwendung auf Aggressionen zu reagieren.

Außerdem gehören dazu Programme, die auf unterschiedliche Weise die Flexibilität erhöhen und die Auswahl der Entscheidungsmöglichkeiten, die künftige Präsidenten haben, vergrößern. Wir sollten auch den Ausgaben für Grundlagenforschung und modernste Entwicklung hohe Priorität beimessen — eine höhere als in den vergangenen Jahren.

Unter den Programmen, die diese Kriterien erfüllen, scheinen folgende vier besonders dringend zu sein:

1 — Einbeziehung von Systemen mit „geringer Entdeckungswahrscheinlichkeit“ (Stealth) in unser militärisches Potential;

2 — „intelligente“ Waffen — gelenkte Präzisionswaffen, die hohe Trefferwahrscheinlichkeit mit großer Reichweite verbinden;

3 — Abwehrsysteme gegen ballistische Raketen und

4 — Weltraumsysteme, die für Operationen in Kriegszeiten benötigt werden.

Bei einem konventionellen Angriff würden die Sowjets ihre eigenen Satelliten als wesentliche Unterstützung ihrer militärischen Operationen benutzen. Deshalb benötigen wir die Mittel, um die Funktionstüchtigkeit sowjetischer Satelliten zu beeinträchtigen, und zwar nicht nur als Reaktion auf sowjetische Angriffe auf unsere Satelliten, sondern weil die Sowjets ihre Satelliten zur Unterstützung von Land-, See- und Luftstreitkräften beim Angriff auf unsere Luft-, Land- und Seestreitkräfte zur Erlangung und Weitergabe von Informationen benutzen würden.

Durch sorgfältig konzipierte Abrüstungsabkommen, die die Verteilung und Funktionsweise der Satelliten in Friedenszeiten regeln, könnten die Maßnahmen zur Selbstverteidigung verbessert werden. Doch können Abrüstungsabkommen nicht verhindern, daß ein Gegner in Kriegszeiten ein verwundbares System angreift. Ein theoretisch vollständiges Verbot von Satellitenabwehrwaffen (ASAT) würde die Satelliten nicht retten, da die Satelliten des Gegners selbst als ASAT benutzt werden könnten. Und durch Veränderungen ihres Lenksystems können auch ICBM und SLBM für den Einsatz gegen Satelliten umfunktioniert werden. Auf jeden Fall brauchen wir relativ widerstandsfähige Weltraumsysteme, wenn ein wohldurchdachtes Abrüstungsabkommen von Nutzen sein soll.

Um unsere Schwäche im Weltraum zu beheben, brauchen wir zumindest folgendes:

— ein in denkbaren Kriegssituationen einsetzbares Überwachungs- und Beobachtungssystem, das uns vor bevorstehenden Angriffen auf unsere Satelliten warnt. (Dieses System sollte durch die notwendigen zusätzlichen Leistungen und Kosten der Weltraumüberwachung und -beobachtung für die Verteidigung gegen ballistische Raketen nicht verzögert werden);

— mehr Satellitensysteme, die einen Kriegsfall überdauern können, u. a. die Verwendung kleinerer, weniger kostspieliger Satelliten, die gegen einfache Ersatzsatelliten ausgewechselt werden können (und im Unterschied zu unseren in Friedenszeiten benutzten Satelliten nicht viele Jahre funktionstüchtig bleiben müssen);

— ein Potential für Kriegszeiten, darunter mobile Satelliten-Startvorrichtungen, um beschädigte und verbrauchte Satelliten zu ersetzen;

— ein Satelliten-Kontrollsystem, das zur Unterstützung dienen und in Kriegssituationen bei Störversuchen und bei wiederholten regelrechten Angriffen eine kontinuierliche Funktionsfähigkeit sichern soll. Eine mögliche Lösung wäre ein mobiles, verzweigtes System, dessen Basis sich auf dem Festland der USA befinden würde, wobei einige Elemente vielleicht tief unterirdisch geschützt untergebracht werden könnten, um auch im Falle eines nuklearen Angriffs weiterhin einfache Funktionen zu erfüllen;

— ein Potential für Kriegszeiten, um feindliche Satelliten in jeder Höhe funktionsuntüchtig zu machen und die auf dem Erdboden befindlichen Elemente der gegnerischen Weltraumsysteme mit nichtnuklearen Waffen anzugreifen;

— eine bessere Umstellung ziviler Satellitensysteme auf den militärischen Einsatz in Krisen- und Kriegszeiten;

— eine bessere Bildung und Ausbildung (ergänzt durch vereinfachte Systeme) des bei Weltraumoperationen eingesetzten Personals;

— die Erwägung eines möglichen stillschweigenden Übereinkommens oder sogar eines regelrechten Abkommens mit den Sowjets über Selbstverteidigungszone rings um viele der Satelliten innerhalb der entscheidenden Weltraumsysteme

me auf beiden Seiten — mit derselben Begründung, die zur Rechtfertigung der Selbstverteidigung von auf See befindlichen Schiffen gegen Übergriffe dient, denen nur feindselige Motive zugrunde liegen können. Eine Vereinbarung solcher Art könnte einige Zugänge zu den Selbstverteidigungszone gestatten und würde normale, nichtbedrohliche Satelliten-Operationen, u. a. vielleicht einige Inspektionen, nicht berühren.

Frankfurter Rundschau

4. März 1988.

TREVI - KEIMZELLE VON EUROPOL

"Die TREVI-Zusammenarbeit wurde (...) im Rahmen der EWG gegründet", stellte Arne Baun auf einer Tagung des Bundeskriminalamtes über "Internationale Verbrechensbekämpfung - Europäische Perspektiven" klipp und klar fest. BKA-Chef Heinrich Boge auf derselben Tagung: "TREVI hat sich die Verbesserung der Zusammenarbeit in den Bereichen Terrorismus und Extremismus innerhalb der EG zum Ziel gesetzt und deckt damit ein Feld ab, das Interpol seinen Statuten entsprechend weitgehend ausklammern muß."

Einblick in das TREVI-Innenleben auf Ministerebene gewährt das Protokoll des EG-Justiz- und Innenministertreffens im April letzten Jahres in Brüssel. Dabei ist besonders interessant, daß die Minister zunächst in ihrer Eigenschaft als "Ad hoc-Gruppe zu Einwanderungsfragen" asylpolitische Fragen diskutieren, bevor sie dann unter Punkt 2 als "Versammlung der TREVI-Minister" weitergehen. Hauptthema ist die Schaffung eines "geschützten Kommunikationsnetzes" zwischen den beteiligten Diensten der Mitgliedstaaten. Arbeitstitel: "Memoire TREVI - Gedächtnis TREVI". Außerdem sollen die Beziehungen zu "befreundeten Drittländern" und anderen Abwehrdiensten verstärkt werden.

Dann tüfteln die Minister an einem Vertrag "über den Austausch von Informationen (...) über unerwünschte Ausländer aus Drittländern, die eine Bedrohung im Bereich des Terrorismus darstellen." Außerdem soll die Überwachung von Personen und Gütern aus "Regionen, in denen ein hohes Terrorismus-Risiko besteht", (gemeint ist der Nahe Osten) intensiviert werden.

(TAZ, 14.6.88)

Interne Dokumente aus EG-Spitzengremien

"EG 92" bedeutet vereinheitlichte Abwehr und verstärkte polizeiliche Kontrolle von unbekannten Europa-bürgerInnen vor allem Drogenabhängigen - und Flüchtlingen, MigrantInnen und "Sicherheitsrisiken". Dies geht aus zwei internen Dokumenten der Geheimgremien TREVI und "Schengen" hervor.

14. Juni 1988 im luxemburgischen Schengen ("Schengen Gruppe"), 2. Juni 1988 in München (TREVI Gruppe): Zwei entscheidende Treffen der beiden wichtigsten polizeipolitischen Gremien auf Europa-Ebene finden in der Öffentlichkeit kaum Resonanz. Dies obwohl MinisterInnen und StaatssekretärInnen aus der Europäischen Gemeinschaft (EG) je Absprachen erzielen, die für Europas BürgerInnen von weitreichender Bedeutung sein werden: "Ausgleichsmassnahmen im Sicherheits- und Polizeibereich", so ein internes Papier vom 7. März 1988.

Den Widerstand unter einen Hut packten bisher einzig autonome Gruppen aus den Niederlanden: Ein Anschlag auf eine Druckerei in Schiedam am 25. Januar 1988 sollte vor den Gefahren des geplanten einheitlichen Reisepasses für alle EG-BürgerInnen warnen.

Die zwei obersten Polizeigremien

TREVI und "Schengen" gibt es seit 1975 bzw. 1985. TREVI umfasst die Justiz- und Innenminister aller zwölf EG-Staaten, "Schengen" indes bildet eine EG-Auslese: BRD, Frankreich und die Benelux (Belgien, Niederlande, Luxemburg) sind darin vertreten. Die Schenger Gruppe versteht sich als "Vorhut der EG" mit "Pionierfunktion", so Waldemar Schreckenberger, Staatssekretär aus dem BRD-Kanzleramt. Die fünf "Schengen"-Staaten sollen die Aufhebung ihrer

TREVI-Geheimpapier: die «Ausgleichsmassnahmen»

Bisher wenig oder gar nicht bekannt ist eine ganze Reihe der von TREVI und «Schengen» geplanten «Sicherheitsmassnahmen»; diese sind enthalten in einem neunseitigen Kurzprotokoll über die früheren TREVI-Verhandlungen vom 28. April 1987 in Brüssel sowie im «Schengen»-Papier vom 7. März 1988 und in Äusserungen vom 14. Juni in Luxemburg.

● **Flüchtlinge, Migration:** Visumskontrollzwang vor dem Abflug in ein EG-Land «möglicherweise durch einen Konsulatsbeauftragten» oder durch die Fluggesellschaft selbst, Rücktransportzwang für die Airlines. «bei ungenügenden Papieren» der Flüchtlinge. Schnellverfahren («simplified investigation procedure») bei «klarem» Fehlen von Asylgründen, oder wenn «öffentliche Ordnung oder die nationale Sicherheit gefährdet ist». Erstasylabkommen, gemäss dem der asylablehnende Staat «dafür sorgt, dass die betroffene Person nicht in einen anderen Mitgliedstaat weitergeht». «Ver-

stärkung» der Kontrolle der Aus-sengrenzen (inklusive jener der Schweiz), insbesondere jener in Häfen und Flughäfen.

● **«Drogenhandel»:** Verstärkte Abschiebung von KonsumentInnen und Dealern innerhalb der EG. «Massnahmen zur Lokalisierung der Drogenszene».

● **«Terrorismus»:** Einrichtung eines «geschützten Kommunikationssystems» («TREVI memory»). Bericht «über die Bedrohung der EG durch den Terrorismus». Informationsaustausch über «unerwünschte Ausländer aus Drittstaaten», die des «Terrorismus» verdächtig werden können.

● **Allgemeines:** Kontrollverfahren innerhalb der EG-Staaten «gegen Angehörige von Drittstaaten in unregelmässiger Situation sollen verstärkt, (...) Rück-schaffungsverfahren («return procedures») effektiv eingerichtet werden». Ferner: Einrichtung EG-weiter Informationssysteme und «Austausch von Fahndungs-/Geheimdienstbeamten» innerhalb der EG und gegenüber befreundeten Drittstaaten.

Zollschranken schon ab 1990 testen, während die Gesamt-EG erst ab 1992 auf Grenzkontrollen verzichten will. Dieser freie Personenverkehr stört die Polizei-PolitikerInnen. Schreckenberger, "Schengen"-Spezialist der BRD, meint, "der derzeitige Sicherheitsstandard" müsse "im wesentlichen gehalten werden", und TREVI-Unterhändler Eckehart Schiffer vom BRD-Innenministerium unter Friedrich Zimmermann betont, "keinesfalls dürfe durch die Schaffung des Binnenmarktes ein Sicherheitsdefizit entstehen".

An ihren halbjährlichen Treffen haben die Arbeitsgruppen von TREVI und "Schengen" zum Teil bereits vertragsreife Abkommen erzielt; Beschlüsse gab es ebenfalls bereits. So hat TREVI im Dezember 1987 in Kopenhagen die Visumpflicht für Flüchtlinge aus allen in Westeuropa aktuellen Verfolgerstaaten eingeführt (auf 1.1.1988) und einen "Fonds für die Kosten von Abschiebungen" eingerichtet. Die Ergänzung des "Schengen Abkommens" ist auf kommenden Dezember in Belgien angekündigt; darin enthalten sein wird das "Abkommen über das Erstasyl", wie den Äusserungen Schreckenbergers vom 14. Juni und seinem Papier vom 7. März 1988 (vgl. Kasten) zu entnehmen ist.

TREVI und "Schengen" verstärken den Eindruck, "EG 90/92" habe eine Zweiklassengesellschaft zum Ziel. "Die Bequemlichkeit von Reisenden der Gemeinschaft (EG) (...) soll nicht unter der Verstärkung der Kontrollen leiden", heisst es im TREVI-Papier 1987 wörtlich. Demgegenüber gestand Ministerialdirektor Eckehart Schiffer am 3. Juni 1988 in München ein, "die Einreise von Nicht-EG-Bürgern in die Gemeinschaft könne sich in gewisser Hinsicht erschweren". Der EG-Pass ist bei TREVI und bei "Schengen" ausdrücklich eingeplant.

Ort und Zahl von Personenkontrollen werden ab 1990/92 vervielfacht werden: Dies ist die direkte Folge der gehobenen Schlagbäume innerhalb der EG-Staaten. Staatssekretär Schreckenberger bestätigt dabei, dass nicht sämtliche Grenzbeamten an die Aussengrenzen der EG versetzt werden. "Ein Teil dürfte an neuralgischen Punkten innerhalb der EG Kontrollen durchführen." Zöllner könnten also zu den im TREVI-Papier vorgesehenen Fahndern ("intercommunication agents") werden.

"Mit anderen Drittstaaten, welche in bezug auf Terrorismus und Schwerverbrechen dieselbe Meinung (wie die EG) vertreten (Schweiz, Schweden, Australien,...), sind Kontakte geknüpft worden."

Alle Unterlagen sind im "Dossier EG 90/92" enthalten, zur "Harmonisierung" der Drogen, Flüchtlings- und Migrationspolitik, mit u.a. taz 14.6.88, "Frankfurter Rundschau", 4.6.88, internes TREVI-Papier (Brüssel 1987, 9 Seiten), internes "Schengen"-Papier (7.3.88, 4 Seiten), Papier der Autonomen Gruppe (Amsterdam, 6 Seiten), und "de Volkskrant" (Amsterdam, 15.6.88), Fr. 6.- c/o Postfach 2655, 3001 Bern.

Die EG-Kommission arbeitet an einer Asyl-Richtlinie für alle EG-Länder

Beim folgenden Text handelt es sich um ein internes Diskussionspapier zu dem geplanten Asyl-Richtlinienentwurf der EG-Kommission. Nach den Vorstellungen der Autoren soll er bis zum 31. Dezember 1991 in Kraft treten. Aus dem ihr vorliegenden französischen Text veröffentlicht die taz eine Zusammenfassung der entscheidenden Punkte.

Einrichtung eines Asylkomitees zur Angleichung des Asylrechts in der EG. Das Komitee berät (aber entscheidet nicht) bei Asylfällen, zu denen in den EG-Ländern unterschiedliche Auffassungen bestehen. Jedes Land schickt einen Fachbeamten und einen unabhängigen Experten in das Gremium. Außerdem entsendet das UN-Flüchtlingskommissariat einen Vertreter.

Zuständigkeit (Art. 3 — 13). In Zukunft wird nur ein EG-Staat für einen Asylantrag zuständig sein, dessen Entscheidung dann für alle Mitgliedsländer verbindlich sein wird.

— Zuständig ist das Land, das dem Bewerber eine Aufenthaltsgenehmigung von über drei Monaten ausgestellt hat; — das Transitland, durch das ein Antragsteller ohne gültiges Visum reist; — das Land, an dessen Grenze der Asylantrag zuerst gestellt wird, bzw. in das ein Asylsuchender illegal eingereist ist; — das Land, in dem ein Familienmitglied des Antragstellers bereits ein Asylverfahren laufen hat.

Koordinierung der Anerkennungs-Kriterien (Art. 17 — 19). Das Anerkennungsverfahren wird vom zuständigen Land durchgeführt. Wenn ein Antrag abgelehnt wird, "der in anderen Mitgliedsstaaten anders entschieden werden könnte", wird das Komitee angerufen. "Das beratende Komitee gibt an, welche Entscheidung ihm am geeignetsten für eine Angleichung des Asylrechts in der Gemeinschaft erscheint". Dann "bemühen sich die zuständigen nationalen Stellen, dieser Stellungnahme Rechnung zu tragen." Falls ein Antrag abgelehnt wird und kein anderes

Mitgliedsland aus humanitären Gründen für sein Gebiet Asyl genehmigt, sorgt der zuständige Staat für die Ausweisung und informiert alle EG-Länder davon.

Schnellverfahren (Art. 20 — 24) sind möglich, falls

— ein anderes Land zuständig ist; — ein anderes Land über den Antrag bereits entschieden hat; — falls das Land beweisen kann, daß der Antragsteller legal in einem Nicht-Mitgliedsland Asyl bekommen hat; — falls der Antrag "als offenkundig unbegründet betrachtet wird und den Flüchtlingsstatus mißbraucht." — Anerkannte Asylannten können ohne Visabüro zu drei Monaten in der EG reisen (Art. 25). — Die Mitgliedsstaaten verpflichten sich, bis zum 31. Dezember 1992 auf alle Kontrollen von Flüchtlingen innerhalb der EG zu verzichten (Art. 26). Sie sorgen dafür, daß Informationen über die Identität des Asylannten und sonstige relevanten Informationen untereinander ausgetauscht werden (Art. 2 und 26).

Polymorphe Proteine im menschlichen Haar helfen bei der Täteridentifizierung

Die Täteridentifizierung anhand zurückgelassener Spurenhare stützte sich bislang im wesentlichen auf den mikroskopischen Vergleich ihrer morphologischen Merkmale mit denjenigen der Vergleichshaare tatverdächtiger Personen: ein zeitaufwendiges und oft nicht zu zufriedenstellenden Ergebnissen führendes Verfahren. Bestrebungen, Zuordnungen aufgrund physikalischer oder chemischer Eigenschaften der Haare treffen zu können, scheiterten an mangelnder Individualspezifität dieser Kriterien und mangelnder Reproduzierbarkeit der Untersuchungsergebnisse.

Kriminalistik 12/87

Erstmals wurde jetzt ein neues, im Landeskriminalamt Niedersachsen ausgearbeitetes Verfahren zur vergleichenden Haaruntersuchung vorgestellt, mit dem Unterschiede in den biochemischen Eigenschaften von Haaren erfaßt werden können. Die analytische elektrophoretische Auftrennung sog. polymorpher Proteine im menschlichen Haar ermöglicht in vielen „Haar“-Fällen präzisere Aussagen und stellt damit eine wertvolle Erweiterung der bisherigen Untersuchungsmöglichkeiten dar.

In der überwiegenden Zahl derjenigen Fälle, in denen im Rahmen einer kriminaltechnischen Untersuchung Spurenhare vergleichend zu Haaren tatverdächtiger Personen untersucht werden sollen, hat man es mit telogenen (ausgefallenen) Haaren oder mit Haarbruchstücken zu tun.

Welche erweiterten Möglichkeiten bietet die neue Methode in der kriminalwissenschaftlichen Praxis?

- Schon mit sehr wenig Haarmaterial (in der Regel reicht ein Haarschnitt von ca. 4 cm Länge aus) wird ein typisierbares Protein-Bandenmuster erhalten. Auch in Fällen, in denen nur ein einzelnes Spurenhaar, möglicherweise unauffällig pigmentiert, vorliegt, kann die Keratinanalyse daher eine Zuordnung ermöglichen.

- Es können Einzelhaaruntersuchungen vorgenommen werden. Dies ist von besonderer Bedeutung in Fällen, in denen ein Spurenharkollektiv vorliegt, das nicht zwangsläufig von ein und demselben Spurenleger stammt (z. B. Strumpfmütze, Pudelmütze, Kunsthaarperücke usw., die u. U. von mehreren Personen getragen worden sein können).

- Körperhaare (z. B. Schamhaare) oder Bart-, Augenbrauen- und Wimpernhare, die in ihrer Pigmentierung relativ stark vom Kopfhaar der jeweiligen Person abweichen können und ohnehin geringere Pigmentierungsvielfalt als Kopfhaare besitzen, können im günstigen Fall zugeordnet werden.

- Haare unterschiedlicher Personen, die in ihrer Pigmentierung nur wenig voneinander abweichen, können unterschieden werden, wenn sich die möglichen Spurenleger im Keratintyp unterscheiden.

- Haarmaterial, an dem bereits eine ABO-Blutgruppenbestimmung vorgenommen wurde, eignet sich durchaus noch für eine Keratinanalyse². An demselben Spurenmateriale können damit mehrere Untersuchungen nacheinander vorgenommen werden (Mikroskopie, ABO-Blutgruppenbestimmung und Keratinanalyse); man kann so erheblich mehr Information gewinnen als bisher.

Die recht guten Differenzierungsmöglichkeiten (Bestimmung verschiedener Isoenzym polymorphismen), die die Haarwurzel mit anhaftender Wurzelscheide bietet, können somit in der Praxis nur selten genutzt werden. Man ist in der Regel auf Untersuchungsmethoden angewiesen, mit deren Hilfe der als Spurenhaar zur Verfügung stehende Haar „schaft“ differenziert werden kann.

Mit Röntgendurchleuchtung zu erfassen

MH.- Die anfangs vor allem in US-Zeitschriften formulierte Befürchtung, daß die Pistole GLOCK 17 - mit der nach eingehender Prüfung die gesamte Exekutive der österreichischen Bundespolizei ausgerüstet wurde - bei einer Röntgendurchleuchtung nicht zu erfassen sei, hat sich längst als falsch herausgestellt. Dies schon deshalb, weil einzelne Waffenteile aus Stahl gefertigt sind: Verschuß, Lauf, Verschußfeder und Magazinfeder. Aber auch die Prägeteile aus Kunststoff sind auf den Monitoren von Gepäckdurchleuchtungsanlagen mit einer Leistung von 140-160 KV deutlich zu erkennen. Natürlich hängt dies nicht zuletzt von der Ausbildung des Bedienungspersonals ab.

Bleibt zu hoffen, daß die Sicherungsindustrie, soweit es die Detektion von gewalttem plastischen Sprengstoff angeht, ihre Geräte bald soweit entwickelt hat, daß auch hier eine Entdeckung möglich wird.

RUC CAN USE FORCE IN GENETIC TEST

Police officers in Northern Ireland will be empowered to take mouth swabs forcibly for genetic testing from people suspected of serious offences. Forensic scientists can identify each unique genetic code, the DNA fingerprint, from samples of body-fluid. Only identical twins share the same genetic code and the odds against two people having the same DNA fingerprint are 25 million to one. The samples would not necessarily be destroyed if a person was released without charge after being questioned about terrorist offences. The security forces in Northern Ireland would use the power on hundreds of innocent people. "Most people held under the prevention of terrorism are released without charge".

(Guardian, 18.6.88)

WARNUNG !

DIRK STRANDENAES WIEDER AUFGETAUCHT

Im Mai '88 wurde Dirk in Hamburg von Leuten erkannt. Er hatte im Sept. '87 durch falsche Aussagen den Bullen zahlreiche Zugriffe auf die linke Szene ermöglicht. Bekannt ist, daß Dirk eine ganze Reihe von Therapie- und Knastaufenthalten wegen Drogen und einer Vergewaltigung hinter sich hat. Er wurde im Mai '87 auf Bewährung entlassen. Schon während seiner Haft suchte er politische Kontakte (Gefangene, Knastgruppen, Anwältinnen etc.) sie brachen teilweise sehr schnell den Kontakt wieder ab, weil seine Briefe phrasenhaft und unglaubwürdig waren und immer wieder seine Bullenfunktion durchscheinen ließen. Trotzdem konnte er nach seiner Entlassung diese Kontakte benutzen, um in verschiedenen Städten Zugang zu autonomen und anderen linken Zusammenhängen zu finden. Auch hier fiel Dirk durch großmäuliges Militanzgehebe und heruntergelesene auswendig gelernte Zitate auf. Selbst der bescheidenste seiner politischen „Ansprüche“ war in keiner Weise in seinem Alltagsleben wieder zu finden, u.a. beklautete er regelmäßig Leute die er kannte. Auseinandersetzungen über sein Verhalten hat er sich konsequent notfalls durch Ortswechsel, entzogen. Erst, als herauskam, daß er auch ein Vergewaltiger ist, zerbrach seine aufgesetzte politische Identität. Er marschierte zu den Bullen und erfand Beschuldigungen. Auch sich selbst belastete er, um seine politische Identität zu rekonstruieren, d.h. er meint, als politisch verfolgter unsere Solidarität einfordern zu können. Mittels seiner Aussagen bastelte die Bundesanwaltschaft mehrere Par. 129a Verfahren. Daraufhin wurden Wohnungen in Offenbach, Freiburg, München, Karlsruhe, Berlin und Hamburg durchsucht und Andrea B. verhaftet. Sie saß für 2 Monate in Iso-Haft. Anfang Oktober wurden weitere Verfahren, diesmal wegen Par. 308 (Schwere Brandstiftung) eingeleitet. In diesem Zusammenhang gab es wieder Hausdurchsuchungen. Inzwischen mußten diese Verfahren fast alle eingestellt werden. Offenbar fruchteten selbst die angestrebten Bemühungen der Baw, seine spinnerten Aussagen zu beweisen, nicht.

zur Person:

Dirk Strandenaes, geboren 27.10.62, ist ca. 1,80 m. groß und schlacksig. Tätowierung auf dem Oberschenkel, Narben am Handgelenk, braune Augen, Aknenarben im Gesicht, nordeutsche Aussprache, hektisches, nervöses Auftreten. Meist schafft er es Bekanntschaften zu schließen, in dem er sich Unterkunft für kurz oder lange sucht. Oft legitimiert er sich durch angebliche, gemeinsame Freundinnen. Intuitiv schafft er es, innerhalb einer Gruppe einen bestimmten Status zu erringen, sei es durch Erwähnen seiner Knasterfahrung (selbstverständlich verschweigt er seine Vergewaltigeridentität), durch seine Briefkontakte zu politischen Gefangenen, oder durch seine rührseelige Lebensgeschichte ("harte Jugend"). unsere oberflächlichen Umgangsweisen - Mackerverhalten und Sozialarbeiterinnentum - ermöglichen es ihm erst. Genossinnen, Selbstkritik ist lange fällig!!! Wir gehen davon aus, daß Dirk in Hamburg nicht lange bleiben wird, sondern sowohl örtlich, als auch ideologisch nach neuen Zusammenhängen sucht. d.h.: gefährdet sind alle Menschen, die politisch tätig sind!

Im Klartext: Wer mit Dirk Strandenaes auch nur einen Kaffee trinken geht, muß damit rechnen, in den auf Dirks Aussagen beruhenden Bullenkonstrukten aufzutauchen.

VERGEWALTIGER UND SPITZEL DIRK STRANDENAES IN HAMBURG

Dirk Strandenaes saß seit Dez. 79 mit kurzen Unterbrechungen bis Mitte Mai 87 im Knast wegen Vergewaltigung & "bun- kriminalität". Dort versuchte er Kontakte zu politischen Gefangenen & Anwältinnen zu knüpfen. Nach seiner Entlassung flippte er in verschiedenen Städten durch autonome Zusammenhänge und versuchte Leute für militante Aktionen zu gewinnen. Hinter seinem blindwütigen Aktionismus steht keine politische Identität, was sich in Gesprächen & seinem Verhalten immer schnell zeigte. z.B. hat er mehrmals Leuten Geld geklaut. Als einigen Leuten im Sept. 87 klar wurde, daß er auch ein Vergewaltiger ist und sie ihn zur Rede stellten, brach seine Fassade zusammen. Daraufhin ging er zu den Bullen und erfand Beschuldigungen gegen alle Leute, die er kennengelernt hatte. Die Bullen benutzten seine Erfindungen für mehrere 129a-Verfahren in verschiedenen Städten. Eine Frau kam für mehrere Monate in Iso-Haft. Die Anschuldigungen waren alle nicht haltbar. Dennoch waren sie für die Bullen eine gute Gelegenheit die Szene zu durchleuchten.

Das Schwein Strandenaes ist in letzter Zeit mehrfach in der Hamburger Innenstadt gesehen worden. Er ist einwandfrei identifiziert, außerdem wissen wir, daß seine Mutter hier wohnt.

Dirk Strandenaes ist etwa 1,80 m. groß, schlank & hat blond oder grün gefärbte glatte Haare. Er hat braune Augen, trägt einen Schnurrbart und seine Haut ist blaß und zernarbt. Er ist 26, wirkt aber jünger.

Da er in Hamburg nicht alleine gesehen worden ist, besteht die Gefahr, daß er wieder in unsere Zusammenhänge eingedrungen ist. Gebt ihm keine Chance sich in linke Zusammenhänge einzuschleichen, um wieder seine Bullenfunktion zu erfüllen!

VERGEWALTIGER UND SPITZEL HABEN BEI UNS NIX ZU SUCHEN !!!

MITTEILUNG DER KNIPSELKRANT

die knipselkrant ist nicht justizabel, weil der staat des kapitals als die reaktionäre seite des widerspruchs gezwungen ist, uns, die knipselkrant, in der entwicklung der sozialen krise exemplarisch als die möglichkeit und die aktualität einer revolutionären entwicklung zu verfolgen, notwendig in den kategorien des kriegs, denn die guerilla und die artikulation ihrer politik in der knipselkrant, diese politische strategie ist teil des weltweiten ant imperialistischen befreiungskriegs, der die krise in den metropolen determiniert.

DER GENERALBUNDESANWALT
beim Bundesgerichtshof
14. März 1988

betrifft:
Ermittlungsfahren gegen

a) Paulus Leonardus Moussault,
geb. am 4. Juni 1958 in Zaandam/Niederlande,
wohnhaft in Groningen/NL

b) Unbekannt

wegen Verdachts von Vergehen nach Par. 129 a Abs. 3 StGB u.a.

(Werben für die terroristische Vereinigung "Revolutionäre Zellen/RZ" u.a. durch Verfassen, Herstellen und Erstverbreitung der Druckschrift "De Knipselkrant" Nr. 15 vom 26. August 1987)

hier: Akteneinsichtsgesuch der Rechtsanwältin vom 9. März 1988

Die anliegende Vollmacht des Beschuldigten ist gleichzeitig ein Hinweis auf die Existenz dieser Person, gegen die bei der Generalstaatsanwaltschaft Düsseldorf im Zusammenhang mit der Herausgabe der Druckschrift "De Knipselkrant" zahlreiche Ermittlungsverfahren laufen.

Im Auftrag
Kruse

Abschrift

Generalstaatsanwaltschaft
Düsseldorf, den 31. Mai 1988

Vermerk:

Das vorliegende Ermittlungsverfahren wegen Verdachts von Vergehen nach Par. 129 a Abs. 3 StGB u.a., das der Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof in Karlsruhe durch Verfügung vom 9. September 1987 (1 BJs 177/87-4) gemäß Par. 142 a Abs. 2 Nr. 2, Par. 120 Abs. 1 Nr. 6 GVG hierher abgegeben hat, richtet sich gegen

a) Paulus Leonardus Moussault, geboren am 4. Juni 1958 in Zaandam/Niederlande, wohnhaft in Groningen/Niederlande,

b) Unbekannt
(unbekannte Verfasser, Hersteller und Erstverbreiter der Druckschrift "De Knipselkrant" Nr. 15 vom 26. August 1987).

Hinsichtlich des dem Verfahren zugrundeliegenden Sachverhalts wird zunächst auf den Vermerk des Referenten des Generalbundesanwalts vom 2. September 1987 Bezug genommen. Danach besteht gegen die unbekannten Verfasser, Hersteller und Erstverbreiter der inkriminierten Druckschrift und den namentlich bekannten Beschuldigten Moussault der Anfangsverdacht des Werbens für eine terroristische Vereinigung. Zureichende Möglichkeiten, die bislang unbekannten Täter zu ermitteln oder den Verdacht gegen den Beschuldigten Moussault zu bestätigen, bestehen nicht.

Dem Inhalt der diesem Verfahren zugrundeliegenden Ausgabe Nr. 15 der Druckschrift "De Knipselkrant" vom 26. August 1987 läßt sich nämlich nicht entnehmen, ob der Beschuldigte Moussault oder welche sonstigen Personen durch ihr Verhalten den Abdruck der inkriminierten Tatbekennung bewirkt oder in Kenntnis des Inhalts an der Verbreitung der Druckschrift mitgewirkt haben (Par. 21 Abs. 1 PresseG NW). Zwar läßt der Umstand, daß der Beschuldigte Moussault in mehreren Beiträgen früherer Ausgaben als "Redakteur" bezeichnet worden ist, die Vermutung zu, daß er auch an der Herstellung der Ausgabe Nr. 15 - möglicherweise sogar maßgeblich - beteiligt war und den Abdruck dadurch als Täter im Sinne des Par. 21 Abs. 1 PresseG NW bewirkt hat, daß er die erforderliche journalistische Entscheidung (mit-) getroffen hat. Andererseits läßt sich aber auch nicht ausschließen, daß er im Zeitpunkt der Entscheidung über die Aufnahme des inkriminierten Beitrags an der Mitwirkung verhindert war und auch an der technischen Herstellung der Ausgabe nicht teilgenommen hat. Eine ausreichende Beweismöglichkeit der Täterschaft im Sinne von Par. 21 Abs. 1 PresseG NW bietet daher der bezeichnete Verdachtumstand nicht. Erst recht läßt sich der bloßen Benennung als "Redakteur" nicht entnehmen, daß der Beschuldigte Moussault die Stellung eines verantwortlichen Redakteurs inne hatte und deshalb verpflichtet war, das Druckwerk von strafbarem Inhalt freizuhalten (Par. 21 Abs. 2 PresseG NW). Hiergegen spricht auch, daß in Zeitschriften der linksorientierten Alternativ-Szene - dazu ist auch "De Knipselkrant" zu rechnen - Entscheidungen ohne Ausnahme auf "demokratische" Weise dergestalt herbeigeführt werden, daß nicht ein einzelner, sondern immer eine Mehrzahl von Personen, notfalls im Wege förmlicher Abstimmung, darüber befindet, ob bestimmte Beiträge veröffentlicht werden oder ihre

Veröffentlichung zu unterbleiben hat.

Falls ein Mitglied eines "Redaktionskollektivs" aus Rechtsgründen überhaupt als verantwortlicher Redakteur im Sinne des Par. 21 Abs. 2 PresseG NW in Anspruch genommen werden kann (vgl. hierzu mit Nachweisen Franke, JZ 1982, S. 579 ff.), setzte eine Überführung des Beschuldigten jedenfalls den Nachweis voraus, daß er sich an der Abstimmung beteiligt hat. Dieser Nachweis ist vorliegend nicht geführt. Auch eine verantwortliche Vernehmung würde insoweit mit Sicherheit nicht weiter führen. Eine Aussage, durch die er sich selbst belastet oder die zur Identifizierung eines des bisher unbekannten Täter führen könnte, ist von dem Beschuldigten nicht zu erwarten. Moussault gehört offensichtlich zu denen, die aktiv an der Gestaltung von "De Knipselkrant" mitwirken und um das Wohl der Zeitung besonders bemüht sind. Von ihm Angaben zu erhalten, die einen politischen gleichgesinnten Mitarbeiter der Gefahr strafrechtlicher Verfolgung aussetzen und darüber hinaus dazu führen könnten, daß die Zeitung als "alternatives" Blatt in ihrer Existenz gefährdet würde, ist nach allen hier in vergleichbaren Verfahren gewonnenen Erfahrungen ausgeschlossen. Schon aus diesem Grunde ist von einem Rechtshilfeersuchen zum Zwecke der Vernehmung des Beschuldigten Moussault abgesehen worden. Ein solches Ersuchen an die niederländischen Behörden, das auch mit dem Ziel der Durchsuchung der Wohn- und Geschäftsräume des Beschuldigten bzw. der Redaktions- und Produktionsräume der Zeitschrift und der Beschlagnahme von Beweismitteln zu erwägen war, verspricht im übrigen keinen Erfolg. Gespräche zwischen Beamten der Bundesanwaltschaft und den niederländischen Strafverfolgungsbehörden haben ergeben, daß eine - rechtskräftige - Entscheidung eines niederländischen Gerichts in einer strafrechtlichen Angelegenheit mit starkem Auslandsbezug - zudem in einer Strafsache wegen einer "politischen" Tat - jedenfalls nicht vor Ablauf der absoluten Verfolgungsverjährung eines Presseinhaltsdelikts zu erwarten ist.

Erfolgsversprechende Ermittlungsmöglichkeiten bestehen daher nicht, so daß das Verfahren schon aus diesem Grunde gemäß Par. 170 Abs. 2 StPO einzustellen ist. Im übrigen ist zwischenzeitlich auch Verjährung eingetreten, da seit dem Beschlagnahmebeschluß des Ermittlungsrichters des Oberlandesgerichts Düsseldorf vom 23. Oktober 1987 eine die Verjährung unterbrechende Handlung nicht vorgenommen worden ist.

Von der Einleitung eines objektiven Verfahrens zur Einziehung der inkriminierten Druckschriften soll abgesehen werden. Nach Auffassung des insoweit zuständigen Strafsenats des Oberlandesgerichts ist eine derartige Maßnahme aus Gründen der Verhältnismäßigkeit erst dann geboten, wenn die Herausgabe der sichergestellten Exemplare der Zeitschrift verlangt wird. Ein derartiges Herausgabeverlangen liegt indes nicht vor und dürfte auch nicht zu erwarten sein.

Jülicher
Oberstaatsanwalt

DER ERMITTLUNGSRICHTER DES BUNDESGERICHTSHOFES
Herrenstraße 45 a
7500 Karlsruhe, den 26. Mai 1988

Haftbefehl

Der niederländische Staatsangehörige xxx, geboren am xx, x/Niederlande, wohnhaft in Groningen, ist zur

Untersuchungshaft

zu bringen.

Der Beschuldigte ist dringend verdächtig, am 25. Mai 1988 in Helmstedt und anderen Orten eine Vereinigung, deren Zwecke oder deren Tätigkeit darauf gerichtet sind, Mord, Totschlag (Par. 211, 212 StGB), Straftaten gegen die persönliche Freiheit in den Fällen des Par. 239a oder des Par. 239b StGB oder gemeingefährliche Straftaten gemäß Par. 129a Abs. 1 Nr. 3 StPO zu begehen, unterstützt zu haben.

- Vergehen gemäß Par. 129a Abs. 1 u. 3 StGB.

Der Beschuldigte wurde am 25. Mai 1988 gegen 17.45 Uhr an der Grenzschutzstelle Helmstedt auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen einer Kontrolle überprüft und vorläufig festgenommen.

Er war in einem Reisebus der niederländischen Firma "Bovo-Tours" von Amsterdam nach West-Berlin unterwegs. Bei sich führte er in zwei Koffern 90 Exemplare eines Buches mit dem Titel "Widerstand heißt Angriff". Der Untertitel der Druckschrift lautet: "Erklärung, Redebeträge, Flugblätter und Briefe 1977 bis 1988". Als Impressum ist angegeben:

Herausgeber:
Jean Paul Marat
Verlag:
Bibliotheek voor Ontspanning en Ontwikkeling
Satzherstellung: L. Junge
Druck: Druck + Werbe Service Amsterdam
Printed in Amsterdam 1988

Bei der Druckschrift handelt es sich um eine revolutionäre Kampfschrift, die ersichtlich in Fortführung des früheren "RAF2 - Buches 'texte: der RAF' erstellt und von Mitgliedern dieser terroristischen Vereinigung an einem unbekannten Ort zusammengestellt und redigiert worden ist. Der Druck ist in Amsterdam erfolgt. Bei dem etwa 400 Seiten umfassenden Buch handelt es sich um die Wiedergabe von Grundsatzpapieren, Bekenner-schreiben und anderer Schriften, die sich mit der Ideologie, den strategischen Zielen sowie den Anschlagsaktivitäten der sogenannten Kommandoebene der "RAF"-Umfeld in der Zeit von 1977 bis 1987 befassen. Von besonderer Be-

deutung ist das auf den Seiten 87 bis 95 abgedruckte Grundsatzpapier "Guerilla, Widerstand und ant imperialistische Front" (sogenanntes Maipapier 82).

Hierbei handelt es sich um eine zentrale schriftliche Ausarbeitung der sogenannten Kommandoebene der "RAF", die im Frühjahr 1982 in großer Stückzahl an Mitglieder und Unterstützer der "RAF" sowie an Personen aus anderen terroristischen Kreisen zur Verteilung gelangte. In der Ausarbeitung werden die Ideologie und die langfristige strategische Planung der "RAF" ausführlich dargestellt.

Darüber hinaus werden in dem Grundsatzpapier Ausführungen zur Struktur der "RAF" gemacht und auch auf die Bildung einer sogenannten gemeinsamen ant imperialistischen Front mit anderen terroristischen Kreisen hingewirkt.

Obwohl in dem Buch auch einzelne Schriften abgedruckt sind, die von ihrer inhaltlichen Herkunft her anderen terroristischen Gruppierungen zugeordnet werden müssen, besteht an der beherrschenden Gestaltung des Buches durch die "RAF" keine Zweifel. Bereits in dem im "Wir"-Stil und typischer "RAF"-Diktion verfaßten Vorwort wird deutlich, daß die Textsammlung eine Darstellung der Entwicklung des Terrorismus in den Jahren 1977 bis 1987 aus der Sicht der "RAF" ist. Offenkundig ist es das Ziel, eine Aktivierung des gesamten linksextremistischen gewaltbereiten Spektrums im Sinne des von der "RAF" proklamierten gemeinsamen bewaffneten Kampfes zu erreichen. Das Buch ist geeignet, bei seinem vorgesehenen Adressatenkreis ein Gefühl der Gemeinsamkeit der Kampfstellung gegenüber einem gemeinsamen Gegner und ein Bewußtsein der Übereinstimmung in der Befürwortung der Anwendung von Gewalt zu erzeugen und damit einen Vorteil für die "RAF" zu bewirken (vgl. BGH MDR 1987, 1039).

Wie bereits das frühere Buch "texte: der RAF" (vgl. Urteil des OLG Stuttgart vom 31. Januar 1980 in Sachen Müller und Newerla - 2 - 1 StE 5-6/78) ist auch die Herstellung der nunmehr als Fortsetzung erschienen Publikation dem zentralen mitgliedschaftlichen Bereich der "RAF" zuzuordnen und zugleich Ausdruck einer mitgliedschaftlichen Betätigung in der "RAF".

Dementsprechend sind die Produktion und die Verbreitung des Buches durchgängig in konspirative Herstellung- und Vertriebsstrukturen eingebettet, wie dies unter anderem auch durch die fingierten Angaben im Impressum belegt wird.

Der Beschuldigte ist an der zentralen Nahtstelle zwischen Herstellung und Vertrieb tätig geworden.

Durch das Verbringen von 90 Exemplaren dieses Publikation unter konspirativen Umständen - neutrale Ablage der Gepäckstücke im Bus ohne die Möglichkeit der persönlichen Zuordnung - aus den Niederlanden quer durch das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland bis zur Grenze der DDR hat der Beschuldigte die entscheidende Voraussetzung dafür geschaffen, daß das Druckwerk - bei normalen Gang der Dinge - an den vorgesehenen Adressatenkreis gelangen konnte.

Der Tatbeitrag des Beschuldigten stellt sich nicht nur als ein irgendwie gearteter Vorteil "für die "RAF", sondern sogar als "meßbarer Nutzen" für diese terroristische Vereinigung dar (vgl. dazu auch BayObLG StV 84, 77). Damit war bei Festnahme des Beschuldigten eine im Sinne des Par. 129a StGB Abs. 3, 1. Alt. StGB tatbestandmäßige Unterstützungshandlung verwirklicht, wenn nicht sogar eine mitgliedschaftliche Betätigungshandlung in der "RAF" vorliegt.

Es besteht der Haftgrund der Fluchtgefahr gemäß Par. 112 Abs. 2 Nr. 2 StPO; der Beschuldigte hat im Inland weder einen festen Wohnsitz noch sonstige Bindungen. Darüber hinaus besteht der Haftgrund der Verdunkelungsgefahr gemäß Par. 112 Abs. 2 Nr. 3 StPO. Es besteht zu befürchten, daß der Beschuldigte, in Freiheit belassen, auf andere in das Vertriebsystem eingebundene Personen unlauter einwirken und daher mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit die weitere Sachverhaltsaufklärung beeinträchtigen würde.

Gegen diesen Haftbefehl ist das Rechtsmittel der Beschwerde zulässig. Statt der Beschwerde kann Antrag auf Haftprüfung gestellt werden. Bei der Haftprüfung und im Beschwerdeverfahren wird auf Antrag des Beschuldigten nach mündlicher Verhandlung entschieden (Par. 117, 118 StPO).

(Dr. von Gerlach)
Richter am Bundesgerichtshof

Wenn gesagt wird, daß der bewaffnete Kampf die revolutionäre Hauptkampf-form ist, heißt das, daß er der wichtigste und effektivste Weg ist, um die zentrale Aufgabe der Ergreifung der politischen Macht zu lösen. Das heißt nicht, legale Formen des Kampfes einzuschränken. Diese können so weit wie möglich gehen. Sie sind hilfreich für das Voranschreiten der bewaffneten revolutionären Bewegung. Aber, um die Ergreifung der politischen Macht zu erreichen, können legale Kampf-formen nicht ausreichen.

Rebmann immer mehr in Beweisnot

Die Beweislage, mit der Generalbundesanwalt Rebmann die Verhaftung von 16 Kurden seit Februar zu rechtfertigen sucht, wird immer abstruser. Die nebenstehend dokumentierte Erklärung der Rechtsanwälte der Inhaftierten bestätigt dies. Noch immer berufen sich die Bundesanwälte weitgehend auf die Aussagen zweier „Kronzeugen“, die behaupten, entweder vor ein „PKK-Volksgesicht“ entführt worden zu sein oder sogar von einem solchen Gericht zum Tode verurteilt worden zu sein. Dieser „dringende Tatverdacht“ aber, so die Erklärung der Anwälte, steht „auf tönernen Füßen“. Offenbar räumt inzwischen auch die Bundesanwaltschaft ein, daß keine Beweise für diese angeblichen „Todesurteile“ vorliegen. Vor Monaten noch hatte es geheißt, das Bundeskriminalamt habe schriftliche Todesurteile in Büros kurdischer Vereine gefunden.

Zudem ist einer der angeblich Beteiligten an diesen „Todesurteilen“ inzwischen auf freiem Fuß. Am 18. Februar hatte Rebmann über einen seiner beiden Kronzeugen behauptet, dieser sei nach seiner Verurteilung „in die Wohnung des Beschuldigten Hasan Engizek verbracht (worden), wo er von dem Beschuldigten Engizek ... in der Folgezeit bewacht wurde. Am Morgen des 15. Februar 1988 gelang dem Opfer die Flucht zur Polizei.“ Seit Mitte April ist Engizek wieder frei. Seit wann werden Leute, die des versuchten Mordes verdächtig werden, freigelassen?

Ein weiterer Vorwurf ist hin. Im Februar hatte Rebmann dem Inhaftierten Ahmet Yüksel vorgeworfen: „... steht er im Verdacht, einen am 15. Oktober 1987 in Emmerich begangenen Anschlag auf einen türkischen Staatsangehörigen vorbereitet zu haben, bei dem auf das Opfer mehrere Schüsse abgegeben wurden, wodurch das Opfer zwei Oberschenkel durchschüsse erlitt.“ Erst vier Monate nach Yüksels Verhaftung kamen seine Verfolger zu der Erkenntnis, daß Yüksel zur Tatzeit im Krankenhaus lag und sowieso die ganze Schießerei wohl auf einer privaten Auseinandersetzung beruhte. Seit dem 9. Juni ist A. Yüksel aus der Haft entlassen.

Auch ein dritter angeblich in einen Mord verwickelter Angeklagter ist wieder frei. In seiner Presseerklärung vom 18.2.88 hatte Rebmann einen vier Jahre zurückliegenden Mord in Rüsselsheim der PKK zugeordnet. Das „ehemalige Parteimitglied“ Zülfi Gök, am 7. August 1984 in Rüsselsheim erschossen, sei „im Auftrag der Partei“ PKK ermordet worden. Tatsächlich liegt über die Erschiessung Zülfi Göks bereits ein rechtskräftiges Urteil vor, wonach Gök bei einer privaten Auseinandersetzung erschossen wurde. Dessen ungeachtet beschuldigt Rebmann mehrere Inhaftierte, an der Planung und Ausführung von Göks Erschiessung beteiligt gewesen zu sein. Gök sei aus politischen Gründen als „abtrünniges Parteimitglied“ erschossen worden. Einer der deshalb Beschuldigten, A. Karadeniz, noch im Februar laut Rebmann bei der Ermordung Göks „mit Kurierfunktionen beauftragt“, ist inzwischen freigelassen.

Trotz der offenkundigen Beweisschwierigkeiten bei fast allen konkreten Vorwürfen hält Rebmann gegen alle Beschuldigten den Vorwurf der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung aufrecht. Noch immer sind 12 der 16 Angeklagten in Haft. Obwohl die Gefangenen durch mehrere Hungerstreiks eine Lockerung der Haftbedingungen erreicht haben, bleibt die über sie verhängte Isolationshaft bestehen. Die Beschuldigte Frau Yasemin Gedik, in der JVA Bielefeld-Brackwede inhaftiert, ist ständig krank. Kein Wunder: Sie war erst knapp sechs Wochen vor ihrer Verhaftung in die BRD eingereist. Vorher war sie sieben Jahre lang in der Türkei im berüchtigten Militärgefängnis Diyarbakir inhaftiert. - (rül)

Verteidigererklärung

Von der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen, ermittelt der Generalbundesanwalt gegen sechzehn türkische Staatsangehörige kurdischer Volkszugehörigkeit in einem Verfahren wegen des Vorwurfs der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung nach § 129a Strafgesetzbuch (StGB). Dreizehn von ihnen sind seit Monaten (die meisten seit Februar 1988) unter Sonderhaftbedingungen und weitgehender Isolation inhaftiert.

Ihnen wird vorgeworfen, als verantwortliche Funktionäre der Arbeiterpartei Kurdistan (PKK) sogenannte Bestrafungsaktionen veranlaßt bzw. an diesen mitgewirkt zu haben. Diese Bestrafungsaktionen seien in der Vergangenheit durch eine „innerhalb der PKK bestehende terroristische Vereinigung“ durchgeführt worden. In den Haftbefehlen des Ermittlungsrichters beim Bundesgerichtshof und Erklärungen des Generalbundesanwalts wird behauptet, daß die PKK ihre „illegalen Strukturen in der Bundesrepublik hinter legalen Vereinen (FEYKA, ERNK, HUNERKOM) verbirgt“, seit Jahren sei es „offizielle Parteilinie, daß die PKK ... Abweichler aus den eigenen Reihen und Repräsentanten konkurrierender kurdischer Organisationen bis hin zur physischen Vernichtung verfolgt. Mit dieser Aufgabe sind die auch in der Bundesrepublik Deutschland bestehenden Parteikomitees für Parteisicherheit, Kontrolle und Nachrichtendienst befaßt. Abtrünnige Parteimitglieder werden gewaltsam Volks- oder Revolutionsgerichten zuge-

führt, die je nach der Schwere des „angeklagten Delikts“ Strafen bis hin zur Tötung des „Verräters“ verhängen.“

Die Existenz derartiger Gerichte sei belegt, in Köln Todesurteile sichergestellt, den Bestrafungsaktionen seien zwei Parteimitglieder und der Lehrer Ramazan Adigüzel im Auftrage der PKK-Führung zum Opfer gefallen.

Als Verteidiger der Beschuldigten stellen wir dazu fest: 1. Akteneinsicht ist den Verteidigern bisher nicht gewährt worden. Es wurden lediglich einige Teile in Fotokopie zugänglich gemacht. Diese sind jedoch entweder nur allgemeiner Natur über die Aktivitäten der PKK, haben keine Beziehung zur Bundesrepublik oder sind so vieldeutig, daß sie den schwerwiegenden Tatvorwurf nicht belegen.

Die Beweise scheinen im wesentlichen auf den Aussagen der beiden PKK-Mitglieder zu beruhen, die beim Bundeskriminalamt „ausgepackt“ haben. Inzwischen räumt aber selbst die Bundesanwaltschaft ein, daß für deren Verurteilung zum Tode keine Beweise vorlägen.

Vertreter der PKK haben mehrfach bestritten, mit dem Morden etwas zu tun zu haben, da sie Gewalt gegen andere Kurden außerhalb der Türkei ablehnten, und hierfür den türkischen Geheimdienst verantwortlich gemacht. Ermittlungen in diese Richtung sind nicht erkennbar, obwohl hierzu aller Anlaß bestünde – nicht nur wegen der gesetzlichen Verpflichtung für Polizei und Staatsanwaltschaft, auch Entlastendes zu ermitteln, sondern weil verschiedene Machenschaften des türkischen Geheimdienstes in Westeuropa nachweisbar sind, am spektakulärsten der Versuch, der PKK den Mord an dem schwedischen Ministerpräsidenten Olaf Palme in die Schuhe zu schieben.

Der „dringende Tatverdacht“, auf den sich die Haftbefehle stützen, steht damit auf tönernen Füßen.

2. Ähnlich problematisch sind die Haftbedingungen der inhaftierten Beschuldigten. Sie unterliegen strenger Einzelhaft in speziellen Zellen, Besuche sind nur mit Trennscheibe möglich, Durchsuchungen vor und nach jedem Besuch, Kontrolle auch der Verteidigerpost, Telefongespräche sind nicht einmal mit dem Verteidiger erlaubt; bis zum 13. Mai war jeder Kontakt mit anderen Gefangenen untersagt, sie durften keine Privatsachen tragen, die Fenster waren mit Fliegengitter bzw. Lochblech undurchsichtig gemacht usw.

Wir stellen dazu fest: Obwohl § 119 Abs. 3 Strafprozeßordnung (StPO) bestimmt, daß dem Verhafteten nur solche Beschränkungen auferlegt werden dürfen, die der Zweck der Untersuchungshaft oder die Ordnung der Vollzugsanstalt erfordert, und nach der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs nicht jeder § 129a-Verdächtige, sondern nur besonders gefährliche und ausbruchverdächtige Gefangene den verschärften Haftbedingungen unterliegen, erschöpft sich die Begründung im vorliegenden Fall in der „Eigenart des Strafverfahrens“. Irgendwelche darüberhinausgehenden Tatsachen sind nicht behauptet oder dargelegt.

Weder den Beschuldigten noch der PKK werden Aktionen gegen staatliche Einrichtungen der Bundesrepublik oder gar Gefängnisse vorgeworfen.

Nach verschiedenen Anträgen und Gegenvorstellungen von Verteidigern und dem Hungerstreik eines Gefangenen seit dem 1. Mai wurden durch Beschluß des Ermittlungsrichters einige Hafterleichterungen beschlossen, u.a. die Teilnahme an Gemeinschaftsveranstaltungen und die Erlaubnis, Privatsachen zu tragen, und die Beseitigung der Undurchsichtigkeit der Fenster. Die übrigen Restriktionen werden jedoch „mit Rücksicht auf die Eigenart des Tatvorwurfs“ aufrechterhalten.

So wichtig die Erleichterungen sind, müssen wir feststellen, daß sie nicht ausreichen. Um dies nur an einem wichtigen Beispiel zu verdeutlichen: Briefe dauern wegen der erforderlichen Kontrolle durch den Richter beim Amtsgericht und die Übersetzung durch Dolmetscher in der Regel eine Woche, zum Teil mehr als zwei Wochen – wie soll da eine eilige Nachricht dem Verteidiger übermittelt werden, der für einige Beschuldigte praktisch die einzige Kontaktperson ist, da sie kein Wort Deutsch sprechen.

Die Durchführung des Ermittlungsverfahrens wegen des Verdachts nach § 129a StGB rechtfertigt die persönliche Isolierung über das „Normalmaß“ der Untersuchungshaft hinaus nicht.

3. Die Problematik der Verfahren ergibt sich schließlich aus der Besonderheit einer „terroristischen Vereinigung“ von Ausländern – unseres Wissens der erste Fall, in dem eine Organisation, die in ihrem Land den nationalen Befreiungskampf führt, nach § 129a StGB in der Bundesrepublik verfolgt wird.

Der dritte Senat des Bundesgerichtshofs hat 1982 ausdrücklich festgestellt: Vereinigung im Sinne von § 129a StGB sei nur eine solche, die im räumlichen Bereich des Grundgesetzes besteht; er hat es abgelehnt, die Vorschrift zu einem „international geschützten Rechtsgut“ zu erklären. Die Vereinigung müßte, um sie gemäß § 129a StGB verfolgbar zu machen, „... zumindest in Form einer Teilorganisation im räumlichen Geltungsbereich des Artikel 9 Abs. 2 Grundgesetz ...“ bestehen. Der BGH verweigert nicht, daß hierfür auch politische Gründe maßgeblich seien. Das Problem liegt auf der Hand: Nationale Befreiungskämpfe in Ländern der „Dritten Welt“ sind immer mit gewaltsamen Auseinandersetzungen verbunden, sie sind deshalb auch noch lange nicht „terroristisch“, wie die Vollversammlung der UNO 1987 in der Resolution zur Bekämpfung des internationalen Terroris-

mus betont hat.

Die Bundesanwaltschaft ist sich der Problematik offenbar bewußt und betont in Erklärungen zu dem vorliegenden Verfahren: „Es geht nicht um die Verfolgung von Personen wegen politischer Anschauungen oder um die Einflußnahme auf politische Bestrebungen der sogenannten ‚Freiheitskämpfer‘ im Ausland.“ Die wirkliche Auffassung des Generalbundesanwalts offenbart sich aber nicht nur in der Wortwahl „sogenannte“ Freiheitskämpfer, vielmehr wird die Tätigkeit der PKK unter anderem so beschrieben:

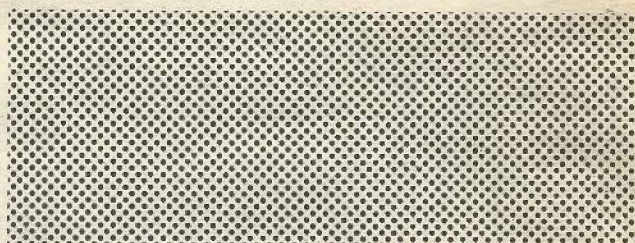
Sie bekämpfe den türkischen Staat „u.a. durch Terroranschläge auf militärische und zivile Einrichtungen in der Türkei“ (Presseerklärung des Generalbundesanwalts vom 18.02.1988); die Besetzung des dpa-Büros durch Kurden in Paris wird als „Drohung gegen die BRD und deutsche Einrichtungen“ angeführt; die PKK als Organisation beschrieben, „die ganze Volksgruppen in der Bundesrepublik beherrschten“; es wird betont, es gehe „allein um die Verfolgung von klassischen Delikten nach dem Recht unseres Staates.“

Hierzu ist festzustellen: Genausowenig, wie der § 129a StGB als klassisches Delikt angesehen werden kann – dieses erst im vorigen Jahrzehnt eingeführte „Konspirationsdelikt“ ist in dieser Form einmalig in der Welt und nach wie vor heftig umstritten; soeben hat der von 400 Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten besuchte Strafverteidigertag in Heidelberg seine Abschaffung gefordert – genauso wenig kann ernsthaft behauptet werden, die PKK beherrsche die mehreren hunderttausend Kurden im Bundesgebiet.

Mit ihren Äußerungen, die PKK mache „terroristische“ Aktionen, verrät der Generalbundesanwalt, daß er in Wahrheit die PKK insgesamt als „terroristisch“ einstuft und, was er vom Befreiungskampf in Türkisch-Kurdistan hält.

Angesichts dieser Äußerungen, der beschriebenen Haftbedingungen und der unzureichenden Beweismittel sowie auch angesichts der offiziellen Zusammenarbeit zwischen den Nachrichten- und Geheimdiensten der NATO-Länder, und angesichts der nachweisbaren und zum Teil durch Gerichtsurteile nachgewiesenen terroristischen Aktivitäten der türkischen faschistischen „Grauen Wölfe“ (gegen die bis heute nicht wegen einer derartigen Straftat ermittelt wird, sondern deren Vorsitzender im letzten Jahr werbend durch die Bundesrepublik reisen durfte), erscheint daher der Vorwurf von Seiten kurdischer Organisationen nicht ausgeräumt, bei den vorliegenden Verfahren handele es sich um eine Unterstützungsaktion zugunsten des türkischen Militärregimes.

Rechtsanwälte D. Müller (Köln), P. Jochum (Köln), Klawitter (Hannover), Schönjan (Hannover), Hess (Köln), R. Wendt (Wiesbaden), U. Kraft (Bielefeld), M. Gödde (Duisburg), P. Schmitz (Köln), Lunnebach (Köln), M. Schubert (Freiburg), H. E. Schultz (Bremen), K. W. Heydenreich (Bonn), U. Halm (Gießen), T. Klein (Osnabrück), K. Watter (Köln).



STROBL UND PENSELIN ANGEKLAGT

Generalbundesanwalt Kurt Rebmann hat gegen die beiden mutmaßlichen Mitglieder der „Revolutionären Zellen (RZ)“ bzw. „Rote Zora“, Ingrid Strobl (36) und Ursula Vera Penselin (37), vor dem 5. Strafsenat des Oberlandesgerichtes (OLG) Düsseldorf Anklage erhoben. Beiden Angeklagten wird unter anderem zur Last gelegt, an Anschlägen der genannten Gruppierungen auf das Lufthansa-Verwaltungsgebäude am 28. Oktober 1986 in Köln-Deutz sowie im August 1987 auf Filialen der Bekleidungswerke Adler in Aachen, Bremen, Frankfurt, Halstenbek bei Hamburg, Holzwickede/NRW, Isernhagen bei Hannover sowie in Neuss und Oldenburg/Niedersachsen mitgewirkt zu haben. Sowohl die österreichische Schriftstellerin und Journalistin Strobl als auch die Pädagogin und Schriftsetzerin Penselin befinden sich seit ihren Festnahmen am 20. und 18. Dezember 1987 aufgrund von Haftbefehlen des Ermittlungsrichters beim Bundesgerichtshof (BGH) in Untersuchungshaft. Der bis zu ihrer Festnahme in Hamburg lebende Ursula Penselin wirft die Anklage unter anderem vor, in die Planung und Vorbereitung der Brandanschläge der „Roten Zora“ auf die Adler-Filialen mit einem Gesamtschaden von rund 35 Millionen Mark „mitgestaltend einbezogen“ gewesen zu sein. Hierzu zählen nach Angaben der Karlsruher Behörde auch mehrere konspirative Treffs mit den noch flüchtigen Mitgliedern Adrienne Gerhäuser, Juliane Balke und Corinna Kawaters, die 1987 in den Untergrund gegangen seien. Frau Gerhäuser habe man mittlerweile als Verkäuferin eines Wecker der Marke „EMES-Sonochron“ identifizieren können, der bei einem versuchten Brandanschlag der „Roten Zora“ auf das Gentechnische Institut in Berlin 1986 benutzt worden sei. Auch in den Wohnungen von Balke und Kawaters seien solche Wecker sichergestellt worden.

(TAZ,)